REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 345 · 26.8.1992

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. "Merkt Euch den Namen (Augstein)" "SS-Schutzpatron" kaum Vorwürfen ausgesetzt
2. Massaker der Armee im kurdischen Sirnak
3. Republik Moldova: Wiedervereinigung auf rumänisch - Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy
4. Deutsche Außenpolitik mit militärischer Zukunft: Von Blauhelm- zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr
5. Aus historischen Gründen (BRD-Jugoslawien)
6. Japanische Blauhelme
7. Die NATO und die "Bedrohung aus dem Süden"
8. Militärische Unterstützung Aserbaidschans durch die Türkei
9. Deutsche Waffen für die Ordnungsmacht Türkei
10. Todesschwadrone und öffentliche Hinrichtungen in der Türkei
11. "Komitees für Gerechtigkeit" Allianz der Frustrierten oder demokratische Bürgerbewegung - Michail Nelken
12. Eigene Inhalte einbringen Stellungnahme aus der Vereinigten Linken Berlin zu den "Komitees für Gerechtigkeit" - Verena Krieger
13. Stasi (West) startet zum Lauschangriff. "Organisierte Kriminalität" als Vorwand für neues Polizeiermächtigungsgesetz
14. Das Super-Ossi-Komitee (Kommentar aus dem "telegraph")
15. Telefonüberwachung steigt rasant an
16. Verdeckte Ermittler in Aktion. Anderthalb Jahre lang wurde die Tübinger Linke heimlich ausgeforscht
17. "Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet ..." Die Kriminalisierung politisch aktiver Ausländer - der Roten Hilfe Berlin
18. Alle Spione sind gleich - manche aber sind gleicher ... - RA Joachim Herrmann
19. In der Strafsache gegen Erich Honecker und andere. Anmerkungen zu einem "fairen Verfahren"
20. Das war der Gipfel! Nachlese zum WWG in München
21. "Grünhelme", Bevölkerungspolitik, Atomenergieausbau. Das Forum Ökoimperialismus des internationalen WWG-Gegenkongresses
22. Zwischen Agrarfabriken und Gartenzwergen. EG-Agrarpolitik am Wendepunkt
23. Nicht offen, aber auch nicht geschlossen. Eindrücke einer Reise durch den Iran - Maja Sievers
24. Pragmatismus gegen Ideologie. Neue Regierung in Israel - Klaus Mellenthin
25. Kambodscha aktuell: Die Abwesenheit von Krieg ist noch lange kein Frieden - Andreas Skrypietz
26. Noch einmal: Entebbe
27. "Bring Back a Bit of Socialism!" Namibia zwei Jahre nach der Unabhängigkeit. von Jonny Lenaerts
28. "Sozialdemokrat" Kurz und der Abwurf der Atombombe (oder: Wie eine Diskussion nicht anfangen sollte)
29. Das Problem der Wertkritik (zur Diskussion um Robert Kurz" "Kollaps der Modernisierung") - Johann Philipp Becker
30. Ideologietheorie und linker Diskurs. Für die Verabschiedung der "Ideologiekritik". von Henning Böke
31. Staatsschutzaktion gegen AntifaschistInnen. Zur "Aktion gegen AVÖ-Laden und Münchner Anzeiger"
32. "... dafür kämpfen, daß alle rauskommen!" Interview mit Günter Sonnenberg
33. "wer nicht kämpft, stirbt auf raten" (raf). Beitrag von Rolf Heißler am 20.6.1992 in Bonn
34. "... wir sind an eine Grenze gestoßen ..." Grußadresse der RAF an die TeilnehmerInnen des WWG
35. "Mittelweg 36" (Vorstellung der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung)
36. Zur Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945 (Rezension)
37. Verfassungschutz ist und bleibt unteilbar. Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder
38. LeserInnenbriefe
39. Eigene Inhalte einbringen
40. Kalender

41. aufgeblättert

1. "Merkt Euch den Namen (Augstein)" "SS-Schutzpatron" kaum Vorwürfen ausgesetzt

Rubrik: Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:13

Nach dem Anschluß der DDR wurde es zum Pressesport, Stasi-Spitzel, informelle Mitarbeiter und Menschen, die mit solchen Wesen eine Zigarette teilten, zu enttarnen. Die deutsche Nabelschau förderte das Schlimmste zutage, was die Menschheit je zu ertragen hatte. Schön - das war Mode, das ist Zeitgeist; das ist Postmoderne - das war Schreibscheiße.

Ganz oben auf dieser Outing-Welle aber schwamm und schwimmt das Deutschland-Magazin "Der Spiegel". Und weil dessen Outing nach einem Jahr den Leuten ziemlich auf den Senkel ging und mit Stolpe ein Sympath wie du und ich geköpft werden sollte, war die Leserreaktion entsprechend ungehalten. Augstein hielt deshalb dagegen: "Aber kann denn der ‚Spiegel`, der seit 45 Jahren aufklärerisch zu wirken sich bemüht, jetzt auf einmal Akten unterdrücken?"

Das hätte er nicht schreiben sollen. Otto Köhler nahm dies wörtlich. Er wollte nun wissen, wie sich der "Spiegel" denn damals zum fürchterlichsten Träger der NS-Diktatur, zum Reichssicherheitshauptamt (RSHA), und hier insbesondere zum Sicherheitsdienst der SS verhalten hat. Das Ergebnis, veröffentlicht in "konkret" 5/92, war erschreckend. Die historische "Aufarbeitung" übernahmen im "Spiegel" laut Köhler die Täter selber. Eine Rechtfertigungs-Serie durfte 1949/50 der erste Gestapo-Chef Rudolf Diels schreiben. Unter dem Titel "Glanz und Elend der deutschen Kriminalpolizei" konnte Bernhard Wehner, SS-Hauptsturmführer im Amt V. des RSHA, als Serienheld und Serienautor zugleich die Qualen seines Vorgesetzten Arthur Nebe, 1941 Chef der Einsatzgruppe B, bei der Ermordung von 45.467 Personen beschreiben. Der Autor blieb damals selbstverständlich ungenannt. Autoren - und dann ab 5. März 1952 Ressortleiter - waren auch Georg Wolff (Ausland) und Dr. Horst Mahnke (Internationales), beide ehemalige Angehörige des Sicherheitsdienstes. Im "Spiegel" wurde damals nicht zur Hatz auf Kriegsverbrecher geblasen, sondern zum Pogrom an Kriegsverbrecher-Jägern geladen. Unter der Überschrift "Merkt euch den Namen Hirschfeld" und unter Angabe der genauen Adresse, Telefonnummer und Autokennzeichen mokierte sich der "Spiegel" über Form und Tatsache der Enttarnung des untergetauchten SS-Standartenführers Franz Six durch Hirschfeld. Rehabilitationsfreudig und verständnisvoll setzte sich Rudolf Augstein dann für die Wiedereinstellung ehemaliger SDler ein. Die Kriminalpolizei müsse "auf ihre alten Fachleute zurückgreifen (...), auch wenn diese mit einem SS-Dienstrang ‚angeglichen` worden waren". Das vernichtende Urteil über einen selbsternannten Moralapostel lautete: "SS-Schutzpatron Rudolf Augstein". "Der ‚Spiegel`, von seinem Verleger in jüngster Zeit wieder auf alldeutsch-völkischen Kurs gebracht, war schon zu seiner Gründungszeit ein nationalistisch-antisemitisches Kampfblatt."

Wer hierauf, wie ich, eine Reaktion erwartet hatte, hatte sich geirrt. Schon das Erscheinen des Artikels in "konkret" war die Folge der Absage einer ungenannten auflagestärkeren Zeitschrift, mit der dieser Artikel abgesprochen war: "Wir haben uns geeinigt", so Otto Köhler. Die Voraberklärung des "konkret"-Verlages Ende April wurde von der Nachrichtenagentur ADN nicht verbreitet und lediglich von drei Tageszeitungen (taz, Neues Deutschland und Berliner Zeitung), dem Privatsender Premiere und im Regionalprogramm des NDR aufgegriffen. Gegenüber der "taz" wollten weder "Spiegel"-Herausgeber Augstein noch die Chefredaktion einen Kommentar zu den Vorwürfen abgeben. Augstein-Referent Wolfgang Eisermann meinte lediglich, daß "der ‚Spiegel` von heute nicht der von damals" sei. Keine Klage, keine Gegendarstellung, keine Erklärung, nicht einmal ein "aufklärerischer" Artikel im "Spiegel". Wozu auch? Haben doch alle Medien, die dies mit ihrem Verbreitungsgrad hätten erzwingen können, keine Meldung darin gesehen.

Gründe: Da ist zunächst das ungeschriebene Journalisten-Gesetz, der erste Lehrsatz, den ich entgegennehmen durfte: "Über Kollegen, über andere Blätter schreibt man nicht". Oder volksmündlicher: "Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus". Ein Kodex, dessen moralischer Kern mir wohl für immer verborgen bleiben wird. Eben leider: "Ein ideologischer Streit zwischen den Zeitungen, wie noch in der Weimarer Republik, findet nicht mehr statt. Wenn man sich noch nicht einmal mit dem ‚Spiegel` oder mit ‚Bild` heute auseinandersetzt, kann man kaum eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erwarten." Warum? "Dann schauen Sie sich mal die Verflechtungen an", rät mir einer, der dazu lieber gar nichts sagen möchte, weil er schon mal rausgeflogen sei, als er was gegen "seine" Zeitung sagte. Otto Köhler: "Der ‚Spiegel` ist immer noch

ein Faktor, mit dem sich Journalisten, die noch was werden wollen, ungern anlegen. Das ist natürlich ein Grund, der nicht auf alle zutrifft". - "Die meisten Zeitungen haben ihre Leichen im Keller", sie hätten Angst vor Verfahren und davor, daß der "Spiegel" zurückschießt, so Boris Gröndahl von "konkret".

Die "Frankfurter Rundschau" hat die Vorabmeldung von "konkret" nicht gebracht, weil, "wenn wir solche Themen machen, dann machen wir die aus eigener Feder", meint zumindest Nachrichten-Redakteur Wolf Gunter Brügmann. Nicht direkt schlecht sei die Recherche bei "konkret", wo Brügmann selbst das Recherchieren gelernt hat, nur der "Meinungs- und Kampagnenjournalismus" sei nicht "unser Stil". Wie der "Spiegel" will die "FR" es nun aber auch nicht machen. Vorabmeldungen des "Spiegel" kämen im Vergleich zu früheren Jahren seltener rein: "Wir haben keine Lust mehr, immer am Dienstag dementieren zu müssen, was wir am Montag noch als Vorabmeldung vom ‚Spiegel` im Blatt hatten." Aber manchmal hat die PR-Agentur, die den Auflagenrückgang des "Spiegel" aufhalten soll und kommerziell "Spiegel"-Geschichten am Freitag, Samstag auf den Markt schmeißt, eben so einen Erfolg, daß da so ein "Grad der Erheblichkeit" entsteht, "da muß ich dreimal überlegen, ob ich mir das leisten kann, das am Montag nicht im Blatt zu haben." - "Das ist die Eigendynamik der Branche, daß ein Medium das andere zitiert. Das ist unangenehm, aber dem kann man sich nur begrenzt entziehen." Wir lernen, man schreibt zwar voneinander ab, bei gegebener Erheblichkeit, aber schlecht Zeugnis reden über einen Kollegen darf man nicht, egal wieviel Erbärmlichkeit so ein Schreiber zu Papier bringt.

"konkret" hat den richtigen Grad an Erheblichkeit wohl nicht erreicht. "Hier ist die Frage: Hat das, was Augstein früher geschrieben hat, für heute, für den ‚Spiegel` heute, wo Augsteins Einfluß immer geringer wird, irgendwas zu sagen?" Wohl nicht? Erheblichkeit für die "FR" hätte gehabt, wenn Augstein gegen "konkret" geklagt hätte. Warum Augstein wohl nicht ... Lassen wir das. Laut Wolfgang Eisermann ist der "Spiegel" von heute nicht der von damals. Immerhin sagte er als einziger vom "Spiegel" überhaupt etwas dazu. Auf Nachfrage führte er dies dann auch aus.

Nix gewußt: "Was wußte ein normaler Deutscher und auch der ‚Spiegel` 1950 schon über den SD. (...) Die Aufklärung ist ja erst später gekommen. (...) Die Prozesse in Deutschland fingen in den 60er Jahren an, wenn wir uns recht zurückerinnern." Halb so schlimm: Georg Wolf sei in Norwegen verurteilt und nach kürzester Zeit entlassen worden, "also kann er so ein großer Ganove nicht gewesen sein. Sonst hätten die Norweger ihn nicht entlassen. (...) Wie jeder Mensch in einem gewissen Alter war er natürlich Mitglied der Wehrmacht gewesen, genauso wie Augstein." Ruhende Mitgliedschaft: "Außer, daß sie Mitglied der Geheimpolizei oder irgendwas gewesen sind, ist denen nichts weiter vorgeworfen worden, sonst wären sie verurteilt worden."

Sachzwang: "Irgendwo mußten die Leute ja herkommen - man konnte ja ein Land nicht mit Kindern aufbauen. Jeder Mensch, der 1945/1950 in einem gewissen Alter war, hatte eine Vergangenheit - andere gab es nicht."

Adoleszenz: Im Laufe seines Lebens lerne man eben hinzu. Man könne - schon gar im Laufe von 40 Jahren - seine Meinung ändern. Diskussionen: Es liefen Diskussionen im Hause, ob der "Spiegel" diese Geschichte nicht selber aufgreifen solle, "bisher gibt es da kein Ergebnis". Er sei dafür, aber das sei Sache der Chefredaktion.

Sache der Anklage: "Man kann ja nicht sagen, daß der ‚Spiegel` nichts dafür getan hätte, im Laufe seiner Geschichte, vieles von dem auch aufzuklären." Ja? Das müsse man mal raussuchen. Ja! "Bitte sehr, dafür sind Sie dann da oder Herr Köhler." Nää!!! Schuhwerk: Wenn der 23- oder 25jährige Rudolf Augstein "damals dafür plädiert hat, daß natürlich Leute ins - weiß nicht - BKA aufgenommen werden, dann hat das doch nichts damit zu tun, daß er heute dafür ist, daß man die Stasi-Vergangenheit von Herrn Stolpe aufklärt. Das sind doch zwei verschiedene Paar Schuhe." "Damals schrie nichts nach Aufklärung", so beendet Köhler seinen Artikel, "denn der SD hieß - Rudolf Augstein wird das begründen können - nun einmal nicht Stasi." Ja, was ist denn nun der Unterschied zwischen dem SD und der Stasi? Eisermann: "Das kann sich jeder selber denken."

Alles klar: Weil der Unterschied zwischen den Schuhen so klar ist, daß sich das jeder selber denken kann, war die Vorabmeldung von "konkret" zu dem alten Schuh vom "Spiegel" natürlich keine Meldung wert. Und noch was ist klar, glasklar, und zwar, was wir uns beim "Spiegel" unter 45 Jahren Aufklärung und damit für die Zukunft vorzustellen haben. Auf die Frage, was er denn zu dem Vorwurf, Augstein habe sich für die Wiedereinstellung ehemaliger SDler in den Polizeidienst eingesetzt, sage, lautete die Antwort Eisermanns: "Nur: das war die Politik der Bundesregierung". Danke! Als die Regierungen des Westens nach dem

Zusammenbruch ihres Gegners ein neues Feindbild suchten, strömte uns auf dem "Spiegel"-Titelbild anstelle von Raketen ein finsterer Elendstreck aus dem Osten entgegen. Titelte der "Spiegel" nach dem Wahlerfolg der Nazis am 5. April 1992: "ASYL Die Politiker versagen" schon für die zukünftige Regierung?

Spiegel heute - Spiegel damals - der schlimmste Spiegel ist immer der neueste Spiegel. Erheblich!

Roland, Marburg

2. Massaker der Armee im kurdischen Sirnak

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:38

Am 18. August behaupteten die türkische Regierung und die Sicherheitskräfte, auf die kurdische Stadt Sirnak sei ein Großangriff der PKK-Guerilla erfolgt. Dagegen erklärte das Kurdistan-Komitee in Köln, einen Angriff der PKK habe es nicht gegeben. Die Meldungen seien eine reine Provokation des Staates, um mit einem Massaker in einer bekannten PKK-Hochburg ein Exempel zu statuieren. Auch medico international geht davon aus, daß der "Großangriff" ein "Vorwand zu einer seit langem geplanten Strafaktion an der oppositionellen Bevölkerung" ist.

Die nahe der irakischen Grenze gelegene Stadt wurde von Regierungstruppen für mehrere Tage hermetisch abgeriegelt und von allen normalen Kommunikationsverbindungen abgeschnitten. Über die Bevölkerung wurde eine Ausgangssperre verhängt. Journalisten und Politikern wurde der Besuch der Stadt verwehrt.

Nach Meldungen, die zu medico durchdrangen, lag die 20.000-Einwohner-Stadt 48 Stunden lang unter schwerem Beschuß von Helikoptern und Artillerie. Erneut seien auch von der BRD gelieferte Panzerfahrzeuge aus ehemaligen NVA-Beständen eingesetzt worden. Ein Viertel des Stadtzentrums sei bis auf die Grundmauern vernichtet. Vier der bevölkerungsreichsten Stadtteile (Gazi, Güzelyurt, Ismetpasa und Cumhuriyet) seien schwer getroffen und in Brand. Ein Augenzeuge berichtete: "Die Soldaten übergießen die Häuser und Läden mit Benzin, gehen 5-6 m in Abstand und zünden sie dann an." Feuerwehrfahrzeuge aus der nahegelegenen Stadt, die herbeigeeilt seien, wären von den Sicherheitskräften an ihrer Arbeit gehindert worden.

Das Bürgermeisteramt stünde in Flammen. Die Notvorräte der Kommune seien auf Lastwagen geladen und wegtransportiert worden. Seit Tagen gebe es keine Nahrungsmittel, keinen Strom und keine medizinische Versorgung.

Nach offiziellen Angaben seien "100 Guerillas getötet" worden. Zu befürchten ist, daß die Zahl der Opfer tatsächlich höher liegt. Hunderte Bewohner Sirnaks seien in Massenrazzien verhaftet, geschlagen und gefoltert worden.

21.8.92

3. Republik Moldova: Wiedervereinigung auf rumänisch

Autor: Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy · Rubrik: Rumänien · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:23

Von Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy

Vorwort der AK-Redaktion: Moldova ist eine der kleinsten Republiken, die 1991 aus dem Zerfall der Sowjetunion hervorgingen. Von den 4,5 Millionen Einwohnern sind zwei Drittel Rumänischsprachige, 14 Prozent Ukrainer und 13 Prozent Russen. Diese leben vorwiegend östlich des Dnjestr und haben ihren eigenen Staat - Transnistrien - proklamiert, der sich eng an Rußland anlehnt.

Im Juni, als die AutorInnen Moldova bereisten, war das Klima zwischen der moldavischen Regierung in Chisinau und Moskau äußerst gereizt. Der russische Außenminister Kosyrew forderte für Transnistrien einen "separaten Status" und wollte einen späteren Anschluß an Rußland nicht ausschließen. Die in Moldova stationierten russischen Truppen - in erster Linie die 14. Armee unter dem General Lebed - wurden ermächtigt, "zum eigenen Schutz" in die Kämpfe zwischen den Volksgruppen einzugreifen. Der moldavische Präsident Snegur reagierte mit der weit überzogenen Erklärung "Wir haben Krieg mit Rußland". Moskau wolle sich zum Gendarmen der GUS machen, und Transnistrien sei russisches Besatzungsgebiet.

Im Juli klang es dann aber wieder ganz anders: Im Beisein des Präsidenten von Transnistrien, Smirnov, unterzeichneten die Vertreter Rußlands und Moldovas ein Abkommen zur friedlichen Beilegung des Konflikts. Moskau erkennt darin die territoriale Integrität Moldovas an. Künftigen Sprengstoff könnte allerdings die Klausel enthalten, daß die Bevölkerung Transnistriens selbst über ihre Zugehörigkeit entscheiden soll, falls der rechtliche Status von Moldova verändert wird. Gemeint ist: falls die Republik sich an Rumänien anschließt.

Dem Abkommen entsprechend soll die 14. Armee, zusammen mit einer gemischten Miliz - fünf russische, drei moldavische und zwei transnistrische Bataillone - die Waffenruhe garantieren. Das ist jedoch bisher nicht vollständig gelungen. Hinzu kommt, daß die extremen moldavischen Nationalisten das Abkommen ablehnen und der Regierung in Chisinau Verrat vorwerfen.

Voll Stolz, fast ehrfürchtig plaziert die Konsulatsbeamtin der Republik Moldova in Bukarest das Visum in unsere Pässe. Viele Reisende waren es noch nicht, die seit der Unabhängigkeitserklärung des Landes am 27. August 1991 Eintritt begehrten. Ihre Souveränität hatte die Sozialistische Sowjetrepublik (SSR) Moldavien, damals bereits von einer Volksfront-Mehrheit unter Ministerpräsident Druc regiert, schon ein Jahr zuvor proklamiert: ein neuer Name, Moldova, eine neue Staatssprache, Rumänisch, eine neue Staatsfahne, das rumänische Blau-Gelb-Rot mit dem traditionellen moldavischen Wappentier, dem Stier, ersetzten die verhaßten sowjetischen Symbole. Noch befand sich das Land jedoch im Verband der UDSSR.

Als Gorbatschow im März 1991 die Sowjetbürger/innen zum Referendum über den Fortbestand der Union rief, verweigerte die neue nationalistische Regierung die Teilnahme. Wer abstimmen wollte, wurde von Volksfront-Aktivisten daran gehindert. Nur aus dem schmalen Landstreifen jenseits des Flusses Dnjestr, im mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnten Transnistrien - das sich ebenso wie das von der Minderheit der Gagausen bewohnten Gebiet um Komrat seinerseits für unabhängig erklärt hatte - gab es ein klares Ja für die Sowjetunion.

Das langfristige Ziel aller rumänisch-moldavischen Politiker und Intellektuellen ist die Vereinigung. Diese soll schrittweise erreicht werden: zunächst Abspaltung von der Sowjetunion, dann Anschluß an Rumänien. Am 27. 8. 1991 versammelte sich über eine halbe Million Menschen vor dem eben erst wieder aufgestellten Standbild des spätmittelalterlichen moldavischen Fürsten Stephan in Chisinau und akklamierte die Unabhängigkeit, die daraufhin vom Parlament in offener Abstimmung beschlossen wurde. Moldova versteht sich seither als "freier, demokratischer Staat auf dem Weg zur Marktwirtschaft" (Unabhängigkeitserklärung) oder, wie es Vasile Nedelciuc, Leiter des außenpolitischen Ausschusses des moldavischen Parlaments ausdrückt, als "Vorposten der europäischen Zivilisation" gegenüber den "alten Strukturen des russisch-sowjetischen Imperialismus".

Schon beim Grenzübertritt auf der Landstraße von Bukarest nach Chisinau, der Hauptstadt der neuen Republik, kamen erste Zweifel an der Echtheit der moldavischen Unabhängigkeit. Sowjetische Grenzsoldaten,

erkennbar an ihren imposanten Tellerkappen sowie dem obligaten Hammer und Sichel an der Uniform, stellten ohne viel Aufhebens ein Einreisevisum aus - für ein Land wohlgemerkt, das es seit über einem halben Jahr nicht mehr gibt.

"Moldavien ist währungs- und bankpolitisch von Rußland abhängig. Moskau druckt das Geld, Moskau bestimmt die Preise, denn unser Land deckt seinen gesamten Importbedarf aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Nur ein Viertel unserer Energie erzeugen wir selbst. Sämtliche Exporte gehen in die Sowjetunion. Angesichts dieser Verflechtung mit dem russischen Großraum kann von Unabhängigkeit heute keine Rede sein." - Anatol Sgherea, Experte des moldavischen Ministeriums für Arbeit und soziale Sicherheit, holt uns von den breit zur Schau getragenen Symbolen der Unabhängigkeit auf den Boden der Realität zurück. Diese wird von der ökonomischen Krise bestimmt, die auch in Chisinau die Lebensmittelpreise ins Uferlose schnellen und die Arbeitslosenzahlen anwachsen läßt; und von der nach wie vor bestehenden militärischen Präsenz der Roten Armee.

Land im Bürgerkrieg

Sonntag in Chisinau, wie alle größeren Städte des Landes mehrheitlich von Russen und Ukrainern bewohnt: Junge Russinnen, grell geschminkt, die Haare wasserstoffgebleicht, führen in hochhackigen Schuhen neue Leggings aus. Das bunte Kopftuch tief ins Gesicht gezogen, bieten Landfrauen Kleintier, Kräuter und Gemüse feil. Kleine Mädchen in knieschlotternden Strumpfhosen und mit großen Schleifen im Haar posieren für ein Photo vor der in Renovierung befindlichen orthodoxen Kirche, die bis vor kurzem eine Gemäldegalerie beherbergte. Die - bescheidene - Idylle läßt nicht erahnen, daß 40 km weiter, entlang des Dnjestr-Flusses, Krieg herrscht. Bürgerkrieg.

Ganz Moldova befindet sich im Ausnahmezustand. Einander gegenüber stehen moldavische Polizei-Einheiten und von der Volksfront mobilisierte Freiwilligen-Bataillone auf der einen, sowie vom transnistrischen Präsidenten Igor Smirnov befehligte Garden auf der anderen Seite. Dazu kommt die 14. Armee der ehemaligen Sowjetunion, deren Abzug zwar längst beschlossen, nicht zuletzt aufgrund von akutem Wohnungsmangel jedoch nicht in die Tat umgesetzt ist.

Über die Rolle der 14. Armee in diesem Konflikt gibt es große Auffassungsunterschiede. Moldavische Regierungskreise leugnen schlichtweg die Existenz eines Bürgerkriegs; für sie handelt es sich um einen Krieg der Sowjetunion, die die transnistrische Region von der Republik Moldova abspalten und als strategischen Brückenkopf gegen den Westen aufbauen will; die transnistrischen "Separatisten", wie Smirnov und seine Anhänger verächtlich genannt werden, sind für sie bloße Marionetten Moskaus. "Transnistrien ist der nostalgischste Platz in der alten Sowjetunion. Die Leute sprechen einander mit Towarischtschi - Genossen - an. Lenin steht nach wie vor auf der Hauptstraße von Tiraspol. Smirnov sieht aus wie ein Revolutionär aus den 20er Jahren. Das ist der letzte Kampf des Kommunismus", meint der diplomatisch auftretende rumänische Verhandler im Botschafterrang, Marcel Dinu, der mit Amtskollegen aus Rußland, Moldova und der Ukraine am Dnjestr einen Waffenstillstand erreichen will.

Sein russisches Gegenüber, Vladimir Vassew, weist eine Einmischung der 14. Armee in die Kämpfe sowie eine Unterstützung Smirnovs weit von sich. Die These Vassews, der sich im übrigen äußerst defensiv gibt und nichts sehnlicher herbeiwünscht als einen raschen Abzug der Armee: "Das ist kein Konflikt mit Moskau. Smirnov und seine Leute sind keine Puppen, die von uns gesteuert werden können. Wir sind für die Einheit des Landes." - Daß Gorbatschow die transnistrische Republik gleich nach ihrer Ausrufung per Dekret hatte auflösen lassen, spricht für Vassews Aussage. Was dieser als offizieller Delegierter Rußlands nicht zugeben kann, ist, daß die russischen Oberbefehlshaber die Kontrolle über ihre versprengten Truppenteile längst verloren haben. Abziehende Soldaten werden durch kampfbereite Söldner ersetzt, entschlossen, sowjetische Waffen zu privatisieren.

150 Tote auf jeder Seite lautet die derzeitige traurige Bilanz der Auseinandersetzungen, die zu Ostern 1992 zum regelrechten Krieg eskaliert sind. Nicht berücksichtigt sind in solchen Zahlen die vielen Flüchtlinge, die von hüben nach drüben strömen, sowie das Leid und der Haß, der dadurch in die Familien eingeimpft wird.

Im sicheren Hotelzimmer in Chisinau sitzen wir Ivan Koschubaru gegenüber, Bürgermeister eines mehrheitlich rumänischen Dorfes in Transnistrien. Sein Eintreten für Präsident Snegur und die moldavische Volksfront machte ihn für die transnistrischen Garden zum Feindbild. Er selbst konnte sich durch Flucht der Verfolgung

entziehen; die Rache an seinem Bruder war fürchterlich. Dieser wurde gefaßt und gefoltert, sein Leichnam schließlich in den Silo einer Hühnerfarm geworfen. "30 % der Dnjestr-Garden sind Rumänen, die gegen Moldavien kämpfen", verkompliziert Dimitru Rotaru, Programmleiter des moldavischen TV, die Sachlage. Mit einer Erklärung ist er schnell bei der Hand: "Die Rumänen in Transnistrien (ca. 40 % der Bevölkerung) sind so isoliert, so geknechtet, daß sie keinen Horizont haben. Also kämpfen sie auf der Seite der Herrschenden."

Ein anderes Erklärungsmodell bietet Anatol Dimitru, Redakteur einer zweisprachigen Zeitung - Vater: russisch, Mutter: rumänisch, Ehefrau: ukrainisch: "Die rumänischen Transnistrier sind erschreckt von der russischen Propaganda, daß sich die Republik Moldova mit Rumänien vereinigen will. Diese Vereinigung wollen sie nicht und kämpfen deshalb auf der russischen Seite."

Hintergründe des Konflikts

Die Zweiteilung des Landes hat zunächst eine historische Ursache. Bessarabien, das Gebiet zwischen Prut und Dnjestr, ist Teil des alten rumänischen Fürstentums Moldau, seit dem 16. Jahrhundert Spielball der Großmachtinteressen des Osmanischen Reiches, des zaristischen Rußlands und der österreichisch-ungarischen Monarchie, die das Land in wechselnder Weise untereinander aufteilten. Seit 1806 ist Bessarabien russische Provinz.

Durch den Berliner Kongreß (1878) wurde Rumänien zum unabhängigen Staat erklärt; Transsilvanien war damals noch bei Ungarn, die Bukowina bei Österreich, Bessarabien bei Rußland. Erst 1918 fielen alle diese Gebiete ans Königreich Rumänien, das zu den Siegern des Ersten Weltkriegs gehörte. Das Großrumänien der Zwischenkriegszeit bildet den historischen Bezugspunkt der moldavischen Intelligenz.

Unter die Mühlsteine der Großmachtpolitik geriet Bessarabien, als Hitler und Stalin im August 1939 sowjetische und deutsche Einflußsphären absteckten. Im "Geheimen Zusatzprotokoll" zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt heißt es unter Punkt 3: "Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesem Gebiet erklärt."

Stalin realisierte sein Interesse im Jahr 1940, allerdings nur so lange, bis die deutsche Wehrmacht, begleitet von der verbündeten rumänischen Armee, nach Osten vorrückte. Nebeneffekt des Rußlandfeldzuges: Bessarabien wurde wieder rumänisch. Solange, bis die Alliierten nach dem Krieg die Grenzen zwischen Rumänien, das seit 1944 an der Seite der Roten Armee kämpfte, und der Sowjetunion an jener Linie festlegten, die - ohne den Pakt beim Namen zu nennen Ribbentrop und Molotov ausgehandelt hatten. Bessarabien und die Bukowina fielen damit wieder an die Sowjetunion. Zu allem Überdruß wurden Teile Bessarabiens und der Bukowina nun der Ukrainischen SSR zugesprochen, das restliche Bessarabien hingegen mit dem Gebiet jenseits des Dnjestr, dem heutigen Transnistrien, zur Moldavischen SSR vereinigt.

Transnistrien, das Rumänien nur zwischen 1941 und 1943 einverleibt war, gehörte niemals zur historischen Moldau. Wohl aber umfaßte es stets einen beträchtlichen rumänischsprachigen Bevölkerungsanteil. Darauf gründete sich, daß die Sowjetunion nach ihrer Festigung im Jahr 1924 eine autonome Sowjetrepublik einrichtete, die sie Moldavien nannte. Da sie die Abtretung Bessarabiens an Rumänien nicht anerkannte, waren die Grenzen dieser Republik nicht, wie de facto in der Zwischenkriegszeit am Dnjestr, sondern am Prut festgeschrieben - ein Anspruch, den Stalin schließlich mit Hilfe des Ribbentrop-Molotov-Paktes einlöste. Das heutige Transnistrien hat also guten historischen Grund, eine Vereinigung mit Rumänien von sich zu weisen. Umgekehrt erklärt sich die Panik der moldavischen Seite vor einer "Sezession" mit der Angst, Rußland könnte Transnistrien erneut zum Sprungbrett für eine Annexion der um Selbständigkeit ringenden Moldaurepublik nutzen.

Zu den historischen gesellen sich handfeste ökonomische und demographische Unterschiede. Transnistrien war in der sowjetischen Planwirtschaft systematisch zum wirtschaftlichen Kerngebiet der Moldavischen SSR aufgebaut worden, in dem die wichtigsten Industrien, die Energiegewinnung sowie die Nahtstellen zum sowjetischen Wirtschaftsraum konzentriert wurden. Bessarabien, das vorwiegend agrarisch genutzt wurde, ist von Transnistrien daher wirtschaftlich abhängig. Während in Gesamtmoldavien der rumänische Bevölkerungsanteil rund 65 % ausmacht, überwiegen jenseits des Dnjestr Russen und Ukrainer. In den Städten, auch in der Hauptstadt Chisinau, sind jedoch hier wie dort die Rumänischsprachigen in der

Minderheit, so daß der heutige Nationalitätengegensatz auch einen Konflikt zwischen Stadt und Land widerspiegelt.

Seit Rußland Bessarabien im Jahr 1806 unter seine Kontrolle gebracht hat, wird im Land systematische Russifizierungspolitik betrieben. "Die Russen sind das Herrenvolk, der Rumäne ist Sklave. Seine Sprache und Kultur konnte er nur im Dorf bewahren", beklagt der moldavische TV-Macher Rotaru die ethnische Hierarchie, die zur Folge hatte, daß heute so mancher "Rumäne" das Russische besser beherrscht als seine Muttersprache. Wir erleben es hautnah im Gespräch mit Bürgermeister Koschubaru, Rumäne, glühender Verfechter der neuen Sprachverordnung, die das Russische aus der Bürokratie verbannt: Als er während des Gesprächs, das auf rumänisch geführt wurde, mit seinem ebenfalls rumänisch fühlenden Kollegen Rücksprache hielt, tat er dies auf russisch.

Der nationalistische Gegenschlag

"Die Zeit der russischen Knechtung ist vorbei. Heute muß sich der Russe, der in der Moldau leben will, anpassen", tönt es kampfbereit aus dem Mund der moldavischen Dichterin Renata Verejanu, führender Kopf einer Schriftstellervereinigung "Pro Besarabia - pro Bukowina". Wer seinen Arbeitsplatz als Beamter behalten möchte, muß nach den Bestimmungen der im August 1989 eingeführten Sprachenverordnung des Rumänischen mächtig sein. Ein Schock für viele russische und ukrainische Stadtbewohner/innen, die bisher keine Veranlassung hatten, rumänisch zu lernen. Erst nach massiven Protesten der russischen, der ukrainischen sowie der kleinen gagausischen Minderheit wird den Nicht-Rumänen eingeräumt, die neue Staatssprache bis zum Jahr 1996 nachlernen zu dürfen. Dann werden die kleingedruckten russischen Übersetzungen auf offiziellen Dokumenten verschwunden sein. "Nicht wenige machen sich heute nach Rußland auf den Weg", berichtet der russische Waffenstillstandsdelegierte Vassew. Wieviele Russen bereits auswandert sind, weiß niemand.

Den Spieß umzudrehen und sich für die Diskriminierung des Rumänischen zu rächen, ist vor allem bei Intellektuellen weit verbreitet. Die Einführung des Rumänischen als Staatssprache und die Verwendung des lateinischen Alphabets waren daher die ersten Forderungen, die die 1989 ins Leben gerufene "Volksfront" aufstellte. Mit dem Kampf gegen das Russische verband sich ein Kampf gegen alles, was als kommunistisch bzw. sowjetisch galt. Am Jahrestag der Oktoberrevolution wurde die Militärparade blockiert und die Parteiprominenz von der Ehrentribüne verjagt, Volksfrontaktivisten attackierten KGB-Gebäude, Lenindenkmäler und lieferten sich mit den Sicherheitskräften heftige Straßenschlachten.

Als sich Transnistrien und Gagausien als Reaktion auf die Sprachenverordnungen ihrerseits für souverän erklärten, mobilisierten die neuen Republikführer, Präsident Snegur und Ministerpräsident Druc, bis vor kurzem beide Angehörige der kommunistischen Nomenklatura, Kampfwillige. Im Oktober 1990 befand sich der Freiwilligenverband Tiras-Tighina, mit Geldspenden von Auslandsrumänen zu ersten nationalen Armeebataillonen ausgerüstet, im Marsch auf die Gagausenstadt Komrat. Die einheimische Bevölkerung flehte die dort stationierten Sowjettruppen um Hilfe an. Einer militärischen Auseinandersetzung nicht gewachsen, richtete sich die Wut der Nationalisten gegen jedwedes Symbol der Sowjetherrschaft. Die Wiedervereinigung fordernd, besetzten 3000 Bewaffnete zwei Grenzübergänge nach Rumänien.

Wiedervereinigung oder zwei moldavische Republiken ?

Heftig bestreitet Anatol Danilov, russisch-rumänischer Journalist, daß die Frontlinie entlang der Sprachgrenzen verläuft. "Russen, Ukrainer und Rumänen stehen auf der einen Seite der Front, Rumänen, Ukrainer und Russen auf der anderen. Darin liegt die Tragik des Konflikts."

Die intellektuelle rumänisch-moldavische Elite wünscht nichts sehnlicher als den Anschluß an Rumänien. Ihn - so bald wie möglich - zu realisieren, ist das erklärte Ziel der Volksfront. Die Ablehnung einer Wiedervereinigung wiederum ist es, die den Widerstand der Russen und der Ukrainer, aber auch vieler transnistrischer Rumänen gegen die Regierung nährt. Wieviele dieser pauschal zu "Sezessionisten" Gebrandmarkten tatsächlich die Errichtung einer unabhängigen "Moldavischen Dnjestr-Republik" im Auge haben, ist unklar. Die Mehrheit der Bewohner/innen der Republik Moldova, gleich welcher Nationalität, ist offenbar beiden Extremen abhold: Sie wünscht sich ein sicheres Überleben in Unabhängigkeit. Dies erzählt uns der rumänische Bürgermeister aus Transnistrien, und so bestätigt es der Historiker Vladimir Solonari, ukrainischer Parlamentsabgeordneter aus Chisinau. "Die Vereinigung mit Rumänien ist eine scheinbare

Lösung, eine Imagination. Sie würde Grenzstreitigkeiten mit der Ukraine nach sich ziehen. Und sie riefe im Westen die Ungarn auf den Plan, die dann Anspruch auf Transsilvanien erheben würden." - Statt dessen plädiert Solonari für eine Republiksführung, in der alle Volksgruppen gleichmäßig vertreten sind. In der heutigen Regierungsmannschaft, so entnehmen wir einem Parlamentsbericht, steht ein Russe 22 Rumänen gegenüber.

Die aktuelle Regierung spielt ein durchsichtiges Spiel. Ihre momentane Devise lautet: Waffenstillstand und Abzug der 14. Armee aus einem unabhängigen Moldavien; über eine etwaige Vereinigung mit Rumänien will man derzeit nicht sprechen. Vom Wiedervereinigungsziel zu sprechen, klärt uns Vasile Nedelciuc vom außenpolitischen Ausschuß des Parlaments auf, gilt derzeit als "propagandistischer Trick der Russen, um die Abspaltung des linken Dnjestr-Ufers zu legitimieren. Und dies muß verhindert werden!"

Ein Referendum zur Frage der Wiedervereinigung durchzuführen, wie es viele Russen und Rumänen fordern, lehnt die Regierung ab, weil sich offensichtlich zur Zeit keine Mehrheit dafür finden läßt: "Das würde nur beweisen, daß wir hier in einem anderen Staat als in Rumänien leben." - Auch Präsident Snegur äußert sich in einem Zeitungsinterview skeptisch, was das Resultat eines Referendums betrifft; eine Mehrheit der Vereinigungsgegner scheint wahrscheinlich, ist die Zugkraft des rumänischen Lei doch schließlich in keiner Weise mit jener der Deutschen Mark vergleichbar.

Was nicht sein soll, ist auch nicht. So einfach gestrickt operieren die Politiker in Moldavien. Da hat sich auch unter der rumänischnationalistischen Nomenklatura nichts geändert. Was das Volk will, ist zweitrangig. An der Schnittstelle der Großmachtinteressen, unter den Bedingungen von Peripherisierung, ökonomischer Krise und dem Zerfall des Sowjetreichs, ist für Demokratie in Moldova heute kein Platz.

Jonel Sandulescu, Staatssekretär im Bukarester Außenministerium, zur (groß-)rumänischen Frage

WOZ: In Ihrem Arbeitszimmer hängt eine Karte von Großrumänien aus dem Jahre 1926; gleichwohl sind Sie Staatssekretär einer Republik, deren aktuelle Grenzen durch internationale Verträge und Abkommen festgeschrieben sind. Beinhaltet diese Erinnerung an die Vergangenheit Rumäniens Zukunft?

Sandulescu: Ich hab keine Brille auf. Ich kann nicht sehen, um welche Karte aus welchem Jahr es sich hier handelt.

WOZ: Es handelt sich um Großrumänien inklusive Bessarabien, einem seit kurzem unabhängigen Staat.

Sandulecsu: (lacht) Das ist das alte und das zukünftige Rumänien. Bessarabien und Bukowina sind rumänische Gebiete.

WOZ: Wenn Sie das, vor allem im Falle der Bukowina, dem ukrainischen Präsidenten Krawtschuk sagen, wird er nicht einverstanden sein.

Sandulescu: Wahrscheinlich nicht. Ich war aber im Mai 1992 in den USA und habe dort im internationalen Pressezentrum in Washington dasselbe gesagt wie heute.

WOZ: Und Transnistrien, erheben Sie darauf Anspruch?

Sandulescu: Das ist eine Sache der moldavischen Regierung.

WOZ: Danke für das Gespräch.

4. Deutsche Außenpolitik mit militärischer Zukunft: Von Blauhelm- zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Interventionspolitik und Kriege · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:11

"Deutsche Waffen, deutsches Geld - morden mit in aller Welt" - diese Losung der Friedensbewegung muß alsbald mit dem Zusatz "Soldaten" versehen werden. Denn in atemberaubender Geschwindigkeit geht es nicht mehr um das "ob", sondern nur noch um das "wann" und "wie" künftiger out-of-area-Einsätze der Bundeswehr. Die deutsche Beteiligung an sogenannten Blauhelm-Einsätzen ("peace keeping") ist bereits überparteilicher Konsens, der bis hin zu einem Teil vom Bündnis '90 reicht. Die Taufe dieses Konsenses erfolgte in Kambodscha. Galt ein solcher Bundeswehr-Einsatz noch vor wenigen Jahren unbestritten als Verfassungsverstoß, blieb jetzt offizieller Protest praktisch aus.

Noch nicht ganz Konsens besteht in der Frage bundesdeutscher Beteiligung an Kampfeinsätzen ("peace enforcing"), da dies in der SPD (und Bündnis '90) umstritten und in der Bevölkerung noch nicht ausreichend "psychologisch vorbereitet" sei (Verteidigungsminister Rühe). Macht nichts: Auf der Hardthöhe sind die Würfel bereits gefallen, die deutsche Truppe wird ideologisch wie materiell auf kriegerische Interventionen eingestimmt, und man schafft die notwendigen Fakten, während deutsche Politiker schon mal rhetorisch in den Krieg ziehen - auf dem Balkan.

Außenminister Kinkel möchte "die Serben in die Knie zwingen", Verteidigungsminister Rühe alles tun, um den Bürgerkrieg "auszutrocknen", der außenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karl Lamers, fordert einen "schnellen Militäreinsatz", sein Kollege Gerster einen "gezielten Schlag gegen Luftwaffe, Flugplätze und Raketenbasen der Serben". Da mochte der DGB-Vorsitzende Meyer und der SPD-"Verteidigungs"-Experte Andreas von Bülow nicht abseits stehen; von Bülow verlangte eine "massive Luftintervention", gezielte Angriffe auf serbische Artilleriestellungen und Verkehrswege (FAZ, 8.8.92). Und nachdem die Existenz von Lagern in Bosnien-Herzegowina der Weltöffentlichkeit vorgeführt wurde, ging von Bülow noch einen Schritt weiter. Ähnlich wie Kanzler Kohl antwortete er auf die Frage, was denn die Deutschen zu tun gedenkten, wenn sie von ihren Verbündeten aufgefordert würden, sich auch an militärischen Aktionen zu beteiligen: "Wenn sie dann sagen würden, ihr müßt mit Elementen daran teilnehmen, damit das auf gleiche Schultern gesetzt wird, dann müßten wir bereit sein, das zu tun." (ebenda). Auch der kühle Klare aus dem Norden legte sein Pfeifchen beiseite. Wenn der UNO-Sicherheitsrat Kampfeinsätze als ultima ratio befürworte, dann müsse die SPD mit "knapper Mehrheit" eben neu entscheiden. (FAZ, 11.8.92)

Für Kinkel, Rühe und Kohl kommen Kampfeinsätze deutscher Soldaten im zerfallenen Jugoslawien aus "historischen Gründen" nicht in Frage, CSU-Fraktionschef Bötsch schiebt solche Sentimentalitäten schroff beiseite und lehnt neudeutsche Kriegseinsätze allein aus "militärtechnischen Gründen" ab.

Auf den historischen Verweis der PDS-Abgeordneten Andrea Lederer, die jetzigen out-of-area-Entscheidungen kämen in etwa "der Entscheidung über die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik im Jahr 1955 gleich", setzte Bötsch noch eins drauf: "Natürlich, das war richtig, um euch wegzubringen", vermerkt das stenographische Bundestagsprotokoll seinen Zwischenruf.

Für die originellste Begründung sorgte der FDP-Fraktionschef Solms anläßlich der Debatte des Bundestages über die out-of-area-Einsätze der Bundeswehr am 22. Juli; man müsse nur "an die Geschichte des Auftritts deutscher Truppen im damaligen Jugoslawien während des Weltkrieges zurückdenken. Selbst 40 Divisionen waren nicht in der Lage, dort einen Partisanenkrieg zu befrieden, das macht überhaupt keinen Sinn". Soll heißen: was 40 Divisionen tapferer deutscher Soldaten zur "Befriedung" (!) nicht schafften, werden einige Divisionen im Rahmen und Namen der UNO erst recht nicht bewerkstelligen können. Deutsche sprechen aus Erfahrung.

SPD-Fraktionschef Hans-Ulrich Klose verbringt schlaflose Nächte, denkt über "Optionen nach, weil mich das Morden im ehemaligen Jugoslawien genau so umtreibt wie viele andere". Aber, nach sorgfältigem Abwägen aller Eventualitäten kommt er zum ernüchternden Ergebnis, daß "ein Kampfeinsatz im ehemaligen Jugoslawien mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einem noch größeren Blutbad führt als jenem, das wir Tag für Tag im Fernsehen mit ansehen müssen".

So bleibt es beim Säbelrasseln einiger bundesdeutscher Politiker und man begnügt sich in der offiziellen Außenpolitik auf das "Austrocknen" Serbiens (Rühe) durch politische Interventionen gegenüber jenen Staaten (Griechenland, Rumänien, Rußland), die angeblich das verhängte Wirtschafts- und Waffenembargo der Vereinten Nationen gegenüber Rest-Jugoslawien durchbrechen, und auf politische Unterstützung der serbischen oppositionellen Kräfte gegen Milosevic und die Beteiligung an "humanitären Aktionen". Kinkel und Schäuble begründen auch, warum derzeit nicht "mehr" drin ist: Wer militärische Strafaktionen gegen die Serben fordert, müsse auch selbst den militärischen Part (mit)übernehmen und nicht bloß andere dazu auffordern. Vor der Parlamentarischen Versammlung der WEU im Juni diesen Jahres forderten Kinkel und der Präsident dieser Versammlung, der gestandene deutsche Sozialdemokrat Soell, eine militärische Intervention. Diese Forderungen wiederholten sie jedoch in dieser Eindeutigkeit nicht mehr, nachdem sowohl die Nato-Militärs als auch die US-Administration abgewinkt hatten, weil ein militärisches Eingreifen gegen die Serben keinen Sinn mache.

Der Bürgerkrieg im zerfallenen Jugoslawien ist derzeit das zentrale Vehikel für die "Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik" (Kinkel), die seit der Wiedererlangung der vollen völkerrechtlichen Souveränität der Deutschen von der Bundesregierung und - mit einigen Achs und Abers - der SPD gemeinsam betrieben wird. Dabei geht es um nicht mehr und nicht weniger als die militärische Flankierung deutscher Außenpolitik im Kontext der veränderten internationalen Bedingungen nach dem Fortfall des westdeutschen Territoriums als Nato-Aufmarschplatz gegen die vermeintliche östliche Bedrohung. Nach der DDR-Annexion wird der Anspruch nach Rückkehr zu einer "normalen" militärischen Mittelmacht (hinter den USA und im Verein mit den wichtigen EG-Staaten) erhoben.

Die Deutschen und ihre "Verantwortung" ...

Die entscheidenden Weichenstellungen sind schon längst erfolgt, die militärischen Vorbereitungen auf der Hardthöhe laufen auf Hochtouren. In seiner Regierungserklärung vom 30. Januar 1991 erklärte der Kanzler wörtlich: "Eine immer wichtigere Rolle bei der Friedenssicherung in der Welt spielen die Vereinten Nationen. Mit Recht wird erwartet, daß das vereinte Deutschland sein Engagement in diesem Bereich stärkt. Hierfür wollen wir die verfassungsrechtlichen Grundlagen klarstellen. Die Bundesregierung wird hierüber das notwendige Gespräch mit den Bundestagsfraktionen führen".

Am 25. September letzten Jahres versicherte Ex-Außenminister Genscher vor der 46. Generalversammlung der Vereinten Nationen feierlich, daß das vereinte Deutschland alle Rechte und Pflichten der Charta der Vereinten Nationen "einschließlich der Maßnahmen der kollektiven Sicherheit übernehmen (werde), auch mit unseren Streitkräften. Wir werden dafür unsere Verfassung ändern".

Aber die Herstellung eines neuen außenpolitischen Konsenses der staatstragenden Bundestagsparteien stieß auf Widerstände. Im Dezember letzten Jahres machte der Bremer SPD-Parteitag zwar die Tore zu einer neuen militärischen Rolle weit auf - man beschloß, daß deutsche Soldaten mit Blauhelm-Einsätzen unter der Fahne der Vereinten Nationen ausrücken dürften mit jeweiliger Zustimmung des Parlaments -, der Regierungskoalition ging das aber nicht weit genug, sie möchte freie Hand für alle möglichen Bundeswehr-Einsätze haben.

Auch wenn sich führende Politiker in der SPD wie Karsten Voigt, Norbert Gansel, Erwin Horn, Hans-Ulrich Klose bereits offen für Kampfeinsätze im Rahmen der Vereinten Nationen ausgesprochen haben und zum neuen Grundkonsens mit der Regierung bereit sind, besteht nach wie vor der verfassungsrechtliche Dissens. Da zieht es die Regierung vor, die unterschiedliche verfassungsrechtliche Interpretation einstweilen beiseite zu schieben und - Verfassung hin, Verfassung her - neue Fakten zu schaffen, an denen sich die SPD-Führung beteiligt.

- Am 8. April dieses Jahres beschloß die Bundesregierung, 145 Sanitätssoldaten der Bundeswehr sowie 75 Beamte des Bundesgrenzschutzes im Rahmen der Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen nach Kambodscha zu entsenden. Dies ist die erste offizielle Blauhelm-Mission, an der deutsche Soldaten und nicht "nur" BGS-Beamte, wie bei vorherigen UNO-Einsätzen in Namibia und Marokko, beteiligt sind.

Diese Kambodscha-Mission im Rahmen des UNTAC-Programms der UNO (UN Transitonal Authority in Cambodia) erfolgte mit vorheriger Ab- und Zustimmung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Klose, der sich diese Entscheidung "nicht leicht gemacht" habe. Kloses Plazet stieß immerhin den Bremer Parteitagsbeschluß um,

wonach "der Einsatz deutscher Truppen für Blauhelm-Aktionen der UNO in jedem Fall der Zustimmung des Deutschen Bundestages bedarf" (1).

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der PDS-Bundestagsgruppe leitete die Bundesregierung die Berechtigung der Beteiligung deutscher Sanitätssoldaten an einer UN-Blauhelm-Mission nicht aus der Verfassung sondern ausschließlich aus der Charta der Vereinten Nationen ab. (2)

- Seit Anfang Juli beteiligt sich die Bundesluftwaffe an der internationalen Luftbrücke nach Sarajewo auf Basis der Vereinten Nationen, die als "humanitäre Aktion" eingestuft wird. Auch hier stimmte die SPD-Spitze ausdrücklich zu.

- Wenige Tage später beschlossen die Außenminister der Nato und WEU, mit maritimen Kontingenten in der Adria die von der UNO gegenüber Rest-Jugoslawien verhängten Embargomaßnahmen zu überwachen.

Am 15. Juli folgte das Bundeskabinett den Nato- und WEU-Beschlüssen und befürwortete die Beteiligung von einem Zerstörer und drei Seeraumüberwachungsflugzeugen an der Adria-Mission, die sich übrigens nicht auf den Segen der UNO, sondern allein auf die Nato- bzw. WEU-Beschlüsse stützen kann. Kinkel selbst nannte als entscheidendes Motiv auch nicht den militärischen Stellenwert, sondern hob die bündnispolitische Bedeutung hervor, in die die Deutschen von ihren Nato- und WEU-Verbündeten geradezu gedrängt worden seien.

Nachdem die SPD die ersten beiden Salamischeiben brav geschluckt hatte, blieb ihr die dritte Kröte im Halse stecken: Sondersitzung des Bundestages während der Sommerpause, Verfassungsklage und Verweigerung ihrer Zustimmung, weil die Bundesregierung "im Begriff sei, scheibchenweise eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vorzunehmen" - so Hans-Ulrich Klose am 22.7.92 vor dem Bundestag.

Wer allerdings meint, Klose trage eine grundsätzliche Ablehnung gegen jene "fundamentale Veränderung" vor, der irrt mindestens ebenso fundamental. Weder wurde von Klose kritisiert, daß sich die Beteiligung deutscher Soldaten, sei es in Sarajewo oder in der Adria, aus historischen Gründen verbietet, auch wenn sie als "humanitäre Aktion" oder sonst was deklariert werden. Noch sprach sich Klose generell gegen künftige Kampfeinsätze der Bundeswehr aus. Zunächst wendete er sich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr, wie von den Regierungsparteien gefordert, aber nur, weil sie aktuell noch nicht anstehen: Da sich selbst Rühe derartige Interventionen der Bundeswehr in den nächsten 10 Jahren nicht vorstellen könne, so Klose, dann "lassen Sie uns doch gemeinsam tun, was jetzt im Konsens möglich ist" - also eine vorläufige Beschränkung auf Blauhelm-Missionen unter im Namen und Rahmen der Vereinten Nationen.

Rühe und auch Kinkel scheinen zu diesem Minimalkonsens bereit zu sein, allerdings ohne Änderung der Verfassung. Sie wollen die ausdrückliche "Klarstellung" lieber später in einem Abwasch erledigt wissen, als das Grundgesetz zweimal ändern zu wollen: Erst Blauhelm und wenn es so weit ist auf oliv-grün. So scheinen die Diskussionen derzeit darauf hinauszulaufen, einen parteienübergreifenden Grundsatz-Beschluß im Bundestag herbeizuführen, der die Blauhelm-Einsätze durch das Parlament legitimiert und spätere Kampfeinsätze offenhält, bis diese anstehen.

Ebenso gut möglich wäre aber auch ein erneuter Grauzonen-Beschluß: Deutsche Soldaten engagieren sich nicht direkt in Bosnien-Herzegowina sondern an verschärften Embargo-Maßnahmen - etwa in der Form der Beteiligung deutscher Soldaten im Nato-Mitgliedsland Griechenland zur Überwachung der UN-Sanktionen nicht nur zur See. Die sich überstürzenden Ereignisse könnte die beiden "Volksparteien" aber auch zur Beteiligung an Kampfeinsätzen veranlassen.

Neben dieser eher grundsätzlichen Auseinandersetzung sprach sich die SPD-Fraktion gegen die Adria-Beteiligung der Bundeswehr deswegen aus, weil sie weder von der UNO, noch durch den Nato-Vertrag gedeckt sei ("out of treaty"-Einsatz). Demgegenüber betonte Kinkel den Grauzonen-Charakter dieser eher symbolischen Demonstration in der Adria: Man befinde sich in internationalen Hoheitsgewässern, habe keinen Schießauftrag und wolle nur Bündnistreue zeigen - ergo bewege sich alles im Rahmen der Verfassung.

Aber mit eben dieser Salamitaktik jenseits des verfassungspolitischen Streits strebt die Bundesregierung nicht so sehr den Konsens mit der SPD, sondern mit der Bevölkerung an. Rühe: "Mir ist der Konsens mit der

Bevölkerung wichtig. Leider ist er mit den Sozialdemokraten in dieser Frage nicht möglich. Aber wir haben den Konsens mit der Bevölkerung, und das ist ganz wichtig, weil es eine behutsame und wichtige Maßnahme ist".

Nach demoskopischen Umfragen muß Rühe noch dran arbeiten, denn 69% der repräsentativ Befragten sprechen sich für Blauhelm-Einsätze aus, während über 50% gegen Kampfeinsätze votieren ("Spiegel" 30/1992).

Und für diese gesellschaftliche Konsensbeschaffung in Richtung Kriegseinsatz eignet sich der Balkan-Konflikt hervorragend. Die täglichen grausamen Kriegsbilder, die bescheidene Aufnahme von 5.000 Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina, verbunden mit einer Kampagne der "Welle der Hilfsbereitschaft" für die Opfer des Krieges, haben eben auch die Funktion, die Bevölkerung gegen die serbische Regierung einzustimmen. Da sind dann Blauhelm-Einsätze das mindeste, während Gerster, Lamers und Niggemeyer dann auch schon für "mehr" die Trommeln rühren.

Mitmachen oder neue deutsche "Sonderrolle"?

Die deutsche Beteiligung an Blauhelm- und Kampfeinsätzen im Namen der Vereinten Nationen, der Nato, der WEU und der KSZE, also im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme, wird prinzipiell mit zwei zentralen Argumenten vorgetragen. Mit der gewachsenen internationalen Verantwortung nach der DDR-Annexion und dem sang- und klanglosen Abtritt des Realsozialismus und der Wahrnehmung nicht nur der Rechte, sondern auch der Pflichten, die sich aus der Mitgliedschaft in internationalen Institutionen wie der UNO ergeben würden.

Norbert Gansel (SPD) drückte das unter dem Beifall der CDU/CSU wie folgt aus: "Mit der deutschen Vereinigung und mit dem Erlangen der vollen Souveränität haben wir keine Ausreden mehr. Aus der Verpflichtung gegenüber der deutschen Geschichte darf keine Flucht aus der Verantwortung werden". Am Wolfgangsee werden Hannelore und Helmut solche salbungsvollen Ergüsse mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen haben. Der Kanzler selbst blies ins gleiche Horn. Vor der 33. Kommandeurstagung seiner Truppe in Leipzig am 12. Mai betonte er, daß es "uns niemand abnimmt, wenn wir uns von vornherein nur auf Blauhelm-Missionen beschränken... Deutschland kann und darf sich nicht auf Dauer der Pflicht entziehen, auch an Operationen zur Wahrung und Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit teilzunehmen".

Es ist in der Tat nicht so, daß sich die Deutschen ihren Verbündeten geradezu einseitig aufdrängten. Die Beteiligung an der Kambodscha-Mission erfolgte nach einer Bitte des UN-Generalsekretariats, die Adria-Präsenz auf dringlichen Wunsch der Nato-Verbündeten. Ein stärkeres deutsches militärisches Engagement im Rahmen kollektiver Interventionen - dies gilt übrigens nicht nur für Deutschland, sondern ebenso für Japan - wird von den Verbündeten ausdrücklich gewünscht.

Zum einen wird angeführt, daß ein solches burden-sharing die Kosten der anderen mindert. Die Vereinten Nationen etwa verweisen darauf, daß sie mit Beitragszahlungen in Höhe von zwei Mrd. US-Dollar im Rückstand liegen und hoffen, daß die Deutschen ihre jeweiligen Beteiligungen cash aus eigener Tasche zahlen. Zum anderen verfügt die Bundeswehr über modernstes Kriegsgerät und voll einsatzbereite, gut ausgebildete Soldaten, die nach dem Wegfall ihres alten Feindbildes für neue Kampfaufträge geradezu parat zu stehen scheinen.

Nicht nur die Kommentatoren in den herrschenden bürgerlichen Zeitungen der EG-Staaten und den USA fordern in der Regel die militärische Partizipation der Deutschen (und Japans), die ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprächen. Auch im Rahmen der Nato ist die Bereitstellung von sogenannten "Krisenreaktionsstreitkräften" für weltweite Einsätze seitens Deutschlands ebenso Konsens wie die "Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens", wie es im Abschluß-Kommunique der "Petersberger Erklärung" der WEU vom 19.6.92 heißt. Demagogisch knüpfen denn auch die Regierungspolitiker daran an, wenn sie vor einer "Ohne-mich"-Haltung der Deutschen (CSU-Bötsch) und der Gefahr einer deutschen "Sonderrolle" oder gar Isolierung in den westlichen Bündnissen warnen.

Hinter den Kulissen werden denn auch schon künftige Einsatzregionen deutscher Soldaten - vorerst mit Blauhelmen - ausgespäht. Aus historischen Gründen fällt Ost- und Südosteuropa so gut wie aus, wird zwar

immer wieder betont, aber so genau nimmt man es auch nicht - siehe Balkan. Auch im Nahen Osten kämen solche Einsätze wohl nicht in Frage; wohl aber Blauhelm-Beteiligungen in Zypern, zwecks Wahlüberwachung in Angola, vielleicht auch in El Salvador. Solche Pläne werden sowohl auf der Hardthöhe als auch bei den Vereinten Nationen durchgespielt.

Und es ist alles andere als Zufall, daß sowohl die SPD-Bundestagsfraktion als auch der Kanzler auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat drängen. Kohl prahlte jüngst, daß in "diplomatischen Kreisen" schon viel weiter gedacht worden sei als öffentlich bekannt.

Die Neujustierung der Bundeswehr

Die dargestellten innenpolitischen Auseinandersetzungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wirklichen Entscheidungen in autoritären Regimes wie diesem nicht in Parlamenten fallen, sondern buchstäblich exekutiert werden. Zuständig dafür sind die politisch-militärischen Planer und Strategen auf der Hardthöhe, die jenseits grundgesetzlicher "Klarstellungen" schon längst mit der Zurichtung der Bundeswehr auf Blauhelm- und Kampfeinsätze - erstere ab 1993, letztere ab 1995 marschbereit - befaßt sind.

Bereits am 20. Januar dieses Jahres lag dem Verteidigungsausschuß des Bundestages ein Hardthöhen-Papier mit dem Titel "Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr" vor, in dem im Namen "deutscher Sicherheitsinteressen" ein erheblich "erweiterter Sicherheitsbegriff" über die klassische Vaterlandsverteidigung hinaus zugrunde gelegt wird. Statt Bedrohung aus dem Osten tritt nunmehr die "Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität".

Ganz am Rande wird dabei erwähnt, eine alte Nachkriegsauflage, nämlich der Verzicht auf ein nationales Oberkommando zugunsten weitgehender Nato-Integration der Bundeswehr (mit Ausnahme der Heimatschutzverbände), zugunsten "nationaler Führungsstrukturen" ad acta zu legen, um "teilstreitkraftübergreifende, -spezifische und taktisch-operative Führungs- und Koordinierungsaufgaben in nationaler Verantwortung zu erfüllen".

Die jeweiligen Kommandierenden der Teilstreitkräfte haben sich das "Neue Denken" längst zu eigen gemacht. Bereits im März 1991 legte der damalige Marine-Inspekteur Joachim Mann in seinen "Zielvorstellungen" dar, daß maritime Streitkräfte "im hoheitsfreien Raum auf See den politischen Willen eines Staates verdeutlichen" könnten. Er kündigte die Zurichtung der Marine für "lang andauernde und weiträumige Einsätze", natürlich zur "Wahrung des Friedens" sowie zur "Durchsetzung von Entscheidungen der Vereinten Nationen" an.

Zu der Kanonenboot-Diplomatie - an der Adria schon mal geprobt - gesellen sich die Heeresstreitkräfte, die die Fähigkeit zu "schneller Gegenoffensive" erhalten sollen, egal, ob es in den betreffenden Regionen "kalt oder gebirgig oder heiß und flach ist", so Naumann.

Die Luftwaffe - ihre zentrale Bedeutung hat sich im letzten Golfkrieg herausgestellt - verfährt nach dem Motto "Erhöhung der operativen Flexibilität"; künftig werde nach Aufklärungs- und "Gegenangriffsverbänden" unterschieden.

Ohne auf genauere Details der künftigen Bundeswehr-Strukturen einzugehen, schält sich deutlich heraus, daß die Bundeswehr in zwei Teile zerfällt: in ca. 320.000 Soldaten, die im wesentlichen die Aufgaben der "klassischen" Vaterlandsverteidigung übernehmen, wenngleich es nichts zu verteidigen gibt. Ca. 50.000 Soldaten werden auf künftige Blauhelm- und Kampfeinsätze getrimmt. Sie sind praktisch zu jeder Zeit präsent und einsatzbereit, weisen einen hohen Anteil an Berufs- und Zeitsoldaten auf und sind technisch äußerst flexibel ausgerüstet, um an so ziemlich jedem Ort der Welt eingreifen zu können.

Höhere Flexibilität dieser künftigen Interventionstruppe besteht auch hinsichtlich ihrer bündnispolitischen Zuordnung; der Aufbau der "Krisenreaktionsstreitkräfte" entspricht dem "neuen strategischen Konzept" der Nato, das auf dem Gipfel in Rom im November 1991 verabschiedet wurde. Von Fall zu Fall, je nach Opportunität, Zweckmäßigkeit und Lage der Dinge, wäre ihr Einsatz auch im Namen und Rahmen der WEU, der KSZE und der Vereinten Nationen möglich, nachdem die WEU in Bonn ("Petersberger Erklärung") diesbezügliche Beschlüsse faßte und die Nato ihre Bereitschaft erklärte, gegebenenfalls auch der KSZE Truppen zur Verfügung zu stellen.

Auf der Hardthöhe werden derzeit nicht nur in Plan- und Sandkastenspielchen, sondern ganz konkret die entscheidenden Weichen zugunsten der Zurichtung der Bundeswehr auf Blauhelm- und Kampfeinsätze gestellt, letztlich Maßnahmen und Entscheidungen vorweggenommen, die das Parlament nur noch abzusegnen hat. Während die Exekutive die materiellen und ideologischen Vorbereitungen in der Bundeswehr längst in Angriff genommen hat, verbleibt den herrschenden Parteien der Job der politischen Konsensbeschaffung. Die Blauhelm-Einsätze sind bereits abgehakt - Kampfeinsätze sollen noch folgen. Mit Zustimmung der SPD.

D./Westberlin

Anmerkungen:

1) In: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1991) 6, Dokumente zum Zeitgeschehen, S. 895 f.

2) Bundestags-Drucksache 12/2711 vom 1.6.1992, Bonn

5. Aus historischen Gründen (BRD-Jugoslawien)

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:33

"Aus historischen Gründen" kommt für Deutschland ein militärischer Einsatz "auf dem Gebiet des früheren Jugoslawien" nicht in Frage. Soweit reicht gerade noch der herrschende Konsens, an den sich einige Politiker wie Würzbach (CDU), Dregger (CDU), Gerster (CDU), von Bülow (SPD) auch schon nicht mehr halten mögen. Keine historischen Gründe scheinen mehr im Wege zu stehen, wenn Außenminister Kinkel den serbischen Führern mitteilt, "daß sie für ihre verbrecherische Politik zur Rechenschaft gezogen werden" - und zu diesem und anderen Zwecken die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs fordert. Ja, wer hätte sich denn das 1946 in Nürnberg träumen lassen?

Ein Strafgericht über die Serben verlangt auch die SPD-Bundestagsfraktion. Daß dies höchstens nach einer militärischen Niederlage Belgrads möglich wäre, und daß Forderungen wie diese einen Verhandlungsfrieden absolut unmöglich machen würden, scheint man in der SPD-Spitze nicht für bedenkenswert zu halten.

Offensichtlich verbieten die historischen Gründe auch keineswegs, daß ausgerechnet in Deutschland lauter und massiver zum bewaffneten Eingreifen in Jugoslawien gerufen wird als in irgendeinem anderen Land der Welt. Möglicherweise mit Ausnahme der Türkei, die auch das einzige Land überhaupt ist, das dem UNO-Sicherheitsrat einen ausgearbeiteten Plan für eine Militärintervention vorgelegt hat. Trotz gelegentlicher Versuche in den deutschen Medien, den gegenteiligen Eindruck zu produzieren, sind die Regierungen der Großmächte zu einem kriegerischen Abenteuer in Jugoslawien ganz und gar nicht in Stimmung. Militante Töne bleiben dort den Oppositionssprechern überlassen: Chirac in Frankreich, Thatcher in Großbritannien.

Läßt man den Krakeel einmal beiseite und betrachtet die Substanz der Aussagen, so hat sich - nach einigen "unbedachten" Sprüchen Kinkels Ende Juni - auch die deutsche Regierung eindeutig gegen eine direkte Militärintervention, beispielsweise die vielberedeten Luftangriffe auf serbische Artilleriestellungen - festgelegt. Nicht nur mit der Begründung, daß eine deutsche Beteiligung nicht in Frage käme, sondern auch grundsätzlich, wegen der Bedingungen Jugoslawiens, die eine Kriegführung als wenig aussichtsreich und sehr riskant erscheinen lassen. Am klarsten äußert sich in diesem Sinn Verteidigungsminister Rühe (CDU), der einen Einsatz ausländischer Soldaten ohne vorhergehende politische Lösung ausschließt.

Trotz dieser Festlegung haben die deutschen Politiker und Journalisten es verstanden, am Thema Jugoslawien eine spezifische Aufgeregtheit zu produzieren, die sie als Vorreiter einer direkten Einmischung profiliert und den Rest der Welt ständig mit dem Vorwurf der Zaghaftigkeit und Feigheit konfrontiert. Selbstverständlich steht das empörte Geschrei, man dürfe doch nicht einfach zusehen, im Mißverhältnis zu der bekannten Bonner Position, daß von Deutschland zwar heiße Worte, aber leider kein praktischer militärischer Beitrag zu erwarten seien. Man wisse schon, die historischen Gründe, und dann auch noch das Grundgesetz.

Das natürliche Ergebnis dieses Mißverhältnisses ist, daß die Ungeduld über die deutschen Schreihälse international zunimmt - und man sie geradezu bedrängt, dann doch bitte auch "Verantwortung mitzutragen". Genau dieser Effekt scheint eines der Hauptziele des Geschreis zu sein. Die "internationale Erwartungshaltung" wächst (Wörner, NATO-Generalsekretär, CDU), man will endlich Taten, konkret: deutsche Jungs an der Front, sehen. Hic Sarajevo, hic salta.

Wie man sich demonstrativ zur Jagd tragen läßt, zeigt das Beispiel des NATO/WEU-Einsatzes im Jadran (Adria). Seit Mitte Juli "überwachen" dort Kriegsschiffe und Flugzeuge das Embargo gegen Jugoslawien. Eine Kontrolle von Frachtschiffen findet allerdings nicht statt. Gewaltanwendung ist ausgeschlossen. Praktisch ist die militärische Präsenz im Jadran nutzlos, dafür aber auch kaum gefährlich für irgendjemand. Der interessanteste Punkt ist lediglich, daß dies der erste von der WEU beschlossene Militäreinsatz ist, also ein Präzedenz und Exempel für zukünftige Operationen darstellt, die dann nicht unbedingt ebenso unkriegerisch sein müssen. Kohl versuchte auch gar nicht, seine gute Laune zu verstecken: "Es eröffne sich jetzt die Möglichkeit, erstmals das Zusammenwirken von WEU und NATO zu erproben. Er freue sich auf die innenpolitische Diskussion darüber, ob Deutschland abseits stehen dürfe. Auf jeden Fall würden die Beschlüsse der WEU und der NATO die deutsche Diskussion über die Grundgesetzänderung anregen." (FAZ, 11.7.)

Scheinbarer Schönheitsfehler: "Deutsche Einheiten sollen zunächst nicht teilnehmen." (FAZ, 11.7.) Zwar gaben Kohl und Kinkel gleich bekannt, daß eine deutsche Beteiligung wohl "notwendig" sein werde - wegen dem "zunehmenden Druck auf Deutschland, sich zumindest an friedenserhaltenden Maßnahmen zu beteiligen", wie Kinkel es sichtlich genötigt formulierte. Aber erst mußte zur Wahrung des frommen Scheins noch ein paar Tage gewartet werden, bis die Bundesregierung fünf Tage nach dem WEU-Beschluß sich "durchgerungen" hatte, einen Zerstörer und drei See-Fernaufklärungsflugzeuge beizusteuern. Kinkel: "Eine andere Haltung als die der Bundesregierung wäre weltweit auf Unverständnis gestoßen. Deutschland könne sich zur Entschärfung des Konflikts nicht auf die Lieferung von Hilfsgütern beschränken." Und Rühe hob hervor, daß die Entscheidung wegen der "Bündnisfähigkeit" Deutschlands gar nicht anders ausfallen konnte. (FAZ, 16.7.)

Eine heitere Anekdote wird, unwidersprochen, vom SPD-Abgeordneten Verheugen erzählt: In einer gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Verteidigungsausschusses habe Kinkel selbst zugegeben, daß er den Marine-Einsatz für "Quatsch" halte. Er, Kinkel, und Kohl seien auf dem KSZE-Gipfel in Helsinki am 10. Juli von der Entscheidung zum Adria-Einsatz überrascht worden und hätten sie dann nicht mehr aufhalten können. Hierzu Verheugen: die WEU habe den Militäreinsatz bereits am 3. Juli beschlossen - bekanntgegeben wurde er aber tatsächlich erst am 10. Juli - und es sei unvorstellbar, daß Kohl und Kinkel eine Woche lang nichts davon erfahren hätten. (SZ, 20.7.)

Die Zweifel Verheugens lassen sich noch weiter zuspitzen. Schon am 4. Juli war in der FAZ zu lesen gewesen: "Wenn die UNO es wünscht, kann die Bundesmarine zur Kontrolle der Küsten des bisherigen Jugoslawiens auch Marine-Kampfflugzeuge vom Typ Breguet ‚Atlantic` an die Adria verlegen. Dies hat in Bonn der Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, bestätigt. Auch während des Besuchs von Verteidigungsminister Volker Rühe in Washington war ein möglicher Einsatz der schweren U-Boot-Jäger und See-Fernaufklärer von italienischen Adria-Flughäfen aus erörtert worden. Rühe will einen möglichen Einsatz der ‚Atlantic`-Kampfflugzeuge als reine Überwachungsaktion zur Stärkung eines verschärften UN-Embargos gegen Serbien verstanden wissen. Der Einsatz von Schiffen der Bundesmarine habe zu keinem Zeitpunkt zur Debatte gestanden." - Letzteres ist eher unwahrscheinlich, da zu dem in Frage kommenden Flottenverband nun einmal ein deutscher Zerstörer gehört, und da ein politischer oder "historischer" Bedeutungsunterschied zwischen einem Kriegsschiff und einem Kampfflugzeug eigentlich nicht besteht.

Geht man nun noch ein paar Tage weiter zurück, stellt sich heraus, daß Kinkel Ende Juni in Washington war und Gespräche mit Bush, Außenminister Baker und Verteidigungsminister Cheney führte. Thema: militärische und halb-militärische Handlungsoptionen in Jugoslawien. Der Marine-Einsatz wurde zwar in den Medien anscheinend nicht ausdrücklich als Besprechungsthema erwähnt, stand aber zweifellos schon mit auf der Tagesordnung.

Vom Rande der Gespräche berichtete die FAZ am 1. Juli: "Nach Kinkels Ansicht gelte es bei einem Militäreinsatz europäischer Länder und Amerikas zuerst Sarajevo zu sichern, dann das Umland, und schließlich dafür zu sorgen, daß die Serben zu schießen aufhörten. Offenkundig hielte es Kinkel für das Wirksamste, die VI. Flotte in der Adria auffahren zu lassen und aus der Luft mit technischen Mitteln den Aufstieg serbischer Flugzeuge zu verhindern."

Diesem Bericht und der Interpretation wurde nicht widersprochen. Eine Kurswende gab es erst in der zweiten Juli-Hälfte, als der Fraktionsvorstand der CDU/CSU sich darauf festlegte, "ein militärischer Einsatz im ehemaligen Jugoslawien sei nicht zuletzt aus militärischen Gründen mit größter Vorsicht zu bewerten", d.h. zu riskant. (FAZ, 25.7.) Unmittelbar vorausgegangen waren Äußerungen der CDU-Politiker Gerster und Lammers, die sich für "einen gezielten Schlag gegen Luftwaffe, Flugplätze und gegen die Raketenbasen der Serben" ausgesprochen hatten. Hiervon distanzierte sich der Fraktionsvorstand nun ausdrücklich. Lammers ließ sofort mitteilen, er sei leider mißverstanden worden und teile die Meinung des Vorstands, während Gerster noch einen draufgab: eine deutsche Beteiligung bei dem Angriff auf Serbien sei "nicht auszuschließen".

Aber zurück zu Kinkels Gesprächen in Washington: Es ist erstens, siehe oben, nicht zu bezweifeln, daß der wenige Tage später gefaßte WEU-Beschluß dort besprochen und vorbereitet wurde, falls er nicht intern schon fertig vorlag. Es ist zweitens wahrscheinlich - siehe FAZ-Wiedergabe von Kinkels Überlegungen -, daß der deutsche Außenminister in Washington sich für sehr martialische Optionen ausgesprochen hat, die weit über die Interessen seiner Gastgeber hinausgingen. Die Schlußfolgerung liegt nahe, den Jadran-Einsatz dann als

das Äußerste zu interpretieren, was die US-Regierung (und andere Bündnispartner) dem deutschen Drängen anzubieten hatten. Ein Trostpreis sozusagen.

Nun müssen wir aber noch einmal ein paar Wochen zurückgehen. Unmittelbar, nachdem am 30. Mai der UNO-Sicherheitsrat ein totales Embargo gegen Rest-Jugoslawien beschlossen hatte, forderten mehrere europäische Abgeordnete, darunter in vorderster Front wieder die deutschen Stimmen, eine sofortige Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der WEU, um über die "Durchsetzung" des Embargos zu beraten und zu beschließen. Die Einbeziehung der Verteidigungsminister in den Kreis macht schon deutlich, an welche Optionen in erster Linie gedacht war.

Weiter ist der FAZ (3.6.) zu entnehmen: "Ein Treffen des WEU-Rates ist am 19. Juni auf dem Bonner Petersberg vorgesehen. Der Rat wird nach Angaben Kinkels bereits am kommenden Donnerstag auf Botschafterebene die Möglichkeiten einer See- und Luftblockade gegen Serbien erörtern und dem Ministerrat in Bonn dann entsprechende Vorschläge unterbreiten. Serbien müsse ‚in aller Deutlichkeit verständlich gemacht werden, daß es für weiteres Blutvergießen einen sehr hohen Preis zu zahlen hat.` Kinkel schloß einen militärischen Einsatz der Europäer etwa zur Überwachung des Embargos als ‚letztes Mittel` nicht aus."

Es ist demnach wohl nicht zuviel gesagt, die Seeblockade vor der jugoslawischen Küste als Ergebnis deutscher Regierungspolitik zu interpretieren. Zumindest waren Kinkel & Co. treibende Hauptkraft, um diese Aktion in den Bündnisgremien durchzusetzen. Tatsächlich scheint es aber sogar, daß sich am Anfang außer den Herren aus Bonn eigentlich niemand von Rang für diese Idee stark gemacht hat. Soweit zum Thema "internationaler Druck" auf Deutschland, dem wir uns leider nicht entziehen konnten.

Der Kreis schließt sich, wenn man sieht, daß die Embargo-Resolution des UNO-Sicherheitsrats vom 30. Mai, die nun durch den Marine-Einsatz "überwacht" werden muß, eigentlich nur die Übernahme von EG-Beschlüssen war, die zwei Tage vorher gefaßt worden waren. Diese EG-Beschlüsse hatte an erster Stelle Deutschland gegen etliche Vorbehalte durchgekämpft. Und nachdem sie über die Bühne gegangen waren, hieß es sofort: "Kinkel forderte die internationale Gemeinschaft auf, sich einem umfassenden Handelsembargo gegen ‚Jugoslawien` anzuschließen." (FAZ, 29.5.) "Kohl forderte die UNO auf, sich den am Vortag verhängten EG-Handelssanktionen anzuschließen." (FAZ, 30.5.) Aber drei Tage später schon wieder die treuherzige Unschuld: "Die Bundesregierung will sich den UNO-Sanktionen gegen Serbien umgehend anschließen." (FAZ, 2.6.) Ja, wenn doch die ganze Welt es von uns erwartet!

Kt.

6. Japanische Blauhelme

Rubrik: Interventionspolitik und Kriege; Japan · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:30

Mitte Juni billigte das japanische Unterhaus mit großer Mehrheit ein Blauhelm-Gesetz, wonach Japan künftig bis zu 2.000 Soldaten der UNO unterstellen kann. Eine Woche zuvor hatte das Oberhaus dem Gesetz mit 137 zu 102 Stimmen zugestimmt.

Nach zwei vergeblichen Anläufen im Golfkrieg und Anfang dieses Jahres hat es die Regierungspartei (LDP) im Bündnis mit der buddhistischen Komeito- und der Demokratisch-Sozialistischen Partei schließlich geschafft, eine Hürde der Vergangenheit beiseite zu schieben. Der erste Einsatzort dieser Blauhelme könnte Kambodscha sein. Hiesige bürgerliche Kommentatoren meinten, Japan habe den Vorwurf der "Scheckbuchdiplomatie" von US-Außenminister Baker während des Golfkrieges nicht auf sich sitzen lassen wollen. Immerhin hatte Japan seinerzeit 10 Mrd. Dollar in die US-Kriegskasse einzahlen "dürfen". In Japan selbst wurde ganz ähnlich wie hier in der BRD die neue "politische Verantwortung" beschworen, die man demnächst auch mit einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat krönen möchte.

Auf den ersten Blick könnte es fast scheinen, als habe Japan im Rennen mit der BRD um einen neuen Platz unter den internationalen militärischen Großmächten derzeit "die Nase vorn". Andererseits haben die Herrschenden in der BRD längst ihr (vorläufiges?) Endziel internationaler Kampfeinsätze sowohl im UNO-Auftrag wie auch im Rahmen von NATO oder WEU auch öffentlich ins Visier genommen, während sich in Japan heute noch keine Partei soweit vorwagen würde.

Das japanische Gesetz ist noch "zivil" im Vergleich zu den Anträgen, die das Bündnis 90/Die Grünen jüngst im Bundestag eingereicht haben. Auch sie wollen der UNO künftig bis zu 2.000 Mann für sogenannte "Peace-Keeping"-Aktionen zur Verfügung stellen. In Japan muß allerdings die ausdrückliche Zustimmung der Kriegsparteien vorliegen, und die Ausrüstung darf ausdrücklich nicht über leichte Waffen hinausgehen. Die Entsendung eines Minensuchers, die die BRD im Golfkrieg kurzerhand für eine "humanitäre Aktion" erklärt hatte, bedürfte in Japan einer Gesetzesänderung.

Bündnis 90/Die Grünen fordern heute ein Grundgesetz, das das Militär und dessen Beteiligung an allen möglichen militärischen "kollektiven Sicherheitsbündnissen" erlauben soll, sofern das noch irgendwie mit dem Ziel einer "friedlichen und dauerhaften Ordnung" in Verbindung gebracht werden kann. An die japanische Verfassung (von 1947), die immer noch den Verzicht auf jedes militärische Mittel festschreibt, traut sich heute nicht einmal die Regierungspartei heran, obwohl es klar ist, daß sie diesen pazifistischen Grundsatz in der Praxis längst über Bord geworfen hat. (Immerhin unterhält Japan eine der Bundeswehr vergleichbare Armee). Es ist auch allgemein bekannt, daß die Regierungspartei diese formale Beschränkung lieber heute als morgen loswerden würde.

In hiesigen Verhältnissen, wo sich auch "Oppositionelle" am vaterländischen Wettstreit beteiligen, dürfte die Reaktion der japanischen kommunistischen und sozialdemokratischen Partei (SDP) geradezu als "altes Sektendenken" verteufelt werden. Die japanische Sozialdemokratie hat in Militärfragen nicht einmal Godesberg erreicht; sie hält nach wie vor die japanische Armee für verfassungswidrig und hat auf das aktuelle Blauhelm-Gesetz mit dem Rücktritt von 141 Abgeordneten reagiert. Beide Parteien bemühten sich um hinhaltenden Widerstand, so daß die Verabschiedung des Gesetzes vier Tage in Anspruch nahm. Anfangs gab es sogar eine Prügelei im Parlament, die dann von der Taktik des "Kuhgangs" abgelöst wurde: In Millimeterschritten schlichen die Abgeordneten nach ihrem Aufruf zur Urne, im Schnitt brachten sie es auf 15 Minuten pro Abgeordneten.

Das ganze Verfahren symbolisierte tatsächlich den realen Zustand einer zeitaufwendigen oder zeitschindenden Verzögerungspolitik. Warum das Gesetz schließlich doch durchkam, obwohl die Opposition es hätte letztlich verfahrensmäßig kippen können, ist unklar. Auf der einen Seite heißt es, der japanische Ministerpräsident hätte zurücktreten müssen, wenn er das Gesetz nicht vor der Parlamentspause durchbekommen hätte; auf der anderen Seite heißt es, auf die Opposition hätte die Drohung der Regierung, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, soweit Wirkung gehabt, daß sie sich auf hinhaltenden Widerstand beschränkte.

Ähnlich wie in der BRD ist auch in Japan die Opposition gegen internationale Militäreinsätze rückläufig. Bei Befragungen im letzten Jahr war in Japan noch von einer Ablehnung jeder militärischen Aktion von bis zu 75% die Rede; Anfang des Jahres waren es immerhin noch 59%, die auch jede Blauhelm-Beteiligung ablehnten. Der letzten "Spiegel"-Umfrage zufolge war das exakt die Quote, die in der BRD Blauhelm-Aktionen zustimmen würde.

Bei allen Unterschieden ist die Ausgangslage in beiden Ländern ähnlich: Beide wollen mehr oder weniger schnell die historischen Fesseln loswerden und zu neuem militärischen Großmachtstatus gelangen.

Im Moment geht unsere Aufgabe nicht über die so undankbare Rolle eines hinhaltenden Widerstands hinaus, auch wenn dafür in beiden Ländern ein erhebliches demokratisches Potential vorhanden ist. Bei uns schlagen aber leider einige Ex-Linke und sich immer noch oppositionell verstehende Kräfte lieber gleich Blauhelm- oder noch stärkere Militärtöne an.

HH

Quellen:

FR, 10.6.92

FAZ, 24.3., 24.4., 9.6, 16.6.92

taz, 6.6., 9.6.92

NZZ, 4.6.92

Antrag der Gruppe Bündnis 90/ Die Grünen unter dem wohlklingendem Titel: "Für eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen - Politik nicht-militärischer Konfliktlösung"

s. auch AK 324, 12.11.90: "Ein Land ohne Militär will Truppen an den Golf schicken"; zum Stand der japanischen Debatte während des Golfkrieges.

7. Die NATO und die "Bedrohung aus dem Süden"

Rubrik: NATO und NATO-Strategien · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:19

Im neuen NATO-Diskurs sind die neuen "Bedrohungen aus dem Süden" im gewissen Maße an die Stelle der alten "Bedrohung aus dem Osten" getreten. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und vor allem nach Golfkrise und -krieg 1990/91 wird seitens der NATO zusehends betont, daß der Sicherheit der Bündnismitglieder auch vielgestaltige Risiken aus Regionen außerhalb des NATO-Vertragsgebiets - out-of-area - erwachsen könnten. Von NATO-Offiziellen wird in jüngster Zeit immer wieder wortreich die zunehmende Bedeutung der Süddimension für die Sicherheit des Bündnisses beschworen. NATO-Generalsekretär Wörner: Man dürfe "nicht die wachsende Bedeutung der von außerhalb des Bündnisgebiets auf uns zukommenden Herausforderungen übersehen ... Entlang der gesamten Südgrenze des NATO-Gebiets entwickelt sich ein Spannungsbogen vom Maghreb bis zum Nahen Osten ... Wir können daher heute weniger denn je die Sicherheit des Bündnisses als etwas betrachten, das an unseren Grenzen haltmacht ...". (1) Vielmehr sei es notwendig, daß "das Bündnis seine Aufmerksamkeit vermehrt auf außereuropäische Angelegenheiten richtet" (2); ein wichtiges neues Tätigkeitsfeld der NATO sollen "die neuen Herausforderungen, insbesondere die Risiken aus den benachbarten Gebieten" sein. (3) Als mögliche Konfliktpotentiale im "Süden" werden in der NATO heute gezählt: politische, ökonomische und soziale Instabilitäten, Grenzstreitigkeiten, ethnische und nationalistische Spannungen, religiöser Fanatismus, Terrorismus, Auseinandersetzungen um Ressourcen - und ökologische und Bevölkerungsprobleme.

Nun ist die NATO als Organisation, deren Vertragsgebiet geographisch eindeutig eingegrenzt ist (Artikel 6 Nordatlantikvertrag), eigentlich für diese "benachbarten Gebiete" gar nicht zuständig. Mit einer förmlichen Aufhebung dieser Beschränkung ist in absehbarer Zeit wohl auch nicht zu rechnen. Zwar sieht insbesondere die US-Administration in einer Institutionalisierung von out-of-area-Aufgaben im NATO-Rahmen eine Möglichkeit, das westliche Bündnis auch künftig aufrechtzuerhalten und die eigene Vormachtstellung in diesem abzusichern. Denn die mit Abstand größten Fähigkeiten zum militärischen Eingreifen out-of-area haben die USA, ihnen würde daher hier wie selbstverständlich die führende Rolle zufallen (wie zuletzt der Golfkrieg gezeigt hat). Doch das für eine entsprechende Vertragsänderung notwendige Einverständnis aller 16 NATO-Mitglieder ließ sich bislang nicht herstellen. Zu groß ist bei einigen westeuropäischen NATO-Staaten auf der einen Seite die Befürchtung, in von den USA initiierte und geprägte militärische Interventionen in der Dritten Welt hineingezogen zu werden, und zu kostbar ist ihnen auf der anderen Seite der Erhalt ihrer nationalen Entscheidungsautonomie gerade in solchen Fällen. Sie bevorzugen anstelle einer institutionalisierten globalen Rolle der NATO mit einklagbaren Bündnisverpflichtungen unverbindliche Konsultationen über out-of-area-Fragen im NATO-Rahmen und die Freiheit, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob sie sich an einer militärischen Aktion out-of-area beteiligen wollen oder nicht. Von Fall zu Fall sollen sich folglich bi- oder multilaterale Kooperationsgemeinschaften für Aktivitäten out-of-area zusammenfinden (wie zuletzt im Golfkrieg, an dem die NATO als Organisation ja nicht beteiligt war, wohl aber die meisten NATO-Mitgliedstaaten). Das heißt: Nicht die NATO wird militärisch out-of-area aktiv, sondern ad-hoc-Koalitionen von NATO-Mitgliedstaaten, die aber auf die Infrastruktur der NATO zurückgreifen können. (4)

Auch die im Frühjahr 1992 angesichts der Zuspitzung des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien von der NATO erklärte Bereitschaft, im Auftrage der KSZE eventuell außerhalb des NATO-Vertragsgebiets bei friedenserhaltenden Missionen militärisch tätig zu werden, geht über diese Position nicht hinaus; sie ist so vorsichtig formuliert, daß die Beteiligung an und die Unterstützung für derartige Aktivitäten weiterhin allein der nationalen Entscheidung der Bündnismitglieder vorbehalten bleibt. (5)

Gleichwohl plant man in der NATO offensichtlich bereits für militärische Interventionen out-of-area. Im Zuge der Ausarbeitung einer neuen strategischen Konzeption ist im Juni 1991 u.a. die Aufstellung von Schnellen Eingreiftruppen der NATO beschlossen worden. Deren Kern soll das sog. Rapid Reaction Corps (RRC) bilden. Zu diesem unter britischem Kommando stehenden Korps sollen mindestens 70-100.000 Soldaten gehören, es wird zumindest vier Divisionen umfassen: zwei britische, eine multinationale der südeuropäischen Länder (Türkei, Griechenland, Italien) und eine weitere multinationale, bestehend aus britischen, deutschen, belgischen und niederländischen Einheiten.

Ob sich der Einsatz dieser NATO-Schnelleingreifkräfte auf die nördlichen und südlichen Flanken des Bündnisses in Europa beschränken wird oder ob sie auch für Einsätze in den so instabilen südosteuropäischen Regionen oder gar darüber hinaus in der Dritten Welt Verwendung finden werden, wird die Zukunft zeigen. Die materiell-technischen Möglichkeiten hierfür werden auf alle Fälle aufgebaut: Schnelle Eingreifkräfte, die zu einem raschen massiven Militäreinsatz an der Südflanke der NATO - etwa im Südosten der Türkei - in der Lage sind, sind dazu auch im ehemaligen Jugoslawien, dem Irak oder Algerien fähig. Auch andere NATO-Vorhaben wie der Aufbau einer multinationalen Transportflugzeugflotte und einer eben solchen Tankflugzeugflotte sowie Pläne für eine NATO-Flotte schneller Seetransportschiffe deuten darauf hin, daß man in der NATO damit rechnet, künftig militärische Macht über große Distanzen projizieren zu müssen. (6)

Selbst wenn das aufgrund der vertraglichen Beschränkungen auch weiterhin nicht unter NATO-Flagge möglich sein sollte, so stehen hierfür andere institutionelle Optionen zur Verfügung: Die Westeuropäische Union (WEU) kennt keine geographische Beschränkung ihres Aufgabengebiets; in jüngster Zeit wird die WEU als Akteur für Interventionen out-of-area verstärkt ins Gespräch gebracht, die Aufstellung von Schnellen Eingreifkräften der WEU wird erwogen. Zudem besteht die Möglichkeit, Rapid Reaction Forces der NATO für Eventualfälle out-of-area der WEU zu überantworten, so daß bei militärischen Interventionen etwa im vom NATO-Generalsekretär angesprochenen "Spannungsbogen" (s.o.) formell nicht die NATO, sondern die WEU - in Kooperation mit den USA - aktiv würde (sogenanntes "double-hatting": Ausstattung der Streitkräfte mit zwei Helmen - je nach Bedarf einem NATO- und einem WEU-Helm).

Weltweiter Einsatz deutscher Streitkräfte

Weisen also Strategiereform, neue Streitkräfteplanung und Restrukturierung der militärischen Potentiale eine zunehmende Orientierung der NATO auf "Bedrohungen aus dem Süden" aus, so fügt sich die Entwicklung im NATO-Staat BRD weitgehend in diese Tendenz ein. Obgleich nach herrschender Meinung in Recht und Politik der Einsatz deutscher Streitkräfte verfassungsmäßig strikt auf die "Verteidigung" im Rahmen der NATO beschränkt ist und erst eine Verfassungsänderung darüber hinausgehende Einsätze legitimieren könnte, wird augenscheinlich auch in der Bundeswehr bereits über das NATO-Vertragsgebiet hinaus gedacht. Wie bereits erwähnt, stellt die Bundeswehr Einheiten für das RRC der NATO. Darüberhinaus gibt es in der Bundeswehr noch weitere Kräfte, die als Schnelleingreiftruppen in Frage kommen. Derartige rasch einsatzbereite "Krisenreaktionskräfte" sollen künftig prioritär behandelt werden. Ausrüstung und Ausbildung sollen entsprechend ausgelegt werden, die Kapazitäten für ihren Transport in weit entfernte Krisenregionen geschaffen werden. Damit nehmen die militärischen Planer eine Grundgesetz-Änderung, die die Einsatzbeschränkungen für deutsche Streitkräfte aufhebt, faktisch vorweg.

Begründet werden diese Überlegungen mit sicherheitspolitischen Interessen der BRD, die mittlerweile globalen Zuschnitts sind. In einem Planungspapier der Bundeswehrführung vom Januar 1992, das in der Öffentlichkeit für erheblichen Wirbel sorgte, heißt es:

"Eine ausschließlich auf Deutschland oder Europa konzentrierte Betrachtungsweise wird der Sicherheit Deutschlands und den zukünftigen Herausforderungen nicht gerecht. Schon heute sind Gefährdungen der Sicherheit und Stabilität Europas auch in außereuropäischen Regionen wie in Nordafrika oder im Nahen und Mittleren Osten festzustellen. Die Beurteilung des Risikospektrums muß daher zwar aus europäischer und Bündnissicht, aber stets mit weltweiter Perspektive erfolgen. Entsprechend muß die politische Handlungsfähigkeit Deutschlands im Rahmen der verschiedenen kollektiven Systeme stärker den weiteren Horizont zukünftiger Krisen- und Konfliktbewältigung berücksichtigen. Dies schließt die Streitkräfte als politisches Instrument zur Sicherheitsvorsorge ein. In diesen Zusammenhang gehört die baldige klarstellende Verfassungsergänzung im Hinblick auf deutsche militärische Beiträge zur kollektiven Sicherheitsvorsorge außerhalb der NATO". (7)

In dem Papier wird unter der Überschrift "Deutsche Sicherheitsinteressen" u.a. angeführt: " - Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität. - Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen". (8)

Ebenso wie in Hinblick auf den Militärapparat der USA und der NATO muß befürchtet werden, daß die Bundeswehr künftig ökologische Krisenerscheinungen zum Anlaß nimmt, die eigene sicherheitspolitische und militärische Bedeutung - zur Gewährleistung "ökologischer Stabilität" oder des "Zugangs zu strategischen

Rohstoffen" - aufzuwerten. Unter dem Schafspelz der Bundeswehr als Friedenstruppe oder umweltschützender Öko-Truppe (9) lugt die Wolfsgestalt einer militärischen Interventionsmacht hervor, die andere Länder mit Gewalt zur Räson bringt.

Das Mittelmeer - neue Zentralfront der NATO?

Die deutsche Bundesmarine hat ihr Operationsgebiet ins Mittelmeer ausgeweitet. Hatte sie schon während des Golfkriegs im östlichen Mittelmeer zur Unterstützung der Anti-Irak-Koalition Flagge gezeigt (und sich später sogar im Persischen Golf - also out-of-area! - an Minenräummaßnahmen beteiligt), so ist sie nunmehr auch bei der neu aufgestellten STANAVFORMED, dem Ständigen Einsatzverband Mittelmeer der NATO, dabei. Zudem führt sie seit neuestem regelmäßig gemeinsam mit der französischen Flotte Manöver und Übungen im Mittelmeer durch. (10)

Mit diesen Schritten hat die BRD demonstriert, daß sie ihr - auch bisher nicht unerhebliches (11) - militärisches Engagement im Mittelmeerraum zu verstärken gedenkt.

Das wiederum fügt sich ein in die generelle Aufwertung dieser Region in der NATO, für die die Aufstellung des Ständigen NATO-Einsatzverbands Mittelmeer im Frühjahr 1992 als Teil der NATO-Krisenreaktionskräfte der sinnfälligste Ausdruck ist. (12) Es wird deutlich, "daß die NATO in zunehmendem Maße auf die Spannungsregion Mittelmeer und Nachbargebiete orientiert wird, wovon gegenwärtig nur die ersten Anfänge zu sehen sind. Es ist absehbar, daß dieser Raum der einzige ist, in dem keine Rüstungsreduzierung stattfindet. Statt dessen ist mit Verlagerung von NATO-Militärpotential und einem weiteren Ausbau der NATO-Infrastruktur an der Südflanke zu rechnen und mit neuen Ausrüstungselementen der NATO-Mitgliedsländer einschließlich der zentraleuropäischen, die sich auf Missionen im Süden beziehen (im maritimen Bereich, bei den Lufttransportkapazitäten und anderes mehr)". (13)

War dieses Gebiet zu Zeiten der Ost-West-Konfrontation "Südflanke" der NATO und gegenüber der "Zentralfront" in Mitteleuropa von nachgeordnetem Stellenwert, so kann nun hier so etwas wie die neue Zentralfront einer Nord-Süd-Auseinandersetzung entstehen. (14) Der spanische Außenminister konstatierte: "Europa ist jetzt dabei, eine neue Grenze zu entdecken: das Mittelmeer". (15) Aufgrund der "gestiegenen strategischen Bedeutung der Südregion" (16) rücken die mediterranen NATO-Staaten Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland und Türkei, die in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Krisenregionen Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens liegen, in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Diese Staaten bieten sich für die NATO - und die WEU - an, um eine Barriere gegen angebliche Bedrohungen von der südlichen Gegenküste des Mittelmeers aufzubauen. Instabilitäten dort, ökonomische Krisen, soziale Spannungen und politische Unruhen, werden als potentielle Bedrohungen für die eigene Sicherheit wahrgenommen. (17) Seit 1990 wird bei den NATO-Großmanövern im Mittelmeer ein Szenario zugrunde gelegt, bei dem die Bedrohung nicht mehr - wie früher - aus dem Osten, sondern aus dem Süden kommt. Wenn Eventualfälle out-of-area erörtert werden, so hat man vornehmlich die an die südlichen Küsten des Mittelmeers grenzenden Regionen im Blick. (18) Es ist offensichtlich, "daß mit der neuen Orientierung auf schnelle Eingreiftruppen nicht zuletzt an die aktive militärische Kontrolle des nordafrikanisch-islamischen Raums gedacht ist". (19) Dabei spielt - neben der angeblichen Bedrohung Europas durch die Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und entsprechenden Trägersystemen in Staaten dieser Region - die Gefahr von massenhafter Migration über das Mittelmeer nach Norden eine große Rolle. Es wird das Gespenst von Wellen von (Umwelt-)Flüchtlingen an die Wand gemalt, die aus den Krisengebieten Afrikas und Asiens an die europäischen Küsten branden und die man sich durch militärische Schutzmaßnahmen - z.B. Verstärkung des Grenz- und Küstenschutzes durch Militäreinheiten - vom Leibe halten müsse. "Nach Prognosen französischer Demographen wird das Mittelmeer in den nächsten Jahrzehnten die ‚heißeste' Nord-Süd-Grenze bilden, eine noch heißere als der Rio Grande, der die Grenze zwischen Nord- und Südamerika bildet. Sie vermuten, daß in den nächsten beiden Jahrzehnten allein aus dem Maghreb 20 bis 30 Millionen MigrantInnen nach Europa drängen werden". (20)

Mit Verweis auf den Einsatz der italienischen Marine und Armee gegen Flüchtlinge aus Albanien prognostiziert Nuscheler, daß es "zu einer Militarisierung der angestrebten gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik kommen (wird). Sie wird die Beziehungen zwischen EG-Europa und seiner regionalen Umwelt (Ost- und Südosteuropa, Türkei, Naher Osten, Nordafrika) schwer belasten". (21) Das, was die mexikanisch-nordamerikanische Grenze für die USA ist, wird womöglich das Mittelmeer für Europa werden: eine Mauer gegen die aus dem Süden in den reichen Norden drängenden verelendeten Menschen. Die nicht

zuletzt aufgrund ökologischer Zerstörungen entwurzelten Menschen sollen hier gestoppt werden. Umweltflüchtlinge als Bedrohung, der "Wandermensch als Waffe" (22) - das ist ein Argumentationsmuster in der etablierten Sicherheits- und Militärpolitik der NATO-Staaten, das den Aufbau neuer Formen militärischer Strukturen und eine neue Runde der Militarisierung und des Interventionismus der reichen Gesellschaften des Nordens/Westens legitimieren soll.

Vo

Anmerkungen:

1) Wörner, Manfred: Die Atlantische Allianz in der neuen Ära, in: NATO-Brief, 39. Jg., 1991, H.1, S.3-11, hier: S.6.

2) Ebd., S. 10.

3) Ebd., S. 9.

4) Auf diese Möglichkeit, die NATO-Strukturen für militärische Aktivitäten out-of-area zu nutzen, hat eindrücklich hingewiesen Bruce George bei einem Hearing des US-Kongresses zur Zukunft der NATO: Der Golfkrieg "was fought and won primarily on NATO principles ... NATO practices and procedures enabled an ad hoc alliance of NATO countries and other national forces to fight together out-of-area as a coherent unit" (NATOs Future: A Congressional-Executive Dialogue. CRS Report for Congress January 22, 1992, S.102.).

5) Vgl. Kommunique der Ministertagung des Nordatlantikrates vom 4. Juni 1992 in Oslo, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr. 64, 12.6.1992, S.613-620, hier: S. 615.

6) Im neuen strategischen Konzept werden "geeignete Lufttransport- und Luftbetankungskapazitäten großer Reichweite" als erforderlich erachtet. (Das neue Strategische Konzept des Bündnisses, in Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 128, 13.11.1991, S. 1046)

7) Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr (Bonn 1992), S.4f. Das Papier ist (in Auszügen) u.a. dokumentiert in: die tageszeitung, 7.2.1992.

8) Ebd., S.3

9) Vgl. als ein Beispiel für diese Selbstdarstellung Kaldrack, Gerd: Bundeswehr und Umweltschutz in den 90er Jahren, in: Informationen für die Truppe 1/1992, S.63-72.

10) S. Financial Times, 23.4.1992 (Bonn-Paris action on naval patrol).

11) Militärisches Engagement der BRD im Mittelmeerraum äußerte sich in der Vergangenheit vor allem in Form massiver Rüstungshilfe für die südeuropäischen NATO-Partner Portugal, Griechenland und Türkei (NATO-Verteidigungshilfe und diverse "Rüstungssonderhilfen"), aber auch in Form der Nutzung militärischer Anlagen der NATO-Staaten in der Region durch die Bundeswehr zu Ausbildungszwecken, der Beteiligung an der Allied Mobile Force der NATO - und seit 1987/88 relativ regelmäßiger Präsenz von Einheiten der Bundesmarine im Mittelmeer.

12) Vgl. Gemeinsames Kommunique der Ministertagung des Verteidigungs-Planungsausschusses und der Nuklearen Planungsgruppe am 26. und 27. Mai 1992 in Brüssel, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bulletin Nr. 63, 10.6.1992, S. 609-611, hier: S. 610. Bei dem Ständigen Einsatzverband Mittelmeer handelt es sich um einen ständig dem NATO-Oberbefehlshaber Europa unterstellten multinationalen Verband aus Zerstörern und Fregatten aus acht NATO-Staaten: Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Türkei, USA, Spanien und BRD. Vorher hatte es im Mittelmeer lediglich eine NATO-On-Call-Force gegeben, "die bereits seit zwanzig Jahren als NAVOCFORMED unter NATO-Flagge periodisch und in besonderen Lagen im Mittelmeer NATO-Solidarität mit der Südflanke demonstrierte" (Hallerbach, Rolf: NATO's neue Flotte im Mittelmeer, in: Europäische Sicherheit, 41. Jg.,1992, H. 6, S.350f., hier: S. 350.).

13) Scheer, Hermann: Abrüstung in der Mittelmeerregion statt Schnelle Eingreiftruppen. Bonn, 10. April 1992, S.5.

14) "Die Südflanke ist zur tatsächlichen Zentralfront geworden" (Aguirre, Mariano: Looking Southwards, in: Smith, Dan (ed.): European Security in the 1990s. London 1989. S. 123-168, hier: S.141). Oder: "Die Flanke wird zur Mitte" - so der Titel eines Beitrags zur Feier des 40jährigen Bestehens des Alliierten NATO-Kommandos Südeuropa (Brüsselbach, Mathias: Vierzig Jahre AFSOUTH. Die Flanke wird zur Mitte, in: Europäische Sicherheit, 40. Jg., 1991, H. 8, S. 452f.), vgl. auch Hallerbach,a.a.O., S. 351.

15) Fernandez-Ordonez, Francisco: Eine Sicherheitsstruktur für den Mittelmeerraum, in: NATO-Brief, 38. Jg., 1990, H. 5, S. 9-13, hier: S.10.

16) Clauß, Dieter: Die neue NATO-Strategie. Konsequenzen für die weitere Planung und Organisation des Bündnisses, in: Wehrtechnik, 23. Jg., 1991, H. 7, S. 4-9, hier: S. 8.

17) Sehr kritisch setzt sich mit dieser Perzeption auseinander Fisas, Vicenc: El Mite de l`Amenaca del Sud. The Myth of the Southern Threat. Zaragoza 1991, der deutlich macht, daß eher die Staaten an der Nordküste des Mittelmeers eine Bedrohung für die Maghreb-Länder sind als umgekehrt. Ähnlich argumentiert Scheer, a.a.O.

18) Im neuen strategischen Konzept der NATO ist den "Ländern an der südlichen Peripherie Europas" wegen ihrer Bedeutung "für die Sicherheit des Bündnisses" ein besonderer Abschnitt gewidmet, s. Das neue Strategische Konzept, a.a.O., S. 1040.

19) Scheer, a.a.O., S.4. - Scheer beklagt die "weitgehende Konzeptions- und Ideenlosigkeit" der NATO-Staaten in bezug auf den Mittelmeerraum und kritisiert: "Das einzige, was der NATO auf militärischem Gebiet bisher zu den Spannungen im Mittelmeer eingefallen ist, ist die Bildung Schneller Eingreiftruppen und die Einstellung auf out-of-area-Aktionen" (ebd., S.4).

20) Nuscheler, Franz, Flucht und Migration: Gefahren für den Frieden?, in Jahrbuch Frieden 1992, S. 92.

21) Ebd., S. 93.

22) Vom "Wandermenschen als Waffe" sprach der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Willy Wimmer, s. Brock, Lothar/Hessler, Stephan: Ein neues Feindbild? Wahrnehmungswandel in den Nord-Süd-Beziehungen, in Jahrbuch Frieden 1992, hg. v. Birckenbach, Hanne-Margret et. al.; München 1991, S.84.

8. Militärische Unterstützung Aserbaidschans durch die Türkei

Rubrik: Türkei; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:27

Seit der Offensive Aserbaidschans gegen Karabach, eine Woche nach der Wahl Elcibeys zum aserbaidschanischen Präsidenten, halten die Kämpfe um Karabach an. Stepanakert, die Hauptstadt Karabachs, stand erneut unter Raketenbeschuß.

Am 10. August behauptete die aserbaidschanische Seite, sie habe bei einem Angriff 300 Armenier getötet. Nach armenischen Angaben starben "nur" 32 Menschen, da die Bezirkshauptstadt der armenischen Enklave Artswaschen vorher evakuiert worden sei. Erstmals ist damit direkt zu Armenien gehörendes Gebiet besetzt worden. Unter Verweis darauf fordert Armenien von den GUS-Staaten ein militärisches Eingreifen. Vermutlich mit wenig Aussicht auf Erfolg. Die "taz" vom 11.8. zitierte den Sprecher des aserbaidschanischen Verteidigungsministeriums mit folgender, wohl realistischer Prognose: "Ich denke, sie [die GUS-Staaten] werden die letzten Ereignisse sorgsam studieren, und dann einen Kompromiß suchen, um den Konflikt zu stoppen." - Im Gegensatz zu Aserbaidschan, das, mehr oder weniger offen, auch militärisch von der Türkei unterstützt wird, hat Armenien in diesem Konflikt keinen verläßlichen Verbündeten.

Am 12. August verhängte das Parlament von Karabach das Kriegsrecht. Die armenische Regierung wurde aufgefordert, "alle wehrfähigen Männer, die aus Nagorny Karabach nach Armenien geflohen sind, zur Rückkehr zu bewegen". Aserbaidschan ordnete die unbefristete Verlängerung der Dienstzeit aller Wehrpflichtigen an.

"Aserbaidschan sei Armenien militärisch überlegen", habe der Sprecher des armenischen Präsidenten eingeräumt, heißt es in der "FAZ" vom 14.8. Das ist eine etwas seltsame Formulierung, ist dies doch, wenn auch stets anderes behauptet wird, kein Krieg Aserbaidschan-Armenien. Zwar kämpfen Freiwillige aus Armenien auf seiten Nagorny-Karabachs, doch hat sich bisher nicht die reguläre Armee Armeniens in den Konflikt "eingemischt". Trotz heftiger Kritik der nationalistischen Opposition hat Armenien bis heute Karabach nicht als unabhängigen Staat anerkannt. Das wird vor allem mit der Sorge um negative internationale Reaktionen begründet. Der armenische Präsident befürwortet eine Verhandlungslösung, da alles andere den heiklen Friedensprozeß in der Region gefährde.

Anfang Juli wurde der Führer der nationalistischen Daschnaken-Partei, Hrair Maruchian, ausgewiesen. Ihm war Kriegshetze und Zusammenarbeit mit dem KGB vorgeworfen worden. Die Daschnak-Partei stellt nur 11 der 230 Abgeordneten des armenischen Parlaments, ist aber aufgrund ihrer bis ins vorige Jahrhundert zurückreichenden Geschichte im Ausland recht stark. (angeblich 40 000 Mitglieder in knapp 20 Ländern).

Inzwischen wird die militärische Unterstützung Aserbaidschans durch die Türkei schon mal in der türkischen Presse zugegeben - allerdings unter dem Motto: "Besser, man spricht möglichst wenig darüber".

Die "Milliyet" vom 12.7. schreibt, daß Amerika zwar einer Militäraktion in Bosnien-Herzegowina nicht ablehnend gegenüberstehe, aber für eine "Militärhilfe der Türkei an Aserbaidschan keine großen Sympathien" zeige. Über die militärische Unterstützung Aserbaidschans sei zwischen den türkischen Parteien insgeheim bei den Koalitionsverhandlungen gesprochen worden:

"Nach den Wahlen am 20. Oktober kommen während des Machtwechsels der Ministerpräsident der ANAP, Mesut Yilmaz, und der Präsident der Koalitionsregierung, Demirel, für die Machtübergabe zusammen. Bei den vertraulichen Gesprächen sagt Mesut Yilmaz, daß die Türkei angesichts der armenischen Angriffe militärische Unterstützung an Aserbaidschan gewährt. Militärische Unterstützung im weitesten Sinne ..."

Demirel habe dagegen Einspruch erhoben, und so sei die Unterstützung für eine Weile eingestellt worden. "Angesichts der Intensivierung der armenischen Angriffe jedoch wird die Türkei gezwungen, die militärische Unterstützung wieder aufzunehmen." Darüber seien die USA beunruhigt, was nicht offiziell, sondern bei privaten Gesprächen, Cocktails und Essen geäußert werde. Amerika fordere die Einstellung der Hilfe.

Eine Woche später, am 19.7., druckt die "Hürriyet" einen Artikel aus dem Massenblatt "Sabah" von Mehmet Ali Birand, dem angesehenen Fernsehjournalisten und Chefredakteur dieser als liberal geltenden Zeitung, ab, worin Elcibey empfohlen wird, seine Worte doch etwas sorgfältiger zu wählen.

"Wir gehören zu denen, die den aserbaidschanischen Staatspräsidenten Elcibey seit langem kennen. ... Er nahm es mutig mit dem kommunistischen Regime auf und forderte Rechenschaft. Dadurch, daß er Türkisch sprach und seine Plaudereien unter dem Portrait Atatürks abhielt, hat er schnell das Herz des türkischen Volkes erobert. ... Er darf jedoch nicht als ein Führer angesehen werden, der alles tut, was die Türkei sagt. Er sagte seine Meinung früher frei heraus. Er tut das auch heute noch. Er ist aber nicht mehr der Führer der Volksfront. Heute ist er der Staatspräsident Aserbaidschans."

Der Autor des Artikels kritisiert weiter Elcibeys Bekundungen, das Ziel Aserbaidschans sei, sich mit den 12 Millionen Aseris im Iran zu vereinigen. "Ob er sich darüber im klaren ist, daß diese Herangehensweise Unruhe beim Iran hervorruft? Hat er gut kalkuliert, welchen Preis dies kosten könnte?" - Da Elcibey noch Debütant auf der politischen Bühne sei, hoffe man, daß er die Feinheiten noch lerne.

Der Artikel kommt dann auf das heikelste Thema zu sprechen: "Ein anderer Punkt ist, daß Worte Elcibeys veröffentlicht werden, wonach das türkische Militär die aserbaidschanische Armee ausbilden würde und in Karabach präsent sei. Vielleicht sagt er selbst das alles nicht offen und es wird ihm in den Mund geschoben. Auch diese Nachrichten werden jedoch widerrufen. Schauen Sie, in der englischen Presse sind bereits Artikel erschienen ... Daily Telegraph schrieb, daß in Karabach 150 türkische Offiziere tätig seien und die letzten Siege ihre Ursache hierin hätten. (...) Wenn eine derartig wichtige Änderung in der Politik vorgenommen wird, dann entscheidet Ankara darüber. Falls unnötige Interviews sich in Nachrichten und Kommentaren widerspiegeln, kann sich die Türkei in einer Situation wiederfinden, die sie vielleicht gar nicht haben möchte. (...) Es gibt nichts Selbstverständlicheres, als daß die Türkei sich neben ihre aserischen Brüder stellt und sie unterstützt. Alles hat aber seine Regeln. Einige Dinge tut man, ohne darüber zu reden."

Trotz dieser bemerkenswert klaren Worte bleibt die türkische Regierung aber dabei, Waffenlieferungen und die Existenz von Militärberatern in Aserbaidschan zu dementieren. Ein Ersuchen Aserbaidschans um einen Beistandspakt mit der Türkei wurde abgelehnt: Es müßten auch andere GUS-Staaten einbezogen werden.

jur. und a. (Übersetzung)

9. Deutsche Waffen für die Ordnungsmacht Türkei

Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:28

Die Regierung in Ankara kann mit dem neuen deutschen Außenminister zufrieden sein: Kaum im Amt, schon verkündete Kinkel, der sich selbst allen Ernstes als einen "wahrhaftigen Pazifisten"(1) bezeichnet, daß der im März verhängte Lieferstopp für Waffen an die Türkei aufgehoben werden soll.

Im Dezember 1991 waren umfangreiche deutsche Waffenlieferungen an den NATO-Partner bekanntgeworden. Das hatte zu Protesten der Oppositionsparteien im Bundestag und der Öffentlichkeit geführt. Während die Bundesregierung wegen der Angriffe der türkischen Luftwaffe auf kurdische Dörfer im Irak 25 Millionen DM Militärhilfe zurückgehalten hatte, wurden seit Mitte 1991 riesige Mengen an Waffen aus den Beständen der NVA an die Türkei geliefert: u.a. über 100.000 Panzerfäuste, 250.000 Kalaschnikows, 5000 schwere Maschinengewehre und rund 450 Millionen Stück Munition (2). Insgesamt hatte die "Ausrüstungshilfe" einen Wert von 1,5 Milliarden DM. Auch wenn man bedenkt, daß die Türkei seit vielen Jahren Rüstungsmaterial aus Deutschland erhält, übertrifft der Umfang dieser Lieferungen die bisherigen Waffenlieferungen bei weitem.

Als nach Bekanntwerden dieser Tatsachen zunehmend die Befürchtung geäußert wurde, daß die Waffen gegen die Kurden einsetzen werden könnten, stellten sich die Regierungsparteien hinter die neue Regierung in Ankara. Burkhard Hirsch (FDP) mußte zwar in der Bundestagsdebatte am 23. Januar eingestehen, daß ihm die Kurdenpolitik der Türkei "unklar" sei, aber immerhin habe die Demirel-Inönü-Regierung "entschlossene Schritte einer wirksamen Menschenrechtspolitik eingeleitet" (3). Man müsse geduldig sein, denn schließlich sei "es für die Türkei nicht leicht, sich als der einzige demokratische Staat mit moslemischer Bevölkerung in dieser Region innen- und außenpolitisch zu behaupten".

Einen Monat später verkündete Staatssekretär Willy Wimmer noch voller Zuversicht, es bestehe "keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß die Türkei entsprechend der getroffenen Vereinbarungen mit diesem Gerät auch so umgeht, wie es beschlossen und vereinbart worden ist"(4).

Obwohl die Bundesregierung also der türkischen Regierung deutlich signalisierte, daß sie keinen Ärger durch einen eventuellen Einsatz deutscher Waffen gegen Kurden wünsche, wurden diese Mahnungen von den türkischen Militärs offenbar nicht ernst genommen, wie die blutige Unterdrückung des Newroz-Festes gezeigt hat.

Das "vertragswidrige" Verhalten des türkischen Verbündeten rief in Bonn Verärgerung hervor. Aber nicht, weil die Hüter der einzigen moslemischen Demokratie im Nahen Osten wehrlose Kurden massakrierten, sondern weil sie die Aufforderung der Regierung in Bonn, dabei bitte keine deutschen Waffen einzusetzen, ignoriert hatten. Die Bundesregierung versuchte, sich durch eine Anprangerung der türkischen Kurden-Politik und den vorläufigen Stopp der Waffenlieferungen aus der Affäre zu ziehen.

Der "Sturm im Wasserglas" (Demirel) währte nicht lange, denn die Bonner Regierung hat kein Interesse an einer Schwächung des bedeutenden wirtschaftlichen und politischen Einflusses Deutschlands in der Türkei. So beeilte sie sich, die verärgerten Partner in Ankara zu beschwichtigen. Im Bundestag hob Helmut Kohl die wachsende Bedeutung der Türkei bei der Neuordnung der Region hervor: "Die Türkei war in der Vergangenheit auf Grund ihrer exponierten Lage an der Südostflanke der NATO ein Eckpfeiler auch unserer Sicherheit. Heute und für die Zukunft nimmt ihre Bedeutung angesichts der Entwicklung im Süden der früheren Sowjetunion sowie in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens weiter zu."

In Ankara ist man sich dessen längst bewußt. Deshalb hat man dort wohl auch zu keinem Zeitpunkt daran geglaubt, daß Deutschland ausgerechnet jetzt die Beziehungen zur Türkei durch eine ohnehin unglaubwürdige Kritik an den dortigen Menschenrechtsverletzungen belasten würde. Wahrscheinlich hat die türkische Regierung trotzdem nicht damit gerechnet, bereits nach so kurzer Zeit wieder deutsche Waffen zu erhalten. Doch die BRD ist inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt, und die deutsche Rüstungsindustrie kann es sich offensichtlich nicht leisten, einen so bedeutenden Kunden wie die Türkei zu vernachlässigen.

Für die Wiederaufnahme der Rüstungslieferungen genügt der deutschen Regierung eine Zusicherung Ankaras, die Waffen nur in Übereinstimmung mit dem NATO-Vertrag einzusetzten. Doch was man darunter zu verstehen hat, ist anscheinend umstritten, denn der türkischen Außenminister Cetin hat bereits angedeutet,

daß die türkischen Streitkräfte auch weiterhin deutsche Waffen gegen die Kurden einsetzten werden. Nach dem neuen strategischen Konzept der NATO von 1991, so Cetins Interpretation, könnte die Sicherheit des Bündnisses "auch durch Akte des Terrorismus beeinträchtigt werden"(5). Es ist zu erwarten, daß sich Bonn einer solchen Interpretation nicht widersetzen wird. Ekkehard Eickenhoff, der demnächst aus dem Amt scheidende deutsche Botschafter in der Türkei, versicherte der türkischen Regierung bereits die Unterstützung Deutschlands im Kampf gegen die PKK. (6)

Seit dem Zerfall des Warschauer Pakts und der instabilen Lage im Nahen Osten ist die Bedeutung der Türkei in der imperialistischen Weltordnung größer geworden. NATO-Generalsekretär Manfred Wörner hat sie im Februar 1992 auf einer "Wehrkundetagung" der NATO in München als einen "Verbündeten, der in Zukunft sehr bedeutende Rollen spielen wird" bezeichnet (7). Der deutsche Delegationsleiter bei den Wiener Verhandlungen zur Begrenzung der Personalstärke der konventionellen Streitkräfte begründete die Entscheidung, der Türkei eine 530.000-Mann-Armee zuzubilligen, damit, daß künftig die Spannungsfelder u.a. im Nahen Osten liegen würden (8).

Aus der Sicht der NATO-Strategen besteht die Notwendigkeit einer verstärkten militärischen Aufrüstung des verläßlichen Partners Türkei zur Ordnungsmacht im Nahen Osten und Mittelasien. Für die Herrschenden in der Türkei bot sich mit dem Golfkrieg und der Niederlage des schon durch den jahrelangen Krieg gegen Iran geschwächten Irak eine günstige Gelegenheit, alte Ansprüche auf die erdölreiche Region um Mossul und Kirkuk anzumelden. Zwar erscheint dieser Wunsch derzeit als unrealistisch, aber immerhin stellt er eine mögliche Option bei einer erneuten Zuspitzung der Lage im Irak dar. Bis dahin können die türkischen Streitkräfte in ihrem Kampf gegen die PKK beliebig oft die irakische Grenze überschreiten.

Der Nahe Osten ist nicht die einzige Region, wo die Türkei imperialistische Interessen - und natürlich auch eigene - vertreten soll. Die Regierung in Ankara macht sich auch stark für ein internationales militärisches Eingreifen zugunsten der bosnischen Muslime. Auf der in Istanbul tagenden Sitzung der Islamischen Konferenz (OIC) legte sie in diesem Sinne eine Resolution vor, die von den anderen Teilnehmern auch angenommen wurde.

Während die Türkei sich dem Westen gegenüber als vorbildliches laizistisches Land präsentiert, beansprucht sie für sich die Rolle des Beschützers der Moslems auf dem Balkan. Seit Monaten ist die Lage in Bosnien-Hercegovina auch eines der Hauptthemen in den staatskonformen türkischen Medien. Da erfahren die Leser, wie sehnsüchtig die moslemischen Glaubensgenossen in Bosnien auf eine militärische Intervention mit Beteiligung der Türkei warten. In einem Interview mit der türkischen Tageszeitung "Milliyet" betont der Präsident der Stadtverwaltung von Sarajewo immer wieder, daß er ein Türke sei und die Bosnier der Türkei so vieles zu verdanken hätten. Sein größter Wunsch, so Selim Hacibayric, sei die Vereinigung aller Moslems und Türken unter einer gemeinsamen Fahne (9).

Das Balkan-Szenario der türkischen Regierung beinhaltet auch eine Unterstützung der Kosovo-Albaner, wenn sich dort der Konflikt zuspitzen würde. Albanien wurde militärische Unterstützung zugesagt, falls es wegen Kosovo zu einem Krieg mit Serbien kommen sollte.

Arbeitslosigkeit, Inflation, Auslandsschulden und der Krieg in Kurdistan sind Nebensächlichkeiten: Die altbewährte Taktik der Herrschenden, bei inneren Krisen den Nationalismus anzuheizen und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf außenpolitische Themen zu lenken, scheint bislang aufzugehen.

Kamo

Anmerkungen:

1) FR, 25.6.92

2) SZ, 23.12.91

3) Deutscher Bundestag, 73. Sitzung, 23.1.92

4) DBT, 79. Sitzung, 20.2.92

5) FR, 3.6.92

6) FR, 17.6.92

7) Hürriyet, 10.2.92

8) FR, 2.7.92

9) Milliyet, 14.2.92

10. Todesschwadrone und öffentliche Hinrichtungen in der Türkei

Aufruf

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:32

Mit dem Regierungsantritt der Demirel-Regierung im Oktober letzten Jahres regten sich Hoffnungen auf einen Rückgang der Menschenrechtsverletztungen in der Türkei. Die DYP/SHP-Koalition hatte "gläserne Polizeiwachen" und "eine Türkei ohne Verbote" versprochen. Eingetreten ist das Gegenteil: Auf den Polizeirevieren ist Folter nach wie vor an der Tagesordnung, Musikgruppen werden verhaftet, Bücher werden verboten, und in Kurdistan tobt ein mit schwerer Artillerie, Panzern und Jagdbombern geführter Krieg gegen die Bevölkerung.

Prominente kurdische Politiker und kritische Journalisten, aber auch Lastwagenfahrer und Ladenbesitzer, Grundschullehrer und Ärzte, Tabakhändler und Wasserverkäufer, denen Sympathien zur kurdischen PKK unterstellt werden, sind mit einer neuen Dimension des Terrors konfrontiert: Häufiger als je zuvor seit den Massakern von "Grauen Wölfen" und Geheimpolizei Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre werden Menschen auf offener Straße ermordet oder "verschwinden" einfach. Verantwortlich dafür sind Todesschwadrone der türkischen "Konterguerilla", die von dem berüchtigten "Amt für Spezialkriegsführung" gesteuert werden.

Die Regierung hat ein Klima geschaffen, in dem der "Kampf gegen den Terrorismus" wie ein Krieg geführt wird: "Wir werden sie ausschalten", hatte Demirel kurz nach seinem Amtsantritt gedroht. Anhand von Gruppen wie Dev Sol oder TKP/ML-TIKKO, die durch spektakuläre Anschläge auf hohe Offiziere, Polizeiwachen und Folterverantwortliche auf sich aufmerksam machten, wird das öffentlich vorexerziert. Jüngstes Beispiel:

"Ankara (dpa) - Bei einem Großeinsatz der Polizei gegen zwei konspirative Wohnungen der Untergrundorganisation Dev Sol (Revolutionäre Linke) wurden am Donnerstag in Ankara fünf angebliche Terroristen - darunter zwei Frauen - getötet. Der Einsatz fand im Beisein von Innenminister Sezgin sowie dem für Menschenrechtsfragen zuständigen Staatsminister Mehmet Kahraman statt." (taz, 15.8.92) "Um vier Uhr hat die Polizei die Straße gesperrt und die Operation um 5.45 Uhr begonnen, indem sie Bomben in die Wohnung geworfen haben. Danach hat sie die Wohnung mit Maschinengewehren durchsiebt. Die Aufforderung, aufzugeben, erfolgte erst zwei Stunden später." Journalisten wurde der Zugang verwehrt; lediglich als der "Menschenrechtsminister" seine Aufforderung zur Aufgabe durchsagte, durften sie dabeisein. (Informationszentrum für freie Völker (IzfV), 14.8.92)

Diese Aktion ist nur das vorläufig letzte Glied in der Kette polizeilicher "Razzien", die öffentlichen Hinrichtungen gleichkommen. Ganz ähnlich lief es im April in Istanbul ab, als Spezialeinheiten (Özel-Tim), politische Polizei und der Geheimdienst MIT bei einer großangelegten Operation gegen sechs Wohnungen elf angebliche Dev-Sol-Militante, darunter sechs Frauen, erschossen. Einige von ihnen hatten sich mehrere Stunden lang gegen hunderte von Polizisten verteidigt. Menschenrechtler sprachen von einer "Massakershow" und wiesen darauf hin, daß die Erschossenen bereits zwei Wochen lang observiert worden waren. Ihre Körper wiesen bis zu 60 Einschüsse auf.

"Tot gefangengenommen"

Es vergeht kaum eine Woche in der Türkei, wo nicht - wie die Polizeichefs stolz verkünden und die regimetreue Presse unhinterfragt veröffentlicht - "Terroristen tot festgenommen" werden. Ob die Betroffenen noch eine Chance hatten, sich zu wehren, oder ob sie unbewaffnet im Schlaf überrascht wurden, spielt dabei keine Rolle.

Weit weniger Öffentlichkeit als die inszenierten Todesschußaktionen in den großen Städten finden die täglichen Morde in Kurdistan. Der Staatsterror richtet sich gegen ganze Dörfer, deren Bewohner sich z.B. weigerten, "Dorfschützer" für den Kampf gegen die PKK zu stellen. Bei Polizei- oder Militäraktionen werden Häuser häufig erst einmal mit Maschinengewehrgarben durchsiebt, bevor man daran geht, die noch am Leben gebliebenen Bewohner herauszutreiben und auf Polizeiwachen zu verschleppen. Oftmals werden ihre Leichen Tage später mit Folterspuren übersät irgendwo gefunden.

Nicht selten gehören die Angreifer zu den "Özel-tim" und geben sich als PKK-Mitglieder aus. 2.500 Mann "Spezialeinheiten", von der Bevölkerung auch "Rambos" oder "Schwarze Käfer" genannt, sind nach offiziellen Angaben in Kurdistan stationiert. "Ihre Identität, Aktivitäten und Methoden werden streng geheim gehalten. Sie treten manchmal in Uniform und sehr oft vermummt auf. Viele Mitglieder der Spezialeinheiten können kurdisch sprechen und treten teilweise in regional üblicher Kleidung auf." (amnesty-Bericht, s.u.)

Der Gouverneur des Ausnahmezustandsgebiets Ünal Erkan bilanzierte am 5. Juli gegenüber der Presse, im letzten halben Jahr seien 500 Mitglieder der PKK von den Sicherheitskräften "tot festgenommen" worden. (Der "Supergouverneur" hat in in den seit 1978 unter Kriegsrecht stehenden kurdischen Provinzen diktatorische Vollmachten und befehligt dort den gesamten Sicherheitsapparat.) Nach offiziellen Angaben seien in der Türkei und in Kurdistan in den ersten sechs Monaten der Amtszeit der Demirel-Regierung über 1.100 Menschen durch Massaker, Hinrichtungen vor Ort oder durch "verunglückte" Kugeln bei Operationen der Sicherheitskräfte getötet worden, teilte das "Informationszentrum für freie Völker" in Köln mit. (12.8.92) In der ganz überwiegenden Mehrheit eben nicht PKK-Kämpfer, sondern Bauern, Kleingewerbler oder Arbeiter in den Provinzstädten.

Es bleibt daran zu erinnern, daß in den Aufbau und die Ausbildung der "Spezialeinheiten", die die "shoot-to-kill-Politik" des Staates durchführen, bundesdeutsche Stellen engstens verwoben sind. Seit 1981 wurden immer wieder Ausbildungsmaßnahmen für türkische Sondereinheiten bei der GSG 9 durchgeführt. "Es wurden Ausbildungsinhalte vermittelt", so Staatssekretär Eduard Lintner in Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage, "die zum Standardrepertoire einer polizeilichen Spezialeinheit gehören. Der Schwerpunkt lag in polizeilichen Taktiken und Techniken beim Vorgehen gegen terroristische Gewalttäter." (BT-Drucksache 12/585 v. 17.5.91) Weitere Ausbildungen erfolgten beim BKA und bei Spezialeinsatzkommandos der Bundesländer. Erst im letzten Sommer absolvierten wieder 14 Offiziere der türkischen "Generaldirektion für Sicherheit" ein "Informationspraktikum" bei "Polizeibehörden des Bundes und der Länder". (BT-Drucksache 12/1918 v. 14.1.92)

Auch die geheimdienstliche Zusammenarbeit wurde im Zusammenhang mit dem Besuch des neuen Außenministers Kinkel in Ankara weiter vertieft. "Am Rande des Treffens wurde bekannt, daß sich in den letzten Tagen führende Vertreter der türkischen und deutschen Nachrichtendienste bei einem geheimgehaltenen Treffen in Kappadokien darauf verständigt haben, Informationen über die PKK-Guerilla auszutauschen." (FAZ, 14.7.92)

Verschwunden

Der offene Staatsterror wird ergänzt durch einen schmutzigen Krieg im Untergrund. Immer wieder geschieht es, daß Menschen einfach verschwinden, von Unbekannten in ein Auto gezerrt werden oder aus dem Haus gehen und nie an ihrem Ziel ankommen. Manchmal gibt es durch glückliche Umstände Zeugen, die bestätigen können, daß die Verschwundenen durch Polizeikräfte festgenommen wurden. Das führt in einigen Fällen dazu, daß die Betroffenen nach Tagen oder Wochen wieder freikommen. Oft aber auch nicht - so bei dem am 14. März 1991 verhafteten Yusuf Eristi oder dem seit dem 27. Oktober 1991 verschwundenen Publizisten Hüseyin Toraman. Die Polizei erklärte in beiden Fällen hartnäckig, vom Verbleib der Verschwundenen nichts zu wissen. Sie wurden bis heute nicht aufgefunden.

Die 17jährige Nazime Sevgin kam am 29. März dieses Jahres nach einer Probe der Theatergruppe des Mesopotamischen Kulturvereins, der sie angehört, nicht mehr nach Hause. Sie war auf dem Nachhauseweg verfolgt worden. Der Besitzer eines Cafés, in das sie sich geflüchtet hatte, wurde von den Verfolgern bedroht. Sie seien von der 2. Abteilung (Politische Polizei), er solle sich nicht einmischen. Die Familie von Nazime fragte bei der 2. Abteilung nach ihrer Tochter und erhielt zunächst die Nachricht, daß sie am nächsten Tag Kleidung und Geld bringen und zu Besuch kommen könnten. Als die Familienangehörigen dann zur 2. Abteilung gingen, wurde ihnen gesagt, das Mädchen sei nicht dort und man kenne sie nicht. (KR 10/92)

Manchmal werden die Leichen der Verschwundenen gefunden, fast immer von Folterspuren entstellt. Die Erklärungen der Regierung, Folterer bestrafen zu wollen - denen bisher allerdings keine erkennbaren Taten gefolgt sind -, waren offenbar Grund genug, sich unter der Folter Gestorbener lieber insgeheim zu entledigen.

Der jüngste Fall betrifft das Vorstandsmitglied des Menschenrechtsvereins von Diyarbakir, Diyadin Koc. Er wurde am 15. August von Sicherheitskräften aus seiner Wohnung verschleppt. Seine Familie fürchtet um sein Leben.

Von Todesschwadronen ermordet

Eine zweite, immer bedrohlicher werdende Methode des "Spezialkrieges" sind die Mordanschläge, die von "zivilen" Kommandos der "Konterguerilla" verübt werden. Sie haben in den letzten Monaten so stark zugenommen, daß jeder politisch Aktive im kurdischen Gebiet um sein Leben fürchten muß. Längst sind nicht mehr nur bekannte kurdisch Politiker wie der HEP-Vorsitzende von Diyarbakir, Vedat Aydin, Opfer der Todesschwadronen. (Die HEP - Arbeiterpartei des Volkes - ist die einzige Partei, die kurdische Interessen parlamentarisch vertritt.) Dem internationalen Aufsehen zum Trotz - u. a. befaßte sich eine Untersuchungskommission europäischer ParlamentarierInnen mit seinem Fall - hat auch die neue türkische Regierung nichts unternommen, um seinen Tod aufzuklären. Aydin war im Sommer letzten Jahres von Männern, die ihm als politische Polizisten bekannt waren, nachts aus seiner Wohnung abgeholt und wenig später tot aufgefunden worden.

Im Januar wurde der Berufsfachschüler Salih Tatli im Einkaufszentrum in Urfa von drei Personen erschossen. Als er, in den Rücken getroffen, zu Boden fällt, nähert sich eine Gestalt mit verhülltem Gesicht und tötet ihn durch einen Schuß in den Kopf. Der Tabakhändler Ibrahim Demirhan aus Batman wird erschossen, als er zusammen mit seinem Kind nach Hause gehen will. Die meisten der Morde im kurdischen Hinterland werden von der regimetreuen Presse gar nicht erst berichtet. "Am 11. Juni überfiel eine Konterguerilla-Gruppe das Dorf Hohere (Gaziler) in Siirt. Die maskierten, mit Maschinengewehren bewaffneten und mit Funksprechgeräten ausgestatteten Männer entführten den 44jährigen Ahmet Ilik und den 30jährigen Mehmet Gün. Am nächsten Morgen fanden die Bewohner außerhalb des Dorfes die beiden Bauern mit gefesselten Händen und einer Schnur um den Hals. Sie wiesen Folterspuren und unzählige Einschüsse auf. Sie informierten die Staatsanwaltschaft, die jedoch keinerlei Spurensicherung und Ermittlungen durchführen ließ." Der Fall wurde erst vier Wochen später und nur dadurch bekannt, daß die Dorfbewohner einen Brief an die kurdische Wochenzeitung "Yeni Ülke" schrieben, den diese veröffentlichte. (KR 17/92)

Seit dem Ende letzten Jahres reißt die Kette dieser Mordeanschläge nicht ab. 142 Menschen fielen den Todesschwadronen bis zum 7. August zum Opfer. (Nach IzfV, 12.8.92. Die "taz" (13.8.92) spricht sogar von 161 "von ‚Unbekannten` Ermordeten" in den letzten neun Monaten.) Oft handelt es sich bei den Opfern um Personen, die bereits vorher von der Polizei unter politischen Anschuldigungen festgenommen worden waren, häufig aber auch um Menschen, die ungehelligt geblieben und politisch nicht in Erscheinung getreten waren. Auffällig ist, daß von allen Opfern berichtet wird, sie seien in ihrer Umgebung beliebt gewesen. Die Auswahl solcher Opfer wird in den "Richtlinien für den Spezialkrieg" des "Amtes für besondere Kriegsführung" ausdrücklich empfohlen.

Hinterleute und Verbindungen

Das "Amt für besondere Kriegsführung" wird als zentrale Steuerungsstelle der Konterguerilla angesehen. Es wurde 1953 im Zuge des Aufbaus des NATO-Geheimdienstes "Gladio" eingerichtet und hatte seinen Sitz zunächst in der US-Militärmission in Ankara, finanziert direkt aus den USA. In der Zeit vor dem Militärputsch von 1980 rekrutierte die Konterguerilla verstärkt "freiwillige Patrioten" aus der faschistischen Partei MHP und aus deren Terrororganisation "Graue Wölfe". In kaum versteckter Zusammenarbeit verübten die Konterguerilla, der Geheimdienst MIT und die "Grauen Wölfe" Ende der 70er Jahre eine Reihe von Massakern, die dem Militär dann als propagandistische Rechtfertigung für seine Machtübernahme dienten. 1990 gab es dann mehrere Mordanschläge auf prominente Kemalisten, mit denen die Konterguerilla in Verbindung gebracht wurde. (zu "Gladio" und Konterguerilla vgl. auch ak 325 und 327)

Heute läßt sich beobachten, daß bei aller demokratischen Imagepflege der Demirel-Inönü-Regierung zugleich die alten Kontakte zur früheren MHP (heute: MCP) aufgefrischt werden. So begleitete der MCP-Chef und Großmachtfanatiker Alparslan Türkesch den Ministerpräsidenten Demirel bei dessen Besuchen in den zentralasiatischen Republiken der GUS. Durch eine von Demirels DYP eigens eingebrachte Gesetzesklausel wurde das Vermögen der 1980 verbotenen MHP jetzt dem Hitlerverehrer Türkesch als Privatvermögen

zugeschustert. Gerüchten zufolge soll es sich dabei um einen dreistelligen Millionen-Mark-Betrag handeln. (FR, 9.7.92)

Schon 1990 bestätigte der AfbK-General Kemal Yilmaz, daß seine Organisation "in Südostanatolien gegen Separatisten eingesetzt" wird. Die "Neue Zürcher Zeitung" (25.2.92) hält die Meldung für glaubwürdig, daß - offenbar um die Jahreswende - "Mitglieder einer inoffiziellen ‚Antiterrorgruppe` in sämtliche Provinzen verlegt wurden mit dem Ziel, die ‚Terroristen zu bestrafen`".

Die "Hizbullah"

Eine neue Variante von Mordkommandos sind die sogenannten "Hizbullah" (Partei Gottes), die Anfang Dezember 1991 zum ersten Mal in Erscheinung getreten sind. Sie kämpfen angeblich gegen die PKK und deren Anhänger, weil es sich bei ihnen um "Atheisten und Kommunisten" handle. (Der folgende Abschnitt ist größtenteils der untengenannten medico-Dokumentation entnommen.)

Über die Hintergründe der "Hizbullah" gibt es unterschiedliche Vermutungen, Einigkeit besteht jedoch darüber, daß sie von staatlichen Stellen gesteuert werden. Ziel der von ihnen verübten Provokationen ist es offenbar, einen Keil zwischen traditionell-muslimische Kurden und Anhänger der PKK zu treiben und diese gegeneinander aufzuwiegeln. So wurden in Batman und anderen Orten Brandanschläge gegen linke und islamische Buchhandlungen verübt und jeweils die "Gegenseite" dafür verantwortlich gemacht. Es konnte jedoch nachgewiesen werden, daß die Bomben aus dem staatlichen Rüstungskonzern MKE stammten. Mehrere Anschläge richteten sich gegen Anhänger religiöser Minderheiten (Christen, Yeziden).

Bei Verhören der regulären Polizei werden Drohungen ausgestoßen wie "Wir haben eure Namen und Adressen den Hizbullah-Leuten weitergegeben, die werden euch umbringen". (So gegenüber dem Bürgermeister des kurdischen Stadtteils von Mersin und sechs weiteren Bewohnern, die ohne Grund festgenommen und in Polizeihaft gefoltert wurden - KR 16/92).

Ausgestiegene "Hizbullah"-Angehörige berichteten, daß meist arbeitslose, religiös orientierte Jugendliche aus der Region angeworben und in Ausbildungszentren der Spezialeinheiten/Eingreiftruppen in Diyarbakir, Batman und Kiziltepe trainiert wurden. Bei den Ausbildern handelte es sich um Instruktoren der Kommandobrigaden Bolu, Kayseri und Ankara.

Beim Dingen der Killer wird auch nicht davor zurückgeschreckt, Jugendliche zu Morden zu drängen. Amnesty international berichtet von einem 16jährigen aus Silvan, der unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der PKK festgenommen wurde. Der Kommandeur der Gendarmeriestation forderte ihn unter Drohungen und Bestechungsversuchen auf, ein Vorstandsmitglied der SHP in Diyarbakir zu ermorden. Dazu wurden ihm ein Kalaschnikow-Gewehr und Handgranaten zur Verfügung gestellt.

In der Zeitschrift "2000'e Dogru" vom 16. Februar 1992 wird die These aufgestellt, die "Hizbullah" seien auf Veranlassung des letzten Innenministers der ANAP-Regierung, Abdulkadir Aksu, der aus Diyarbakir stammt, unter Rekrutierung islamisch orientierter Polizisten gebildet worden.

Traditionelle islamische Kreise in den kurdischen Gebieten haben sich von der "Hizbullah" distanziert. Ohnehin gibt es in der Region kaum Schiiten, aus denen sich eine "echte" Hizbullah wie im Iran oder im Libanon rekrutieren ließe. Der Versuch des Staates, einen Krieg zwischen strenggläubigen Moslems und PKK auszulösen und die islamische Strömung insgesamt zu funktionalisieren, scheint bisher gescheitert zu sein. Die rechtsklerikale Refah Partisi, die in Kurdistan über starke Positionen verfügt, distanzierte sich von den "Hizbullah" und hat im März bei der turnusmäßigen Abstimmung über den Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen (zusammen mit einigen SHP/HEP-Abgeordneten) gegen dessen Verlängerung gestimmt.

Die PKK hat sich ihrerseits eine Hauptfront gegen die Hizbullah bisher nicht aufdrängen lassen. Allerdings richtete Ende Mai ein Sprecher der PKK-Guerillaorganisation ARGK einen "letzten Appell" an die "wirklichen Moslems" innerhalb der Hizbullah, die er als "vom türkischen Staat organisierte" und "zu großen Teilen aus Faschisten und MHP bestehende Konterguerilla-Bewegung" bezeichnete: "Wir haben sie bis heute nicht angegriffen. ... Wenn sie wirklich Moslems sind und kämpfen wollen, dann sollen sie mit uns gemeinsam kämpfen gegen unseren gemeinsamen Feind. ... Wenn sie aber an ihrer bisherigen Haltung festhalten, werden wir aber auf jeden Fall gegen sie vorgehen und sie in Kurdistan nicht leben lassen." (Yeni Ülke Nr. 23, nach KR

16/92) Ende Juni berichtete die türkische Presse (und davon abschreibend auch "FR" und "taz") von einem PKK-Überfall auf eine Moschee bei Diyarbakir-Silvan, bei dem zehn Gläubige erschossen worden seien. Einer Erklärung der ERNK (PKK-Frontorganisation) zufolge handelte es sich dabei um ein Ausbildungszentrum der Konterguerilla. Vor dem Eingang waren mit Kalaschnikows bewaffnete Wachen postiert, die die mit türkischen Armeeuniformen bekleideten Guerillas nach der Parole fragten. Im Haus selbst wurden vier Kalaschnikows, drei Handgranaten und eine Pistole gefunden. (nach KR 15/92)

Mordkampagne gegen kritische Journalisten

Die Journalisten, denen die Öffentlichkeit die meisten Informationen über die "Hizbullah" und ihre Verbindungen zum türkischen Staat verdankt, sind heute nicht mehr am Leben. Im Februar wurde Halit Güngen von "2000'e Dogru" in seinem Büro ermordet, eine Woche später wurde Cengiz Altun, der Batmaner Korrespondent von "Yeni Ülke", auf offener Straße erschossen. (vgl. ak 340) Wenig später wurden der Fotoreporter Izzet Kezer von der bürgerlichen Tageszeitung "Sabah" und Bülent Ülkü, der verantwortliche Chefredakteur der Zeitung "Körfeze Bakis", umgebracht.

Seitdem kam es wieder und wieder zu ähnlichen Anschlägen: Anfang August starben innerhalb kaum einer Woche drei Mitarbeiter der im Frühjahr neu gegründeten kurdischen Tageszeitung "Özgür Gündem": Yahyo Orhan, in der kurdischen Stadt Gercüs kaum hundert Meter von der Polizeiwache entfernt erschossen, Burhan Karadeniz, in den Nacken geschossen auf dem Weg zur Arbeit, und zuletzt Hüseyin Deniz, in Ceylarpinar niedergestreckt durch einen Kopfschuß.

Zehn Journalisten wurden im letzten halben Jahr ermordet. Der Innenminister Ismet Sezgin kommentierte das mit einem zynischen Spruch: "Was haben Journalisten auch dort zu suchen?" (nach taz, 13.8.92) Die offene und die verdeckte Politik der Regierung sind gleichermaßen auf ein Ziel ausgerichtet: Eine Berichterstattung über den Krieg zu verhindern, den der türkische Staat gegen die kurdische Bevölkerung führt. Dutzende von Korrespondenten von "Özgür Gündem" wurden in Kurdistan festgenommen und gefoltert. Cengiz Altun war nach einer dieser Folterungen sein Tod angekündigt worden, wenn er sich noch einmal in der Region sehen lasse. Andere werden angeklagt unter Vorwürfen wie diesem: "Der Angeklagte hat Aktionen der PKK verfolgt und darüber in der Zeitung berichtet. Er hat mit ausländischen Journalisten gesprochen, um das türkische Militär und den Staat schlecht zu machen." (nach taz, ebd.)

Gemeint ist keineswegs nur die linke Presse. Fraruk Balikci, Korrespondent des bürgerlichen Blattes "Hürriyet" in Diyarbakir, schreibt: "Langsam gewöhnen wir uns daran, den Tod in Kauf zu nehmen." Ständig werde es schwieriger, Hintergründe zu erforschen. Mittlerweile schrecke er davor zurück, allein in eine umliegende Ortschaft zu fahren, um dort Nachforschungen anzustellen. Ständig blicke er sich auf der Straße nach möglichen Verfolgern um. (nach FAZ, 8.8.92) Der Korrespondent einer europäischen Nachrichtenagentur sprach von einer Art Selbstzensur, die die Angst um das eigene Leben entstehen lasse. Auch in Istanbul akkreditierte europäische Korrespondenten, berichtet die FAZ weiter, wurden von Sicherheitskräften schon offen bedroht für den Fall, daß sie sich noch einmal im Südosten "blicken lassen" sollten.

Die türkische Regierung versucht, mit allen Mitteln staatlichen Terrors Grabesruhe über die Vorgänge in Kurdistan zu breiten. Sie hat ihr Ziel bisher nicht erreicht. Medico international ruft Journalisten und Redaktionen in der BRD dazu auf, "Patenschaften" für ihre bedrohten kurdischen KollegInnen zu übernehmen.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission

Quellen

Der Artikel stützt sich auf verschiedene Ausgaben des "Kurdistan-Rundbrief" und der "Türkei Information"; Pressemitteilungen des "Informations-Zentrum für freie Völker", Anfragen und Materialien aus dem Büro Ulla Jelpke (PDS/LL) sowie diverse Tageszeitungen. Weiter wurde verwendet amnesty international: Türkei. Folter, staatlicher Mord, "Verschwindenlassen", Mai 1992, sowie medico international: Menschenrechtsverletzungen der Regierung Demirel-Inönü. Chronologie der Ereignisse, 2. Aufl. Juni 1992.

Aufruf

Für die Bildung von Schutzbrigaden

Bleiberecht für die 8.000 Bewohner von Küçük Armutlu

Die katastrophale wirtschaftliche Situation im NATO-Land Türkei, bedingt durch Arbeitslosigkeit, niedrige Reallöhne und Preissteigerungen der Grundnahrungsmittel, führte dazu, daß die Metropolenstädte Ankara und Istanbul die Vertriebenen anzogen. Die Städte bieten zwar keinerlei Überlebenschancen, aber immerhin die Möglichkeit, ein bißchen Geld zu verdienen durch Müllsammeln, Papiertüten kleben, Verkauf von Kaugummi und Zigaretten oder Schuhe putzen.

Menschen aus Tokat und Sivas besetzten 1989 am Rande von Istanbul das Küçük Armutlu. Inzwischen wuchs die Bevölkerung auf 8.000 Menschen an. Die Situation dort ist geprägt von Arbeitslosigkeit, mangelnder Wasserversorgung und Kanalisation, fehlender Abfallbeseitigung und Krankheiten. Für ihre aus Stein gebauten kleinen Hütten fehlt der Besitztitel, die Bewohner müssen ständig damit rechnen, daß sie geräumt und ihre Häuser plattgemacht werden.

Wohnen ohne Besitztitel ist den Herrschenden ein Dorn im Auge, dadurch wird das Bauen von Villen in der landschaftlich schönen Gegend behindert, die Errichtung von Großbauten zunächst nicht möglich. Dagegen ist die Bevölkerung von Küçük Armutlu nicht untätig. Durch GEYAD (Hilfsverein für die Slumbewohner) bildeten sich aktive und kollektive Strukturen, die in der Lage sind, für die Verbesserung der Situation zu kämpfen und gegen die Zerstörung der Häuser Widerstand zu leisten.

Seit 15 Monaten gibt es vermehrt Übergriffe durch die Polizei, Prügel, Festnahmen, ein illegal verhängtes nächtliches Ausgehverbot. In Küçük Armutlu ließ die Polizei eine Schule räumen und zog dort ein. Durch ständige Polizeipräsenz soll Panikstimmung erzeugt werden. Anfang Juli gab die zuständige Stadtverwaltung die Räumung bekannt mit der Argumentation (...), hier am Bosporus soll ein strategisch wichtiger militärischer Stützpunkt entstehen. Das Küçük Armutlu soll abgerissen und 8.000 Menschen vertrieben werden.

Durch die Bildung von Schutzbrigaden wollen wir dem etwas entgegensetzen. Für koordinierte Zeiträume sollen Schutzbrigaden mit den Menschen in Küçük Armutlu leben, in der Verbesserung der Infrastruktur mitarbeiten, die Krankenversorgung verbessern und die unterstützen, die sich unter den schwierigsten Bedingungen organisiert haben und für ihre Rechte kämpfen.

Dazu sollen Menschen, national und international, Gruppen und Einzelpersonen, angesprochen und mobilisiert werden. Wir brauchen viele, die mitdiskutieren und sich Gedanken darüber machen, wie der Schutz für die Bewohner dort in die Praxis umgesetzt werden kann. Wir wollen Einfluß nehmen auf die Schlüsselpersonen in Istanbul und Ankara. Ein weiteres Ziel ist, die Situation der GecekondubewohnerInnen hier zu vermitteln.

Die praktische Seite sieht so aus:

Wöchentlich oder 14tägig sollen die Brigaden wechseln. Das Brigadebüro in Küçük Armutlu wird ständig während der laufenden Kampagne besetzt sein und Informationen über den neusten Stand der Lage vermitteln. Dringend benötigen wir Handwerker: Schreiner, Maurer, Installateure, Elektriker. Ärzte und Krankenschwestern sind dringend erforderlich. Die gesamte Zeit der Kampagne über sollen immer wieder Delegationen nach Istanbul reisen, um dort und hier Öffentlichkeit herzustellen.

Solikomitee Küçük Armutlu und GEYAD (Hilfsverein für Slumbewohner)

c/o Informations-Zentrum für freie Völker, Teichstr. 16 E, 5000 Köln 30

11. "Komitees für Gerechtigkeit" Allianz der Frustrierten oder demokratische Bürgerbewegung

Autor: Michail Nelken · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:42

Datei: 42

"Komitees für Gerechtigkeit"

Allianz der Frustrierten oder demokratische Bürgerbewegung?

Stellungnahmen zur Ostbewegung

Ob eine Bewegung aus der Initiative für die "Komitees für Gerechtigkeit" wird, wie sie aussehen und wer sie prägen wird, ist noch unentschieden. Wir dokumentieren einige eher prinzipielle Stellungnahmen aus Ost und West und werden weiterhin über den Verlauf der Initiative berichten. Wer sich authentisch informieren will: Das Koordinierungsbüro der Komitees, Bunsenstraße 2, O-1080 Berlin, gibt mittlerweile eine Zeitung namens "Hochdruck" heraus. red.

Die Idee einer besonderen politischen Interessenvertretung der Ostdeutschen hat Wellen geschlagen. Viele bedrängte Bürger in Ostdeutschland haben diesen Gedanken als vermeintlichen Rettungsanker aufgegriffen. Die etablierten Alt- und Neuparteien schreckten aus ihrer Selbstbeschäftigung auf, wenigstens vorübergehend, und wiegelten ab oder denunzierten. Bevor noch diese Idee Gestalt annahm, waren die politischen Parteien bemüht sie zu demontieren. Sie fürchten offensichtlich um ihr Oligopol der politischen Willensbildung und damit um Macht und Pfründe. Aber warum statt souveräner Auseinandersetzung diese hektisch ideologischen Angstreaktionen auf eine Idee ohne Form und Inhalt? Weil die politische Klasse die Defizite ihres Tuns, die Unfähigkeit und Ohnmacht gegenüber den sich auftürmenden Problemen spürt und die eigene Schwäche zu übertönen sucht. Von CDU/DSU über SPD bis Bündnis '90 und auch in der PDS verlautet es, sie seien die originären und wahrhaften Vertreter der Interessen der Ostdeutschen. Es bräuchte keine neue Kraft, sondern die Verstärkung ostdeutscher Interessenvertretung in den gestandenen Parteien.

Auf einmal ist der Osten wieder "in". Überall kaprizieren sich Interessenvertreter der "Ossis". Wer weiß, was aus dem Gruppenantrag zum § 218 ohne diese neue "Ost-Welle" geworden wäre? Und hätte ohne sie Frau Schwaetzer in letzter Minute die legitimierende Zustimmung der Ost-Minister für die Mieterhöhungen 1993/94 gesucht? Und daß sich die brandenburgische SPD zunächst zum Vorreiter für eine Ost-Protest-Demo am 3. Oktober gemacht hat, wäre dies ohne das Orakeln über die "Ostpartei" denkbar? - Eine "Idee" kann also auch etwas bewegen, wenn Politiker nur befürchten, daß sie die Masse ergreifen könnte?

1.

Die alltägliche Praxis des Anschlusses bedeutet nicht nur politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Demontage, sondern hunderttausendfache Demütigung, bedeutet Kolonialherrenmentalität, Ignoranz und Arroganz der Macht, der Geldmacht und der politischen Macht. Daß die Interessen der Ostdeutschen im gegenwärtigen Gang der deutschen Vereinigung zu kurz kommen, wird heute von kaum einem bestritten. Aber ist denn wirklich schlicht politische Unfähigkeit oder willentliche Ignoranz der führenden Politiker und der sie stützenden Parteien der Grund dafür? Muß man sie nur austauschen, damit alles aufwärts geht im Osten?

Die "westdeutsche Politik", die westdeutsche politische Klasse inklusive der ihr beigetretenen ostdeutschen Politiker ist offensichtlich nicht in der Lage, die ostdeutsche Krise in ihrer ganzen Dimension zu begreifen, geschweige denn, politische Handlungskonzepte zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Sie ist zur saturierten Parteipolitik degeneriert und viel zu befangen in Sicherungsscharmützeln um Einfluß, Pfründe und Patronagen. Insofern hat die Krise im Osten die Krise der westdeutschen Parteienpolitik, den schleichenden Verlust ihrer politischen Gestaltungskraft nur offenbart.

2.

Argwohn, dogmatische Ablehnung und sogar Denunziation schlug der Idee einer besonderen ostdeutschen politischen Interessenvertretung, kaum daß sie das Licht der Öffentlichkeit erblickte, auch aus den Reihen der

Ex-DDR-Bürgerbewegung entgegen. Von Leuten, die in den letzten beiden Jahren nicht müde wurden zu betonen, daß sie Bürgerinteressen und Sachfragen über Parteiegoismen stellen, hört man ebenfalls nur den Alleinvertretungsanspruch, daß die spezifisch ostdeutschen Probleme durch sie am Besten vertreten seien und es einer neuen Partei oder Bürgerbewegung deshalb nicht bedürfe. Die Denunziationen "Stasi-Seilschaften und ihre Beschützer", "kommunistische Spalter", "DDR-Nostalgiker", "Nationale Front" etc. stellen eine rein ideologisch motivierte Abkehr von den realen gesellschaftlichen Problemen dar. Soziale und geistige Nöte von hunderttausenden Ostdeutschen, von Arbeitern, Angestellten, Lehrern, Bauern, Ärzten, Künstlern, Journalisten, Kleingewerbetreibenden usw. werden ignoriert, wenn die Frage der besonderen ostdeutschen Interessen auf Restaurationsbestrebungen von Stasi-Seilschaften, SED-Funktionären, "Blockfreunden" und abgehalfterten Wendehälsen reduziert wird. Zweifellos gibt es nach sozialen Umbrüchen stets restaurative Bestrebungen, doch der Masse der Ostdeutschen, quer durch Schichten und Parteien, geht es nicht um die Rückgewinnung verlorener Pfründe und Privilegien, sondern ganz einfach um soziale Integration, um Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

Statt Parteitaktik und ideologischer Denunziation, die das verbreitete Mißtrauen in die Politik rechtfertigen, verlangt der ernste Hintergrund des Projekts "Ost-Bewegung" eine ernsthafte Kritik. Das Ergebnis kann Zustimmung oder Ablehnung oder auch eine Mischung aus beiden sein, aber dann begründet und argumentiert und nicht rein ideologisch abgebügelt.

3 .

Nach der unseligen "Allianz für Deutschland" nun eine Allianz für Ost-Deutschland? Erstere hatte die Interessen der DDR-Bürger einem überstürzten Anschluß geopfert. Soll nun letztere die Zeit zurückdrehen, um "nachzubessern"? Gibt es denn überhaupt die ostdeutschen Interessen, von denen alle reden?

Die Spaltung läuft zwischen oben und unten, zwischen arm und reich, zwischen Macht und Ohnmacht, nicht zwischen Ost und West, lautet eine Antwort, die so prinzipiell richtig ist, daß sie im konkreten meist nur dogmatisch ist. Es gibt ostdeutsche Interessen und die sind so offensichtlich und greifbar, daß sie auch von vielen seit Wochen benannt werden:

- Korrektur der Vermögensregelungen des Einigungsvertrages, die die Ostdeutschen massenweise enteignen. Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung.

- Schutz der Mieter und Pächter von Wohnungen, Lauben und Wochenendgrundstücken vor Mietwucher, Bodenspekulation und vor der Vertreibung. Entschuldung der Wohnungsbaugenossenschaften. Erhalt des kommunalen Grund- und Wohnungseigentums.

- Bindung der Gewerbemieten zum Schutz des Handwerks und des Kleingewerbes, zur Sicherung lokaler Infrastrukturen und des gewachsenen sozialen Milieus.

- Novellierung des Treuhandgesetzes und demokratische Kontrolle der Treuhand; Primat auf Sanierung der ostdeutschen Betriebe, um der Deindustrialisierung des Ostens entgegenzusteuern. Entschuldung der Produktionsgenossenschaften und ehemaligen VEB von den fiktiven Altschulden.

- Chancen für eine langfristige Umgestaltung der ostdeutschen Landwirtschaft.

- Anerkennung der ostdeutschen Hoch- und Fachschulabschlüsse, sowie der Berufspraxis.

- Gerechtigkeit und Gleichstellung der Ostdeutschen bei der Anpassung der Renten und Sozialversorgungssysteme.

- Stop der Zerstörung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft und Förderung ihrer notwendigen Rekonstruktion. Schluß mit dem Versorgungsroulette westdeutscher "Seilschaften" und dem Transfer drittklassiger Westwissenschaftler an die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen.

- Schluß mit der Demontage der kulturellen Einrichtungen im Osten und der mutwilligen und systematischen oder einfach ignoranten Vernichtung von DDR-Kultur und -Kunst.

Der Interessenkatalog ließe sich noch fortführen: Kindergärten, Gesundheitseinrichtungen, Jugendklubs, Schule, Vereinssport, Senioreneinrichtungen, Gleichstellung der Frau und und und.

Dieses Interessenkartell der Ostdeutschen ist in sich widersprüchlich und disparat, instabil und sicher nur von begrenzter Dauer. Aber es ist real und wird auch täglich mehr als solches von den Betroffenen begriffen. Es verdankt letztlich seine Existenz der Unfähigkeit der "westdeutschen Politik", dem Wunsch und Drängen der Masse der Ostdeutschen nach gleichberechtigter Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft Rechnung zu tragen. Doch bei aller Partikularität und Borniertheit in diesem ostdeutschen Interessengeflecht, darf nicht übersehen werden, daß die konkrete politische und soziale Situation nicht nur einen ostdeutschen "Zweckverband" zusammendrängt, sondern auch ursprünglich begrenzte Interessen zum Träger weiterreichender allgemeiner Interessen machen kann, wobei die Borniertheit oft durchbrochen wird. Gerechtigkeit und Chancengleichheit kann man schlecht ausschließlich für sich oder seinesgleichen fordern.

Diesen widersprüchlichen, tendenziell bornierten und potentiell radikaldemokratischen sowie temporären Charakter des "Interessenkartells Ost" sollte sich jeder, der eine ostdeutsche politische Bewegung befördern will, stets bewußt sein. Nur eine permanente Interessenkritik wird vor Illusionen bewahren und dumpfer Ostdeutsch-Tümelei, die natürlich eine latente Versuchung ist, entgegenwirken können. Interessenkritik ist auch notwendig, um den Blick für die globale Interessenlage einzubringen. Damit wird das Interesse an der Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft selbst der Kritik unterworfen. Wer aber meint, hier dogmatisch apodiktische "Prä's" setzen zu müssen, ignoriert die reale Dialektik differenzierter und abgestufter Interessen und wendet sich bewährt sektiererisch, "wissend" um die "objektiven Interessen", von der sozialen Realität ab.

4.

Eine besondere ostdeutsche Interessenvertretung, außerhalb der derzeitigen Strukturen des politischen Parteiensystems Deutschlands, würde die Spaltung reproduzieren und vertiefen, würde die Ressentiments der Ostdeutschen gegen die Westdeutschen fördern und bei den Westdeutschen eine spontane politische Gegenbewegung provozieren, sagen Kritiker. Doch dabei ignorieren sie nicht nur die Tatsachen der bestehenden und sich permanent vertiefenden Spaltung - sie wird durch keinerlei Einheitsbeschwörungen zu stoppen und zu überbrücken sein -, sondern sie verdrängen auch ein grundlegendes Konstruktionsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft, daß die differierenden Interessen sich separieren und organisieren müssen, um im Widerstreit die Gesellschaft zu konstituieren. Auch wenn sich gegen Borniertheit und Egoismus als Konstruktionsprinzip einer Gesellschaft viel einwenden ließe, so ist die Ignorierung der tatsächlichen Differenzen und die ideologische Konstruktion einer (deutschen) "Einheit" - wie schmerzlich erfahren - keine demokratische Alternative.

Vielmehr kann(!) eine Bewegung, die prononciert ostdeutsche Interessen vertritt, einen Beitrag leisten zur Rationalisierung und Demokratisierung des langwierigen Prozesses der Schaffung einer gerechteren deutschen Einheit. Dazu müßte sich diese allerdings jedes kurzsichtigen ostdeutschen Regionalismus, Isolationismus oder gar Separatismus enthalten und die Interessen der Ostdeutschen in Hinblick auf die Entwicklung eines demokratischen Gesamtdeutschlands und einer demokratischen Weltordnung formulieren und vertreten.

Der westdeutschen Borniertheit ist nicht mit ostdeutscher zu begegnen. Es geht nicht um die Konfrontation "Ossi" contra "Wessi". Nicht die "Wessis" sind das Problem, sondern die herrschende "westdeutsche Politik", die nur zur militanten Anschluß-Politik in der Lage scheint, weil sie - von kurzsichtigen parteipolitischen, wirtschaftlichen, bürokratischen, ideologischen und sozialen Egoismen getrieben - die Fähigkeit zur sozialen Integration, zur "Einheit in Verschiedenheit" verloren hat.

5.

Die Ost-Bewegung wäre zwar eine "richtige Sache", nur seien es die "falschen Leute", die versuchten, diese in Szene zu setzen. Gysi und Diestel, SEDler bzw. ihre PDS-Nachfolger und die Einpeitscher des Anschlusses, also ausgerechnet diejenigen, welche die Ostdeutschen in diese Lage gebracht hätten, spielten sich jetzt als Ritter wider die Not auf.

Zugegeben, eine "gute Sache" kann durch schlechte Repräsentanten verdorben werden. Aber ebenso klar sollte auch sein, daß eine "richtige, gute, wahre Sache" nicht allein durch die "Richtigen", "Guten" und "Wahren" erkämpft wird. Wer sind "die Richtigen", wer "die Gerechten", die allein für die Gerechtigkeit streiten dürfen? Und wer erhebt sich selbstgerecht zum Richter? Wo ist die Offenheit des Herbstes '89? Wie kann man

offenen Umgang mit der Vergangenheit und Selbstkritik erwarten und zugleich die soziale (Selbst-)Ausgrenzung verlangen.

Zugegeben, es wird in einer ostdeutschen Bewegung immer eine nostalgisch-restaurative Tendenz geben mit dem stillschweigenden Bestreben, die Vergangenheit zu begraben, die vor 1989 wie die jüngste Geschichte der Nachwendezeit. Aber erstens sollte man jedem das Recht auf Irrtum und Korrektur einräumen, und zwar in einer würdigen und offenen Form. Zweitens kann man nicht Reue und Abbitte als Voraussetzung für den Übertritt auf die "richtige und gerechte Seite" einfordern. Dies reproduziert ideologische Verhältnisse der Ausgrenzung und Unterdrückung. Und Drittens ist nicht zu übersehen, daß sich die gesellschaftliche Situation derart gewandelt hat, daß Gegner und Befürworter des Beitritts heute durchaus gemeinsame Positionen haben können. Die Befürworter haben es so nicht gewollt und wollen jetzt korrigieren. Die Gegner haben vorhergesagt, daß es so kommt, wollen aber auch möglichst die negativen Folgen für die Ostdeutschen minimieren, denn zurückdrehen läßt sich die Geschichte nicht.

Als "Einheitsfront des Vergessens" und des nostalgischen "Schulterschlusses" wäre die ostdeutsche Bewegung ein totgeborenes Kind. Zum einen wird die "Glaubwürdigkeit" der Ost-Bewegung wie ihrer Repräsentanten maßgeblich von historischer und individueller Selbstkritik abhängen, wenn Protagonisten des gescheiterten Realsozialismus und Protagonisten des gescheiterten Anschlusses eine Allianz eingehen. Mensch kann nicht unreflektiert von einem Scheitern zu einem Neuanfang springen oder sein Tun bekommt den Anschein der Beliebigkeit und der Unaufrichtigkeit.

Zum anderen ist nur durch eine selbstbewußte wie selbstkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte dem Druck von moralischer Demütigung und Ausgrenzung zu begegnen. Indem die Ostdeutschen sich ein politisch-geistiges Klima zur offenen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte erstreiten, entziehen sie der "Plattmache", Abwicklung und Unterwerfung eine wichtige mentale Grundlage und ein wirksames ideologisches Instrument.

6.

Wenn auch die Initiatoren erklären, daß es ihnen um eine Bürgerbewegung und nicht um eine neue Ostpartei geht, so wird die Versuchung einer parteiförmigen Organisation, mag sie sich nun Bewegung oder Komitee nennen, nicht ausgestanden sein, insbesondere wenn die etablierten Parteien ihren dummen Konfrontationskurs fortsetzen. Aber in der Realisierung des Anspruchs, überparteilich und keine Partei zu sein, liegt eine wesentliche Existenzbedingung der "Ost-Bewegung". Die neuerliche Einbindung in das westdeutsche politische System des Parteienparlamentarismus würde die neue Bewegung unweigerlich den Sachzwängen und der politischen Logik desselben unterwerfen und sie mit den gleichen politischen Schwächen und Lähmungen infizieren. Damit wäre ihr der eigentliche Grund entzogen, weil das Problem der ostdeutschen Interessenvertretung auf die Wahl anderer, "besserer Vertreter" reduziert würde. Das ist keine Absage an die Politik und ein "Stehlen aus der Verantwortung", sondern im Gegenteil deren Wahrnahme durch den Versuch einer anderen Art von Politik.

Allein die Orientierung auf eine offene Bewegungsstruktur und die Selbstvertretung von Interessen kann dem Projekt Dynamik und eine gewisse Stabilität verleihen. Nicht der kleinste gemeinsame Nenner bildete dann die Handlungsgrundlage dieser in sich sehr differenten Bewegung, sondern die Verschiedenheit und Vielschichtigkeit ihrer Teile in Konfrontation mit einem gemeinsamen Problem. Wird dagegen die nächste Bundestagswahl zum Konstituierungsgrund gemacht, kann die Bewegung nur scheitern. Nicht die Eroberung von Parlamentssitzen, die extraordinäre Repräsentanz, sondern eine tatsächliche politische und soziale Bewegung ist für die Artikulation und Durchsetzung von Interessen der Ostdeutschen entscheidend. Dies schließt die Teilnahme an Wahlen, etwa mit einer Personenliste/Wahlpartei, nicht aus. Zumal gerade im Offenhalten dieser Möglichkeit ein wesentliches Druckpotential der Bewegung liegt. Die Beteiligung an Wahlen sollte als sekundäres taktisches Problem begriffen werden, über das die sich entfaltende Bewegung beraten und entscheiden muß. Nur so können Wahlen von Repräsentanten auch zum Mobilisierungsfaktor der Selbsttätigkeit und Selbstvertretung werden, statt sie zu erlahmen.

7.

Aus dieser Sicht erscheint auch die Idee eines ostdeutschen Vorschaltparlaments mehr als problematisch. Zum einen schwächt es die Orientierung auf die Selbstvertretung der Interessen ab, indem die Wahl einer

Vertreterversammlung zum konkret greifbaren Zielpunkt erklärt wird. Zum anderen verlagert sie die Legitimation von den in der praktischen Bewegung sich für ostdeutsche Interessen engagierenden Gruppen und Individuen auf Mehrheitsrepräsentanten. Denn diese Vertreterversammlung wäre durch die vorgeschlagene Personenwahl eine reine "Mehrheitskammer", da Abgeordneter nur werden kann, wer über 50% der Stimmen seines Wahlkreises auf sich vereint. Und das widerspricht geradezu dem Gedanken der Gemeinsamkeit in der Verschiedenheit, auf den sich die Bewegung gründen soll.

So wichtig rechtliche und insbesondere verfassungsrechtliche Zielstellungen für die Entfaltung länger wirksamer, breiter politischer Bewegungen sicherlich sein können, so ist m.E. das vorgeschlagende Modell vom Ostparlament mit bestimmten Vetorechten für die angestrebte Mobilisierung eher kontraproduktiv. Auch hierfür gilt, daß nicht in der extraordinären Repräsentanz der ostdeutschen Interessen der Schlüssel zu ihrer besseren Durchsetzung liegt, sondern in einer umfassenden politischen und sozialen Bewegung, die das gesamte politische System durchdringt und perspektivisch auch verändert.

Ein ostdeutscher Bürgerkongreß, hinter dem eine starke Bewegung steht, wird weit mehr politische Wirkung im Gesamtsystem erreichen können. Er ermöglicht die Bündelung von Initiativen und Gruppen verschiedenster Art mit Interessenverbänden, Parteien und Einzelpersönlichkeiten. Er wäre Ausdruck wirklicher Bewegung und, sofern diese von gesellschaftlicher Bedeutung ist, verfügte der Kongreß über eine moralische Autorität und eine politische Macht, die eine Repräsentativkörperschaft nach dem Mehrheitswahlrecht nur selten erlangt.

Die Frage der staatsrechtlichen Institutionalisierung ostdeutscher Interessenwahrnahme scheint mir noch sehr diskussionsbedürftig. Aber eines sollte unstrittig sein, jeder Verfassungsakt bleibt so oder so eine Illusion ohne eine wirkliche soziale Bewegung. Und deshalb muß auch ihrer Entfaltung das politische Primat zukommen.

8.

Der Initiative bzw. den Initiatoren vorzuwerfen, daß dies eine "Kopfgeburt" sei, ist unernst oder demagogisch. Politische, soziale oder kulturelle Bewegungen werden stets von Köpfen, von denkenden Menschen in die Welt gesetzt. Sie werden zu Bewegungen, weil in diesen Köpfen soziale Bedürfnisse und Interessen widergespiegelt und durch sie artikuliert werden. Und nur soweit Ideen dies tun, werden sie Bewegungen initiieren. Ergreifen Politiker, Wissenschaftler, Künstler eine solche Initiative, werden sie einer ihrer ureigenen Aufgaben in der Gesellschaft gerecht. Findet diese Initiative keine Aufnahme und Verbreitung in der Bevölkerung, dann wird man mit einigem Recht von einer "Kopfgeburt" sprechen können, sollte aber besser sagen, daß sie nicht "zur Welt gekommen" ist.

Im Gründungsaufruf wird klugerweise betont, daß man sich als Anstoßer begreift, als Initiator, und daß die Bewegung nur von unten wachsen kann. Wobei daraus ein ideologischer Gestus wird, wenn damit ein offensichtliches programmatisches Defizit gerechtfertigt werden soll. Initiator sein heißt, nicht nur Auslöser bleiben, sondern auch Ideengeber werden, Vorschläge unterbreiten usw.. Das hat rein gar nichts mit Bevormundung zu tun.

Andererseits wird mit dem Vorwurf, die Initiatoren könnten selbst keine Lösung für die Probleme benennen, unterstellt, es gäbe "die Lösung" und der "Retter" müßte sie auf den Tisch legen. Aber der Bewegung kommt gerade keine Heils- und Erlösungsmission zu, sondern die Aufgabe, durch Widerspruch und Widerstand die einseitige Demontage und Demoralisierung zu stoppen, um somit den gesellschaftlichen Widerstreit um eine vernünftige Entwicklung wieder möglich zu machen.

Für die Chancen dieser neuen "Bürgerbewegung" wird aber nicht nur entscheidend sein, inwiefern es ihr gelingt, Bürger Ostdeutschlands zu aktivieren und zu mobilisieren, selbstbewußt für ihre Interessen einzutreten, sondern mindestens ebenso, ob sie in der Lage ist, die bereits bestehenden Basisinitiativen zu erreichen und sich mit ihnen zu verbinden. Denn vielerorts haben sich diese unermüdlichen Aktivisten als kompetente und legitime Interessenvertreter profiliert. Ohne sie wird es tatsächliche eine "Kopfgeburt", ganz gleich auf welcher Ebene. Diesen Zusammenhang finde ich im Aufruf wie in den Stellungnahmen verschiedener Initiatoren unzureichend berücksichtigt. Der Boden ist schon vorbereitet. Die Keime dürfen nicht zertreten werden.

9.

Die Initiatoren weisen daraufhin, daß die sich vertiefenden sozialen Spannungen einen fruchtbaren Boden für den Populismus reaktionärer, nationalistischer, rassistischer und neofaschistischer Ideologien bilden. Aber diese Gefahren wird man nicht abwehren, indem man versucht, ihnen dadurch die Spitze abzubrechen, daß man sich selbst des Populismus bedient. Es ist schon mehrfach in unserem Jahrhundert versucht worden, auf diese Weise drohendem Unheil zuvorzukommen, mit dem Ergebnis, daß man es letztlich nur noch befördert hat. Auch hier wirkt die unauflösbare Zweck-Mittel-Dialektik.

Deshalb ist es richtig und wichtig, daß man diese Gefahren beim Namen nennt, wie dies im Gründungsaufruf geschieht, und auch weiterhin konsequent jedem Populismus der "einfachen" und "schnellen" Lösungen entschieden entgegentritt. Das gilt übrigens auch für die Kritik am Parteienparlamentarismus, die z.Zt. allseits gepflegt wird, wobei aber die Verketzerung der Parteien, der politischen Klasse wie der Politik überhaupt auch reaktionäre, antidemokratische Facetten hat.

10.

Niemand, der sich für die Entfaltung einer ostdeutschen Protest- und Widerstandsbewegung gegen die soziale und kulturelle Demontage engagiert, sollte die Gefahren und Unwägbarkeiten unterschätzen. Aber auch jeder, der dieses Projekt bekämpft oder sich distanziert, sollte sich der Frage stellen, daß die gegenwärtige Entwicklung im Osten Deutschlands scheinbar unausweichlich auf gewaltige politische und soziale Eruption hinsteuert. Angesichts dessen ist die ideologische und moralisierende Denunziation auf jeden Fall unverantwortlich. Aber auch die bedenkliche und abwägende Abwartehaltung vieler Intellektueller und Linker scheint mir problematisch zu sein. An einer sich auf diese Weise selbsterfüllenden Prophezeiung wird dann der "Prophet" keine Freude mehr haben. Ich denke, die ostdeutsche Sammelbewegung hat unsere kritische Unterstützung nötig, nicht wegen Gysi und Diestel oder wegen Heym und H. Fink, sondern wegen der sozialen, politischen und geistigen Demontage und Entwurzelung Hunderttausender Ostdeutscher und wegen der daraus resultierenden Gefahren für das politische System und die geistige Kultur in diesem Lande, also nicht zuletzt auch für uns selbst.

Michail Nelken

Ostberlin, 13.7.92

12. Eigene Inhalte einbringen Stellungnahme aus der Vereinigten Linken Berlin zu den "Komitees für Gerechtigkeit"

Autor: Verena Krieger · Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:47

Es ist noch nicht lange her, da erhielt ich den Anruf eines ehemaligen Hamburger DKP-Funktionärs, heute selbiges bei der PDS. Er stellte sich mir als "Ostlinker" vor; gegenwärtig sei man auf der Suche nach Unterstützung durch "Demokraten im Westen" (damit meinte er aber offenkundig nicht Gräfin Dönhoff oder Julius Hackethal).

Der Verein, um dessen Unterstützung der west-östlich gewendete Zeitgenosse warb, kennt keine Parteien mehr, nur noch Ostdeutsche. Seine Programmatik lautet, man wolle nicht nur zum Staatsterritorium des deutschen Kapitalismus zählen, sondern gefälligst auch zu dessen Profiteuren. Schließlich sei die Grenze zu den Hungerleidern in Richtung Osten (vorläufig) an die Oder verlegt worden. Vor allem aber: man ist deutsch, und man erwartet dem Blute adäquate Privilegien.

Welch ein Irrtum! Dem Kapital ist das Blut wurscht. Es läßt keine Investitionen springen, nur weil ein paar vaterländische Helden, deren Arbeitsproduktivität westlichen Standards nicht entspricht, das Maul aufreißen. Einstweilen freut sich die Reaktion (Gezeter hin, Parteiausschlußverfahren her) über die gefügige Bereitwilligkeit ehemals sich als links verstehender Kräfte, im Namen dieses schrecklich breiten Bündnisses Flüchtlingsinteressen, Antirassismus, Selbstbestimmung der Frauen und die Parteilichkeit für die Opfer der freien und sozialen Marktwirtschaft auszuklammern.

Die Volksgemeinschaft der Ostdeutschen formiert sich, um den Anschluß der DDR an die BRD zum Anschluß ehemaliger DDR-BürgerInnen an die große deutsche Volksgemeinschaft zu vervollkommnen. Die PDS spekuliert darauf, in diesem Prozeß als völkische Privilegiensicherungspartei ihre parlamentarische Existenz zu sichern. Und "Demokraten im Westen" helfen kräftig mit, damit bald endlich wieder klar ist, wer zum Reigen der Seligen dazugehören darf und wo die Grenzen Deutschlands liegen.

Oder sollte ich da etwas falsch verstanden haben? Womöglich handelt es sich ja bei der Ankündigung, mit den "Komitees für Gerechtigkeit" so eine Art Nebeninstanz neben den Parlamenten zu schaffen, um einen ganz raffinierten leninistischen Schachzug nach dem Vorbild der siegreichen Oktoberrevolution: Erst eine Doppelherrschaft von Sowjets und Parlament etablieren und dann...

PS: Mit ihrer Anfrage nach einer pro- oder contra-Stellungnahme zu den "Komitees für Gerechtigkeit" hat sich die Redaktion der linken Zeitung AK sicherlich einen Scherz mit mir erlaubt. Macht nichts, ich liebe trockenen Humor.

PS: Daß eine linke Zeitung pro- und contra-Positionen zu den "Komitees für Gerechtigkeit" erfragt, ist doch sicherlich ein Scherz, oder?

Verena Krieger

13. Stasi (West) startet zum Lauschangriff. "Organisierte Kriminalität" als Vorwand für neues Polizeiermächtigungsgesetz

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:09

Wenn die Regierungskoalition und SPD einmütig eine "Bedrohung für Staat und Gesellschaft" sehen, ist mit dem Schlimmsten zu rechnen. Nur "wenige Gegenstimmen" verzeichnete denn auch das Protokoll, als Anfang Juni der Bundestag ein Gesetzespaket zur Bekämpfung der "organisierten Kriminalität" (OK) verabschiedete. Telefonüberwachung, Rasterfahndung, "verdeckte Ermittler" und "Lauschangriff" werden damit bundesweit legalisiert. Anders als der Gesetzestitel suggeriert, richten sich diese Ermächtigungen keineswegs nur gegen Rauschgifthandel und OK, sondern genauso gegen Staatsschutzdelikte oder jugendliche Autoknackerbanden - wie auch gegen gänzlich unbeteiligten Dritte, die "unvermeidbar betroffen" sind.

Derweil fordert eine große Koalition aus BKA und Polizeigewerkschaft, CSU-Innenminister und SPD-"Rechtsexperten" neue, noch weitergehende Grundrechtseinschränkungen: Mit dem "großen Lauschangriff" sollen Wanzen und Richtmikrofone auch in Wohnungen eingesetzt werden dürfen, und polizeiliche Untergrundagenten sollen "milieubedingte Straftaten" begehen dürfen. Diese Punkte waren einvernehmlich aus dem jetzt verabschiedeten Gesetz ausgeklammert worden, um im Herbst erneut beraten zu werden.

Derweil überschlägt sich die begleitende Pressekampagne, die - nach der Gewaltverzichtserklärung der RAF und damit praktisch auch des Bürgerschreckgespenst "Terrorismus" - die "Organisierte Kriminalität" als neue Mega-Bedrohung aufbaut. "Mafia-Killer in Deutschland" - "Die Mafia steigt im Osten ein" - "Russische Gewalt drängt nach Hamburg" - "Kampf gegen die Kurden-Mafia" - "Angriff auf den Drogen-Kraken" - "Jugo-Mafia hinterläßt eine blutige Spur" ... die Aufreihung ließe sich endlos fortsetzen, der Tonfall unterscheidet sich in der "FR" kaum vom dem in Springers "Welt". Und so scheint sich die "Flut des Verbrechens" mit der in denselben Blättern beschworenen "Asylantenschwemme" zu vereinigen, um Deutschland von allen Seiten zu überrollen.

Mit Hilfe des nirgends, schon gar nicht in dem neuen Gesetz, genau definierten Begriffs der "Organisierten Kriminalität" und verschwommener Assoziationen zur sizilianischen Mafia oder zum Medelliner Drogenkartell wird ein Gefahrenszenario beschworen, dem man mit allen Mitteln entgegentreten müsse. Der Schutz von Grundrechten oder von "rechtsstaatlichen Grundsätzen" soll demgegenüber kaum noch eine Rolle spielen. Hierauf zielte die lautstarke Debatte auch in erster Linie: breite gesellschaftliche Akzeptanz für den Schnüffelstaat, für eine Geheimpolizei und die Ausforschung von Menschen bis in die intimsten Lebensäußerungen hinein zu schaffen. Denn rein rechtlich darf die Polizei nach den meisten Landespolizeigesetzen im Rahmen der "Gefahrenabwehr" praktisch alles was - und z.T. noch mehr - als ihr jetzt zum Zwecke der Strafverfolgung nach Bundesrecht erlaubt sein soll. Insofern ging es im Gesetzgebungsverfahren stets vorrangig um die öffentliche und offensive Legitimierung seit langem laufender, aber gesellschaftlich immer noch schief angesehener Geheimpolizeipraktiken.

In einer großen Koalition im Bundesrat haben bereits 1990 die CDU- und SPD-Länder (mit der Ausnahme von Bremen und Westberlin) gemeinsam eine Gesetzesinitiative eingebracht, die OK und Rauschgifthandel zwar im Titel führt, in ihren Paragraphen aber eine Generalermächtigung an die Polizei enthält. Seither wurde im Rechtsausschuß des Bundestages und anderen Gremien hin- und herverhandelt, bis nur noch einige wenige Einzelpersonen (wie etwa der FDP-Politiker Hirsch) an den früher geäußerten "Bedenken" gegen den Gesetzentwurf festhielten.

Nur ein kleiner Teil des Gesetzes beschäftigt sich mit (z.T. drastisch erhöhten) Strafen für Drogenhandel, Bandendiebstahl oder Hehlerei. Entgegen den Forderungen von "OK-Experten" wurde die "Geldwäsche" von Drogen- und anderen kriminellen Erlösen zwar als strafbar eingestuft, aber keinerlei wirksame Kontrollmechanismen von Geldtransfers vorgesehen. Hier sei einseitig den "Wünschen des Kreditgewerbes" entsprochen worden, bemängelte selbst die SPD. Die Banken verdienen zum einen am Schwarzgeld kräftig und wollen zum anderen verhindern, daß dubiose Aktionen ihrer "seriösen" Großkunden auffliegen könnten.

Neu eingeführt wurde das Instrument der Vermögensstrafe gegen "organisierte Kriminelle"; außerdem soll Vermögen, das mutmaßlich illegal erworben wurde, von Staat eingezogen werden können. Gegen diese Klauseln hatte es nicht wenige verfassungsrechtliche Einwände gegeben: Juristisch betrachtet führen sie zu einer unzulässigen Beweislastumkehr, bei dem nicht mehr der Staat den unrechtmäßigen Erwerb von Vermögen nachweisen muß, sondern der Betroffene den rechtmäßigen Erwerb. 1946 waren entsprechende Strafrechtsbestimmungen durch den alliierten Kontrollrat abgeschafft worden, da sie während des Faschismus als Instrument zur wirtschaftlichen Vernichtung von Verfolgten dienten.

Im Mittelpunkt des Gesetzes stehen nicht Bestimmungen gegen eine wie auch immer definierte OK, sondern - wie der FDP-Politiker Jörg van Essen in der Bundestagsdebatte befriedigt feststellte - "generalklauselartig erfaßte" Befugnisse der Polizei. Bezugsrahmen ist ein ganzer Katalog von Straftaten, darunter ganz generell die sogenannten "Staatsschutzdelikte". Darüber hinaus reicht es schon aus, daß "eine Straftat von erheblicher Bedeutung ... gewerbs- oder gewohnheitsmäßig oder von einem Bandenmitglied oder in anderer Weise organisiert begangen worden ist" (so der neue § 98a StPO). Während derzeit nach Auskunft des bayrischen Staatssekretärs Beckstein in der gesamten BRD gerade mal in 64 Fällen wegen "Mafia-Aktivitäten" ermittelt wird, sind die Gummiparagraphen des neuen Gesetzes auf hunderttausende potentiell Betroffener anwendbar, wenn das polizeilich oder politisch gewollt wird.

In all diesen Fällen ist künftig die Rasterfahndung zulässig. Dabei können große Mengen von Personendaten aller Art durchkämmt werden, um anhand beliebiger Merkmale (z.B. Barzahlung von Stromrechnungen) möglicherweise Verdächtige einzugrenzen, die dann Objekt polizeilicher "Abklärung" werden. Die "speichernde Stelle" ist dabei zur Selektion und Übermittlung der Daten verpflichtet. Zufällig bei diesen Maßnahmen entdeckte Indizien gegen Unbeteiligte dürfen ebenfalls verwertet werden, wenn sie in den weitgesteckten Bereich des Gesetzes fallen.

Bei der Observation und dem Abhören von Verdächtigen wurde ein ähnlich weiter Rahmen aufgespannt: "Ohne Wissen des Betroffenen dürfen Lichtbilder und Bildaufzeichnungen hergestellt werden, sonstige besondere für Observationszwecke bestimmte technische Mittel ... verwendet werden, wenn Gegenstand der Untersuchung eine Straftat von erheblicher Bedeutung ist, ... darf das nichtöffentlich gesprochene Wort mit technischen Mitteln abgehört und aufgezeichnet werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, daß jemand (eine der Katalogstraftaten) begangen hat ..." (§ 100c StPO) Versteckte Videokameras und Richtmikrofone, Nachtsichtgeräte, Peilsender und Bewegungsmelder sowie das Instrument der "Beobachtenden Fahndung" (Erfassung an öffentlichen Kontrollstellen, Grenzen etc.) dürfen nicht nur gegen die Betroffenen selbst eingesetzt werden, sondern auch gegen "andere Personen, wenn aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, daß sie mit dem Täter in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird". Damit nicht genug, wird auch die Bespitzelung von gänzlich Unbeteiligten ausdrücklich zugelassen: "Die Maßnahmen dürfen auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen sind." (ebd.)

Von V-Leuten, UCAs und anderen Spitzeln

Ein wichtiges Anliegen ist dem Gesetz die Legitimation und der Schutz von polizeilichen Geheimagenten aller Art. Offiziell institutionalisiert wird damit der "Verdeckte Ermittler" (Under Cover Agent, UCA). Polizeibeamte dürfen, mit gefälschten Dokumenten ausgestattet, unter einer zurechtgezimmerten Legende beispielsweise in der Drogenszene operieren, aber sich auch in völlig legal arbeitende politische Gruppen einschleichen. (Zu jüngsten Fällen in Tübingen und Freiburg Berichte in diesem ak.) Der Einsatz muß von einem Staatsanwalt oder (in einigen Fällen) von einem Richter genehmigt werden - außer wenn die Polizei behauptet, es sei "Gefahr im Verzug" (dann kann die Genehmigung auch nachträglich eingeholt werden).

Die von diesen Geheimeinsätzen Betroffenen werden davon in aller Regel nie erfahren. Auch im Strafprozeß selbst kann (und wird) die Polizei die Identität ihrer Agenten geheimhalten. Sie darf das schon, "wenn Anlaß zu der Besorgnis besteht, daß ... die Möglichkeit der weiteren Verwendung des Verdeckten Ermittlers gefährdet" würde - also immer. Damit wird dem beliebten polizeilichen Vorgehen, durch Agents provocateurs Scheingeschäfte einzufädeln und dann stolze Erfolge in der Drogenbekämpfung vorzuführen, Tür und Tor geöffnet, ohne daß diese Machenschaften vor Gericht aufzufliegen drohen. Das bereits jetzt übliche Verfahren, alle Prozeßbeteiligten über die Beteiligung und Rolle von polizeilichen Drahtziehern im dunkeln zu lassen, erhält gesetzliche Rechtfertigung.

Weitere Manipulationsmöglichkeiten im Strafprozeß bieten die Vorschriften, die unter dem scheinbar unverdächtigen Begriff "Zeugenschutz" daherkommen. Gemeint ist, daß Zeugen, die sich durch ihre Aussagen gefährden könnten, diese Aussagen auch ohne Angabe von Namen und Adresse oder unter einer "früheren Identität" machen. Damit können nicht nur UCAs ohne Aufhebung ihrer Tarnung in den Prozeß eingeführt werden, wenn dies opportun scheint, sondern vor allem jede Art von V-Leuten und polizeilichen Informanten wirkungsvoll geschützt werden. Für die Verteidigung wird es sehr viel schwieriger, die Glaubwürdigkeit solcher Polizeizeugen zu erschüttern oder Widersprüche in ihren Aussagen nachzuweisen.

"Großer Lauschangriff" im Herbst?

Vorläufig nicht in das Gesetz eingegangen ist der "große Lauschangriff", d.h. der Einsatz von Wanzen, Richtmikrofonen und versteckten Videokameras in Wohnungen und anderen privaten Räumen. Zulässig ist das Abhören in der geltenden Fassung lediglich bei UCA-Einsätzen. Gegen die Verallgemeinerung der Lausch- und Schnüffelerlaubnis hatte es im Vorfeld verfassungsrechtlich begründete Widerstände in der FDP und von einzelnen SPD-regierten Bundesländern gegeben. In dieser Situation sprangen die SPD-Kronjuristen Meyer und de With mit dem Vorschlag in die Bresche, dann eben das Grundgesetz zu ändern und dessen Artikel 13 (Unverletzlichkeit der Wohnung) polizeigerecht zurechtzustutzen. Neben der Notwendigkeit, "in die oberen Kreise der Mafia wirklich eindringen" zu können, wurde der Vorstoß mit dem skurrilen Argument begründet, es gebe bereits jetzt zu viele Abhörfälle nach Länderrecht, und da müßten endlich geregelte Verfahren eingeführt werden ...

Der mit CDU/CSU-Vertretern und FDP-Rechten abgestimmte und von Fraktionschef Klose offenbar im Hintergrund unterstützte Überraschungscoup wurde von der SPD-Bundestagsfraktion erst einmal nicht etwa aus inhaltlichen Gründen zurückgewiesen, sondern lediglich abgelehnt, "weil man sich nicht festlegen lassen wollte". Im Herbst, wenn die CDU/CSU ihren angekündigten Erweiterungsantrag vorlegen wird, wird das nicht mehr ausreichen.

Dann wird der "große Lauschangriff" (inklusive entsprechender Grundgesetzdemontage) erneut zur Debatte stehen, ebenso wie die von Koalition und Polizeistrategen lautstark geforderte Ermächtigung für Untergrundpolizisten, "milieugerechte Straftaten" zu begehen. Letzteres wird höchst ungern näher spezifiziert, auch nicht auf die Vorhaltung hin, daß in dem Milieu, dem man sich angepaßt bewegen will, das "Anfixen" von Jugendlichen ebenso wie das Zusammenschlagen von ausbrechenden Prostituierten oder eben auch Mord zum üblichen Geschäft gehören. Auf einen definitiven Ausschluß bestimmter Delikte (Einbruch ja, Körperverletzung nein) wollen die Vorkämpfer der Polizeikriminalität sich nirgendwo festlegen. Die Verlockung des schnellen Geldes wird ein übriges tun zur Herausbildung und Festigung der "symbiotischen Strukturen" zwischen organisiertem Verbrechen und Untergrundpolizei, von denen der Deutsche Strafverteidigertag in seiner Stellungnahme zum Gesetz spricht.

Die Strafverteidiger befürchten weiter, daß insbesondere Anwälte und Journalisten als mögliche Kontaktpersonen abgehört werden könnten und damit der besondere Vertrauensschutz für Klienten und journalistische Quellen ausgehebelt wird. Gegen den "großen Lauschangriff" protestierte selbst der lammfromme Bundesdatenschutzbeauftragte. Der Deutsche Anwaltsverein warnte vor dem Überwachungsstaat, Richter und Staatsanwälte in der ÖTV und Kritische PolizistInnen bezogen öffentlich gegen das Gesetz Position. Dennoch ist bisher der große Aufschrei ausgeblieben, das Trommelfeuer von Interviews und Stellungnahmen von BKA-Chef Zachert ("drohende Demotivierung der Polizei"; durch Einschränkungen würde die Polizei "nahezu ohnmächtig" gemacht) an abwärts bis zum letzten örtlichen Polizeichef und Gewerkschaftsvorsitzenden beherrscht die Medienöffentlichkeit.

Man muß damit rechnen, daß die SPD bei den geplanten Verschärfungen ähnlich verfahren wird wie jetzt in der Bundestagsabstimmung: eine symbolische Stimmenthaltung in zweiter Lesung, um Detailkritik anzudeuten, und Zustimmung in der entscheidenden dritten Lesung, um den "Konsens der Demokraten" zu demonstrieren.

Ein Genosse der anti-rep-Kommission, Hamburg

14. Das Super-Ossi-Komitee (Kommentar aus dem "telegraph")

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:41

Nun haben wir sie also, die Komitees für Gerechtigkeit und sogar die Bild-Zeitung ist neuerdings geneigt, ihnen Bedeutung einzuräumen. Die Blödheit der Regierer in Bonn, denen die Geschäftsgelüste ihrer wirtschaftlichen Klientel wichtiger waren als ein irgendwie staatserhaltender Plan der Sanierung der ehemaligen DDR, hat wieder das geschafft, was den SED-Regierern zuletzt noch zu ihrem Leidwesen gelungen ist: Das vielzitierte "Volk der DDR" hat eine gemeinsame Sprache gefunden, - in der gemeinsamen und ebenso schichtenunspezifischen Klage gegen die Bonner Usurpatoren. Niemand hätte vor einem Jahr prophezeien können, daß die Sprecher des Unmuts tatsächlich wieder Vertreter des verflossenen Regimes sind, wenn auch aus der dritten bis fünften Reihe.

Rhetorisch könnte man jetzt vielleicht anfragen, ob die Stimmführer wirklich die Interessen "unserer Bürger" vertreten wollen oder ob sie nur ihr gestrandetes Schiff aus dem Windschatten herausholen wollen. Bei einem Ehrenmann wie Diestel fällt die Beantwortung dieser Frage leicht. Selten gab es einen simpleren und schmierigeren Typ des politischen Konjunkturritters. Dagegen sind Gysis politische Träume eher sublim zu nennen. Als Prominentensohn verstand er es schon in der DDR vorzüglich, mit den herrschenden Fraktionen zu spielen und konnte als fast einziger Saubermann und Vorreiter eines Rechtsstaates in der DDR nach der Wende die rechtliche Überleitung des SED-Vermögens übernehmen. Sein Motiv ist eher intellektuelle Koketterie.

Mit den Talenten der übrigen ostdeutschen Subskribenten ist es bescheidener bestellt. Fast durch die Bank weg sind sie gescheiterte Existenzen, rostende Altlasten, die in einem allgemeinen DDR-Revival auf alte und neue Privilegien hoffen wie Heiner Fink und Günther Maleuda. Dann gibt es noch den Zierrat der Komitees, längst versackte Altoppositionelle wie Ralph Hirsch und Friedrich Schorlemmer, vergreiste, die als Ehrenausschuß schon seinerzeit Diestels Innenministertätigkeit bemäntelten, wie Stephan Heym und Walter Janka. Aber schließlich auch bedauerliche Irrläufer wie Gottfried Forck, Stephan Krawczyk und Klaus Schlesinger. (...)

Das eigentliche Problem aber ist, wie es Stephan Heym in einem seiner lichten Momente hämisch ausdrückte, daß "die Bürgerbewegungen den Bus verpaßt haben". Das Bündnis 90 versucht seit Monaten erfolgreich, auch noch den letzten Anschein einer Bürgerbewegung abzulegen. Sie möchte wie die Grünen durchaus Partei werden und sich auf ein bestimmtes mittleres Wählerspektrum, am besten die vielzitierten "Wertkonservativen", einpegeln, die es in Ostdeutschland gar nicht gibt. Schon hat sich in Spötterkreisen der Ausdruck "Bündel neulich" eingebürgert. Das Neue Forum hat zwar nie den Anspruch einer Bürgerbewegung aufgegeben, war aber immer zu sehr auf das geistige Milieu seiner Gründer beschränkt, auf die Interessen des intellektuellen Teils der Mittelschicht. Hinzu kamen altgewachsene Strukturen aus der Zeit der alten DDR-Opposition, die auch im Neuen Forum die Öffnung nach außen erschweren. Die weitaus meisten DDR-Bürger sind nicht länger an der Aufdeckung von Strukturen vergangener und gegenwärtiger Regimes und an der Diskussion von theoretischen Alternativen interessiert. Sie möchten Arbeit und Wohlstand wie ihre sogenannten Brüder und Schwestern im Westen. Und sie beginnen die gute alte Zeit unter Honecker zu verklären, als alle sicher auf den Straßen waren und jeder Lohn und Brot hatte. Die Komitees für Gerechtigkeit profitieren vom Versagen der Bürgerbewegungen als Repräsentanten der Ostdeutschen.

Wir haben in diesem Blatt nie ein Geheimnis aus dem gemacht, was wir von dieser deutschen Einheit halten, ebensowenig wie wir auf eine Rückkehr zu den Fleischtöpfen Ägyptens Hoffnung gemacht haben. Die DDR war bankrott und wird mit ihren Problemen die Bundesrepublik in den Abgrund reißen. Es bleibt allerdings die Frage, ob eine politische Interessenvertretung für den Osten gebraucht wird. Wenn es um die Teilnahme an den bundesdeutschen Privilegien und die Aufrüstung auf bundesdeutsches industrielles Niveau geht, wohl kaum - das ist weder kapitaltechnisch möglich, noch im Interesse der Dritten Welt und der Abwendung der ökologischen Krise wünschbar. Wenn es allerdings tatsächlich um die gerechte Verteilung der auf uns zukommenden sozialen Mißstände und um das Nachdenken über Alternativen geht, sind die Führer der Ostkomitees wohl kaum die richtigen Garanten. (...)

Kommentar von r.l.

aus "telegraph" Nr.8/92

15. Telefonüberwachung steigt rasant an

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit; Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:10

Man könnte meinen, die bundesdeutsche Polizei hätte die Abhöreinrichtungen der weiland DDR-Staatssicherheit einfach übernommen: Seit 1986 ist die Zahl der Abhörfälle um 80 Prozent gestiegen. Welch riesige Anzahl von Betroffenen sich dabei hinter einem solchen Fall verstecken kann, schildert der "Spiegel" (29.4.91). Es ging um die Rückgabe eingezogener Führerscheine gegen Schmiergelder in Frankfurt. Die Fahnder holten sich - mit der Vermutung, es handle sich um eine kriminelle Vereinigung - die Genehmigung für eine Telefonüberwachung. "In den belauschten Gesprächen fielen die Namen weiterer Verdächtiger, deren Telefone dann ebenfalls überwacht wurden. Die Fahnder hörten insgesamt sieben Personen rund um die Uhr ab, darunter drei Rechtsanwälte. Die Operation erstreckte sich auf private Anschlüsse. Selbst bei Angehörigen der belauschten Gesprächsteilnehmer schalteten sich die Fahnder ein. Und wo vorhanden, zapfte die Polizei auch Telefaxgeräte an. Jede TÜ, sagt der Frankfurter Staatsanwalt Peter Köhler, ‚hat nun mal ihre Kinder`. Alles in allem hörten Beamte des BKA rund 60.000 Gespräche mit."

2.757 solcher Maßnahmen, die sich oft monatelang hinziehen, gab es nach offiziellen Angaben im letzten Jahr. (FR, 30.4.92) Damit hat sich ihre Anzahl in den letzten zehn Jahren vervierfacht. In der Zahl nicht enthalten sind Telefonschnüffeleien der Geheimdienste, über deren Anzahl die Bundesregierung jede Auskunft verweigert, deren Zahl allerdings deutlich niedriger sein soll als die der Polizei. Über Dunkelziffern werden in den Berichten keine Vermutungen angestellt.

Daß bei solchen Maßnahmen nicht nur "Dritte" betroffen sind, wie die Mandanten der obengenannten Anwälte, die eigentlich auf die Vertraulichkeit des Anwaltsgesprächs vertrauen können sollten, sondern auch Vierte und Fünfte, zeigt ein anderer Fall in Hessen: "Richter genehmigten, den Anschluß eines Gastwirts anzuzapfen, bei dem der Verdächtige verkehrte; zudem wurden auch die Telefone abgehört, die von der Lebensgefährtin des Verdächtigen bei ihren Eltern und ihrer Firma benutzt wurden." (Spiegel, ebd.) Selbst Telefonzellen werden abgehört, wenn nur die Polizei behauptet, der oder die Verdächtige könnten sie benutzen. Während die wirklichen Mafia-Bosse längst Sprachzerhacker, Abhörwarngeräte oder einfach das C-Funknetz benutzen, werden von solchen Abhörmaßnahmen ganz legal eine Unzahl von völlig Unbeteiligten betroffen.

Wer so naiv sein sollte zu glauben, durch das Abhören werde zumindest seine Unschuld bewiesen, kennt den Fall zweier Hamburger Rechtsanwälte nicht. Von einem dubiosen V-Mann der Verwicklung in eine geplante Gefangenenbefreiung beschuldigt - wie sich herausstellte, ohne jede Grundlage -, wurde deren gesamte Bürogemeinschaft abgehört. Ein von einem Justizbeamten als "Agent provocateur" geführtes Telefonat, das bei dem angerufenen Anwalt auf bares Unverständnis stieß, wurde zwar registriert. Auf den Bändern, die später ein Anwalt der Betroffenen abhören konnte, fehlte jedoch genau dieses entlastende Gespräch. (Zeit, 10.11.89)

SPD-Juristen fordern in ihrem Plädoyer für den Einsatz von Wanzen und Richtmikrofonen in Wohnungen eine richterliche Genehmigung und nennen das dann "Grundrechtsschutz durch Verfahren". Die jetzt schon übliche Praxis bei der Telefonüberwachung beweist das Gegenteil: In allen zitierten Fällen lag die richterliche Erlaubnis vor. Selbst der "Spiegel" kritisiert die "rasche und bedenkenlose Genehmigung polizeilicher Eingriffe in das Fernmeldegeheimnis".

16. Verdeckte Ermittler in Aktion. Anderthalb Jahre lang wurde die Tübinger Linke heimlich ausgeforscht

Anderthalb Jahre lang wurde die Tübinger Linke ausgeforscht

Rubrik: Geheimdienste; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:25

In Tübingen wurde im Juli die Existenz zweier Verdeckter Ermittler bekannt, die im Auftrag der Staatsschutzabteilung des baden-württembergischen Landeskriminalamtes weite Kreise der linken Szene ausgeschnüffelt haben - trotz allem noch kein so alltäglicher Fall, daß er in der Öffentlichkeit nicht für einige Unruhe gesorgt hätte. Zumal die beiden Staatsschutzbullen bereits seit März 1991 im Einsatz waren, also gut neun Monate bevor das neue Landespolizeigesetz in Kraft getreten ist, das derartige Schnüffelpraktiken faktisch ohne jede Einschränkung legalisiert. Laut dem baden-württembergischen Inneminster Birzele handelt es sich um eine landesweit koordinierte Aktion; inzwischen sind auch in Freiburg zwei Verdeckte Ermittler aufgeflogen.

Anderthalb Jahre lang haben die beiden Under-cover-Agenten ihrem Dienstherrn Berichte über die Tübinger Linke geliefert; ihr zielstrebiges, aber keinesfalls offensives Vorgehen weist auf einen über Jahre geplanten Einsatz hin. Sie fanden Zugang zu diversen Gruppen, die in den Bereichen Internationalismus, Flüchtlingspolitik, Antifaschismus und Antirepressionsarbeit aktiv sind. Sie nahmen an unzähligen Veranstaltungen und internen Treffen teil; sie waren bei den Aktionstagen gegen das Abschiebelager für Flüchtlinge im benachbarten Reutlingen (siehe Bericht in ak 344) ebenso dabei wie bei Demonstrationen für die Freiheit der politischen Gefangenen, gegen den DVU-Aufmarsch in Passau und gegen den Weltwirtschaftsgipfel in München.

Sie wohnten im selben Haus wie eine politisch aktive Wohngemeinschaft, die schon mehrfach observiert worden war. Eine Frau aus dieser Wohngemeinschaft, die auf einer Veranstaltung zu "politischen Gefangenen weltweit" im November 1991 als Referentin aufgetreten war, wurde von ihrem Arbeitgeber, der Handwerksammer in Stuttgart, gekündigt. Begründung: "Sympathien für linksextreme Organisationen" und "Ermittlungsmaßnahmen". Die LKA-Beamten hatten auch diese Veranstaltung beobachtet. Einige Monate später tauchte der Verfassungsschutz bei einem Besucher dieser Veranstaltung auf.

Im Zuge der Tätigkeit der Under-cover-Agenten entwickelten sich auch persönliche Kontakte bis hin zu einer Liebesbeziehung, was Einsatz vorzeitig beendet hat: Einer der beiden offenbarte schließlich - in Absprache mit dem LKA - einer der bespitzelten Personen gegenüber seine wahre Identität.

Offensive politische Reaktion

Wie vorher bei den Observationen, den VS-Anquatschversuchen und der Kündigung haben die Betroffenen den besten Schutz darin gesehen, an die Medienöffentlichkeit zu gehen und die Arbeit der bespitzelten Gruppen vorzustellen. Gleichzeitig stellten sie klar, daß die Gruppen allesamt offen arbeiten und daß politische Strukturen und Entwicklungen ausgeforscht werden sollten, bis hin zur Erstellung von Sozio- und Psychogrammen einzelner Personen. Das "Terrorismus"-Argument des LKA denunzierten sie als Irreführungsmanöver und Versuch, sich aus der politischen Verantwortung für die Spitzel-Aktion zu stehlen. Das LKA hatte den Ermittlereinsatz mit "Gefahrenabwehr" begründet und behauptet, daß es "vermutlich" in Tübingen "Militante" der RAF gebe, die am Aufbau der "antiimperialistischen Front" arbeiteten. Darüberhinaus sei es um geplante "linksextremistisch motivierte Straftaten" gegangen ("Blockaden, Hausbesetzungen, Zusammenlegungs-Veranstaltungen, gewaltsame Demonstrationen, Aktionen gegen sogenannte Schreibtischtäter ..., z.B. Ausländerbehörden"). Doch infolge des offensiven politischen Vorgehens der Bespitzelten gingen diese Rechtfertigungsversuche ins Leere, die sonst übliche Medienhetze blieb aus.

Nachdem sich auch noch der Oberkirchenrat darüber empörte, daß der Nicaragua-Arbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinde unter den Objekten staatlicher Ausforschung war, als die Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze der Sache nachzugehen begann und sogar aus den Reihen der SPD leise Proteste zu hören waren, mußte sich der baden-württembergische Innenminister Birzele (SPD) zum öffentlichen Gespräch mit den bespitzelten Gruppen nach Tübingen bemühen.

Frieder Birzele, der, damals noch in der Opposition, letztes Jahr mit der SPD gegen das neue Landespolizeigesetz gestimmt hatte, versuchte das Ausforschungsprojekt des LKA zu verteidigen und gleichzeitig herunterzuspielen. Nicht um Bespitzelung linker Gruppen sei es gegangen, nicht um Kontakte zu politischen Gefangenen, sondern um "Gewalttaten", geplante, versteht sich. Der Einsatz der Verdeckten Ermittler sei im Zusammenhang mit einer Innenministerkonferenz nach Rohwedders Tod beschlossen worden. Der war allerdings noch Treuhand-Chef, als die Ermittler in Tübingen auftauchten. Und überhaupt: Nur wenn die Gruppen garantieren könnten, daß keines ihrer Mitglieder künftig Straftaten begehen werde, sei der Ersatz Verdeckter Ermittler ausgeschlossen.

Immerhin streckenweise ist es gelungen, das Gespräch als öffentliches Tribunal gegen derartige Staatsschutzpraktiken und ihre Verfechter zu nutzen und Birzele mit Forderungen nach vollständiger Offenlegung und anschließender Vernichtung der gesammelten Informationen zu konfrontieren. Dabei hat es der Minister nicht geschafft, einen Keil zwischen die unterschiedlichen Gruppen zu treiben; der Nicaragua-AK hat das Angebot, alle Hinweise auf Mitglieder dieser kirchlichen Gruppe aus den Akten zu entfernen, als "Separatfrieden" zurückgewiesen - u.a. auch ein Produkt des ansatzweise entwickelten offenen Umgangs der Gruppen untereinander.

Freibrief für die Polizei

Innenminister Birzele hat daraufhin verkünden lassen, daß alle Verdeckten Ermittler in Baden-Württemberg (angeblich eine "Zahl unter 10") aus linken Gruppen abgezogen würden, weil sie im Falle einer Enttarnung "bedroht" seien.

Selbst wenn mensch dem Innenminister Glauben schenkt: Das Landespolizeigesetz läßt der Polizei seit 1. Januar offiziell auch bei anderen geheimdienstlichen Mitteln freie Hand. So dürfen die Bullen z. B. ohne richterliche Erlaubnis in Privatwohnungen heimlich abhören und filmen; dies nicht nur gegenüber Personen, die im Verdacht stehen, Straftaten begehen zu wollen ("Zielpersonen") sondern auch gegenüber "Dritten" ("Kontaktpersonen"). Der Tübinger Rechtsanwalt Hermann Keske, FDP-Mitglied, hat gegen das Gesetz Verfassungsbeschwerde eingereicht; er charakterisiert es als "vielleicht nicht mehr sehr weit von der Geheimen Staatspolizei ... entfernt".

Landesweite Dimension

In Freiburg hat sich mittlerweile ein Verdacht gegen zwei Personen bestätigt; einer der beiden Freiburger Under-cover-Agenten hatte sein Betätigungsfeld inzwischen nach Stuttgart verlagert, bevor er von der Bildfläche verschwand. Alarmiert durch die Berichte aus Tübingen und durch ins Auge springende Parallelen in Legende und Arbeitsfeldern, hatten FreiburgerInnen mit dem anderen ein längeres Gespräch geführt, um Ungereimtheiten überprüfen zu können; seitdem ist dieser ebenfalls nicht mehr auffindbar. Besonders phantasievoll war das LKA offensichtlich nicht, möglicherweise läßt sich ein Schema für weitere Städte ablesen:

- zwei Männer, Anfang 20, angeblich aus Betroffenheit anpolitisiert, tauchen während oder kurz nach dem Golfkrieg auf;

- sie wohnen zusammen, haben angeblich Zivildienst gemacht und arbeiten im sozialen Bereich (mit Wissen der Einrichtung?);

- Politikfelder sind Internationalismus, Politische Gefangene/Anti-Repression, Antifa und Gruppen gegen die Abschiebelager für Flüchtlinge;

- sie fallen politisch wie persönlich nicht auf, sind bei Planungen anwesend und bei Aktionen am Rande dabei, ansonsten eher im organisatorischen Bereich tätig, z. B. Thekendienst; ihr Hauptinteresse gilt Personen, Strukturen usw.

- sie sind immer wieder abwesend, unter Vorwänden wie kranke Verwandte versorgen, Kurse besuchen usw.

Aufarbeitung statt Verfolgungswahn

In den betroffenen Städten geht es zunächst einmal darum, den Spitzeleinsatz aufzuarbeiten. Die TübingerInnen sind zum einen damit beschäftigt, das Ausmaß der Schnüffelaktion abzuschätzen. Zum

anderen wird diskutiert, welche Fehler und Schwächen dazu geführt haben, daß die beiden so lange agieren konnten, ohne auf mehr als ein vages Mißtrauen bei einzelnen zu stoßen. Ohne diese Aufarbeitung erhöht sich die Gefahr, daß die Erfahrung, Objekt staatlicher Ausforschung zu sein, zu Mißtrauen nach innen und Abschottung nach außen führt.

Dessenungeachtet wird auch über weitere öffentlichkeitswirksame Antworten auf den Spitzeleinsatz nachgedacht. In einem ersten Schritt haben jetzt 75 TübingerInnen Akteneinsicht nach dem Stasi-Unterlagengesetz und anschließende Vernichtung aller Daten gefordert. Auch über den politischen Sinn weiterer rechtlicher Schritte wird noch diskutiert.

piz

17. "Wer die Interessen der Bundesrepublik gefährdet ..." Die Kriminalisierung politisch aktiver Ausländer

Die Kriminalisierung politisch aktiver AusländerInnen

Autor: der Roten Hilfe Berlin · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:07

Rote Hilfe Berlin

Die Novelle des AusländerInnen-Gesetzes von 1991 hat von seinem Vorgänger ein umfassendes rechtliches Instrumentarium übernommen, um politisch aktive AusländerInnen einschüchtern und kriminalisieren zu können. Diese Möglichkeiten wurden durch das neue AusländerInnen-Gesetz vergrößert und noch weiter perfektioniert.

Die Oberbegriffe hierfür heißen a) das Verbot der politischen Betätigung und b) die Eingliederung der Ausweisungsgründe in die Erteilung von Aufenthaltstiteln.

Verbot der politischen Betätigung (§ 37)

Das Verbot, sich politisch zu betätigen, wurde von den Ausländerbehörden der BRD beim Golfkrieg nicht zum ersten Mal ausgesprochen. Auch schon auf der Grundlage des alten AusländerInnengesetzes wurden derartige Verbote erlassen, zuletzt in den Tagen des 19.- 22.10.1988, als der türkische Staatspräsident General Evren seine politischen Freunde in Bonn besuchte. Es kann bezüglich des Golfkriegs aber von einer der bisher umfassendsten und am besten vorbereiteten Kriminalisierungsaktion gegen politisch engagierte AusländerInnen in der BRD gesprochen werden. (siehe Kasten)

Mit dem § 37 des AusländerInnen-Gesetzes können hier lebenden AusländerInnen folgende demokratischen Grundrechte eingeschränkt bzw. aberkannt werden:

- In Verbindung mit § 12 AuslG kann ihre Aufenthaltsgenehmigung räumlich eingeschränkt werden. D.h. daß es ihnen untersagt werden kann, ihren Aufenthaltsort, ja sogar ihre Wohnung zu verlassen. Zusammen mit § 14 können Auflagen gegen AusländerInnen erlassen werden, sich in festgelegten Abständen bei den Bullen zu melden. Es ist dem Ausländeramt sogar möglich, eineR AusländerIn zwangsweise einen anderen Aufenthaltsort zuzuweisen.

- Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit sowie die Teilnahme an politischen Veranstaltungen kann AusländerInnen versagt werden.

- Die Mitgliedschaft in bestimmten unliebsamen politischen Vereinen und Parteien kann unter Strafe gestellt werden.

- Schließlich kann eineR AusländerIn die politische Arbeit gänzlich verboten werden.

In nicht weniger als sieben (!) Absätzen des § 37 - incl. mehrerer Unterpunkte - sind die rechtlichen Grundlagen für derartige Verbotsauflagen geregelt. Darin ist aufgelistet, was AusländerInnen alles nicht tun dürfen. Fast jede politische Aktivität eineR AusländerIn läßt sich in diese Punkte hineindefinieren. So genügt nach § 37 Abs. 2 Nr. 2 und 3, daß einE AusländerIn

"2. Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer ... Belange öffentlich unterstützt, befürwortet oder hervorzurufen bezweckt ...

3. Vereinigungen, politische Bewegungen oder Gruppen innerhalb oder außerhalb des Bundesgebiets unterstützt, die im Bundesgebiet Anschläge gegen Personen oder Sachen oder außerhalb des Bundesgebiets Anschläge gegen Deutsche oder deutsche Einrichtungen veranlaßt, befürwortet oder angedroht haben."

Aber auch die "Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder sonstiger erheblicher Interessen der BRD" (§ 37 Abs. 1 Nr. 1) ist geeignet, um unter das Verbot der politischen Arbeit zu fallen. Deutsche dürfen im Rahmen des politischen Strafrechts immerhin die Meinung haben, daß eine andere, beispielsweise sozialistische Ordnung wünschenswert sei. Nicht so AusländerInnen, die nur "Bestrebungen fördern (dürfen),

deren Ziel und Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden Grundordnung vereinbar sind" (§ 37 Abs 1 Nr. 4). Nach Ansicht der Kapitalisten und ihrer Helfershelfer im Staatsapparat ist die Menschenwürde bekanntlich allein durch das kapitalistische Ausbeutungssystem zu sichern. Wer daran zweifelt und zudem auch noch das "Pech" hat AusländerIn zu sein - der/dem kann kurzerhand die politische Betätigung untersagt werden.

Ausweisung politisch aktiver AusländerInnen

Ausweisungsgründe des AusländerInnen-Gesetzes betreffen politisch aktive AusländerInnen in vielerlei Hinsicht. Die erste Variante von Ausweisungstatbeständen ist in § 45 AuslG geregelt.

Darin heißt es: § 45 Ausweisung:

"(1) Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt." (...)

"(3) Eine Verwaltungsvorschrift eines Landes, Ausländer oder bestimmte Gruppen von Ausländern bei Vorliegen der in Abs. 1 und in § 46 bezeichneten Gründe nicht oder in der Regel nicht auszuweisen, bedarf des Einvernehmens des Bundesministers des Innern."

Auch hier tauchen mit den Begriffen "öffentliche Sicherheit und Ordnung" wieder die üblichen Generalklauseln des Staatsschutzes auf. Bemerkenswert ist, daß nicht nur Verbotsregelungen (die der politischen Betätigung), sondern auch das Aufenthaltsrecht von AusländerInnen von den "Interessen der BRD" abhängig gemacht werden.

Auffallend ist zum zweiten, daß durch Abs. 3 der Bundesinnenminister zur entscheidenden Instanz aller die Ausweisung von AusländerInnen betreffenden Umstände gemacht worden ist. Durch die Zentralisierung von Entscheidungskompetenz wird es der Bundesregierung ermöglicht, Ausweisungsentscheidungen nach einheitlichen politisch bzw. ökonomischen Erwägungen zu treffen. Hier tun sich Parallelen zum § 129a des Strafgesetzbuches auf. Die Entscheidung, ob gegen etwaige "Mitglieder" bzw. "UnterstützerInnen" einer "terroristischen Vereinigung" Anklage erhoben werden soll, liegt im ausschließlichem Ermessen des Generalbundesanwalts in Karlsruhe. Damit sind im Falle der Kriminalisierung politisch aktiver AusländerInnen, wie auch der "terroristischer Vereinigungen", der politischen Opportunität Tür und Tor geöffnet.

Die Ausweisungsgründe und deren Handhabung werden in den § 46 und 47 erweitert und gleichzeitig präzisiert - analog, wie es schon bei dem Verbot der politischen Betätigung aufgezeigt wurde.

In Punkt 1. des § 46 heißt es, daß einE AusländerIn insbesondere dann ausgewiesen werden kann, wenn sie/er "die freiheitlich demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder sich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewaltätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder mit Gewaltanwendung droht." Unter diesen Punkt kann natürlich alles mögliche fallen. Es liegt faktisch im Ermessen des Bundesministers des Innern, wie die Staatsschutzbegriffe auszulegen sind, womit einE AusländerIn nicht alles "die Interessen der BRD gefährden" kann. Im Rahmen des Golfkrieges konnten ausländische KollegInnen und StudentInnen erleben, wie weitgefaßt diese "Interessen" verstanden werden können.

Auch der zweite Teil des Punktes 1 des § 46 AuslG, der die Beteiligung, das öffentliche Aufrufen, bzw. Hervorrufen von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele mit einer möglichen Ausweisung bedroht, unterliegt einem weitem Interpretationsrahmen. Hierunter könnte fallen:

- Botschaftsbesetzungen

- der Aufruf sich ggf. auch militant gegen Faschistenübergriffe zu wehren und entsprechenden Selbstschutz zu organisieren

- der Aufruf zur Abwehr von Streikbrechern bzw. die Beteiligung an solchen Abwehraktionen

- der Aufruf zu Werksbesetzungen

- die Propagierung und Mitarbeit in Vereinen und Parteien zur ggf. gewaltsamen revolutionären Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft.

Darüberhinaus werden im Punkt 2. des § 46 dem- bzw. derjenigen AusländerIn mit Ausweisung gedroht, der/die "einen nicht nur vereinzelten oder geringfügigen Verstoß gegen Rechtsvorschriften oder gerichtliche oder behördliche Entscheidungen oder Verfügungen begangen oder außerhalb des Bundesgebiets eine Straftat begangen hat, die im Bundesgebiet als vorsätzliche Straftat anzusehen ist."

Punkt 2 des § 47 macht eine Ausweisung möglich, wenn eine AusländerIn "wegen einer oder mehrerer vorsätzlicher Straftaten rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt und die Vollstreckung der Freiheitsstrafe nicht zur Bewährung ausgesetzt worden ist."

Auch hier wieder das gleiche Spiel, wie beim Punkt 1. Dem Ermessen der AusländerInnenbehörde wird auch hier ein breiter Spielraum eingeräumt. Ausgewiesen werden kann demnach einE AusländerIn, gegen die mehrfach Bußgelder verhängt worden sind. JedeR weiß, wie schnell sich politisch aktive Menschen Bußgelder einhandeln. Ebenso ist es nicht schwer, gegen gerichtliche Entscheidungen oder behördliche Verfügungen zu verstoßen. So ist es mitunter kaum zu umgehen, auch an verbotenen Demonstrationen teilzunehmen. Und politische Prozesse z.B. wegen Landfriedensbruchs enden immer wieder auch mit Verurteilungen ohne Bewährung. Derartig verurteilte AusländerInnen müssen nach dem Absitzen ihrer Haftstrafe zusätzlich mit ihrer Abschiebung rechnen.

Die Bestimmung, derzufolge eine AusländerIn wegen eines im Ausland ergangenen Strafurteils ausgewiesen werden kann, hat es in sich. Es ist bekannt, daß in verschiedenen Ländern politische GegnerInnen aufgrund erfundener oder gar durch Folter erpreßter Aussagen Dritter, angeklagt werden. Zusätzlich ist es in vielen Ländern möglich, auch in Abwesenheit von Angeklagten über diese ein Strafurteil zu fällen. Wenn eine AusländerIn bereits wegen eines abgeurteilten Vergehens abgeschoben werden kann, ist dies geradezu eine Einladung an die ausländischen Repressionskollegen. Wie ausgeklügelt und in sich geschlossen die Verhinderung und ggf. nachfolgende Kriminalisierung politischer Aktivität von AusländerInnen im AusländerInnen-Gesetz angelegt ist, zeigt folgendes Gedankenspiel. EineR AusländerIn ist auf Anweisung der AusländerInnen-Behörde die politische Betätigung verboten worden. Bei Zuwiderhandlung macht sie/er sich gem. § 93 Abs. 3 Nr. 1 und 2a AuslG einer Ordnungswidrigkeit schuldig, wenn sie/ er gegen diese Auflagen verstößt, indem sie/er beispielweise sich politisch gegen die Aberkennung von Grundrechten politisch zur Wehr setzt. Tut sie/er dies möglichst effektiv, nämlich "nicht nur vereinzelt oder im geringfügigem Ausmaß", läuft der/ die AusländerIn Gefahr, nicht nur mit Bußgeldern bis zu 10.000 DM belegt, sondern auch noch abgeschoben zu werden.

Ausweisungsgründe als Mittel der Einschüchterung

Das Vorliegen einer der oben genannten, aber auch solcher Ausweisungsgründe, wie über "nicht ausreichenden Wohnraum zu verfügen" oder von Sozialhilfe abhängig zu sein, hat für AusländerInnen in zweierlei Hinsicht besondere Bedeutung:

- Die gesamten Familiennachzugsregelungen sind daran geknüpft, daß kein Ausweisungsgrund vorliegt.

- Ebenso ist die Verlängerung bzw. der Aufstieg von einem in den nächsthöheren Aufenthalts-Status an das Nicht-Vorliegen von Ausweisungsgründen gekoppelt.

Mit der Ausweitung der Ausweisungstatbestände in das Aufenthaltsrecht im neuen AusländerInnen-Gesetz ist der Bundesregierung hinsichtlich der Behinderung der politischen Arbeit von AusländerInnen ein Coup ganz besonderer Art gelungen.

Zum einen ist der Rahmen der erfaßten politischen Aktivitäten so weit gespannt, daß praktisch jede politische Handlung darunter gefaßt werden kann. Zum anderen handelt es sich bei allen von uns vorgestellten Maßnahmen um sog. "Kann-Bestimmungen". Deren Inanspruchnahme ist allein in das politischen und ökonomischen Interessen folgende Ermessen der AusländerInnen-Behörde bzw. des Bundesinnenministeriums gestellt. Damit sind AusländerInnen einer alltäglichen Rechtsunsicherheit ausgesetzt, ob ihre Familienangehörigen in die BRD nachziehen können bzw. ob sie selber in der BRD bleiben können.

Die Bestimmungen des AusländerInnen-Gesetzes bezüglich des Verbots der politischen Betätigung, der Ausweisung politisch aktiver AusländerInnen und der Integration des Ausweisungsgründe in die Erteilung von Aufenthaltstitel kann natürlich die tatsächliche Ausweisung politisch unliebsamer AusländerInnen zur Folge

haben. Unserer Ansicht nach ist es aber unwahrscheinlich, daß nun alle politisch aktiven AusländerInnen ständig gefährdet sind, abgeschoben zu werden. Schließlich muß jemand ja an den Maschinen stehen und die Drecksarbeit verrichten. Die tatsächlichen Ausweisungsverfügungen werden sich gegen jene AusländerInnen richten, in denen die BRD vermeintliche "RädelsführerInnen" erkannt haben will. Die Masse der (politisch aktiven) AusländerInnen wird "indirekt" getroffen.

Darin besteht nach unserem Ermessen auch der wichtigste Effekt der vorgestellten Repressionsmaßnahmen, in der Einschüchterung der hier lebenden und arbeitenden AusländerInnen, sich möglichst nicht in politische und/oder betriebliche Auseinandersetzungen einzumischen. Erfahrungsgemäß sind z.B. bei Streiks immer wieder die ausländischen Kollegen in besonderem Maße aktiv. Die Atmosphäre der allgegenwärtigen Rechtsunsicherheit soll nicht nur die ausländischen ArbeiterInnen bei der Wahrnehmung ihrer Interessen beeinträchtigen. Hiermit werden die Kampfbedingungen aller politischen und sozialen Bewegungen in der BRD getroffen.

Beispiel: Golfkrieg

Während des imperialistischen Golfkrieges wurde die Kriminalisierung von AusländerInnen auf verschiedensten politischen Ebenen betrieben:

Auf der westeuropäischen Ebene übernahm die entsprechende Planung die "anti-terroristische" pressure-group der EG-Innenminister, TREVI ("Terrorisme, Radicalisme, Extremisme et Violence International"). Es gab mit dem Treffen am 23.01.91 mindestens eine Sondersitzung auf Ministerebene, auf der die Bereiche Visaerteilung/Einreiseverbote, Deportationen und Internierung von AusländerInnen (so geschehen in Großbritannien) und die Reduzierung des diplomatischen Personals einiger Staaten koordiniert wurden.

In der BRD gab es sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene interministerielle Arbeitsgruppen, die die Repressionsmaßnahmen (Grenz- und Flughafenkontrollen, Personenschutz, Fahndung, Razzien und Observation, sowie ausländerpolizeiliche Maßnahmen) aufeinander abstimmten.

Noch vor dem Golfkrieg gab es massives Streifefahren, Polizeikontrollen und Observationstätigkeiten in den Stadtteilen, in denen viele AusländerInnen wohnen. Beamte des polizeilichen Staatsschutzes suchten die Arbeitsstellen der von ihnen beobachteten ausländischen ArbeiterInnen auf und führten "Kontaktgespräche" mit den Betriebsleitungen. AraberInnen in Berlin erhielten teilweise Vorladungen vom Staatsschutz. In den "Gesprächen" dort mußten diese Erklärungen unterschreiben, sich nicht an "terroristischen Aktivitäten" zu beteiligen.

Unter Beobachtung von Polizei und Verfassungsschutz standen u.a. der Palästinensische Arbeiterverband, irakische, iranische und palästinensische Studentenvereinigungen, sowie Gruppen wie die PFLP, Al Fatah u.ä. "Wegen der von ihnen ausgehenden Gefahren" wurden vom Bundeskriminalamt im Zusammenwirken mit den Landeskriminalämter 2.375 Datensätze von Personen aus nahöstlichen und nordafrikanischen Staaten, die in der Bullendatei APIS ("Arbeitsdatei (Personen Institutionen, Objekte, Sachen) Innere Sicherheit") gespeichert sind, mit 210.455 Datensätzen aus dem Ausländerzentralregister per Bandabgleich verglichen. In diesem Rahmen wurden zum Zwecke des Erkennens "überregionaler Täterstrukturen" bzw. einer qualitativen Bewertung "potentieller Gefährder" 259 ausländische Staatsangehörige zentral durch das BKA in APIS "eingestellt". Bis zum 15.04.1992 sollen diese Daten angeblich gelöscht worden sein (Angaben nach: Innere Sicherheit 5/91 und 2/92).

Zu Zeiten des Golfkrieges waren bundesweit ca. 300 AusländerInnen Einschränkungen durch das AuslG unterworfen. In Berlin wurde mehreren Dutzend größtenteils arabischen BürgerInnen die politische Betätigung verboten. Sie durften die Stadt nicht verlassen und wurden verpflichtet, sich zweimal wöchentlich bei der Polizei zu melden. Zwei irakische Studenten wurden in Abschiebehaft genommen. Ihre Ausweisung konnte aber nicht vollzogen werden.

18. Alle Spione sind gleich - manche aber sind gleicher ...

Von Rechtsanwalt Joachim Herrmann

Autor: RA Joachim Herrmann · Rubrik: Geheimdienste; Stasi-Debatte · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:06

Die Geheimdienste der Bundesrepublik existieren ungebrochen fort. Deren Mitarbeiter stehen weiter in Lohn und Brot. Weitgehend arbeitslos dagegen sind ihre früheren Kollegen aus der DDR. Ihnen stehen sogar Strafprozesse ins Haus.

Für einen erheblichen Teil der Mitarbeiter der verschiedenen Abteilungen der "Auslandsaufklärung", etwa der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) oder der Militäraufklärung der Nationalen Volksarmee, hat die berufliche Tätigkeit für die DDR-Auslandsnachrichtendienste besondere Konsequenzen: Nach dem Anschluß der DDR wurden sie vorgeladen oder festgenommen und massiv verhört, teils inhaftiert. Ihnen wurde nach der Wiedervereinigung eröffnet, daß Ermittlungsverfahren entweder wegen des Vorwurfs der "geheimdienstlichen Agententätigkeit" (§ 99 des Strafgesetzbuches der BRD (StGB)) oder gar wegen "Landesverrats" (§ 94 StGB), begangen zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland, für den gesamten Zeitraum ihrer Tätigkeit vor dem Anschluß eingeleitet worden seien. Aber auch Spionagetätigkeit gegen Einrichtungen anderer Nato-Staaten wurden von den Ermittlungsorganen erfaßt.

Ein Ende der Ermittlungstätigkeit ist nicht absehbar, über 2.500 Ermittlungsverfahren sind eingeleitet worden. Unklar ist, ob und wieviele der Ermittlungsverfahren zu gerichtlichen Strafverfahren führen werden.

Denn eines der "Pilotverfahren", das Verfahren gegen Werner Großmann, Ralf-Peter Devaux, Bernd Fischer, Bernhard Schorm und Siegfried Kern ruht seit geraumer Zeit. Für dieses Verfahren ist das Berliner Kammergericht örtlich zuständig. Das Kammergericht erhebt aber zusammen mit einer ganzen Reihe Juristen grundsätzliche Einwendungen gegen die Strafverfolgung aller DDR-Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter, soweit ihnen Spionage und damit in Zusammenhang stehende Bestechungen zur Last gelegt werden. Es hat das Bundesverfassungsgericht angerufen, weil es die Bestrafung von Mitarbeitern der DDR-Nachrichtendienste mit Auslandsbezug für verfassungswidrig hält.

Die bislang abgeschlossenen Verfahren

U.a. sind bislang folgende Verfahren vor anderen Oberlandesgerichten (OLG) zu Ende geführt worden:

1. In dem "Pilotverfahren" für Anklagen von Gespannen aus HVA-Mitarbeitern und Quellen wurde Alfred Spuhler als hauptamtlicher BND-Mitarbeiter, der von sich aus mit politischer Begründung und ohne Bezahlung mit der HVA zusammengearbeitet hatte, zu zehn Jahren Haft verurteilt. Sein Bruder Ludwig Spuhler, in der Hauptsache wohl als Kurier tätig, wurde zu fünf Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt. Trotz des Vorlagebeschlusses des Kammergerichts wurde der mitangeklagte HVA-Offizier Harry Schütt zu zwei Jahren Haft, die zur Bewährung ausgesetzt wurden, durch das OLG Bayern verurteilt. Gegen den weiteren angeklagten HVA-Offizier Günther Böttger wurden 14 Monate, wiederum zur Bewährung ausgesetzt, ausgeurteilt.

2. Nach demselben Muster wurde Dr. Gabriele Gast, ebenfalls durch das OLG Bayern, zu sechs Jahren und neun Monaten Haft verurteilt; hier wurde der Kurier Lothar Müller zu einem Jahr Haft, zur Bewährung ausgesprochen, verurteilt. Die HVA-Führungsoffiziere Karl-Heinz Schneider und Karl-Heinz Stephan wurden zu je 18 Monaten auf Bewährung verurteilt.

3. Nicht besser erging des dem MBB-Entwicklungsingenieur Dieter Feuerstein: Er wurde wegen Landesverrates zu acht Jahren Haft verurteilt, seine Ehefrau wegen Beihilfe zu dieser Tat zu 21 Monaten auf Bewährung, die Führungsoffiziere der HVA zu 18 Monaten bzw. einem Jahr auf Bewährung.

4. Man mag zu Doppelagenten stehen, wie man will - Klaus Kuron, ein hauptamtlicher Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, wurde zu zwölf Jahren Haftstrafe wegen Landesverrates, nämlich Spionage für die HVA, verurteilt.

Quellen und Führungsoffiziere

Die bisher ergangenen Urteile sind hier nicht vollständig aufgezählt. Aber aus ihnen ergibt sich, daß die Verfahren zwei Gruppen von "Tätern" gegenüber betrieben werden:

Zum einen werden die Verfahren denen gegenüber geführt, die als DDR-Bürger mit ihrer beruflichen Tätigkeit den mit sozialistischem Anspruch angetretenen Staat DDR gegen von außen befürchtete An- oder Eingriffe schützen wollten oder sich für dessen Existenz auch in einem allgemeineren Sinne eingesetzt haben.

Zum anderen werden diejenigen - in der Qualität zur Zeit ungleich härter - verurteilt, die dem Staat DDR Informationen aus dem bundesdeutschen wirtschaftlichen, politischen, militärischen oder Geheimdienstbereich haben zukommen lassen.

Die Verfahren gegen die westdeutschen Quellen, also die ehemaligen Informanten der HVA oder anderer aufgelöster Auslandsnachrichtendienste der untergegangenen DDR sind nicht umstritten.

An deren Strafbarkeit hat sich, juristisch betrachtet, durch die Wiedervereinigung nichts geändert.

Das Umstrittene

Die Verfahren, soweit sie gegen die Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR geführt werden, die nach der Vereinigung auf deren Gebiet festgenommen wurden, sind juristisch lebhaft umstritten.

Das Kammergericht Berlin ist - für ein Oberlandesgericht in der bundesdeutschen Geschichte eine große Seltenheit - sogar soweit gegangen, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, um die Verurteilungen von DDR-Auslandsnachrichtendienstmitarbeitern zu verhindern, soweit diese nach der Vereinigung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR festgenommen wurden.

Die strafrechtliche Großwetterlage bis zum Beitritt

a) Aus Sicht der DDR und ihrer Bürger

Bis zum Zeitpunkt des Beitritts wurden Strafverfahren gegen Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR durch die BRD nur dann geführt, wenn diese in flagranti auf dem Boden der Bundesrepublik verhaftet wurden. Verhaftungen bundesdeutscher Sicherheitsorgane auf dem Staatsgebiet der DDR fanden bis zum Tage des Anschlusses nicht statt. Die Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR waren vor Strafverfolgung sicher, soweit sie sich im Staatsgebiet der DDR aufhielten. Den Zugriff auf sie hatte auch die letzte DDR-Regierung nicht gestattet. Sie hätte ihn auch nicht gestatten dürfen, denn dem stand Art. 33 Abs. 2 Verfassung der DDR entgegen, in welchem es heißt, daß "kein Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ... einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden" darf.

Davon, daß die Strafverfolgungsmaßnahmen bis zum Vollzug der Wiedervereinigung nicht möglich waren, geht auch der Bundesgerichtshof (BGH) aus. Die erste Verhaftung von HVA-Mitarbeitern, die ihren Lebensmittelpunkt in der DDR hatten und nicht in der Bundesrepublik in flagranti festgenommen worden waren, datiert nach der Wiedervereinigung, allerdings mit bereits vor der Vereinigung ausgestellten Haftbefehlen.

b) Aus Sicht der Bundesrepublik und insbesondere ihrer Richter

Das Spionagestrafrecht der Bundesrepublik beanspruchte - so die herrschende Meinung - schon vor der Wiedervereinigung, Spionage gegen die Bundesrepublik überall auf der Welt mit Strafe zu bedrohen (sog. Schutzprinzip) und zwar unabhängig von der Frage der bundesdeutschen Staatszugehörigkeit und ohne völkerrechtliche Beschränkungen. Allerdings ist der so konstruierte weltweite Strafrechtsanspruch bestreitbar. "Die verfassungs- und völkerrechtliche Kompetenz der gesetzgebenden Bundesorgane, die sich aus der Zuständigkeitszuweisung durch das Grundgesetz herleiten, reicht nicht weiter, als der Geltungsbereich des Grundgesetzes selbst". (1)

Ändert der Einigungsvertrag die strafrechtliche Großwetterlage?

Nach Art. 8 des Einigungsvertrages vom 30. August 1990 gilt das Strafrecht der Bundesrepublik ab dem Zeitpunkt der Vereinigung, soweit es nicht durch den Einigungsvertrag beschränkt wird.

Eine Beschränkung der Geltung bundesdeutscher Gesetze wurde durch Art. 315 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB), der Bestandteil des Einigungsvertrages und ebenfalls Bundesgesetz geworden ist, folgendermaßen getroffen: Nach Abs. 1 sieht das Gericht dann von Strafe ab, wenn nach dem zum Tatzeitpunkt geltenden Recht der Deutschen Demokratischen Republik weder eine Freiheitsstrafe noch eine Verurteilung zur Bewährung noch eine Geldstrafe verwirkt gewesen wäre. Insoweit berücksichtigt der Einigungsvertrag zumindest vom Wortlaut her bis dahin geltendes DDR-Strafrecht und konkretisiert, wenn auch nicht in unproblematischer Weise, die Strafbarkeit von Taten vor der Wiedervereinigung, die in der DDR begangen wurden.

Danach wären die HVA- und Mitarbeiter anderer DDR-Auslandsnachrichtendienste prinzipiell straffrei, da sie nach DDR-Recht einer erlaubten und erwünschten Tätigkeit nachgingen. Ein Blick in das Strafgesetzbuch der DDR zeigt (§§ 97 ff StGB/DDR), daß nach DDR-Recht selbstredend nur die Spionage gegen die DDR strafbar war.

Nun haben aber die Vertragspartner - und mit ihnen der Gesetzgeber - in diese Vorschrift (Art. 315 EGStGB) einen Absatz 4 eingebaut, in dem es lapidar heißt: "Die Absätze 1 bis 3 finden keine Anwendung, soweit für die Tat das Strafrecht der Bundesrepublik schon vor dem Wirksamwerden des Beitritts gegolten hat".

Natürlich läßt sich einwenden, daß die Strafvorschriften der BRD allenfalls beanspruchen konnten, auch in der DDR zu gelten. Denn tatsächlich galt dort das Verfassungs- und Strafrecht der DDR. Diese Rechtsordnung stand aber den Mitarbeitern der DDR-Auslandsnachrichtendienstmitarbeitern näher als die Rechtsordnung der Bundesrepublik.

Art. 315 aus Sicht einer Mindermeinung

Einer Mindermeinung nach war mit Art. 315 Abs. 4 EGStGB etwas anderes intendiert, als die Strafverfolgung für Mitarbeiter der DDR-Auslandsnachrichtendienste zu ermöglichen: Sie sollte allein den Umgang mit Straftaten regeln, "die zugleich auch dem ‚westdeutschen` Strafrecht unterlagen" (2), also z.B. Straftaten, die im Ausland gegen Deutsche begangen worden sind. Danach würde diese Vorschrift auf die hier in Rede stehenden Tatvorwürfe keinerlei Bedeutung haben. Die Strafverfolgung für Spionagedelikte wäre - diese Konsequenz zieht Wilke freilich nicht - gesperrt.

Art. 315 aus Sicht der herrschenden Meinung

Die herrschende Meinung, ob sie die Strafverfolgung der DDR-Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter bejaht oder ablehnt, bezieht den Standpunkt, daß Art. 315 Abs. 4 EGStGB die Möglichkeit der Strafverfolgung der DDR-Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter eröffnet. In dieser Interpretation stellt die Vorschrift ein Spezialgesetz, zugeschnitten im wesentlichen auf die Nachrichtendienstmitarbeiter mit Auslandsbezug, dar ("Lex Auslandsnachrichtendienste DDR").

1. Einwand: Verstoß gegen das Rückwirkungsverbot

Folgt man einer stark vertretenen Auffassung in der juristischen Literatur, so ist diese Vorschrift des Einigungsvertrages schon wegen des Verbots rückwirkender Strafgesetze (Art. 103 Absatz 2 GG) als verfassungswidrig anzusehen.

In der Verfassung der DDR vom 6.4.68 stand in Art. 99 Abs.2 (fast gleichlautend mit der Verfassung der Bundesrepublik): "Eine Tat zieht strafrechtliche Verantwortlichkeit nur nach sich, wenn dies zur Zeit der Begehung der Tat gesetzlich festgelegt ist. Strafgesetze haben keine rückwirkende Wirkung". (3) Gegen Art. 99 Abs. 2 der DDR-Verfassung lassen sich keinerlei rechtsstaatliche Bedenken erheben.

Für DDR- Bürger stellten die DDR-Verfassung und die Strafgesetze der DDR den allein gültigen Rahmen dar, innerhalb dessen sie mit Strafverfolgung zu rechnen hatten, solange sie sich in der DDR aufhielten.

Es folgt aber wegen des Erlaubtseins der Auslandsspionage nach DDR-Recht für die Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR, daß ihnen diese Position des nach der eigenen Rechtsordnung erlaubten Handelns nicht nachträglich genommen werden darf, unabhängig davon, welchen Strafanspruch die Bundesrepublik hatte.

Zutreffend ist, daß durch die Wiedervereinigung der Geltungsbereich des GG vergrößert worden ist. Damit parallel ist auch die Anwendung des größten Teils der Strafrechtsnormen der Bundesrepublik ermöglicht worden, allerdings nach der hier vertretenen Auffassung nur für Taten, die nach der Vereinigung begangen wurden.

2. Einwand: Verstoß gegen das Rechtsstaat Prinzip unter dem Gesichtspunkt des Vertrauensschutzes

Die Position, daß Art. 103 Abs. 2 GG durch die Strafverfolgung gegen die Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR verletzt ist, wird nicht von allen Gegnern der Strafverfolgung der Nachrichtendienstmitarbeiter der DDR geteilt.

Vertreter einer anderen Position, die mit dem BGH insoweit übereinstimmt, daß Verstöße gegen die bundesdeutschen Spionagegesetze schon durch die Mitarbeit bei den Auslandsnachrichtendiensten der DDR gegeben wäre und damit an sich strafbar wäre, treten der Strafverfolgung folgendermaßen entgegen:

Sie begründen die Verfassungswidrigkeit der Strafverfolgung der Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR damit, daß die Vorschrift des Art. 315 Absatz 4 EGStGB gegen Art. 20 Absatz 3 GG (Rechtsstaatsprinzip) verstoße, indem sie gegen das rechtsstaatliche Vertrauensprinzip verstoße.

Bei dieser Argumentationskette wird davon ausgegangen, daß nach den Grundsätzen der "unechten Rückwirkung" schützenswertes Vertrauen vorgelegen hat. "Als Vertrauenstatbestand kommt hier einmal die Erwartung der HVA-Mitarbeiter in Betracht, der Staat, in dessen Diensten sie standen, werde fortbestehen und sie kraft seiner völkerrechtlich zu achtenden territorialen Integrität vor der Strafverfolgung durch Organe der Bundesrepublik schützen, solange sie deren Boden nicht betreten. Zum anderen konnten sie damit rechnen, auch durch ihren eigenen Staat nicht wegen geheimdienstlicher Tätigkeit bestraft oder ausgeliefert zu werden (...) Schützenswert ist Vertrauen, wenn die Betroffenen mit einer Änderung der bestehenden Regelung nicht zu rechnen brauchten und auch sonst keine zwingenden Gründe des Gemeinwohls eine rückwirkende Regelung gebieten". (4)

Beiden genannten Auffassungen (Verfassungswidrigkeit der Strafverfolgung auf Grund von Art. 103 Abs, GG oder Art. 20 Abs. 3 GG) ist gemeinsam, daß sie letztendlich die auch völkerrechtlich anerkannte Eigenstaatlichkeit der DDR zum Ausgangspunkt haben.

3. Einwand: Verstoß gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte

Es ist ferner nicht von der Hand zu weisen, daß die Strafverfolgung von vormaligen Auslandsnachrichtendienstmitarbeitern der DDR auch gegen Art. 15 Absatz 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom 19. 12. 1966 verstößt, wo es heißt: "Niemand darf wegen einer Handlung oder Unterlassung für schuldig befunden werden, die nach inländischem oder internationalem Recht zur Zeit der Tat nicht strafbar war." (5)

Dabei muß es nicht einmal darauf ankommen, ob die DDR diesen Pakt (nach den Regeln der Bundesrepublik) in Inlandsrecht transformiert hat, da dieser Pakt wegen Art. 25 GG als objektiv rechtlicher Bewertungsmaßstab herangezogen werden kann.

4. Einwand: Die Haager Landkriegsordnung oder: Schlimmmer als "Siegerrecht nach einem militärischen Sieg"?

Speziell zur Behandlung von Spionen gibt es nur wenige völkerrechtliche Regelungen. Eine davon ist die Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1907. Sie ist entwickelt worden, um die Frage des Umgangs mit Spionen der jeweiligen Gegenseite im Anschluß an eine militärische Auseinandersetzung zu regeln.

Die HLKO definiert in Art. 29 auch, wer Spion ist. "Als Spion gilt nur, wer heimlich oder unter falschen Vorwand in dem Operationsgebiet eines Kriegsführenden Nachrichten einzieht oder einzuziehen sucht in der Absicht, sie der Gegenpartei mitzuteilen". Von dem in flagranti in fremdem Gebiet ertappten unterscheidet die HLKO den in den Schutz der eigenen Reihen zurückgekehrten Spion. Denn Artikel 31 HLKO lautet: "Ein Spion, welcher zu dem Heere, dem er angehört zurückgekehrt ist und später vom Feinde gefangen genommen wird, ist als Kriegsgefangener zu behandeln und kann für früher begangene Spionage nicht verantwortlich gemacht werden."

Die HLKO begrenzt also die Strafverfolgungsmöglichkeiten für die Sieger nach einer Schlacht oder einem Krieg gegenüber den Spionen des besiegten Heeres dahingehend, daß mit diesen nicht anders zu verfahren ist als mit gewöhnlichen Soldaten.

Auf die Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR übertragen, könnte der in der Haager Landkriegsordnung enthaltene Gedankengang unter anderem lauten, daß die ehemaligen Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR nicht anders zu behandeln sind als die Militärs der Ex-DDR im allgemeinen.

Der BGH hingegen macht es sich mit der HLKO einfach: Kriegsvölkerrecht sei auf die freiwillig erfolgte Wiedervereinigung nicht anwendbar.

Nun mag es zwar grotesk klingen, eine kriegsvölkerrechtliche Bestimmung überhaupt aus der Schublade zu ziehen. Es ist aber noch grotesker, daß die Ermittlungsorgane der Bundesrepublik Deutschland mit Rückendeckung durch den BGH die ehemaligen Auslandsaufklärer der beigetretenen DDR einschließlich der Mitarbeiter der Spionageabwehrabteilungen, deren Straffreiheit nach der HLKO von vornherein feststeht, vom Prinzip her trotz des freiwillig und ohne Blutvergießen erfolgten Anschlusses schlimmer behandelt, als es erlaubt wäre, wenn ein Krieg oder eine Schlacht dem Anschluß vorausgegangen wäre. Ohnehin fällt bei Definition des "Spions" in der HLKO auf, daß als solcher nur begriffen wird, wer die feindlichen Linien überschritten hat. Die bloße Mitarbeit bei einem Spionagestab auf der anderen Seite der Frontlinie ist danach keine Spionage.

Das Kammergericht hat mit ähnlichen Erwägungen dem Bundesverfassungsgericht folgende Frage zur Entscheidung vorgelegt:

"Kann die für den Kriegsfall geltende allgemeine Regel der Haager Landkriegsordnung, wonach der zu seinem Heer zurückgekehrte Spion für früher begangene Spionage nicht verantwortlich gemacht werden darf, auf den unter 1 genannten Personenkreis entsprechend angewendet werden?"

5. Einwand: Der Grundsatz der Gleichbehandlung und der BGH (Art. 3 GG)

Der BGH meint, daß der Grundsatz der Gleichbehandlung, der in Art. 3 des Grundgesetzes (GG) festgelegt ist, durch die Strafverfolgung gegenüber den HVA-Mitarbeitern u. a. nicht verletzt sei.

Der Gleichheitsgrundsatz hat durch das Bundesverfassungsgericht die Auslegung erfahren, daß gleiches gleich zu behandeln ist, unterschiedliches aber unterschiedlich behandelt werden muß. Art. 3 GG verbietet dabei die willkürlich unterschiedliche Behandlung von Menschen ebenso wie die willkürliche Gleichbehandlung.

Mit Art. 315 Abs. 4 EGStGB liegt ein Sondergesetz für die Gruppe der ehemaligen Mitarbeiter der Auslandsnachrichtendienste der DDR in zweierlei Hinsicht vor, wenn es denn überhaupt zur Strafverfolgung der Auslandsnachrichtendienstarbeiter der ehemaligen DDR für tauglich erachtet wird:

1. Es werden die Ex-DDR-Auslandsspione anders behandelt, als die übrigen ehemaligen DDR-Staatsbürger. Deren Strafbarkeit richtet sich für Taten, die vor der Wiedervereinigung begangen wurden, weiter nach DDR-Recht, auch wenn jetzt bundesdeutsche Gesetze zur Anwendung gebracht werden. Denn die bundesdeutschen Gesetze werden nur insoweit angewandt, wie sie DDR-Recht entsprochen haben.

2. Die Mitarbeiter der Auslandsspionagedienste der ehemaligen DDR werden gegenüber ihren westdeutschen Kollegen benachteiligt, denn diese bleiben selbstredend straffrei und wurden im Zuge der Vereinigung aus der Haft in Gefängnissen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entlassen.

Die politische Sichtweise des BGH, die die Ungleichbehandlung von Auslandsnachrichtendienstmitarbeitern der DDR im Verhältnis zu Auslandsnachrichtendienstmitarbeitern der BRD für gerechtfertigt hält, wird zum einen in der Entscheidung vom 20. Januar 1991 deutlich, wenn er sich mit der Frage der Freistellung von Strafverfolgung im Rahmen des Art.3 I GG und der Verpflichtung des Gesetzgebers zum Erlaß eines Straffreiheitsgesetzes auseinandersetzt: "Insbesondere ist es nicht willkürlich, wenn die BRD davon absieht, mit Strafe bedrohtes Verhalten straffrei zu erklären, obwohl Verhaltensweisen anderer Personen, die ein gleich zu bewertendes Verhalten ausüben, strafbar bleiben. Sachliche Gründe für die unterschiedliche Behandlung

ergeben sich vor allem daraus, daß die äußere Sicherheit der BRD durch das frühere Tun dieser nachrichtendienstlich tätigen Personen weiterhin betroffen wird".

Dreifach begründet der BGH das andauernde Betroffen-sein der Sicherheitsinteressen der BRD durch die aufgelösten Geheimdienste der DDR mit Auslandsbezug:

1. "Es ist allgemein bekannt, daß die Erkenntnisse der Spionagebehörden der DDR wegen ihrer Einbindung in den Warschauer Pakt und wegen den engen Kontakten zu den sowjetischen Geheimdiensten, vor allem zum KGB, weitergegeben worden sind an Dienststellen außerhalb der DDR."

2. "Es ist nicht auszuschließen, daß auch `Quellen` der Geheimdienste der DDR von Geheimdiensten der anderen Staaten des Warschauer Pakts tätig gewesen sind und auch noch tätig sind."

3. "Möglicherweise sind auch frühere `Quellen` der Geheimdienste der DDR von Geheimdiensten der anderen Staaten des Warschauer Pakts, vor allem der UdSSR übernommen worden."

Hinsichtlich der Begründung zu 1 wird deutlich, daß der BGH die Nachrichtendienstmitarbeiter der DDR pauschal und in der Nähe zu den "allgemeinkundigen Tatsachen so behandelt, als ob der Verrat an der Bundesrepublik erst durch die Weitergabe von Informationen an den KGB stattgefunden hat. Diese Sichtweise wird in der Entscheidung vom 29. Mai 1991 weiter "vertieft". Dort wird gleich in mehreren Zusammenhängen die Zusammenarbeit von HVA und KGB zum zentralen Punkt für das Bedürfnis der andauernden Strafbarkeit erhoben.

Diese Weitergabe wird aber konkret nicht angeklagt, sondern den DDR-Auslandsaufklärungsbehörden insgesamt und darüber vermittelt dem einzelnen Angeklagten zum Vorwurf gemacht.

Hinsichtlich der Begründung zu 2 muß sich der Einwand aufdrängen, daß hier weitgehend mit Verdächtigungen (= verfassungswidriges Verdachtsstrafrecht) gearbeitet wird. Unter rechtsgeschichtlichen Aspekten kann diese Begründung nicht überzeugen: In 36 durchgesehenen Bänden der BGH-Rechtsprechung sind in buchstäblich keiner der veröffentlichten Entscheidungen "Doppelverurteilungen" wegen Spionage sowohl für den KGB als auch für die HVA dokumentiert. Agententätigkeit für gleich zwei Geheimdienste aus einem militärpolitischen Lager macht aber auch unter der Prämisse der Begründung zu 1 (nämlich des regelmäßigen Austauschs relevanter Erkenntnisse der Nachrichtendienste untereinander) keinen Sinn, denn die Quellen wären einem doppelten Entdeckungsrisiko ausgesetzt gewesen.

Auch bei der Begründung zu 3 fällt auf, daß hier mit der "Möglichkeit" der Übernahme von Agenten durch den KGB lediglich spekuliert wird. Beweise dafür, daß eine relevante Anzahl von Quellen zum KGB bzw. dessen Nachfolgeorganisationen übergelaufen seien, gibt es nicht. Derartig gestaltete Behauptungen werden allerdings gerade von den bundesdeutschen Geheimdiensten aufgestellt. Im übrigen: Selbst wenn es so wäre, kann dies dem einzelnen Angeklagten, der daran nicht mitgewirkt hat, wohl kaum zum Vorwurf gemacht werden.

Verurteilungen wegen Tätigkeiten der HVA für den KGB?

Vor dem Anschluß gibt es keine (nachweisbare) Verurteilung wegen der Übergabe von Nachrichtendienstmaterial eines HVA-Mitarbeiters an den KGB. Es gibt aber auch keine Verurteilungen im Hinblick auf einen "Quellenwechsel" zum KGB.

In keiner Entscheidung, nicht einmal in solchen aus der Ära des Kalten Kriegs, ist irgendwo die Rede davon, daß alle Wege der Auslandsaufklärung der DDR nach Moskau führen. Die veröffentlichten Entscheidungen vor dem Anschluß gingen eindeutig in die Richtung, die HVA und andere Abteilungen der DDR-Auslandsaufklärung als selbständige Einrichtungen der DDR ernstzunehmen und die Zusammenarbeit mit ihnen für Bundesbürger unter Strafe zu stellen. Konkret strafbar waren Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter von fremden, als feindlich definierten Nachrichtendiensten nur dann, wenn sie in der Bundesrepublik in einer geheimdienstlichen Funktion tätig waren.

Erst nach dem Anschluß wird die Behauptung der Zusammenarbeit zwischen den Auslandsnachrichtendiensten der DDR und dem KGB zum zentralen juristischen und politischen Argument für die Strafverfolgung unter den neuen Rahmenbedingungen.

Der 3. Strafsenat des BGH ist damit ganz in der Nähe der ureigensten Rechtsprechung zu den Organisationdelikten (§ 129/129a StGB) angelangt. Die als kriminell angesehenen Vereinigungen sind eben die Nachrichtendienste der DDR sowie der KGB selbst.

Die juristisch effektivste Verteidigungsmöglichkeit ist dann, genau wie bei den Organisationsdelikten, der Weg über den Verrat, diesmal der Quellen (oder der möglicherweise vorhandenen Verbindungsoffiziere zum KGB) als die bedeutenden Mitglieder dieser Vereinigung. "Ein aus Art. 3 I abgeleitetes Strafverfolgungsverbot würde im Ergebnis zu einer weitgehend undifferenzierten Freistellung der nachrichtendienstlichen tätigen, hauptamtlichen Mitarbeiter der HVA des MfS von jeder Strafverfolgung führen und wäre gerade wegen dieser Undifferenziertheit im Hinblick auf mögliche fortwirkende Folgen für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik durchgreifenden Bedenken ausgesetzt." (6)

Die Entscheidung vom 29. Mai

In der Entscheidung des 3. Strafsenats vom 29. Mai 1991 wird die Sichtweise des BGH noch deutlicher: "Die Tätigkeit der HVA des MfS und auch ihrer vom Angkl. geleiteten Abteilung hat nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen, wie unter anderem auch die Weitergabe von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen an den KGB der Sowjetunion zeigt, ohnehin nicht auf bloße Abwehrmaßnahmen gegen die auf die DDR bezogene Aufklärung durch bundesdeutsche Nachrichtendienste beschränkt".

Völlig ungeniert führt der BGH weiter aus: "Objektiv gesehen ist von der Bundesrepublik Deutschland zudem keine Gefährdung für die DDR ausgegangen; selbst die Aufklärungstätigkeit der Nachrichtendienste der Bundesrepublik im Ausland diente und dient letztendlich dem Schutz dieses Staates."

Der "gute" BND schützt also nur den Bestand der Bundesrepublik in Moskau, die "böse" HVA und der im Hintergrund allgegenwärtige KGB hingegen sind nach Ansicht des BGH die Vertreter einer aggressiven Macht (SU), die Deutschland militärisch und natürlich völlig einseitig und grundlos bedroht hat. Dieser Bedrohung haben die Auslandsnachrichtendienste der DDR und deren Mitarbeiter Vorschub geleistet.

Das Ende des kalten Krieges, die Auflösung des Warschauer Vertrages, die tiefe Krise der Sowjetunion und die anderen Umbrüche in allen Staaten des ehemaligen Rates für wirtschaftliche Zusammenarbeit (RGW) sind am BGH offensichtlich völlig spurlos vorübergegangen.

Der BGH setzt den Kalten Krieg auf juristischer Ebene fort. Diese Argumentation leidet allerdings unter dem Manko, daß der Feind objektiv nicht mehr existiert. Damit liegt aber geradezu klassische Siegerjustiz vor.

Das Kammergericht sieht dagegen die vom BGH so begründete Strafverfolgung als verfassungswidrig im Hinblick auf Art. 3 GG an. Es hat daher dem Bundesverfassungsgericht die weitere Frage zur Entscheidung vorgelegt:

"Verstößt Art. 315 Absatz 4 EGStGB in der Fassung des Einigungsvertrages insoweit gegen Art. 3 Absatz 1 GG, als er die Strafverfolgung wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit, im Verlauf damit verübten Landesverrats und der mit der geheimdienstlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehenden Bestechung gegen solche Personen beibehält, die ihre Handlungen vom Boden der ehemaligen DDR aus begangen haben und die im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Einheit Deutschlands am 3.10.1990 ihre Lebensgrundlage in der ehemaligen DDR hatten?"

Fazit

Es drängt sich der Verdacht auf, daß sich die Strafverfolgung gegen die Auslandsaufklärer der DDR mit Schützenhilfe des BGH allein an den "Aufklärungsinteressen" der Bundesrepublik orientiert und dafür auch der Bruch des eigenen Rechts in Kauf genommen wird.

Dieses Konzept des absoluten Vorranges von Sicherheitsinteressen ist durch die Zustimmung der Bürgerkomitees und des "Runden Tisches" zur Aktenvernichtung der HVA und die anschließend durchgeführte Umsetzung dieser Entscheidungen sowie wesentlich auch durch das Schweigen der DDR-Nachrichtendienstmitarbeiter mit Auslandsbezug eigentlich bereits gescheitert. Nur, zu Fall gebracht ist es damit noch nicht. Hierzu ist nach Lage der Dinge jetzt das Bundesverfassungsgericht zuständig.

Soweit Strafverfahren gegen Bundesbürger stattgefunden haben und stattfinden, die der DDR Informationen geliefert haben, und dies mit durchaus z.T. nachvollziehbaren Gründen, bedarf es eines Amnestiegesetzes oder Straffreistellungsgesetzes, wenn die Strafverfolgungseinrichtungen der Bundesrepublik den Untergang der Sowjetunion und das Ende der Gegnerschaft zweier Militärbündnisse mit gegensätzlichen Interessen nachvollziehen sollen.

Ein ernsthaftes Risiko für die Bundesrepublik wäre mit einem solchen Gesetz keineswegs verbunden.

Für ein Amnestie- oder Straffreiheitsgesetz spricht, daß auch ehemalige DDR-Bürger, die westdeutschen Geheimdiensten zugearbeitet haben, ebenfalls straflos bleiben oder amnestiert sind und daß der Austausch von Agenten, wie er zwischen der DDR und BRD regelmäßig stattgefunden hat, ersatzlos weggefallen ist.

Auch die angeführten Begründungen für weitere Strafverfolgungsmaßnahmen gegen westdeutsche Quellen der DDR-Auslandsnachrichtendienste können nach dem Zerfall der Sowjetunion und deren erfolgte Auflösung nicht mehr tragen.

Es bleibt die Frage an die Gegenseite, welche ernst zu nehmenden Gründe es noch gibt, die ausgesprochenen Haftstrafen zu vollstrecken und weitere auszusprechen?

Anmerkungen:

(1) Arndt, NJW 91, S. 2467

(2) so Wilke, NJW 1991, S. 2465

(3) zitiert nach Widmaier, NJW 91, S. 2462

(4) Albrecht/Kadelbach, Neue Justiz 92, S. 146

(5) zitiert nach Widmaier, NJW 1991, S. 2463

(6) BGH, NJW 19, S. 2.500

Dieser Artikel ist mit freundlicher Genehmigung aus der Broschüre "Spionage & Justiz" entnommen. Wir haben ihn aus redaktionellen Gründen gekürzt.

Der Grundlagenvertrag - ein Rückblick

Weitgehende Anerkennung durch die Bundesrepublik hat die Eigenstaatlichkeit der DDR durch den Grundlagenvertrag von 1972 gefunden, zu dem im Einigungsvertrag gänzlich geschwiegen wird.

Artikel 6 des Grundlagenvertrages lautet: "Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.".

1973 stellte das Bundesverfassungsgericht zum Grundlagenvertrag einerseits - sogar in einem Leitsatz - fest: "Art. 23 GG verbietet, daß sich die Bundesregierung vertraglich in eine Abhängigkeit begibt, nach der sie rechtlich nicht mehr allein, sondern nur noch im Einverständnis mit dem Vertragspartner die Aufnahme anderer Teile Deutschlands verwirklichen kann."

Allerdings stellte es gleichzeitig fest: "Andere Teile Deutschlands haben allerdings mittlerweile in der DDR ihre Staatlichkeit gefunden. In dieser Weise organisiert können sie ihren Willen zur Vereinigung mit der BRD (ihren Beitritt) nur in der Form äußern, die ihre Verfassung zuläßt". (1)

Die Frage ist danach: Hat der Anschluß nach Art. 23 GG die Strafverfolgung der ehemaligen Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR ermöglicht, weil dadurch beliebig mit der ehemaligen DDR-Verfassung und dem ehemaligen DDR-Recht umgegangen werden konnte? Man wird die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten müssen, um dies abschließend beantworten zu können.

Denn es wurde mit dem Grundlagenvertrag auch völkerrechtlich akzeptiert, daß sich die DDR eigene Auslandsnachrichtendienste schafft, da es sich hierbei nach herrschender Meinung um völkerrechtlich legale Einrichtungen handelt. Mit Blick auf die bundesdeutschen Nachrichtendienste mit Auslandsbezug sieht der

BGH das genauso. Gerade mit dem Grundlagenvertrag wurde - in der Bedeutung noch zentraler - der Verzicht auf das Ausüben hoheitlicher Gewalt auf dem Gebiet der DDR seitens der Bundesrepublik erklärt. (2) Die KSZE-Schlußakte von Helsinki von 1952 hat im übrigen denselben, die DDR anerkennenden Charakter.

(1) BVerFG, NJW 73, S. 1543 Urteil zum Grundlagenvertrag

(2) Das seltsame an der Argumentation des BGH, aber auch anderer, ist, daß die Einrichtung von Auslandsnachrichtendiensten und auch die Ausübung von Spionage völkerrechtlich legal sein soll, die Mitarbeiter dieser Dienste gleichwohl und unabhängig vom Aufenthaltsort und Tatort strafbar nach bundesdeutschem Recht sein sollen. Da dies für alle Geheimdienste der Welt gelten soll, die (auch) gegen die Interessen der Bundesrepublik arbeiten, ist man theoretisch bei einem wahrhaft imperialen bundesdeutschen Strafrechtsanspruch gelandet.

Dies führt dann zu Ende gedacht dazu, daß völkerrechtliche Garantien im Hinblick auf den innerstaatlichen Strafrechtsanspruch absolut wertlos wären. Die ausländischen Behörden, obwohl allgemein völkerrechtlich geschützt, müßten ohne Mitarbeiter funktionieren, weil diese beliebig und überall strafrechtlich verfolgt werden dürften (vgl. BGH NJW 91, S. 929)

Rechtsgeschichtliches

Verfahren gegen die Aufklärer befreundeter Staaten

Der Autor hat sich auch für die Frage interessiert: Wie hat es sich denn mit der Strafrechtspraxis gegenüber Nachrichtendienstmitarbeitern von Staaten, die demselben Militärbündnis wie die Bundesrepublik angehören, verhalten? Die Nato-Verbände sind einerseits in den Schutzbereich der Spionagestrafrechtstatbestände der Bundesrepublik aufgenommen worden.

Andererseits können theoretisch auch Aufklärer oder Quellen befreundeter Staaten, etwa Frankreichs oder der USA, bei Spionage gegen die Bundesrepublik verfolgt werden. Durch "Fundstellen" in den Kommentaren gesicherte Verurteilungen gibt es jedoch nicht.

Ein einziges Urteil war in den Kommentaren angegeben. Auf eine schriftlich geäußerte Bitte des Autors an den BGH um Zusendung dieses Urteils wurde ihm von der Bundesanwaltschaft mitgeteilt, daß das Urteil mit dem Aktenzeichen 7/STE 3/59 vom 16. 1. 1960 noch mehr als 30 Jahre nach Urteilsverkündung der Geheimhaltung unterliegt.

Bei diesem Versuch der Recherche wurde deutlich: Der Kernbereich der Rechtsprechung zu den Spionagetatbeständen unterliegt strikter Geheimhaltung.

Mit diesem vorläufigen Ergebnis wollte sich der Autor aber nicht zufrieden geben: Er hat daraufhin sämtliche in der amtlichen BGH-Sammlung veröffentlichten Entscheidungen durchgesehen. Auch dort war keine einzige gesicherte Verurteilung auch nur eines Mitarbeiters eines westlichen Geheimdienstes wegen Spionagedelikten aufzuspüren.

Hinsichtlich der Verurteilung eines französischen Agenten im Jahre 1952 heißt es, daß zwar wegen Diebstahls und Bestechung verurteilt werden könne, nicht aber wegen geheimdienstlicher Tätigkeit.

Allein im 36. Band der BGH- Entscheidungen ist von geheimdienstlicher Tätigkeit eines türkischen Konsulatsmitarbeiters die Rede. Er hatte Landsleute, die in bundesdeutschen Gefängnissen einsaßen mit Unterstützung wohl auch bundesdeutscher Behördenmitarbeiter für den Geheimdienst seines Landes ausspioniert und war deshalb auch angeklagt worden.

Der BGH hat hier die Eröffnung des Hauptverfahrens mit dem Hinweis auf zwischenstaatliche Verträge und einem Verstoß gegen das Abhörverbot einer ausländischen Botschaft abgelehnt. Die Türkei darf sicher nicht als Rechtsstaat gelten.

Bis heute kann daher weder an Hand der veröffentlichten noch der unveröffentlicht gebliebenen BGH-Entscheidungen letztendlich gesichert überprüft werden, ob überhaupt jemals ein Mitarbeiter eines westlichen Geheimdienstes in der Bundesrepublik wegen Spionage verurteilt worden ist und wenn ja, wie die Tatvorwürfe aussahen.

Fest steht nach dieser Untersuchung, daß für die Anwendung des Spionagestrafrechts ein politisches Feindbild erforderlich ist.

Die strafrechtlichen Tatvorwürfe

Die "geheimdienstliche Agententätigkeit", § 99 StGB

Als strafbares Tun wird den ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeitern der DDR- Dienste mit Auslandsbezug in der übergroßen Mehrzahl der Fälle "geheimdienstliche Agententätigkeit", § 99 des Strafgesetzbuches der Bundesrepublik, (StGB) vorgeworfen. Dies findet seinen sachlichen Grund unter anderem darin, daß die übergroße Mehrzahl der ehemaligen Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR Quellen nicht selbst betreut hat. Der Tatvorwurf wird gerade dann erhoben, wenn Quellenbetreuung am Anfang der Ermittlungstätigkeit nicht nachgewiesen werden kann oder eben nicht vorgelegen hat.

§ 99 dient zumindest zur Zeit vor allem als Rechtfertigung für weitere Ermittlungen, also für Verhöre und andere Maßnahmen gegen Beschuldigte sowie zur Auswertung von Akten durch alle möglichen bundesdeutschen Geheimdienste und Behörden.

Die Strafandrohung des § 99 StGB beträgt im einfachen Fall bis zu fünf Jahren Haft, für den besonders schweren Fall sind schon bis zu zehn Jahren Haft vorgesehen.

"Landesverrat" (§ 94 StGB) durch Bundesbürger und DDR-Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter

Dieser andere Tatvorwurf wird in erster Linie gegen die Quellen der Auslandsnachrichtendienste der DDR erhoben. In das Blickfeld der Justiz unter Zuhilfenahme dieser Vorschrift geraten Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR zumindest dann, wenn sie gemeinsam mit ihren westdeutschen Quellen angeklagt werden können, also als "Führungsoffiziere" einer konkreten Quelle bekannt geworden sind. Hinsichtlich der Anwendbarkeit des § 94 auf die Auslandsnachrichtendienstmitarbeiter der DDR ist die Entscheidung des BGH vom 2 Mai 1991 grundlegend für die Strafverfolgung nach dem Anschluß.

Dreh- und Angelpunkt des § 94 StGB ist der Verrat von Staatsgeheimnissen, die in § 93 StGB definiert sind.

Nach der Auffassung des BGH liegt ein Staatsgeheimnis auch bei einer bestimmten Summe mehrerer nicht geheimgehaltener Unterlagen oder Tatsachen vor.

Eine weitere nicht unbedeutende Rolle spielt die Gefährdung der äußeren Sicherheit der Bundesrepublik.

Nach Absatz 1 beträgt die Freiheitsstrafe für den einfachen Fall nicht unter einem Jahr, für den besonders schweren Fall kann gemäß § 94 Absatz 2 auch zu lebenslänglich verurteilt werden.

19. In der Strafsache gegen Erich Honecker und andere. Anmerkungen zu einem "fairen Verfahren"

Rubrik: DDR-Anschlußfolgen; Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:37

Aus "Erich Honecker, Dachdecker, Vorsitzender des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates der DDR" (Neues Deutschland, täglich bis Mitte Oktober 1989) wurde der Angeklagte "Erich Honecker, geb. am 25.8.1912, ohne festen Wohnsitz, z.Zt. Untersuchungshaftanstalt Moabit" (Anklage). Alles streng rechtsstaatlich natürlich. Da schadet es auch nicht, daß Erich Honecker die chilenische Botschaft in Moskau keineswegs freiwillig verließ und ebenso unfreiwillig in die Bundesrepublik gebracht wurde.

Insbesondere die Berliner Justizsenatorin Limbach verkündete in den letzten Wochen häufig und geradezu herausfordernd, Erich Honecker und die Mitangeklagten erwarte "ein faires und rechtsstaatliches Verfahren". Daraufhin sah sich selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung veranlaßt, in einem Kommentar anzumerken: Die wiederholt vorgetragene Versicherung dieser "an sich doch Selbstverständlichkeit" verursache beim interessierten Publikum nur Mißtrauen in die Unparteilichkeit der Justiz. Richtig. Frau Limbach, SPD, nahm sich den Rat zu Herzen und sprach fortan davon, daß es "für Herrn Honecker im Gefängnis keine Sonderbehandlung" geben werde. Sie meinte offenbar, mit dieser Formulierung einen moderateren Ton für die Angelegenheit gefunden zu haben. Erich Honecker dürfte dieser Satz der Senatorin in den Ohren geklungen haben, als er jetzt zum zweitenmal in seinem Leben als Häftling in das Gefängnis Moabit eingeliefert wurde. "Sonderbehandlung". Welch' sprachliches und menschliches Feingefühl einer Sozialdemokratin, der, im Berufsleben als Professorin für Verfassungsrecht mit deutscher Historie nicht unvertraut, nichts anderes einfällt, als den erneuten Aufenthalt Honeckers in Moabit mit einem Begriff aus dem Nazi-Vokabular zu belegen, um zu sagen, daß es sich jetzt, fast 60 Jahre später, mit der Behandlung Honeckers doch so ganz anders verhalte.

Der Vorsteher jener Behörde, die Honecker vor Gericht gebracht hat, beschreibt das Verfahren in Kenntnis der täglichen Praxis seiner Untergebenen und aufgrund der prozessualen Ungereimtheiten präziser als die Senatorin: "Es werde", so der Berliner Generalstaatsanwalt Neumann, "ein Prozeß in den Grenzbereichen der Justiz". Diese Grenzbereiche der Justiz stellen sich für die Verteidigung des Angeklagten so dar:

- eine juristisch überaus fragwürdig konstruierte Anklage unter anderem wegen Totschlags;

- eine unter mehr als dubiosen Umständen durchgeführte Abschiebung Honeckers aus der völkerrechtlich geschützten Ex-Territorialität der chilenischen Botschaft in Moskau nach Berlin;

- eine nur durch Geschäftsordnungstricks zuständig gewordene Strafkammer und

- ein laut medizinischer Gutachtermitteilung todkranker 80jähriger Angeklagter mit nur noch knapp bemessener Lebenszeit, den im Falle seiner Verurteilung ein Strafrahmen von 15 Jahren erwartet.

Jeder einzelne dieser Punkte reichte formell aus, den Prozeß nicht einmal beginnen zu lassen. Eine Sicherheit, vor Gericht nicht erscheinen zu müssen, bieten all' diese Punkte Erich Honecker nicht. Unter den gegebenen Umständen ist keineswegs auszuschließen, daß trotz fortgeschrittener Krebserkrankung ab Oktober gegen ihn verhandelt wird. Vorgesehene Prozeßdauer: zwei Jahre. Der Wettlauf zwischen einer zügigen Verhandlungsführung durch den Vorsitzenden Richter und der Ausbreitung des Leberkrebses bei dem Angeklagten hat dank des "fairen und rechtsstaatlichen Verfahrens" schon begonnen.

Die Anklage

Gemeinsam mit ihrem alten Chef sind fünf weitere Mitglieder des damaligen Nationalen Verteidigungsrates angeklagt. Es sind die Großen aus der alten DDR, denen jetzt der Prozeß gemacht wird.

Erich Mielke, 84 Jahre, Minister für Staatssicherheit, in Haft seit Ende 1989;

Willi Stoph, 78 Jahre, Vorsitzender des Ministerrates, mehr als ein Jahr inhaftiert und inzwischen unter Auflagen von der weiteren U-Haft verschont;

Heinz Keßler, 71 Jahre, Verteidigungsminister, seit Frühjahr 1991 in U-Haft;

Hans Albrecht, 72 Jahre, Bezirkssekretär, Haftverschonung aus Gesundheitsgründen und

Fritz Streletz, 65 Jahre, stellv. Verteidigungsminister und Sekretär des Verteidigungsrates, seit Frühjahr 1991 inhaftiert.

Die Anklage lautet auf Totschlag, versuchten Totschlag, Vertrauensmißbrauch und Veruntreuung, begangen in den Jahren 1961 bis 1989. Hauptpunkt ist der Totschlagsvorwurf, der mittels eines Konstrukts der Staatsanwaltschaft begründet wird.

Am 3.5.1974 habe der Verteidigungsrat einen Schießbefehl beschlossen, der bei sogenannten Grenzdurchbruchsversuchen den Gebrauch der Schußwaffe vorgesehen habe. Dieser Schießbefehl habe den Tod jener Flüchtlinge mitverursacht, die von den Angehörigen der Grenztruppen erschossen worden sind. Den Angeklagten wird Mittäterschaft an den Tötungshandlungen vorgeworfen. Juristisch meint dies eine direkte Form der Beteiligung an den Taten. Die Staatsanwaltschaft hat ausdrücklich darauf verzichtet, sich mit der strafrechtlich weniger schwerwiegenden Beteiligungsform der Beihilfe zu begnügen. Versuchter Totschlag wird in jenen Fällen angeklagt, bei denen die Flüchtenden an der Grenze verletzt und nicht getötet wurden.

Die Anklage setzt sich bewußt über die inzwischen bekannt gewordenen Ungereimtheiten des vermeintlichen Schießbefehls hinweg. Tatsächlich gibt es aus der Sitzung vom 3. Mai 1974 nur einen schriftlichen Vermerk des Sekretärs Streletz. Danach soll in der Diskussion der Satz geäußert worden sein, daß bei Grenzdurchbrüchen von der Schußwaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden solle, und es seien Genossen, die die Schußwaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen. Der Vermerk war, soviel steht schon fest, inoffiziell und nicht abgezeichnet. Er hatte zudem weder Protokollcharakter, noch war er ein militärischer Befehl. Der Vermerk wurde auch nicht veröffentlicht oder fand Verwendung als interne Verwaltungsvorschrift.

Es ist nicht nachzuvollziehen, wie dieser Satz aus dem Jahre 1974 Eingang in Bewußtsein und Handlungen von Mauerschützen gefunden haben sollte, die z.B. im Februar 1989 auf einen Flüchtling feuerten. Eine direkte Verbindung zwischen jenem Satz aus dem Verteidigungsrat und dem jeweils aktuellen Bewußtsein und Handeln der Grenztruppenschützen ist strafrechtlich aber erforderlich, um zu dem Vorwurf der Beteiligung an den Taten, hier in Form der Mittäterschaft, zu gelangen. Völlig unerklärlich bleibt, wie eine Beteiligung an Taten stattfinden konnte, die laut Anklage in der Zeit von 1961 bis April 1974 durch Mauerschützen verübt wurden und damit vor Äußerung jenes Satzes im Verteidigungsrat. Wenn die Anklage in dieser Form die Grundlage für ein Urteil abgeben sollte, hätte dies nicht nur für die Angeklagten, sondern für alle übrigen Strafverfahren mit mehreren Tatbeteiligten fatale Folgen. Bisher jedenfalls war es für eine Verurteilung wegen Mittäterschaft notwendig, ein gemeinschaftliches Handeln der Täter nachzuweisen, wofür bloßes Behilflichsein bei strafbaren Handlungen nicht ausreichte.

Nebenbei sei angemerkt, daß Sitzungen des Verteidigungsrates - wie wohl auch des Politbüros der SED - selten so diszipliniert abliefen, wie sich dies Außenstehende vorzustellen pflegten. So hat sich der Angeklagte Albrecht bereits dahin geäußert, daß er in der Sitzung vom Mai 1974 nichts mitbekommen habe, weil er immer am Ende des Tisches gesessen habe und überdies schwerhörig sei. Eine, im Prozeß vorgetragene, wenig schmeichelhafte, aber praktisch nicht zu widerlegende Einlassung. Eine rechtliche Grundlage fand das Grenzregime der DDR lange nach 1974 durch ein von der Volkskammer beschlossenes Gesetz, das in bestimmten Fällen den Schußwaffengebrauch erlaubte. Mit einem derart ausgestalteten Grenzgesetz stand die DDR freilich nicht allein. Fast alle Staaten erließen ähnliche Vorschriften inclusive Schußwaffengebrauch bei sogenannten Grenzverletzungen. Die praktische Anwendung dieser Vorschriften steht allerdings auf einem anderen Blatt. Den Mauerschützen läßt sich zumindest vorhalten, daß sie sich nicht auf einen "Befehlsnotstand" berufen müßten, wenn sie, was möglich war und von manchen durchaus praktiziert wurde, schlicht daneben geschossen hätten.

Soweit die Anklage schließlich noch auf Vertrauensmißbrauch und Veruntreuung lautet, bezieht sich dies im wesentlichen auf die bevorzugte Belieferung der Wandlitz-Bewohner mit westlichen Markenartikeln. Dosenbier, zweilagiges Toilettenpapier und anderes waren in den Fünfjahresplänen als Produkte der Volkswirtschaft nicht vorgesehen und wurden mittels Devisen aus West-Berlin nach Wandlitz geschafft. Die Staatsanwaltschaft wird

dies mit Genugtuung und Schadenfreude in den Prozeß einbringen, und die Angeklagten werden dem wenig entgegenzusetzen haben.

Insgesamt wird der Prozeß der Dauerbrenner in den nächsten zwei Jahren für die anhaltende Abrechnung mit der ehemaligen DDR. Aus diesem Grund wird er schließlich geführt. Die Legitimität des Staates DDR und seiner Repräsentanten soll juristisch, und damit gleichsam neutral und unvoreingenommen, aufgearbeitet und mit dem Unwerturteil des Verbrechertums verbunden werden. Die DDR mit einer Verbrecherbande an der Spitze. Dies ist das Bild, das sich in den Köpfen festsetzen soll. "Jeder Tag der Hauptverhandlung (aber) würde ... zwangsläufig ein kleines Stück Aufklärungsarbeit über die DDR-Vergangenheit leisten" (Stuttgarter Zeitung). Wie das in seiner widerwärtigsten Form aussehen wird, läßt sich schon ahnen. Klaus Kinkel, damals noch Justizminister, hat bereits verkündet, es lägen ihm Beweise dafür vor, daß Erich Honecker während seiner Inhaftierung im Zuchthaus Brandenburg Kameraden an die Nazis verraten habe.

Die moralische Seite

Natürlich ist es so, daß die alte DDR-Führungsriege in diesem Prozeß von den falschen Leuten im falschen System wegen der falschen Sachen angeklagt wird. Es geht mit dem Verfahren auch darum, die, wie Rudolf Bahro es nennt, "Würde eines Lebensentwurfes" zu zerstören. Erich Honecker und mit ihm einige andere Alte bekennen sich auf ihre Weise bis heute dazu, wofür sie gekämpft und gelebt haben, so gut, so schlecht und recht sie es eben vermochten. Honeckers "Biographie bleibt doch repräsentativ, und zwar auch darin, daß da der Königsmantel auf die zu schmalen Schultern des Dachdeckers, des ‚kleinen Trompeters`... gefallen war. Es gab da jedenfalls ein Mandat, es gab da die Würde eines Lebensentwurfes, kurzum es gibt da was zu verteidigen, das grundsätzlich über die Beschränktheit dieser wie jeder anderen individuellen Existenz hinausreicht" (Bahro, WOZ, 7.8.92). Im Hinblick auf den Prozeß vor den Schranken eines BRD-Gerichtes, der Abrechnung der Sieger mit den Besiegten, ist die "Würde dieses Lebensentwurfes" ohne Frage zu verteidigen. Das ist aber nicht alles.

Bevor Erich Honecker endgültig zum Märtyrer wird, und der Kommentar von Hermann Gremliza im ND geht in diese Richtung, ist mit zu bedenken, daß es außer Kaltem Krieg und Notwendigkeit des Mauerbaus, daß es neben faschistischer Kerkerhaft und sozialistischen Aufbauidealen eine politisch zu verantwortende Praxis des bürokratischen DDR-Staatsapparates im Inneren gab, die Erich Honecker und die anderen mit zu verantworten haben. Es sollte von uns nicht vergessen werden, daß solides Kleinbürgertum, Ruhe und Ordnung, Anpassung und Kritiklosigkeit innenpolitische Doktrin der DDR waren und honoriert wurden. Alle dazu gegenläufige Tendenzen reglementierte der von Honecker und den anderen geführte zentralisierte Apparat oder suchte solches völlig zu unterbinden. Auch dies gehört zum Lebensentwurf Erich Honeckers.

Das linksradikale Lächeln beispielsweise über manche Schrate der einstigen DDR-Bürgerrechtsbewegung mag berechtigt sein. Den Ausbau des Überwachungsinstrumentes MfS, den Honecker und die anderen betrieben haben, legitimiert das nicht. Insbesondere ist der alten Führungsriege der DDR vorzuhalten, daß sie auf heute geradezu kleinmütig erscheinende Reformversuche für einen besseren Sozialismus in der DDR - mehr als Ideen gab es dazu kaum - nur mit starrem Sicherheitsdenken und Sanktionen reagierten und ihnen nichts anderes einfiel. Anderes als Sicherheitsdenken und Sanktionen haben sie jedenfalls in den letzten 10 Jahren der DDR nicht praktiziert. Es war seinerzeit schon falsch, z.B. Rudolf Bahro allein aufgrund seiner kritischen Haltung einfach einzusperren. Das hätten Erich Honecker und die anderen Alten wissen müssen, und wenn nicht, wäre es Zeit für sie gewesen, mißtrauisch gegen sich selbst und gegen den Apparat zu werden. An einem emanzipatorischen Leben in der DDR waren die Alten nicht interessiert. Vielleicht hatten sie nicht einmal eine Vorstellung davon, was damit gemeint gewesen sein könnte.

Es gab im Herbst 1989 in der DDR viele, die sich nach dem Abgang der Alten und der Wende nicht die Kolonisation durch die BRD wünschten, sondern die seit langem eine DDR im Auge hatten, die mehr bieten sollte als versteinerten Realsozialismus. Solche Vorstellungen nicht viel früher befördert, sondern unterdrückt zu haben, ist ein Verschulden der alten Führungsriege. Die Gefühls- und Gedankenlage jener vielen im Herbst 1989 im Hinblick auf Erich Honecker und die anderen beschrieb die Gruppe Pankow mit dem Liedtext: "Dieselbe Sprache zu lange gehört/ dasselbe Land zu lange gesehen/ zu lange gewartet/ zu lange gehofft/ zu lange die alten Männer verehrt." Dieses viel zu lange Warten, das viel zu lange Hoffen, die viel zu lange Verehrung verursacht zu haben, ist Erich Honecker und den anderen vorzuwerfen. Dafür müßten sie sich, finde ich, verantworten.

mar., Hamburg

Honeckers Auslieferung

von Rossana Rossanda

(...) Aber die größte Schande trifft Boris Jelzin, der seinen ehemaligen Genossen ausliefert, den Chef eines von der UdSSR installierten und von der KPdSU, zu deren Führern er selbst bis vor zwei Jahren gehörte, gestützten Staates. Ihm Asyl zu gewähren, war das mindeste, was er hätte tun können. Er tut es nicht, weil er zwei Dinge anvisiert: Michail Gorbatschow unter Anklage zu stellen, der Honecker nach dem 18. Oktober 1989 gestattet hatte, in die UdSSR einzureisen; und es künftig zu den Verbrechen des Kommunismus zu zählen, daß er Nazi-Deutschland besiegt hat. Schickte er nicht am 23. Februar vergangenen Jahres die Polizei gegen eine Demonstration von Veteranen des Zweiten Weltkriegs, alte Männer, von denen einige sicher Stalin-Nostalgiker, die aber zweifellos alle harmlos waren? Und stellte seine Presse die Veteranen nicht als Faschisten hin? Die von Jelzin erteilte, aber gar nicht geforderte Absolution für die nazistische Vergangenheit Deutschlands zeugt von schändlicher und grundloser Unterwürfigkeit.

(Auszug aus einem Kommentar in il manifesto vom 30.7.1992; Übersetzung: Js.)

20. Das war der Gipfel! Nachlese zum WWG in München

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westdeutsche Linke allgemein; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:18

Die große Heerschau der G7-Staaten und ihrer Repräsentanten in München lief Anfang Juli wie erwartet ohne greifbare Ergebnisse ab. Die bürgerliche Journaille hatte über den "Weltwirtschaftsgipfel" wenig zu berichten. Herausragend der Grad an Repression, mit dem jegliche Kritik an den imperialistischen Ausbeutungsstrategien unterdrückt werden sollte. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit wurden der "Münchner Kessel" inszeniert, DemonstrantInnen geschlagen und jede Menge Verhaftungen vorgenommen. Bereits im Vorfeld des WWG gab es viel polizeiliche Repression, um die Gegenaktivitäten, zu denen sich fast die ganze BRD-Restlinke zusammengefunden hatte, zu zerschlagen.

Die Anti-WWG-"Bewegung" jedoch hatte nicht nur mit staatlicher Unterdrückung, sondern auch mit vielen hausgemachten Widersprüchen und Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen. Wir berichten über Gegenaktivitäten, die linke Debatte im Vorfeld und über Auseinandersetzungen während und nach dem WWG.

WWG 92 - die Fakten in Kürze

Kurz sei in Erinnerung gerufen, was gegen den Gipfel der sieben mächtigsten und ökonomisch stärksten Staaten der Welt an zentralen Gegenaktivitäten (neben vielen örtlichen und regionalen Aktionstagen) gelaufen ist.

Trotz harter Repression konnten sowohl inhaltliche Diskussionen - vor allem auf dem Gegenkongreß zum WWG - als auch eine Großkundgebung mit Demo und Aktionstage durchgesetzt werden. Dieses waren in erster Linie die Aktionen größerer Bündnisse. Daneben gab es noch diverse Aktionen und Veranstaltungen von einzelnen Organisationen oder bereichsspezifischen Bündnissen, so z.B. Aktivitäten von Umweltverbänden, von kirchlichen Organisationen wie des KED (Kirchlicher Entwicklungsdienst), der "Andere Gipfel" ("The Other Economic Summit" - TOES), von Grünen u.a..

Etwa 2.000 Menschen beteiligten sich an den sieben Foren des Gegenkongresses, der nach dem Verbot an der Uni auf ganz München verteilt am Wochenende 3.- 5.7. stattfand. Die zentrale Demonstration am 4.7. war mit ca. 20.000 GipfelgegnerInnen ganz gut besucht. Die Demo wurde von den verschiedenen Polizeikräften im Spalier begleitet. Aus allen 16 Bundesländern waren Einheiten vertreten, ebenso wie BGS und Sondereinsatzkommandos aus den Ländern - insgesamt ca. 9.000 Polizisten -, darüberhinaus standen noch einige tausend in Bereitschaft. Insbesondere die bayerische USK-Einheit (Unterstützungskommando - rund um die WAA-Wackersdorf gegründete Spezialeinheit, die seither immer wieder speziell gegen linke Demos mit äußerster Härte eingesetzt wurde) provozierte und attackierte die Demo. Wie gemeldet wurden DemonstrantInnen aus der Demo gezerrt und verprügelt, (Seiten-)Transparente herausgerissen und beschlagnahmt und insgesamt 52 Menschen schon am Sonnabend verhaftet - die Mehrzahl gleich zu Anfang, kurz nachdem sich die Demo formierte. Immer wieder drängelte, stieß und prügelte sich das USK durch die Demo auf die andere Straßenseite, um dann kurz danach den gleichen Weg durch die Demo hindurch wieder zurückzugehen. Insbesondere der Frauen- und Lesbenblock wurde immer wieder Ziel der Angriffe. Dennoch gelang es, trotz der Provokationen und Angriffe seitens der Polizeikräfte die Demo geschlossen und kämpferisch bis zur Abschlußkundgebung durchzuführen.

Die Lage in München eskalierte dann vollends mit dem offiziellen Beginn des G7-Gipfels am Montag den 6.7. Kohl und Streibl hatten zur Begrüßung der G7-Spitzen neben den militaristischen Ehrenformationen von Heer, Luftwaffe und Marine (samt Kapellen), Blasmusik der Gebirgsschützenkompanie auf dem Max-Josefs-Platz aufgeboten. Etwa 500 GipfelkritikerInnen gelang es außer einigen hundert sonstigen Zuschauern, die zahlreichen Kontrollen und Sperren zu überwinden und bis in die Nähe des Begrüßungszeremoniells zu gelangen. Als Kontrastprogramm zur bayerischen militaristischen Folklore traten sie mit Trillerpfeifen und Parolen zur Begrüßung der Mächtigen dieser Erde an. Sie wurden abgedrängt, unter den Augen der Öffentlichkeit für mehr als drei Stunden eingekesselt, nach und nach mit umgedrehten Handgelenken und mit Schlagstockeinsätzen aus dem Kessel gezerrt, z.T. verprügelt und gewürgt und dann verhaftet. Selbst die bürgerliche Presse muß feststellen: "Nach den Massenfestnahmen sah es zwischen Frauenkirche und

Polizeipräsidium wie in einem Gefangenenlager aus." (Nürnberger Nachrichten 7.7.). Die Haftzellen im Präsidium reichten nicht aus, die Verhafteten schmorten bei großer Hitze in Polizeitransportern und wurden erkennungsdienstlich behandelt. Polizeisprecher begründeten das Vorgehen gegen die trillerpfeifenden DemonstrantInnen damit, daß diese durch ihr Verhalten "Landfriedensbruch, Nötigung, unfriedliche Versammlung" begangen hätten, da sie "dem Bundeskanzler seine Darstellung, seine Veranstaltung zu stören versucht hätten" (SZ 7.7.).

Der Plan, die Verhafteten für die gesamten Gipfeltage hinter Gitter zu bringen (nach dem "Bayerischen Polizeiaufgabengesetz" sind bis zu 14 Tage "Unterbindungsgewahrsam" möglich), scheiterte. Auf richterliche Anweisung mußten die Verhafteten noch abends und in derselben Nacht wieder entlassen werden. In München, Nürnberg und andernorts laufen jetzt zahlreiche Ermittlungsverfahren gegen GipfelgegnerInnen.

Diese überaus harte Repression hatte heftige Reaktionen in den Medien ausgelöst - sie überlagerten zeitweise die Berichterstattung über den offiziellen Teil des WWG. In arroganter Manier hatten sowohl der bayerische Ministerpräsident Streibl, der bayerische Innenminister Stoiber und Bundeskanzler Kohl den Polizeieinsatz gerechtfertigt - nach dem Motto: Wer unsere Gäste beleidigt, bekommt eine auf die Nuß. Die Medien wurden gescholten, weil sie übertrieben. Geradezu absolutistische Züge nahm die Sache an, als Streibl beim Intendanten des Bayerischen Rundfunks intervenierte, da einer der Reporter in Bayern 5, dem Informationskanal des BR, eine kritische Reportage sendete, in der auch die bekannten Sprüche Streibls von "der bayerischen Art des Hinlangens" des öfteren zitiert wurden.

Erstaunlich, wie schnell der (veröffentlichte) Protest gegen den Polizeieinsatz wieder verhallte - Folgen gab es keine. Auch eine Sondersitzung des Bayerischen Landtags (von SPD, Grünen und FDP beantragt) brachte - außer der übertriebenen Selbstdarstellung und Rechtfertigung der CSU-Regierung - nichts.

Keine vorschnellen Einschätzungen

Die Münchner Ereignisse von Anfang Juli müssen im Zusammenhang mit der Systematik der Repressionsmaßnahmen im Vorfeld des WWG betrachtet werden - der "Münchner Kessel" war nur die Krönung derselben. Wichtig für die Linke hierbei sollte die genaue und faktenreiche Betrachtung der Geschehnisse sein, ohne sofort Einschätzungsschnellschüsse abzugeben, wie in der "konkret"-Augustnummer in der Kontroverse zwischen Werkentin und Tolmein: Hie "Rückkehr zur Normalität", da "großdeutsche neue Repressionsqualität". Es sollte schon genauer untersucht werden, wo Repression im Rahmen der leider fast alltäglichen Normalität liegt und wo es Sprünge und Brüche möglicherweise hin zu einer neuen Qualität von Repression gibt. Die Betonung nur des einen oder des anderen Aspekts wird den Vorfällen vermutlich nicht gerecht. Einerseits scheint Einkesseln, Verprügeln und zeitweises Verhaften wg. politischer Meinungsäußerung im Lichte der Entwicklung der letzten Jahre fast "normal". Aber die bayerische Systematik und Häufigkeit der Meinungsunterdrückung bei Versuchen, das Thema WWG öffentlich und unzensiert zu diskutieren, die Veranstaltungsverbote und aufgelösten Veranstaltungen deuten eine wesentlich weitergehende Dimension von Repression an.

Bereits seit Anfang d.J. wurden in Bayern systematisch Aktivitäten von Anti-WWG-Bündnissen und diverse Vorbereitungstreffen bespitzelt, gestört und kriminalisiert. Ende Februar kam Innenminister Stoiber extra nach Nürnberg, um sich mit SPD-Oberbürgermeister Schönlein auf ein gemeinsames Vorgehen gegen das Jugendzentrum "Komm" zu verständigen, da dieses in den Augen Stoibers ein Hort der linksradikalen Verschwörung gegen den WWG sei, von dort Anschläge und Straftaten gegen Ziele des WWG geplant würden. Eine Pressekampagne gegen das "Komm" und der Versuch des Nürnberger Rechtsreferenten, "mäßigend" auf die linke Szene einzuwirken, waren die Folge. Die Hetzkampagne bereitete den Boden für spätere Polizeieinsätze gegen Versammlungen von WWG-GegnerInnen im "Komm".

In München wurden Besitzer und Vermieter von Büros und Versammlungslokalen von Polizei und Ordnungsbehörden zu Auskünften gezwungen (z.B. über Grundrisse von Büros), bzw. darauf angesprochen, mit WWG-KritikerInnen keine Mietverträge abzuschließen und keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

So wurden dann in den letzten Monaten in München und Nürnberg mindestens fünf Veranstaltungen gegen den WWG von der Polizei aufgesucht und aufgelöst.

Der §12 Versammlungsgesetz

Wie die Veranstaltungsauflösungen im einzelnen vonstatten gingen, soll näher beleuchtet werden, da hierbei einige polizeistaatliche Instrumente angewandt wurden, die außerhalb Bayerns bisher wenig bekannt sind, im Prinzip jedoch auch dort jederzeit anwendbar wären. An erster Stelle ist hier der § 12 des Versammlungsgesetzes zu nennen. Demzufolge kann die Polizei bei öffentlichen Veranstaltungen das Recht auf ungehinderten Zugang zu diesen in Anspruch nehmen. Dazu kann sie die Veranstalter selbst sogar in die Pflicht nehmen, ihr angemessene Plätze zuzuweisen. Dies wird von VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen linker Veranstaltungen natürlich als Provokation und Zensur begriffen. Umso mehr, wenn sich mit Aufnahmegeräten ausgestattete Zivilbeamte oder Uniformierte (nach dem neugefaßten § 12a Vers.Ges. dürfen Aufzeichnungen gemacht werden), bei den VeranstalterInnen melden und offiziell Einlaß begehren. So war auch die Durchführung von Veranstaltungen zum Thema WWG in den letzten Monaten ständig eine Kraftprobe zwischen Staat/Polizei und Anti-WWG-AktivistInnen.

Einige Beispiele

Am 4.4. wollte das "Münchner Bündnis gegen den WWG" die erste größere Veranstaltung unter dem Motto: "Gegen die herrschende Weltordnung - 500 Jahre sind zuviel! Gemeinsam gegen den Weltwirtschaftsgipfel" durchführen. Ab 16 Uhr besetzte die Polizei mit mehreren Hundertschaften den Stadtteil Haidhausen, in dessen Bürgersaal die Veranstaltung stattfinden sollte. Das Veranstaltungsgebäude wurde umstellt. Eine halbe Stunde vor Veranstaltungsbeginn wollten sich fünf Zivilbeamte durch den Eingang drängeln und begehrten offiziellen Einlaß nach § 12 Vers.Ges. und wollten sich "ihre Plätze" zuweisen lassen. Mittlerweile waren schon an die hundert Personen im Saal, hatten sich auf diese Situation vorbereitet und konnten am Eingang klarmachen, daß die Polizei bei dieser Veranstaltung nicht erwünscht ist. Pünktlich um 19.30 Uhr probierten die Zivis und der mittlerweile angerückte Münchner Polizeichef ein zweites Mal, eingelassen zu werden. Wieder wurde ihnen erklärt, daß sie unerwünscht seien - ein Transparent und eine Menschenkette versperrten den Eingang. Kurz darauf stürmten zwei Dutzend behelmte USKler den Saal - die Kette wich geordnet zurück. Die VeranstalterInnen erklärten, daß sie unter diesen Umständen die Veranstaltung abbrechen müssen - zuvor waren die Redebeiträge schriftlich verteilt worden. Helle Aufregung setzte bei Polizei und Staatsschutz ein, als zum Abschluß das beliebte Kinderlied von Pippi Langstrumpf eingespielt wurde (wg. Rote-Zora-Verdacht).

Einen Monat später, am 4.5., wurde der zweite Versuch des Münchner Anti-WWG-Bündnisses unternommen, am gleichen Ort, zum gleichen Thema eine zensurfreie Veranstaltung durchzuführen. Durch die breite und relativ kritische Berichterstattung über die Erstürmung der ersten Veranstaltung in Radios und Zeitungen und durch das gestiegene Interesse am WWG-Thema kamen an die 500 Menschen zu dieser Veranstaltung - für Münchner Verhältnisse enorm viel. Dieses Mal versuchte die Polizei eine andere Taktik. Eine Stunde vor Veranstaltungsbeginn postierten sie sich an einem versperrten Hintereingang und drohten dem Wirt, die Tür aufzusprengen, falls er sich weigere, aufzusperren. Nach längeren Verhandlungen und einigen abgelaufenen Ultimaten wurde der Saal für die BesucherInnen geöffnet, das Polizeibegehren auf Einlaß nach § 12 Vers.Ges. zurückgewiesen. Daraufhin versuchte ein Trupp SEKler den Saal zu stürmen, was zunächst am völlig überfüllten Eingang und an der Entschlossenheit der BesucherInnen scheiterte. Kurz darauf prügelten sich 40 USKler den Weg frei. Dabei wurde einer Person der Arm gebrochen. Einrichtungsgegenstände wurden wahllos zerstört - hoher Sachschaden entstand. Die Veranstaltung war geplatzt. Um gegen diesen Überfall zu protestieren, ging die Versammlung auf die Straße und führte eine Spontandemo durch (nach Anti-WWG-Info/Sondernummer "Blick nach vorn im Zorn").

Ortswechsel: am 27.5. wollte das autonome Anti-WWG-Plenum in Nürnberg im "Komm" eine Mobilisierungsveranstaltung zum WWG durchführen. Wie erwartet trat die Polizei in Erscheinung und begehrte mit dem besagten § 12 Vers.Ges. Einlaß. Die Veranstalter erklärten, sie hätten keine Lust, unter den Augen und Ohren der Polizei zu diskutieren, und würden daher keine Veranstaltung durchführen. Der offiziell als Versammlungsleiter Benannte verließ das "Komm". Hinter verschlossener Tür fand dennoch eine dreiviertel Stunde lang die Debatte um die Anti-WWG-Mobilisierung statt. Als dies der Polizei klar wurde, zogen USK-Einheiten auf. Die Versammelten (ca. 100 Personen) verließen sofort den Saal und gingen auf die Straße.

Am 26.6. hatte das "Nürnberger Bündnis gegen den WWG" im Rahmen ihrer Aktionswoche gegen den WWG ebenfalls zu einer "Mobilisierungsveranstaltung" eingeladen. Im Bündnis war Konsens - keine Polizei im Saal, aber auch keine überflüssigen Konfrontationen. Ungute Gefühle beschlichen VeranstaltungsbesucherInnen, als sie das "Komm" großflächig umstellt sahen (1981 hatte hier die große Massenverhaftung stattgefunden).

Kurz vor Beginn der Veranstaltung gaben sich am großen Saal des "Komm" drei Zivilbeamte zu erkennen und begehrten erneut nach § 12 Vers.Ges. Einlaß. Sie machten deutlich, daß nicht verhandelt würde. Sie wollten vom Veranstalter nur wissen, ob er der Polizei freiwillig Zugang verschaffen würde, ansonsten würden Polizeikräfte mit Gewalt für Zutritt sorgen. Noch während im Saal die Lage erklärt und diskutiert wurde, stürmten USK-Einheiten die Treppen und bauten sich vor der Saaltüre auf. Die VeranstalterInnen brachen die Veranstaltung ab, um eine Schlägerei zu verhindern. Die gut 200 BesucherInnen zogen mit einem Transparent in geordneten Reihen aus dem "Komm" und demonstrierten in der Nürnberger Innenstadt gegen die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit. Gleichzeitig wurden Einladungszettel zu einer geschlossenen Veranstaltung "Kultur in der Festung" im Stadtteilzentrum Desi verteilt.

Nach Auflösung der Spontandemo waren z.T. U-Bahneingänge versperrt worden - USK-Einheiten in ganz Nürnberg unterwegs, um nach Ersatzveranstaltungen zu fahnden. Im Stadtteilzentrum Desi wurden sie fündig. Nach einer kurzen Diskussion am Eingang der Desi - MitarbeiterInnen hatten erklärt, daß eine geschlossene Veranstaltung stattfinde - stürmten die USK-Einheiten den Saal. Der Einsatzleiter: "Heute wird nicht diskutiert". Die behelmten USKler stürmten in den Saal, drückten die Tische vom Eingang weg und prügelten sofort auf die Anwesenden ein - drei Personen wurden dabei verletzt - und sie zerschlugen Gläser und Mobiliar. Die VeranstaltungsteilnehmerInnen flüchteten derweil durch den Hinterausgang auf das Freigelände des Stadtteilzentrums. Daraufhin wurde dieses gesamte Gelände (inclusive Biergarten mit völlig unbeteiligten Personen) von der Polizei abgeriegelt, niemand konnte zeitweise rein oder raus.

Neben den geschilderten Veranstaltungen wurden noch weitere behindert und aufgelöst - so z.B. Veranstaltungen der Frauenkoordination München und ein Festival in der Oberpfalz.

Der § 12 Vers.Ges. war in den vergangenen Jahren bereits mehrmals als Instrument genutzt worden, um linke Veranstaltungen zu behindern oder zu zerschlagen: u.a. auf dem Höhepunkt des Kampfes gegen die WAA in Wackersdorf 86/87, bei der Anti-AKW-Buko in Nürnberg, während des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen und bei Veranstaltungen zum § 129a. Einige Male konnten im Kampf gegen die offizielle Polizeiüberwachung dabei Erfolge errungen werden. In der konzentrierten und massiven Form, wie dieses Instrument nun gegen Aktivitäten zum WWG angewandt wurde, war dies bisher aber einzigartig und es muß überlegt werden, wie dem in Zukunft zu begegnen ist. Genau darüber ist in der linken Szene eine heftige Diskussion entbrannt: Soll mensch immer und überall nach dem gleichen Muster reagieren - keine Bullen offiziell im Saal, selbst auf die Gefahr hin, daß damit letztlich gar keine Veranstaltungen mehr stattfinden können, wenn Staat/Polizei dies darauf anlegen? Schon durch die kurze Chronik obiger "Nicht"-Veranstaltungen dürfte klar geworden sein, daß auch mal andere Vorgehensweisen gewählt werden sollten als nur die, mit denen die Polizei mittlerweile ohnehin kalkuliert. Flexibleres und unkalkulierbareres Verhalten sollte an den Tag gelegt werden.

Der Anti-WWG-Kongreß

Bis kurz vor Beginn des "Internationalen Kongresses gegen den Weltwirtschaftsgipfel" am 3.7. zogen sich die juristisch-politischen Auseinandersetzungen um den Veranstaltungsort hin. Erst mit der Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes am Donnerstag den 2.7. war klar, daß der Kongreß nicht wie geplant an der Ludwig-Maximilian-Universität stattfinden kann. In der zweitinstanzlichen Gerichtsentscheidung wurde dem Verbot (bzw. der Nichtgewährung der Uni-Räumlichkeiten) des Kongresses durch Uni-Rektor Steinmann Recht gegeben, da es sich um eine Veranstaltung handele, die nicht unbedingt in den Aufgabenbereich eines studentischen Sprecherrats falle, und weil aufgrund des Zusammenhanges des Kongresses mit der geplanten Demonstration Krawalle und Beschädigungen des Universitätsgebäudes nicht auszuschließen seien (Kern des Urteils des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom 2.7.92). Dieses Urteil und die Tatsache, daß derartige Veranstaltungen an einer Uni verboten sind, wird für München sowieso, aber auch für ganz Bayern, erhebliche Auswirkungen haben. Die Unis sind ja oftmals letzte Möglichkeit und Freiraum für fortschrittliche Veranstaltungen. Die Linke ist nun auf die Kirchen angewiesen. Der "Studentische Sprecherrat der LMU" (formal Hauptveranstalter des Gegenkongresses) stellt dazu fest: "Die Konsequenzen des Urteils betreffen nicht nur die Studentinnenvertretungen der Universität München, sondern alle ASten/Sprecherräte in Bayern. Politische Themen sind mit diesem Urteil als problematisch eingestuft worden. Jede Metzgerinnung verfügt über mehr Rechte, sich politisch zu artikulieren, als Sprecherräte nach dem Bayerischen Hochschulgesetz."

Am Freitagabend, als die Eröffnungsveranstaltung "Die neue Weltordnung, Entwicklungen in Osteuropa, die Rolle der BRD" beginnen sollte, fanden sich dann über 1.000 Menschen vor der Uni ein. Ratlosigkeit setzte

ein, als man mit der Tatsache konfrontiert war, daß angesichts des repressiven Gesamtklimas und trotz des Veranstaltungsverbotes an der Uni keine Polizeieinheiten sichtbar postiert waren und der Haupteingang offen war (im Gegensatz dazu waren innen die meisten Hörsäle verschlossen). Die Konfusion war umso größer, weil sich der TrägerInnenkreis vorher nicht auf ein einheitliches Vorgehen für diesen Fall hatte einigen können. Noch am Vortag war für diesen Fall im TrägerInnenkreis vereinbart worden, die Uni zu besetzen. Am Freitag nachmittag hatte dann ein Gespräch des Studentischen Sprecherrats und des TrägerInnenkreises mit dem Unirektor Steinmann stattgefunden, um diesen doch noch dazu zu bewegen, die Uni freizugeben - doch die Staatsräson siegte. Steinmann erklärte unmißverständlich, daß er am Veranstaltungsverbot festhalte und im Falle einer Besetzung die Uni räumen lassen würde. Auf diesem Hintergrund ergab eine nochmalige Beratung des TrägerInnenkreises, daß von einer Besetzung der Uni abzusehen sei - der Schwerpunkt sollte beim Versuch der inhaltlichen Diskussion liegen. Diese könne nun stattfinden, da definitiv ein Angebot der Evangelischen Kirchen Münchens vorlag, den Kongreß in ihren Räumlichkeiten stattfinden zu lassen. Eine Minderheit im TrägerInnenkreis war mit diesem Vorgehen nicht einverstanden, so daß die Diskussion vor der Uni neu entbrannte.

Autonome, Antiimpis, VertreterInnen der Ökoli (hier v.a. wortstark Jutta Ditfurth) u.a. sprachen sich vehement für eine Unibesetzung aus, da es "feige sei", in diesem Moment zurückzuweichen. Gemessen an den Befreiungskämpfen und den Situationen der Befreiungsbewegungen, mit denen man sich gerne solidarisiert, sei das Risiko einer Besetzung und möglicherweiser Räumung der Uni ein Klacks. Es gehe darum, Freiräume zu erhalten oder zu erkämpfen. Die Augenblicksstimmung der Versammelten schien dies zu bestätigen.

Der Großteil der international geladenen ReferentInnen, ein Teil des Münchner Bündnisses, christliche Gruppen, aber auch Linke aus dem TrägerInnenkreis argumentierten, daß nicht ausgeschlossen werden könne, daß es sich bei der "offenen Uni" um eine Falle handele, daß es außerdem unklar sei, welche räumlich-technischen Möglichkeiten überhaupt zur Verfügung stünden und daß es falsch wäre, die unter anderen Voraussetzungen geladenen internationalen Gäste in eine quasi "illegale" Veranstaltung zu verwickeln, und daß es darauf ankäme, an diesem Punkt nicht unbedingt die Konfrontation zu suchen, sondern die inhaltliche Diskussion und eine halbwegs passable Durchführung des Kongresses im Vordergrund stehen sollte. V.a. müßte auch der gesamte Kontext der Repressionsmaßnahmen gesehen werden - als Auftakt für das Anti-WWG-Wochenende wäre eine größere Auseinandersetzung mit der Polizei denkbar schlecht für die weiteren Aktionen. Als nach eineinhalbstündiger Diskussion vor der Uni immer noch keine Einigung zu erzielen war, spitzte sich die Situation zu und es drohte eine Spaltung - ein Teil der Versammelten war vorgeprescht und hatte die Uni schon betreten und agitierte aus dem ersten Stock für die Unibesetzung - ein anderer Teil war bereits in Richtung Lukaskirche abgezogen (es bestand das Angebot, hier die Eröffnungsveranstaltung durchzuführen). Es gelang dann glücklicherweise, eine endgültige Spaltung zu vermeiden und es formierte sich eine gemeinsame Demo, der sich mehr und mehr Menschen anschlossen, bis dann ca. 3.000 Leute, begleitet von aggressiven USK-Einheiten und jeder Menge Zivis, gegen das Veranstaltungsverbot an der Uni demonstrierten und in Richtung Lukaskirche marschierten. Dort wurde der Kongreß im Schutze der Kirche eröffnet. Massiv und eindrucksvoll brach sich der Ruf in den heiligen Hallen "Hoch die internationale Solidarität!" - erleichtert und froh, daß es gelungen war, doch noch eine gemeinsame Aktion durchzuführen.

Die Debatte über das Vorgehen an der Uni zog sich nicht nur durch den Eröffnungsabend, sondern kam in den nächsten Tagen in den Foren des Kongresses immer wieder zur Sprache und bestimmt noch heute die Einschätzung über Erfolg oder Mißerfolg des gesamten Anti-WWG-Kongresses.

Es bleibt zu resümieren, daß trotz der zersplitterten Situation - der Kongreß lief am Sonnabend/Sonntag auf sieben Kirchen und kirchliche Einrichtungen verteilt - eine ernsthafte und intensive Diskussion stattfand. Die einzelnen Foren waren z.T. sehr gut besucht und die TeilnehmerInnenzahl von insgesamt 2.000 war recht eindrucksvoll. In den Foren wurde mit den über 60 internationalen ReferentInnen intensiv über die Folgen imperialistischer Politik v.a. für die Länder des Trikont diskutiert. Die Abschlußresolution forderte eine internationale Wirtschaftsordnung, die sich an den sozialen und ökologischen Erfordernissen der Menschheit orientiert. Nach wie vor wird, wie in der IWF-Kampagne die bedingungslose und sofortige Schuldenstreichung gefordert und werden Reparationsforderungen für die seit Jahrhunderten unter dem Kolonialismus leidenden Völker geltend gemacht.

Schwierigkeiten innerhalb

der Anti-WWG-Kampagne

Der relative Erfolg des Kongresses war durchaus nicht absehbar, da es um die Ausrichtung der ganzen Aktionen im Vorfeld heftige Diskussionen im oppositionellen Lager gegeben hatte. Auch und gerade über die Konzeption des Kongresses war heftig gestritten worden. Die Kampagne lief recht schleppend an - so kam der TrägerInnenkreis erst relativ spät zustande und zwischendurch war alles auf höchst wackeligen Beinen. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war dann der Ausstieg der Grünen und anderer Gruppierungen aus dem TrägerInnenkreis Anfang Mai, wodurch auch die Finanzierung des Kongresses zwischendurch ins Wanken geriet. Dieser Vorgang muß etwas näher betrachtet werden, da er eine grundsätzliche Misere verdeutlicht.

Einerseits haben Grüne im TrägerInnenkreis berechtigterweise durchaus wunde Punkte angesprochen, andererseits zeigt sich bei näherem Hinsehen, daß die Grünen von vornherein mehrere Eisen im Feuer hatten. Schon vor ihrem lautstarken und im Endeffekt denunziatorischen Ausstieg aus dem TrägerInnenkreis hatten die Grünen Kontakt mit dem Projekt "TOES" (The Other Economic Summit) bzw. fädelten dieses Projekt selbst ein. Das wäre völlig unproblematisch gewesen, wenn dies nicht alternativ zum Gegenkongreß, sondern als Ergänzung inszeniert worden wäre. Einige Kritikpunkte (nicht nur) der Grünen waren diskutabel: Beispielsweise die chaotischen und schlecht funktionierenden Strukturen des TrägerInnenkreises, die lähmenden und kaum vorankommenden Konzeptionsdebatten (mit Ausnahme einiger Foren, die in AGs ausgezeichnet vorbereitet wurden), dazu gehört auch die Überfrachtung der Kampagne mit völlig überhöhten Ansprüchen, bzw. mit zu vielen Themen; die Tatsache, daß viele Entscheidungen des TrägerInnenkreises an einen letztlich eher regional zusammengesetzten Arbeitsausschuß delegiert wurden; mangelnde Bündnisbreite; einige nicht besonders geglückte eher wortradikale Aufrufe; und nicht zuletzt eine Reihe von organisatorischen Mängeln und Schwächen. Über dies alles hätte eine ernsthafte Debatte stattfinden müssen. Diese wurde durch das Vorgehen der Grünen aber nicht befördert, sondern eher behindert.

Bereits am 4.4. hatte Bundessprecher Ludger Volmer in einem grün-internen Rundschreiben die Richtung deutlich gemacht. Im "Rundbrief 2/92" erschien ein Artikel, in dem zunächst geschildert wurde, daß in Bezug auf WWG-Aktivitäten eine "Koordinierungsgruppe beim BuVo" eingerichtet wurde. In diesem Zusammenhang war man sich einig darüber, daß "die Vorverhandlungen unter den an der Kampagne beteiligten Gruppen längst in eine Sackgasse geraten sind." ... "Darum haben wir beschlossen, in diesem Zusammenhang etwas ultimativer aufzutreten ... Wir sind der Meinung, daß eine Arbeit im TrägerInnenkreis unter den dort aktuellen Bedingungen nicht fruchtbar ist. ... Wenn es uns nicht gelingt, das Gesetz des Handelns in die Hand zu bekommen, wird die Kampagne scheitern. Wir haben allerdings anders als bei der IWF-Kampagne 1988 beileibe nicht die politische Kraft, daß wir im Bündnis mit dem BuKo die gesamte Kampagne steuern könnten. Wir hoffen trotzdem, daß wir in Vorgesprächen mit einzelnen Verbänden und befreundeten Gruppen einen Block schmieden können, der sich im TrägerInnenkreis durchsetzt.Falls uns das nicht gelingt, streben wir an, im Bündnis mit den befreundeten Gruppierungen und an dem existierenden TrägerInnenkreis vorbei, eine eigene Veranstaltung zu planen." (Aus der Bundesgeschäftsstelle: Kampagne zu UNCED und G7 von Ludger Volmer, Hervorhebg. ak). Gesagt, getan - der Ex-BuVo Jürgen Meier wurde mit den Planungen und Kontakten zu TOES beauftragt - mehr als einen Monat vor dem offiziellen Ausstieg der Grünen aus dem TrägerInnenkreis! Bis dahin wurde dem Bündnis von Seiten der Grünen noch vorgemacht, es werde ernsthaft verhandelt. Als dann das TOES-Projekt stand, wurde der Bruch vollzogen. An der eher nebensächlichen Frage, daß man sich im Ökologieforum v.a. mit der Ökologischen Linken nicht auf gemeinsame ReferentInnen einigen konnte. Die Grünen versuchten, unbedingt die umstrittene Figur des BUND-Vorsitzenden Weinzierl als Hauptreferenten durchzuboxen. Dies stieß auf Widerstand, da dieser die Überbevölkerung ursächlich als mitverantwortlich für Umweltzerstörung sieht. Die Grünen stiegen aus und zauberten das TOES-Projekt aus dem Hut. So ist denn auch die Presseerklärung der Grünen, LV-Bayern vom 12.5. überschrieben: "Grüne zum Rückzug aus Trägerkreis für Gegenkongreß zum Weltwirtschaftsgipfel: Destruktives Sektierertum statt politischer Inhalte/Grüne rufen zu einem öffentlichkeitswirksamen internationalen ‚Anderen Gipfel` auf".

Daß der TrägerInnenkreis etwas chaotisch war und auch eine Portion Sektierertum vertreten war und daß insbesondere die "Ökologische Linke" auf ihre Rolle als herausgehobener Widerpart der Grünen profilsüchtig einstieg, soll nicht verschwiegen werden. Wenn allerdings das geschilderte Vorgehen in Sachen Bündnispolitik Schule macht, sieht es finster aus für die Durchführung künftiger größerer oppositioneller Kampagnen. Aber vielleicht ist den Grünen ja auch die vergleichsweise geringe Resonanz auf das TOES-Projekt eine Lehre.

Hatte der letztlich doch recht breit unterstützte und unter den oben geschilderten widrigen Umständen dezentral durchgezogene Gegenkongreß noch eine relativ große Öffentlichkeit und guten Zulauf, so ging das TOES-Projekt im Strudel der Münchner Ereignisse fast unter.

Die Beteiligung an Demo und Kongreß konnte sich durchaus sehen lassen. Die an den Mobilisierungen Beteiligten bilden den Kern des fortschrittlichen Potentials der BRD, mit dem heute zu rechnen ist - und das ist eben nicht gerade viel. Dennoch war dies die größte linke Mobilisierung in der BRD seit dem Zusammenbruch des RGW. Angeknüpft werden konnte dabei an die Diskussionen/Aktivitäten der IWF-Kampagne 1988 - ohne dieselben Dimensionen zu erreichen. Als Kerninhalt wurde Stellung bezogen gegen den totalen Herrschaftsanspruch des Imperialismus und dessen Folgen. Die Anti-WWG-Aktivitäten waren trotz aller Probleme und Widersprüche getragen von den verschiedensten relevanten linken und fortschrittlichen Strömungen. Die Mobilisierungen konnten aber die ursprünglich recht hochgesteckten Erwartungen einer zusammenhängenden Gesamtkampagne '92 nicht erfüllen (Mobilisierungen zu UNCED, WWG, 500 Jahre Kolonialismus & Kontinuitäten, EG-Binnenmarkt & Folgen...). Vieles spricht dafür, daß hier Abstriche gemacht werden müssen. Auf diese neuen Realitäten muß sich die Linke einstellen.

Ha., Nürnberg

21. "Grünhelme", Bevölkerungspolitik, Atomenergieausbau. Das Forum Ökoimperialismus des internationalen WWG-Gegenkongresses

Das Forum Ökoimperialismus des internationalen Gegenkongresses gegen den WWG

Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:24

Wie auch bei der Vorbereitung des gesamten Gegenkongresses kam es im Vorfeld der Veranstaltung zu heftigen Auseinandersetzung zwischen den an der Vorbereitung beteiligten Gruppen. Trotz klarer Vorgaben vom Trägerkreis des Kongresses : "der Kongreß wird eine eindeutig antirassistische Ausrichtung haben", "50% der ReferentInnen in den Foren sollen Frauen sein", "Patriarchale Strukturen und Sexismus müssen in allen Foren thematisiert werden", wurde von "Pro Regenwald", BUND und den Grünen immer wieder und auf allen nur erdenklichen Ebenen versucht, den eindeutig linken und emanzipatorischen Anspruch des Kongresses und seiner Foren zu untergraben. Ihr Ziel war es beispielsweise aus dem Forum "Ökoimperialismus" mit dem inhaltlichen Schwerpunkt auf Gen- und Reprotechnologie, sog. "Bevölkerungspolitik" und militärischen Interventionsvorhaben der kapitalistischen Zentren gegen den Trikont ein seichtes "Öko-Forum" zu machen, welches sich maximal zur Aufgabe macht den Rio Umweltgipfel nachzubereiten. Unter den dreißig von diesen Gruppen vorgeschlagenen ReferentInnen waren lediglich fünf Frauen, das Thema Sexismus/Patriarchat kam gar nicht erst vor.

Ein Vertreter von Pro Regenwald war sogar der Meinung über einen militärischen Eingriff des Nordens im Trikont mit Hilfe von "UNO-Grünhelmen" könne mensch auch gut diskutieren, diese wären doch eine sinnvolle Perspektive.

Davon nicht genug. Der BUND schlug als Hauptredner zum gemeinsam beschlossenen Thema: "Ökokolonialismus- Ökologieverständnis von uns" ihren Vorsitzenden Hubert Weinzierl vor, der in der letzten Zeit nur durch ein "Streit"-Gespräch mit Peter Gauweiler aufgefallen ist, in dem Weinzierl Thesen wie diese vertrat: "Jeder Naturschutz endet dort, wo die Menschenlawine alles überrollt !" (1) oder: "Nur wenn die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes gewährleistet ist, wird (...) eine Aussicht bestehen (...) unsere Zivilisationslandschaft so zu gestalten, daß sie wert bleibt ‚Heimat` genannt zu werden". (2) Da wird deutlich, was sich diese Organisationen unter einer "antirassistischen Ausrichtung des Kongresses" vorstellen .

Spätestens zu diesem Zeitpunkt denkt mensch, daß unter den Gruppen im TrägerInnenkreis, die sich als internationalistisch und antirassistisch verstehen, Einigkeit darüber bestehen müßte, daß solche rassistischen Thesen im Kongreß nicht toleriert werden dürfen. Dem war aber nicht so. Der SprecherInnenrat der Uni München (offizieller Veranstalter des Kongresses) stellte stattdessen fest: "Pro Regenwald/BUND (...) und Ökologische Linke (...) wollen im Öko(!)forum einfach nicht zusammenarbeiten" und waren erbost darüber, daß "dieser Streit in den Arbeitsausschuß getragen wurde". (3)

Das Ende der Auseinandersetzungen war der Ausstieg von Pro Regenwald und den Grünen aus dem TrägerInnenkreis des Kongresses und des Ökoimperialismus-Forums. Leider war dieser Rückzug nicht darauf begründet, daß die Gruppen im TrägerInnenkreis klar Position gegen Grüne und andere bezogen haben. Die Grünen hatten von Anfang einen "anderen Gipfel" ("TOES, The Other Economic Summit") für den Fall geplant, daß es ihnen nicht gelingt den internationalen Gegenkongreß samt Ökoimp-Forum zu dominieren. Die einzige Gruppe, die jetzt noch dieses Forum organisierte, war die Ökologische Linke.

Der Ablauf

Nach der unsäglichen Entscheidung die Uni, trotz offener Türen, nicht zu besetzen und ausgerechnet in Kirchenräume auszuweichen wurde das Ökoimperialismusforum auch bei der Verteilung der Räume benachteiligt.

Es mußte im Gegensatz zu fast allen anderen Foren in einem abgelegenen, schlecht zu erreichenden Stadtviertel in einem viel zu kleinen Raum tagen.

Trotzdem nahmen über 200 Menschen an jedem der drei Tage an den Diskussionen teil.

Im Rahmen der Diskussion wurde immer wieder deutlich, daß der traditionelle Imperialismusbegriff die heutige Situation nicht ausreichend beschreibt. Ökoimperialismus meint neben der Unterwerfung der Weltwirtschaft unter die vernichtende Logik der kapitalistischen Produktionsweise die hemmungslose Ausbeutung und Plünderung von Naturressourcen des Trikonts durch die imperialistischen Zentren. Ökoimperialismus ist Rohstoffdiebstahl bis zur fast vollständigen Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen im Trikont, Export und Ansiedelung von Giftproduktion und nicht angepaßten oder lebensgefährlichen Technologien wie z.B. der Gen- und Reprotechnologie. Diese Technologien dienen zur Aufrechterhaltung der patriarchialen Strukturen und zum Zugriff auf die weibliche Gebärfähigkeit, sowie die Möglichkeit der Verwertung der "Ressource Mensch". Auch "Bevölkerungspolitik", die in Verbindung mit dem rassistischen Kampfbegriff "Überbevölkerung" als Waffe gegen Menschen im Trikont eingesetzt wird, ist ein Teil der ökoimperialistischen Strategie. Die Referentinnen Shalini Randeria (Ethnologin aus Indien, arbeitet an der FU-Berlin) und Ingrid Spiller, Aktion Solidarische Welt, referierten zu diesem Thema anhand von internationalen Beispielen.

Ökoimperialistische Eingriffe haben häufig auch militärische Konsequenzen. Sei es indirekt durch die schmutzigen Geschäfte der international agierenden Atommafia, deren Handel die sozialen und ökologischen Probleme der Länder verschärfen, deren herrschende Eliten sich auf den radioaktiven Deal einlassen, sei es, weil sie an die Atomgewalt des Fortschritts glauben oder weil sie sich für die kommenden Verteilungskriege mit Bombengewalt rüsten wollen. Die internationale Atomindustrie forciert nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine energiepolitische Kolonialisierung Osteuropas. Hiermit befaßte sich der Beitrag von Jan Beranek aus der CSFR.

Unter dem Deckmantel der Ökologiepolitik werden jetzt auch direkte militärische Eingriffe durch sogenannte "Grünhelm-Truppen" im Rahmen der UNO (oder anderer internationaler Institutionen) von Seiten der imperialistischen Staaten gegen den Trikont geplant, wie Andreas Schweer von der Autonomen Ökologiegruppe Wuppertal aufzeigte.

Gegen das weltweite Voranschreiten des Ökoimperialismus auf verschiedenen Ebenen ist es schwer, Strategien zu entwickeln. Dementsprechend gab es in der Diskussion über "Perspektiven und Widerstand" auch verschiedene Ansätze.

Ein Streitpunkt war z.B. die Frage, ob es richtig ist, in einer Situation der ständigen Bedrohung und des wirtschaftlichen Boykotts, in der sich Kuba befindet, die Atomenergie auszubauen, wie es Dennis Guzman vom ZK der KP Kubas vertrat oder ob diese destruktive Technologie, die Mensch und Natur auch schon durch den Normalbetrieb eines AKW's verstrahlt, grundsätzlich abzulehnen ist, wie Teresita Vistro von der philippinischen Organisation GABRIELA (Dachverband von über hundert Fraueninitiativen aus verschiedenen Bereichen) und Jutta Ditfurth (Ökologische Linke) meinen.

Insgesamt war es ein großer Erfolg, daß an den Diskussionen in diesem Forum, trotz aller Behinderungen im Vorfeld, soviele Menschen teilnahmen. Positiv war außerdem, daß nicht nur vom Podium referiert wurde, sondern ein ständiger Austausch zwischen den TeilnehmerInnen stattfinden konnte. Diese Veranstaltung konnte natürlich nur der Anfang einer Diskussion sein, die unbedingt auf weiteren Treffen fortgesetzt werden muß.

Oliver Gorewitz, Arne Timmermann, Hamburg

Ökologische Linke

Anmerkungen:

1) Weinzierl laut "Süddeutscher Zeitung" vom 29.10.91 auf einem BUND-Seminar zum Thema "Die Folgen des Bevölkerungswachstums" mit CSU-Umweltminister Gauweiler und Weinzierl als Referenten.

2) ebd.

3) Der SprecherInnenrat der Uni-München in einem Brief vom 15.5.92 an die UnterstützerInnen des Gegenkongresses.

22. Zwischen Agrarfabriken und Gartenzwergen. EG-Agrarpolitik am Wendepunkt

Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:16

Bis in die frühen Morgenstunden des 1. Juli arbeiteten die Landwirtschaftsminister der EG an den 89 Texten, mit denen die bisher umfassendste Reform der "Gemeinsamen Agrarpolitik" (GAP) eingeleitet werden soll. Unmittelbarer Auslöser dieser Reform war nicht, wie vielfach erwartet, der Kollaps des Systems der EG-Agrarsubventionen. Die westeuropäischen Länder waren von ihrem Konkurrenten im Welt(agrar)handel, den USA, entsprechend unter Druck gesetzt worden. Über zwei Jahre hatte Washington den Abschluß der Verhandlungen um ein neues Zoll- und Handelsabkommen (GATT) abgelehnt, solange die EG nicht ihre Agrarpolitik - zum Vorteil US-amerikanischer Agrarexporteure - neu ausrichtet.

Erste Versuche, ihre Agrarpolitik zu koordinieren und nach außen hin gemeinsam zu vertreten, unternahm die damalige EWG bereits in den frühen Gründungsjahren. Im Laufe der 60er Jahre gingen die Kompetenzen zur Markt- und Preispolitik allmählich auf die EWG über. Seit 1970 herrscht Einigkeit über die Finanzierung, sprich Subventionierung der GAP.

Bis dahin waren die EWG-Staaten bei den meisten landwirtschaftlichen Produkten noch Nettoimporteure gewesen. Da seither die jährlichen landwirtschaftlichen Produktionssteigerungen die des Konsums um das Vierfache überstiegen (2% zu 0,5%), hatte die EG binnen zehn Jahren eine Selbstversorgungsquote von 115% bei Rindfleisch, 120% bei Getreide und jeweils 130% bei Butter und Zucker erreicht. Durch die Süderweiterung der EG (Spanien und Portugal) war man auch bei Pflanzenölen und Früchten zum Selbstversorger avanciert.

Die Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion wurden zum einen exportiert. Teilweise wurde versucht, diese Waren stark verbilligt doch noch auf dem EG-Markt abzusetzen ("Weihnachtsbutter"). Oder man verschenkte oder verhökerte sie zu Spottpreisen (mit der Gefahr, daß die Empfängerländer diese Güter gegen dringend benötigte Devisen weiterverkauften). Die Lagerkapazitäten der EG sind an ihre Grenzen gelangt, so daß westdeutsche Getreidegroßhändler bereits in Portugal nach Lagerraum Ausschau halten. In den Kühlhäusern und Silos der EG lagern heute: 700.000 t Rindfleisch, 500.000 t Butter und 30 Mio. t Getreide.

Kodex der EG-Agrarsubventionen

Das System staatlicher Unterstützung der Landwirtschaft in der EG basiert vor allem auf dem sog. Interventionspreis (Binnenmarktregelung). Aus ihm ergeben sich die variablen Abschöpfungsquoten (Importregelung) und Ausfuhrbeihilfen (Exportregelung). Jedes Jahr legen die Landwirtschaftsminister der EG in den Agrarpreisverhandlungen den Interventionspreis für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produktionsgruppen fest: Sollte der Großhandelspreis z.B. für Butter unter dem Weltmarktpreis liegen (was bisher stets der Fall war - allein schon aufgrund des chronisch die Nachfrage übersteigenden Angebots), dann garantiert die EG den Aufkauf der überschüssigen Butter. Der Produktpreis wird also über den Abzug überschüssiger Ware vom Markt künstlich hochgesetzt. Gleichzeitig können die Bauern ihre Ernteerträge hochschrauben, ohne sich Sorgen über den Absatz machen zu müssen. Diese Preisstützungssubventionen haben nicht nur die Produktionszahlen, sondern insbesondere auch die Konzentration in der Landwirtschaft enorm vorangetrieben: 15% aller Milchbauern in der EG erzeugen 50% der Milch, 10% der Rindfleischbauern liefern 50% des Fleisches, und beim Getreide sind es sogar nur 6% der Betriebe, die 60% des EG-Getreides produzieren. Das Subventionssystem der EG honorierte bisher vor allen Dingen landwirtschaftliche Großbetriebe, die in günstigen Gebieten (Nordschiene der EG), effizient und ertragreich arbeiten. 80% aller Agrarsubventionen verteilten sich so an nur 20% der EG-Höfe. Außereuropäische Agrarexporteure, die ihre Butter billiger als zum Interventionspreis der EG anbieten könnten, werden mit Einfuhr-Abschöpfungen belegt. Diese Importabgaben errechnen sich aus der Differenz zwischen Interventions- und Weltmarktpreis und sind so hinsichtlich des Produkts und dessen Weltmarktpreis variabel.

Da die Lagerkosten überschüssiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse durchschnittlich viermal so hoch sind wie die Werte der gehorteten Güter, verbilligt die EG ihre (künstlich) teuren Agrarprodukte, in dem sie Exporteuren

der EG den Differenzbetrag (Interventions-/Weltmarktpreis) als Ausfuhrbeihilfe erstattet. Auch hier liegen die Exportsubventionen oftmals weit über dem Wert der exportierten Ware.

Der Interventionspreis bezeichnet nicht die Herstellungskosten eines bäuerlichen Produkts wie Zuckerrüben oder Schlachtvieh. Es handelt sich um einen Großhandelspreis für zumeist bereits weiterverarbeitete Waren (Butter, Zucker, Fleisch). Dies ist der Grund, weshalb die Landwirte der EG weder von den Lagerkosten (11 Mrd. DM), noch von den Exportbeihilfen (15 Mrd. DM) etwas zu sehen bekommen. Auch kommt nur ein Teil der Preisstützungssubventionen tatsächlich bei ihnen an. Der Haushalt der EG, der sich nicht zuletzt aufgrund der Agrar-Export-Offensive der EG in den letzten zehn Jahren mit einem Volumen von über 100 Mrd. DM mehr als verdoppelt hat, subventioniert mit der Hälfte seiner Mittel die private Ernährungsindustrie, Lagerhausgesellschaften und Agrargroßhändler.

"Der deutsche Bauer,

im Felde unbesiegt"?

So unterschiedlich die EG-Subventionen den Bauern in der Gemeinschaft zugute kommen, so heterogen stellt sich die Einkommenssituation der Landwirte z.B. in der alten BRD dar. Hier sind nur noch die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe (1990: 630.000) vollerwerbsfähig. Der Rest wird als Nebenerwerbs- oder Feierabendbetrieb geführt - mit entsprechend hohem Anteil unbezahlter familiärer Arbeitskraft.

Die Einkommensentwicklung zeigt um das Zehnfache höhere Betriebsergebnisse bei Großbetrieben mit vielen abhängig Beschäftigten. Und obwohl seit 1975 die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen um ein Drittel gesunken ist (Quote 1990: 4%), hat sich das durchschnittliche bäuerliche Einkommen kaum erhöht. Und selbst damit liegt die BRD innerhalb der EG nur auf Platz 7.

Neben den verschiedenen Hofgrößen spielen auch regionale Unterschiede eine wichtige Rolle: Während in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen Bauern auf kleinen Höfen mit mageren Böden oftmals unrentable Arbeit leisten, produzieren ihre Kollegen in der norddeutschen Tiefebene meist schon auf weltmarktfähigem Niveau.

Auch wenn zu den 14,8 Mrd. DM EG-Subventionen 1991 vom Bund noch einmal 13,9 Mrd. DM an agrar-sozialpolitischen Einkommensbeihilfen und zur Verbesserung der Agrarstruktur in die alten und neuen Bundesländer geflossen sind, so kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß die EG bzw. die BRD seit Mitte der 70er Jahre nicht mehr in der Lage gewesen ist, die Mehrheit der Landwirte an der Einkommens- und Wohlstandsentwicklung in anderen Wirtschaftssektoren teilhaben zu lassen.

Vorstoß der USA

Die Drohung der USA, die GATT-Verhandlungen solange nicht zum Abschluß zu bringen, bis die Brüsseler Agrarpolitik nicht tiefgreifend geändert worden ist, hat seine Vorgeschichte. Die USA hatten in den 70er Jahren mit einer großangelegten Exportoffensive für Agrarprodukte deren Erlöse von 7 Mrd. Dollar (1970) auf 40,5 Mrd. Dollar (1980) hochschnellen lassen. Der Agrarsektor war somit Anfang der 80er Jahre einer der Aktivposten der ansonsten defizitären US-Handelsbilanz.

Als die EG dann anfing, den USA erfolgreich wichtige Weltmarktanteile z.B. bei Getreide, Rindfleisch und Molkereiprodukten abzuringen, ließ dies den Anteil der Agrarwirtschaft am Außenhandel der USA zusammenschmelzen. 1990 betrug dessen Quote immer noch 11% (im Vergleich: BRD 5%).

Die USA unterbreiteten der EG im Rahmen der GATT-Verhandlungen folgendes Angebot: 1. Abbau der Exportsubventionen um 90%; 2. Reduzierung der EG-Binnenmarktsubventionen um 75%; 3. Einführung von Zöllen ("Tarifizierung") anstelle der variablen Importabschöpfungen, mit nachfolgender Reduzierung derselben im Sinne der GATT-Regeln. Die USA machten im Laufe der Gespräche deutlich, daß es ihnen - in dieser Reihenfolge - um folgendes ging: 1. Rückzug von Dumping-Ware aus der EG vom Weltmarkt; 2. berechenbarer Zugang zum EG-Agrarmarkt; 3. Wettbewerbsneutralität der Binnensubventionen der EG.

Heterogene EG-Agrarstrukturen

Der Forderungskatalog der USA führte in der EG zu einem heftigen Zusammenstoß divergierender agrarpolitischer Interessen. Diese Konflikte haben ihren Ursprung in der heterogenen Agrarstruktur der

Mitgliedsstaaten. Die südlichen EG-Länder (Portugal, Spanien, Italien und Griechenland) - wo zwischen 72 und 90% der Bauernhöfe über weniger als 10 ha verfügen und die Beschäftigungsquote in der Landwirtschaft zwischen 9 und 24% liegt - erhielten bisher aufgrund fehlender Massenproduktion in den subventionsträchtigen Sparten (Milch, Getreide, Rindfleisch) und mangels außereuropäischer Exportorientierung deutlich weniger Beihilfen als der Norden der EG. Die Forderungen der Mittelmeeranrainer waren die Einbeziehung von Südfrüchten in das Preisstützungssystem und der Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft.

Ganz anders waren die Interessen bei den Nordlichtern der EG (Niederlande, Dänemark, Großbritannien) verteilt. Beispiel Niederlande: Dort liegt die Quote der in der Landwirtschaft Beschäftigten bei 6%. Sie stellt ein Sechstel der größten Höfe in der EG und führt mit weitem Abstand bei den Betriebseinkommen pro landwirtschaftlicher Arbeitskraft (60.600 DM; BRD Platz 7: 29.000 DM). Die Niederlande exportieren allein ein Drittel ihrer Milchproduktion.

Frankreich kam zusammen mit der BRD bei den Verhandlungen um die EG-Agrarreform die Schlüsselrolle zu. Obwohl in beiden Ländern eine vergleichbar gespaltene Agrarstruktur besteht, standen sich die jeweiligen Interessen diametral entgegen. Dessen ungeachtet betreiben Paris und Bonn arbeitsteilig eine Blockadepolitik, so daß die Gespräche um die EG-Agrarreform und mit ihnen die GATT-Verhandlungen über Jahre hinweg festgefahren waren.

Frankreich hat ähnlich wie die BRD weite periphere Regionen,in denen auf kargem Boden kleine Bauernhöfe kümmerliche Erträge erwirtschaften. Gleichzeitig erzeugen französische Getreidebauern z.B. im fruchtbaren Pariser Becken allein 40% des EG-Weizens!Die Brisanz der Position Frankreichs erschließt sich letztlich daraus, daß sich das Land in einer mit den USA vergleichbaren Lage befand: Seit 1985 hatte die französische Handelsbilanz ein Defizit, das auf die mangelhafte Konkurrenzfähigkeit französischer industrieller Fertigwaren (Ausnahme: Autos) zurückzuführen ist. In dieser Situation kam den Agrarexporten - dem Bereich mit dem weitaus höchsten Handelsüberschuß (1990: 51,2 Mrd. FF) - nicht nur im Elysee-Palast allergrößte Bedeutung zu. Hinsichtlich der geplanten Europäischen Währungsunion war auch den übrigen EG-Ländern an einem stabilen Franc und damit an einer ausgeglichenen französischen Handelsbilanz gelegen. Erst seit 1991 schreibt Frankreichs Außenhandel wieder schwarze Zahlen.

Agrartango der EG

Entsprechend ihrer landwirtschaftlichen Strukturdaten vertraten die Mitgliedsländer der EG in den Verhandlungen um die Reform der Binnenmarkts-, Import- und Exportregelung unterschiedliche Positionen. Die Vereinbarung ökonomischer Realitäten mit besonders in Bonn gepflegten politisch-ideologischen Vorgaben ("Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe") glich streckenweise Versuchen zur Quadratur des Kreises.

- Das exportorientierte Frankreich lehnte die geforderte Abschaffung der Außenhandelssubventionen strikt ab. Die Niederlande wiederum meinten, auf die Subventionierung ihres Agrarexports verzichten zu können, da die holländischen Großbetriebe auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind. Aus diesem Grund sah man in Den Haag auch nicht ein, wieso man die von der am Agrarexport eher desinteressierten BRD ins Spiel gebrachten Mengenbegrenzungen im Außenhandel akzeptieren solle.

- Der US-Forderung nach Tarifizierung der Importabgaben wurde zugestimmt, doch sollten in deren Zuge auch die Futtermittel, die bisher zoll- und abgabenfrei in die EG eingeführt werden konnten, in diese Tarifizierung miteinbezogen werden ("Rebalancing").

Hintergrund dieser Überlegungen war die ins Auge gefaßte Umlenkung des überschüssigen französischen Weizens weg vom Weltmarkt, um ihn zukünftig in der EG zu verfüttern. Ein solcher Schritt würde nicht nur die Futtermittelimporte aus den USA treffen (Getreide und Ölsaaten, wie Soja), ihrem mit Abstand wichtigsten Agrarimport-Posten in die EG. Vor allem für Lieferanten aus dem Trikont wird dies einen herben Rückschlag bedeuten: Da das dem EG-Vieh vorgeworfene Futter bis zu 80% aus Soja, Maiskleber, Maniok, Tapioka, Erdnüssen und Kokosschrot besteht, belaufen sich die Futtermittelimporte aus dem Trikont auf bis zu 70%. Sie stellen damit eine der wenigen lukrativen Exportmöglichkeiten für diese Länder in die EG dar. Während die französischen Getreideproduzenten über das Rebalancing frohlockten, lehnten es die bundesrepublikanischen

und niederländischen Veredelungsbetriebe (Milch, Fleisch) wegen der zu erwartenden Steigerungen der Futtermittelpreise ab.

Am härtesten prallten die gegensätzlichen Interessen innerhalb der Mitgliedsländer beim Thema der bäuerlichen Einkommensbeihilfen aufeinander: Im Interesse seiner mittel- bzw. kleinbäuerlichen Landwirtschaft hatte Bonn stets für die Erhöhung der Erzeuger- und Interventionspreise plädiert. Die effizienten niederländischen Landwirte waren es aber leid, ihre unrentabel produzierenden Kollegen mitzuschleppen: Eine Erhöhung der Erzeugerpreise zöge nur höhere Subventionen nach sich, und ein niedriger Interventionspreis erhöhe den Wettbewerbsdruck innerhalb der EG und vergrößere so die Chancen rentabler Höfe.

Beschlossen wurde nun, bis 1997 schrittweise folgende Interventionspreissenkungen vorzunehmen: 15% bei Rindfleisch und 5% bei Butter. Der Getreidepreis soll um 29% herabgesetzt werden (Vorschlag der EG-Kommission: 35%; BRD-Forderung: 24%). Damit liegt er 1997 bei 110 ECU (1 ECU = 2,05 DM) und nur noch knapp über dem heutigen Weltmarktpreis.

Die USA, die die Einbeziehung der Landwirtschaft in den GATT-Kodex verlangten, forderten damit die Abschaffung aller wettbewerbsverzerrenden Beihilfen oder aber deren Umwandlung in handelsneutrale, im GATT-Jargon sog. "Green Box"-Subventionen. Diese Art von Beihilfen sollten produktionsunabhängig, d.h. vor allem nicht produktionsstimulierend sein. Vorgeschlagen und letztlich auch beschlossen wurden Flächenstillegungen, die teilweise obligatorisch, teilweise freiwillig sind und prämiiert werden sollen. Zusätzlich werden in Zukunft die Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktionsweise und landschafts- und naturschützende Tätigkeiten des Bauern durch direkte Einkommensbeilfen honoriert.

Ein derartiges Subventionssystem, das mit einer enormen Umschichtung von EG-Agrarmilliarden von den Großbetrieben zu den Kleinbauern verbunden sein wird, liegt offenkundig nicht im Interesse der Niederlande, wohl aber in dem der BRD und den Südländern der EG. Schließlich konnte auch Frankreich, das sein Herz bedeutend weniger an seine "kleinbäuerlichen Familienbetriebe" gehängt hatte als die BRD, davon überzeugt werden, daß "Green-Box"-Subventionen auch in seinem Interesse liegen würden: Nun kann die EG nämlich auf die Abschaffung des anerkanntermaßen wettbewerbsverzerrenden US-amerikanischen Agrarsubventionssystems der "deficiency payments", pochen und so hoffen, Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt wieder zurückzuerobern.

Mit der Entscheidung, das EG-Modell der Agrarsubventionen einfach umzudrehen und zukünftig nicht mehr primär die Großproduzenten, sondern die Kleinbauern zu finanzieren, haben die Landwirtschaftsminister a) nicht nur die Leistungs- und damit auch die Einkommensdiskrepanzen innerhalb der EG-Landwirtschaft festgeschrieben, sie haben b) das Feld der Wirtschaftspolitik eindeutig verlassen und vielmehr Sozial- und Beschäftigungspolitik betrieben. Der seine heimatliche Scholle liebevoll pflegende Bauer wird hierdurch zu einem stillen Sozialhilfeempfänger, dem man seine Verdienste um den Landschaftsschutz vergütet.

Dieser Plan wurde von den südlichen EG-Ländern begrüßt,wenn auch nur mit einem resignierten Blick in leere Staatskassen. Der hohe Anteil von Kleinbauern ließ diesen Ländern nur die Wahl zwischen Massenarbeitslosigkeit auf dem Land (und entsprechender Landflucht) oder eben höheren Aufwendungen im Sozialbereich. Die Niederlande im Verbund mit Dänemark und Großbritannien wollten diese Sozialhilfe-Zahlungen zu Lasten der EG-Kasse allerdings auf zehn Jahre beschränkt sehen, um dann neu zu verhandeln. Die Belastungen für den EG-Haushalt seien nicht absehbar: Es wird ja nicht auf Subventionszahlungen verzichtet, sondern nur anders verteilt. Bis 1997 wird von der EG-Kommission mit Ausgabensteigerungen um 10 Mrd. auf dann 81 Mrd. DM für den Agrarsektor gerechnet.

Keine Lösung

ökologischer Probleme

Kritisiert wurden die Reformbeschlüsse der Landwirtschaftsminister nicht nur von der parlamentarischen Opposition, sondern auch von Öko- und "Dritte Welt"-Gruppen. Die SPD bezweifelt, daß mit Flächenstillegungen eine Reduzierung der Agrarüberschüsse erreicht werden kann. Zum einen seien die Interventionspreissenkungen zu halbherzig. Zum anderen zeigten die Erfahrungen aus dem freiwilligen Flächenstillegungsprogramm der Bundesregierung, daß oftmals nur minderwertige Böden stillgelegt worden

seien, um die restlichen Flächen noch intensiver zu bewirtschaften. Vor allem sollten für eventuelle, auf ökologische Anbaumethoden zurückzuführende Ernteeinbußen Beihilfen gezahlt werden. Ökogruppen monierten, daß die quasi industriell arbeitenden landwirtschaftlichen Großbetriebe und mit ihnen der Intensiveinsatz von Agrochemikalien unangetastet geblieben seien. Die Folgekosten einer solchen Landwirtschaft würden immer noch sozialisiert. Andere merkten an, daß der beabsichtigte Isolationismus der EG den Dritte-Welt-Ländern aber auch gar nichts nützen werde und daß diese Politik dem drohenden "Öko-Dumping" im Trikont nichts entgegenzustellen habe.

M./Berlin

23. Nicht offen, aber auch nicht geschlossen. Eindrücke einer Reise durch den Iran

Autor: Maja Sievers · Rubrik: Iran · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:17

23. Juni 1992

Nicht offen, aber auch nicht geschlossen

Eindrücke einer Reise durch den Iran

Wo immer wir erzählten, daß wir (ausschließlich Frauen) in den Iran fliegen wollten, begegneten uns skeptische Blicke und Kommentare: "Wieso denn ausgerechnet in den Iran?" Ja, wieso eigentlich?

Auf dem Flug nach Teheran werden unsere Zweifel, allein als Frauen in den Iran zu reisen, fast weggefegt. Freundliche und respektvolle Blicke, ja fast eine Ermutigung; wir sind die einzigen europäischen Frauen an Bord. Uns fällt auf: keine einzige Frau im Flugzeug trägt ein Kopftuch, geschweige denn einen Tschador. Ein ungewöhnliches Bild für diejenigen Frauen von uns, die schon in andere islamische Länder geflogen waren. Kurz vor der Landung in Teheran werden wir aufgefordert, die islamische Kleiderordnung einzuhalten, Zeitungen und Zeitschriften abzugeben und genaueste Angaben über unsere technischen Mitbringsel zu machen.

Wir beobachten die anderen Frauen im Flugzeug, um sicher zu gehen, daß wir nichts falsch machen, hatten wir doch aus den Informationen in unserem Land entnommen, daß schon eine Haarsträhne, die vorwitzig aus dem Kopftuch herausblitzt, zu Unmutsäußerungen, wenn nicht sogar zu Prügel, führen könnte. Zu unserem Erstaunen beobachten wir, daß die iranischen Frauen die Kopftücher wie unsere Frauen im Winter tragen, locker und die Ponyhaare voll in Sicht! Wir gehen lieber auf Nummer sicher, die Iraner und IranerInnen lachen über uns: "Ihr seid ja noch schlimmer verschleiert als wir ..."

Die Abfertigung durch Paß- und Zollkontrolle läuft für uns unproblematisch. Auch hier bestätigt sich nicht unser Bild im Kopf, daß grimmige Mullahs und Revolutionswächter den Flughafen beherrschen. Plötzlich stehen wir in der Flughafenhalle einer schwarzen Masse von Menschen, hauptsächlich Frauen, gegenüber. Große braune Augen meist schwarz verhüllter Frauen beobachten uns. "Die sehen ja alle gleich aus", sagte eine von uns, aber da haben unsere iranischen Freundinnen uns schon entdeckt. Sie lachen die ganze Fahrt zu unserem Quartier über unsere Verkleidung.

Unsere Freundinnen gehören der Mittelschicht an. Wir sind in einer hellen, schönen und geräumigen Wohnung untergebracht, Parkettfußboden, Marmorwaschbecken und ein deutsches Klo. Trotz strengen Alkoholverbots werden wir mit selbstgebranntem Schnaps aus Trauben (eine Art Wodka) willkommen geheißen. Wir nennen ihn von da ab "Woody". Wer mit Alkohol erwischt wird, kann mit bis zu 80 Stockschlägen bestraft werden. Damit dies auch als Abschreckung angenommen wird und damit die AlkoholtrinkerInnen nicht anonym bleiben, werden die Prügelstrafen unmittelbar am Wohnort öffentlich vollzogen. Eine unserer iranischer Freundinnen erzählt von einer Party, die sie vor wenigen Wochen feierte. Ein Nachbar, ein Mullah, hat sie bei den Ordnungskomitees, die von den Mullahs geführt werden, angezeigt. Das Haus wurde von oben bis unten durchsucht, alle PartyteilnehmerInnen verhaftet. Samira erzählt, wie sie drei Tage in einer Zelle mit elf Frauen auf sechs Quadratmetern unter unmenschlichen Bedingungen leben und auf ihr Urteil warten mußten. Mehrere Frauen hatten ihre Menstruation, aber trotz Bitten erhielten sie keine Wäsche, geschweige denn Binden. Sie zerrissen ihre Hemden, damit sie sich selbst Binden basteln konnten.

Die Familienangehörigen, besonders die Eltern, erschienen täglich, um die jungen IranerInnen aus dem Gefängnis herauszuholen. Die Strafe für die Inhaftierten wurden ausgesprochen: 80 Prügelschläge für die männlichen Jugendlichen, 40 für die Frauen. Ärztliche Atteste wurden von den Angehörigen besorgt und, wo das nicht half, wurden hohe Bestechungsgelder an die Mullahs gezahlt. Sie sind noch einmal davon gekommen, aber dem Hunger nach Partys, Alkohol und verbotener westlicher Musik tut dies offensichtlich keinen Abbruch. Das leblose, ja fast tote Machtbild von Teheran erscheint trügerisch, das Nachtleben findet in der privaten Wohnung statt. Wir jedenfalls hätten jeden Abend auf eine andere Party gehen können. Dort, wo wir zugegen sind, wird gelacht und getanzt; so ziemlich alles, was in der Öffentlichkeit verboten ist, wird auf Partys mit Selbstverständlichkeit praktiziert. Es darf geküßt und geschmust werden und die Netzstrümpfe und

Miniröcke gehören zum vertrauten Bild, so wie die Töne aus dem Tape-Recorder von Reggae, Rock- und Popmusik.

Am nächsten Tag wollen wir Teheran erleben. Auf den Bergen im Norden blitzt noch der weiße Schnee. Der Frühling zeigt das erste Grün und der Wind weht kühl von den Bergen. Der ständige Kontrollgriff auf unseren Kopf, ob alles richtig sitzt, begleitet uns auf der gesamten Reise. Im Taxi sehen wir einen Aufkleber "Anständig ist, wer den Hejab (Schleier) trägt". Im reichen Norden von Teheran sehen wir kaum Frauen im Tschador; hier wird das locker getragene Kopftuch von den Frauen bevorzugt. Die Häuser und Villen sind durch Mauern und Eisentüren geschützt. Im armen Süden hingegen sehen wir die Frauen zu gut 80% im schwarzem Tschador. Männer beherrschen das Berufsleben, im Restaurant, in Teehäusern, auf dem Basar, überall Männer, die wirtschaften. Der Zufall will es so, daß wir eine Unternehmerin kennenlernen, sie selbst glaubt, die einzige zu sein. Vor einigen Jahren war das unmöglich, erzählt sie. Die Chomeinis haben die Frauen im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Berufsleben geprügelt. Erst der Schleierzwang und dann die Kampagne gegen die Berufstätigkeit der Frau. Von den Versprechungen der Mullahs und Chomeinis vor der Revolution, mehr Rechte für die Frauen zu schaffen, blieb nichts übrig. Das Gegenteil passierte. Nur wenige Monate nach der Revolution wurden geldverdienende Frauen als sich prostituierend diskriminiert. Mit Erfolg haben die Chomeinis die Frauen in die Familie verbannt. Doch die Lebenshaltungskosten sind für die iranischen Familien hoch geworden, die Inflation des Tuman und Real ist täglich zu verfolgen, was dann doch wieder die erwerbstätige Arbeit der Frauen erzwingt.

Fozieh, eine Frau, die den außergewöhnlichen Schritt einer Ehescheidung hinter sich hat, berichtet uns von ihren Erfahrungen. Vier Kinder hat sie in dieser Ehe geboren, sie gehören dem Mann. Ohne einen Tuman in der Tasche ist sie zu ihrer Familie zurückgekommen. Die Familie ist gegen die Scheidung gewesen, reicht der Platz in der Wohnung doch kaum für die Eltern und anderen Geschwister.

Fozieh arbeitet im Krankenhaus, mit Schichtzulagen kommt sie auf umgerechnet knapp 200 DM. Sie sieht müde und kaputt für ihre 30 Jahre aus. Obwohl der Mann ihr die Kinder überlassen würde, gibt es keine Chance für Fozieh. Eine kleine Wohnung ist von ihrem Gehalt nicht zu finanzieren und schon gar nicht für die vier Kinder, die sie ohne sonstige finanzielle Unterstützung alleine durchbringen müßte. Sie träumt davon, in Europa arbeiten zu können, um sich irgendwann in Teheran eine Wohnung kaufen zu können und mit ihren Kindern zu leben. Die Sehnsucht nach ihren Kindern quält sie, aber zurück zu ihrem Ex-Mann will sie auch nicht ...

Zurück zu Teheran. Überall in der Stadt sehen wir die Bilder von Chomeini und seinen Ajatollahs. Im Süden liegt das Stadtviertel Schahreno. Dort arbeiteten einst ca. 6.000 Prostituierte. Ein beklemmendes Gefühl beherrscht uns, wissen wir doch, daß die Hizbollahs auf Befehl Chomeinis auf brutalste Art und Weise das Viertel abbrannten und die Frauen niedermetzelten. Abgeschlagene Köpfe und aufgeschlitzte Bäuche von Prostituierten sollten ein für alle mal die Abkehr von der westlichen Lebensweise demonstrieren. Nur kurze Zeit später setzte sich der Freier durch und der Doppelmoral wurde genüge getan, indem der Mann die Ehe auf Zeit beschließen kann. In Ämtern und Verwaltungsbehörden wurden Einrichtungen geschaffen, die dem Mann für einige Stunden, aber auch für wenige Jahre die Ehe auf Zeit gestatten.

In den letzten Jahren machen auch immer mehr junge Menschen oder diejenigen, die eigentlich nicht heiraten wollen, Gebrauch von der Möglichkeit der Zeitehe. Prügelstrafen haben nämlich auch die Paare zu befürchten, die zusammen im Bus sitzen, auf der Straße laufen oder im Park spazierengehen.

Alleinstehend zu reisen ist zwar erlaubt, untersteht aber der totalen Kontrolle der Behörden. Ein Hotelbett konnten auch wir nur mit der Genehmigung des Wohnungsamtes unter genauen Angaben, was wir in der Stadt wollen und wie lange wir bleiben wollen, mieten. Für unverheiratete Paare ist ein gemeinsames Übernachten gefährlich, im Hotel undenkbar.

Auf unseren Wegen durch Teheran stolpern wir von einem Erstaunen ins nächste. Die lang verbotenen Werbeplakate für Produkte aller Art finden wieder Einzug in der Stadt. Sogar für Perlonstrümpfe ist ein bißchen Beinfreiheit gestattet. Entgegen unseren Informationen sehen wir geschminkte und schmuckbehangene Frauen. Kosmetische Artikel sind zwar verboten, aber überall werden diese in großen Kosmetikgeschäften verkauft. Die IranerInnen lachen uns aus, als wir erzählen, daß unser Schmuck in Deutschland geblieben ist,

weil wir gelesen hatten, jegliche Art von Schmuck sei verboten. Aber natürlich gibt es ganze Straßenzüge mit Geschäften, die Gold- und Silberschmuck verkaufen!

Überall werden wir selbstverständlich trotz unserer "Verkleidung" als Ausländerinnen erkannt. Die Freundlichkeit steigert sich noch mit dem Wissen, daß wir Alimanis sind. Taxifahrer springen aus dem Auto, um uns Eis oder Saft während der Fahrt zu servieren. Oftmals wollen sie uns die Stadt zeigen und nicht selten müssen wir mit fast abweisendem Blick darauf bestehen, unsere Taxifahrt zu bezahlen.

Auch in der Stadt und auf dem Basar werden wir immer wieder freundlich angesprochen, manchmal auch auf deutsch, von IranerInnen, die in Deutschland gearbeitet haben; lernen wir Freunde unserer Freundinnen kennen, sind wir auch schon eingeladen zur nächsten Party oder zum Abendessen.

Unsere Freundinnen erhalten öfter Geschenke vom Basar und von Geschäftsleuten, damit sie uns auch ja gut betreuen. "Erzählt in eurem Land, was wir wirklich für Menschen sind ...", geben sie uns oft mit auf den Weg. Die IranerInnen wissen, daß ihr Land isoliert ist und daß viele unzutreffende Informationen über den Iran verbreitet werden.

Wir sprechen oft über das Buch von Betty Mahmoody "Nicht ohne meine Tochter". Alle haben von dem Erfolg des Buches im "Abendland" und seinen "falschen" Darstellungen gehört, aber keiner hat es je gelesen, da es im Iran verboten ist.

Auf dem Weg in den Norden Irans nach Gorgan und in das Gebiet Turkmenistan fallen uns in den ländlichen Gebieten immer wieder Plakatschilder zur Geburtenkontrolle auf: "Kann man nicht auch mit zwei Kindern glücklich sein?" oder "Kinder bekommen, sollte geplant und nicht dem Zufall überlassen werden". Selbst unsere iranischen Freundinnen sind überrascht, war es doch bis vor kurzer Zeit noch undenkbar, öffentlich über Verhütung zu sprechen. Die durch die islamischen Moralisten an Heim und Herd zurückgetriebenen Frauen gebären heute offensichtlich zu viele Kinder. Der Krieg gegen den Irak ist zu Ende und die wirtschaftlichen Krisen im Iran haben einen Schwenk der Moral um einhundertachtzig Grad veranlaßt.

Ein Wandel ohne Änderungen?

In diesen Tagen finden die Neuwahlen des iranischen Parlaments statt. Überall begegnen uns Plakate mit den Kandidaten, ausnahmslos Männer. Unter den 270 gewählten Abgeordneten sind dann zwar auch vier Frauen, aber wir sehen nirgendwo das Wahlplakat einer Frau.

Bei knapp 50% Wahlbeteiligung wird Rafsandjani Sieger der Wahlen. Unter den heutigen Verhältnissen wird er als "gemäßigter Liberaler" gefeiert. Daß Rafsandjani vor zehn Jahren als rechte Hand von Chomeini die Opposition im wahrsten Sinne des Wortes liquidiert hat, kümmert heute kaum jemanden. Auf dem Freitagsgebet nach der Wahl hören wir seine erste öffentliche Rede. Er will den Iran aus der Isolation gegenüber dem Westen herausholen und plädiert für den Handel mit diesen Staaten. Nur die USA werden auch von ihm ausgenommen; die Massen rufen die Parole "Tod der USA - es lebe Palästina". Die neue "Freizügigkeit" unter den iranischen Frauen geht ihm zu weit, aber den JournalistInnen auf der Pressetribüne ruft er zu: "Sie brauchen hier kein Kopftuch zutragen, Sie sind doch keine Muslimin." Natürlich wagt keine Frau, ihr Kopftuch abzunehmen, denn spätestens an der nächsten Straßenecke muß auch die Ausländerin mit Prügel und Steinwürfen rechnen.

Uns wird berichtet, daß die Kandidaten in diesem Wahlkampf erstmals über soziale Fragen diskutieren durften. Die Thematisierung von Arbeitslosigkeit und Armut unterlag jedoch vorheriger Zensur. Die partielle Demokratisierung hat ihre (engen) Grenzen: unerwünschte Kandidaten können jederzeit von dem Revolutionsrat von der Kandidatenliste gestrichen werden.

Auf dem Weg ans Kaspische Meer durchfahren wir Turkmenistan. Ein anderer Iran zeigt hier sein Gesicht. Die von Chomeini verfolgte Minderheit der Turkmenen hat zehn Jahren lang grausame Massaker durchlebt. Ihre Armut ist unübersehbar. Kleider und Tücher, die sie tragen, sind kunterbunt. Das Leben bestreiten sie durch Teppichknüpfereien. Der Fernseher läuft nur auf Sowjet-Kanal. "Da laufen wenigstens gute Filme und mehr Informationen und Nachrichten gibt es auch", sagt uns ein älterer Mann.

Die Küste mit ihren Hotels und Villen macht einen toten Eindruck. "Seit Chomeini das Baden für junge Frauen verboten hat, ist hier nichts mehr los", sagt uns eine Frau im Tschador. Das Meer ist für Familien nicht mehr so

attraktiv wie früher, Mädchen und Frauen können, wenn überhaupt, nur mit voller Kleidung baden und das macht auch Iranerinnen keinen Spaß. "Die haben uns alles genommen, Weinen und Beten, das ist das, was wir tun dürfen", erzählt eine andere Frau ganz offen.

In Teheran besuchen wir das Freitagsgebet. Eine Massenversammlung, die von Hunderttausenden Iranern und Iranerinnen besucht wird und auf der vorwiegend politische Reden gehalten werden. Was gedacht und gesagt werden darf, erfahren die Menschen von den dort redenden Ajatollahs. Demagogisch und geschickt werden Forderungen der Hisbollahs und Mullahs durchgesetzt.

So wurden z.B. Familien, die einen Märtyrer zu Grabe getragen haben, mit Geschenken wie Farbfernseher oder Kühlschrank bedacht. Als dies der Regierung zu teuer wurde, hat ein Ajatollah nur die Frage aufgeworfen, ob die Menschen für den Islam oder für den Farbfernseher gekämpft und Opfer gebracht hätten? Fortan erhielt keine Familie mehr Geschenke.

An diesem Tag wird bekannt gegeben, daß im Süd-Iran ein Massengrab gefunden wurde, wo etwa 300 iranische Märtyrer aus dem Iran-Irak-Krieg verscharrt lägen. Ein Ajatollah ruft dazu auf, den überführten Toten das letzte Geleit zum Märtyrer-Friedhof zu gewähren. Wir sehen zehntausende Männer und Frauen im Tschador, die klagend und weinend die Särge begleiten. Als wir einem unserer Freunde davon erzählen, bemerkt er nur: "Wer weiß, was wirklich in den Särgen drin war." Er berichtet davon, daß viele Tote, die nichts mit diesem Krieg zu tun hatten, trotz besseren Wissens als Märtyrer beerdigt wurden, um die Stimmung für die islamische Republik und gegen den Irak immer wieder anzuheizen.

Der Märtyrer-Friedhof am Rande Teherans gleicht einer Stadt für sich. Über allem ragt die Chomeini-Gedächtnismoschee. Groß und prunkvoll, einmalig für eine Moschee in Teheran, mit feinstem Marmor gepflastert und mit Mosaiksteinen bestückt. Meist Frauen im schwarzen Tschador, aber nicht besonders viele, kommen zur Gebetsstunde an Chomeinis Sarg, der in der Mitte der Moschee in einem Glaskasten steht. Weinend, den Sarg küssend und ihre Kinder zu Chomeinis Füßen legend, so sehen wir diese Frauen. Irgendwie seltsam, daß ein Land wie der Iran in einer Stadt wie Teheran nur wenige Moscheen mit kaum wahrzunehmenden Gebetsrufen und fast immer leeren Moscheen hat.

Zeitschriften für Frauen

Zwei interessante Zeitschriften für Frauen entdecken wir in Teheran. Die Zeitschrift "Zanan" (Frauen) ist eine Abspaltung der islamischen Frauenzeitschrift "Zan einz". "Frauen" ist eine eher wissenschaftliche Zeitschrift, sie enthält Artikel über arbeitslose Frauen im Iran, über die Unzulänglichkeit der Wissenschaft, insbesondere der Gesetze des Islams bzw. des Korans. Auf der Grundlage islamischer Gesetze streitet die Zeitschrift "Frauen" für andere Interpretationen des Korans und damit für mehr Rechte vorwiegend für die akademischen, intellektuellen Frauen. Die Männer würden sich nur auf die für Frauen nachteiligen Aussagen des Koran beziehen, z.B. daß die Frau in die Familie gehört oder eine Frau kein Grundstück erben darf bzw., wenn sie kinderlos geblieben ist, gar kein Erbe antreten darf.

In der Zeit der Propheten seien die Frauen voll respektiert worden, denn Muhammad habe die Frauen sogar mit in den Krieg ziehen lassen. Die Frauenzeitung "Zanan" richtet sich hauptsächlich an intellektuelle Frauen, will Männer aber auch nicht ausschließen. Ihr Ziel ist es, wieder mehr Frauen in fachspezifische Berufe zu integrieren.

Faktisch wird die Ausgangsposition der islamischen Revolution als Verbesserung gegenüber der Zeit des Schah-Regimes angesehen. Heute seien die Frauen, nach Äußerlichkeiten beurteilt, gleich. Frisur und Figur, Kleidung und Beruf, sind egal. Sie können als Menschen sprechen und das ist wichtig für die Redaktion der Zeitschrift "Frauen".

Diese Ansätze von Frauenrechtlerinnen finden in der gegenwärtigen iranischen Regierung Unterstützung, auch ein neues Phänomen der iranischen Politik. Der Rat der Kulturrevolution hat einen Rat für die Probleme der Frauen eingesetzt; "natürlich" sind dort noch mehr Männer als Frauen Mitglieder, aber eine Untersuchung über die Integration der Frau für die Arbeitswelt im Iran ist im Gange. Ob und wie Frauen ins gesellschaftliche Arbeitsleben einbezogen werden, bleibt vorerst offen. Braucht der Iran und seine Wirtschaft eine neue Reserve (?) für die Arbeiten in kapitalistischen Gesellschaften, für die nur Frauen "denkbar" sind? Frauenspezifische Berufstätigkeit ist und war, die "Dreckarbeit" für die Gesellschaft zu leisten!

24. Pragmatismus gegen Ideologie. Neue Regierung in Israel

Autor: Klaus Mellenthin · Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:36

"Jetzt haben wir auch", teilt mir eine israelische Freundin begeistert mit, "eine Wende." Da müsse ich wohl, rutscht es mir etwas vorschnell heraus, mal wieder was verpaßt haben. Denn sie hat ja recht: Stellt man an eine "Wende" nicht gar zu hohe Ansprüche, ist mit einer von der Arbeitspartei geführten Regierung tatsächlich der Anfang positiver politischer Änderungen in Israel gesetzt - soweit es seine jüdischen Bürger betrifft.

Fast dreißig Jahre lang, von der Staatsgründung bis 1977, hatte die Arbeitspartei (Mapai, später Teil des Maarach, jetzt Awoda) in verschiedenen Koalitionen ununterbrochen die Regierung in Israel gestellt. Bei den Wahlen 1977, deren Ergebnis in der politischen Literatur Israels als "Wende" charakterisiert wird, verlor sie 19 ihrer 51 Sitze. (Die Knesset, das israelische Ein-Kammer- Parlament hat 120 Sitze.) Seit 1977 führte Likud (Einigung), ein Zusammenschluß mehrerer rechter, zum Teil in der Tradition des revisionistischen Zionismus stehender Parteien in ebenfalls verschiedenen Koalitionen, zeitweise zusammen mit der Arbeitspartei als "Regierung der nationalen Einheit", die Geschäfte.

Orientalische Juden

Zum Likud-Sieg 1977 hatten wesentlich die Edot Hamisrach, die Gemeinschaften des Ostens (im folgenden als orientalische Juden bezeichnet) beigetragen, die seit der Masseneinwanderung aus den Ländern Asiens und Nordafrikas nach der Staatsgründung eine starke Minderheit in Israel waren und seit der Mitte der 60er Jahre die Mehrheit gegenüber den Aschkenasim, den Juden europäisch-amerikanischer Herkunft, bilden (aschkenas = in der rabbinischen Literatur des Mittelalters gebräuchlicher Begriff für Mitteleuropa und besonders für Deutschland). Die orientalischen Juden, hieß es von interessierter Seite im In- und Ausland, hätten den rechten Likud mit Begin als Premier gewählt, weil sie eine besonders rechte Einstellung hätten. Was, soweit es die primäre Wahlmotivation angeht, genauso richtig ist wie eine Interpretation der jetzigen Wahlen als Sieg einer linken Einstellung - nämlich völlig falsch.

Die israelische Gesellschaft ist von zahlreichen Gegensätzen zerrissen, die allein deshalb nur selten in ihrer tatsächlichen Schärfe aufscheinen, weil der israelisch-arabische und insbesondere der israelisch-palästinensische Konflikt die innerisraelischen Gegensätze verdeckt oder zu verdecken scheint, sie jedenfalls nur selten zum Ausbruch kommen läßt. Der quantitativ wie qualitativ wesentlichste dieser Konflikte in der jüdisch-israelischen Gesellschaft besteht in dem Gegensatz zwischen den beiden großen Bevölkerungsgruppen: den Aschkenasim und den orientalischen Juden.

Die orientalischen Juden sind bis auf den heutigen Tag gegenüber den Aschkenasim in jeder Beziehung faktisch unterprivilegiert, wofür sowohl die Haltung der aschkenasischen Bürger wie des - wie es von orientalischen Juden genannt wird - "weißen Establishment" verantwortlich ist. Dieses "weiße Establishment" wurde in der Sicht der orientalischen Juden bis 1977 vornehmlich durch die regierende Arbeitspartei verkörpert, die jedoch bis zu jener "Wende"-Wahl auch von einem großen Teil der Orientalen gewählt worden war. Nicht, weil ihnen die sozialdemokratische Programmatik dieser Partei besonders entsprach, sondern aus der Hoffnung heraus, durch die Wahl und die Stärkung der herrschenden Partei auch ihre eigene Lage zu verbessern. Über zwanzig Jahre von der regierenden Arbeitspartei vernachlässigt, nahmen die Orientalen bei den Wahlen 1977 "Rache", indem sie den Likud wählten. Der Gegensatz zwischen Aschkenasim und orientalischen Juden wurde hierdurch um ein weiteres verschärft. Anhänger der Arbeitspartei bereicherten ihr gegen die Orientalen gerichtetes Vokabular um Begriffe wie "Khomeinisten", "Höhlenbewohner" und "Heiden". Der frühere Generalstabschef Motta Gur rief bei einer Wahlversammlungen störenden orientalischen Likud-Anhängern zu: "Wir werden euch fertigmachen, wie wir die Araber im Sechs-Tage-Krieg fertiggemacht haben!" (1)

Der Likud vergaß jedoch bald, welcher Bevölkerungsgruppe er die Regierungsübernahme zu verdanken hatte, und die orientalischen Juden sahen sich wiederum alleingelassen.

Wahlen 1992

Zu den Wahlen zur Knesset treten meist zwei, drei Dutzend Parteien an. In allen bisherigen israelischen Parlamenten waren zwischen zwölf und zwanzig Parteien vertreten, von denen etliche nur über ein, zwei Sitze verfügten. Die Regierungsbildung ist daher stets ein langwieriges und kompliziertes Unterfangen, bei dem häufig (meist religiöse) Klein- und Kleinstparteien sich ihre Rolle als "Königsmacher" mit der Zubilligung politischen Einflusses entlohnen lassen, der ihre gesellschaftliche Relevanz weit übersteigt. Nicht nur, aber auch aus diesem Grunde wird von großen Teilen der Bevölkerung seit langem eine Reform des Wahlrechts verlangt. Ein erster Reformschritt trat zu den jetzigen Wahlen zur Knesset erstmals in Kraft: Die Sperrklausel für die Erlangung eines Sitzes wurde von einem auf 1,5 Prozent erhöht. 15 der insgesamt 25 für die Knesset kandidierenden Parteien konnten diese Sperrklausel nicht überwinden, darunter zwei Parteien, die bisher in der Knesset vertreten waren.

Die rechtsradikal-religiöse Techija (Auferstehung) verlor alle 3 Sitze; Moledet (Heimat), die sich insbesondere für den "Transfer" der Palästinenser stark macht, erhielt 2 (1988: 3) Sitze; die rechtsradikale Tsomet (Scheideweg) konnte einen sensationellen Zuwachs auf 8 (2) Sitze verbuchen. Der Likud sank auf 32 (40) Sitze. Mit zusammen 59 (von 120) Sitzen verfehlte der Block der Rechten, Rechtsradikalen und Religiösen die Fähigkeit zur Regierungsbildung um gerade zwei Sitze. (Auf der Ebene der Stimmen tendiert der Unterschied zwischen rechtem bzw. religiösem und "linkem" Block gegen Null.)

Die KP-geführte Chadasch (Front für Gleichheit und Frieden) kam auf 3 (1988: 4) Sitze, die Progressive Friedensliste (PPL) scheiterte an der erhöhten Sperrklausel und verlor ihren einzigen Sitz; die Arabische Demokratische Partei (ADP) erhielt 2 (1) Sitze. Das aus den sozialdemokratischen bzw. liberalen Parteien Mapam (Vereinigte Arbeiterpartei), Ratz (Bürgerrechtspartei) und Schinui (Veränderung) zu diesen Wahlen gebildete Bündnis Meretz (Energie) errang 12 Sitze (1988 bei der Einzelkandidatur zusammen 10), die Arbeitspartei 44 (39). Der im israelischen Verständnis "linke Block" hätte mit seinen zusammen 62 Sitzen rein rechnerisch ohne weiteres eine "linke Regierung" bilden können. Da der Arbeitspartei-Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten, Jitzchak Rabin, eine Koalition mit "arabischen Parteien" (wie nicht nur - zutreffend - die ADP bezeichnet wird, sondern auch zum Zwecke der Diffamierung Chadasch und PPL) von vornherein ausgeschlossen hatte und überdies auf eine Einbeziehung der rechtsradikalen Tsomet in die Regierung spekulierte (vorgeblich, um die "linken" Meretz zu "bändigen"), war diese Lösung ausgeschlossen.

Das Zustandekommen von Rabins Wunschregierung - eine Koalition von Arbeitspartei, Meretz, sefardisch-orthoxer Schass (Schomrei Torah Sefardim - Sefardische Wächter der Torah) und rechtsradikaler Tsomet - scheiterte nicht etwa am Einspruch des liberal-sozialdemokratischen Meretz-Bündnisses, sondern an dem taktischen Fehler Rabins, dem Tsomet-Führer Rafael Eitan das Erziehungsministerium versprochen, es aber der Fraktionsführerin der Meretz, Schulamit Aloni, gegeben zu haben. Eitan zog sich daraufhin beleidigt in die Opposition zurück. Die Regierungskoalition besteht jetzt aus Arbeitspartei, Meretz und Schass mit zusammen 62 Sitzen und wird von den "arabischen Parteien", Chadasch und ADP, die zusammen über 5 Sitze verfügen, unterstützt.

Sieg der Linken?

Weniger in Israel, wohl aber im Ausland, und durchaus über die interessierten (sozialdemokratischen) Kreise hinaus, wird das Wahlergebnis als ein Sieg der Linken aufgefaßt. Und da sich das Ausland kaum für die innerisraelischen Verhältnisse interessiert, um so mehr aber für Verlauf des israelisch-palästinensischen Konflikts, wird die Regierung Rabin vornehmlich unter der Fragestellung betrachtet, welche Fortschritte sie im "Friedensprozeß" macht. Dieser "Friedensprozeß" war jedoch kein wesentliches Thema dieser Wahlen, und er ist somit auch nicht Gegenstand dieser Wahlanalyse (obwohl aus ihr auch einige wichtige Folgerungen für den "Friedensprozeß" abzuleiten sind).

Nach der Sitzverteilung hat der "linke" Block 61, der Block der Rechten und Religiösen 59 Sitze. Das Wahlergebnis, in Wählerstimmen ausgedrückt, zeigt, wie Wolf Silberbach in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung" errechnete, daß "die Linke und der bisher regierende rechts-orthodoxe Block praktisch genauso viele Wählerstimmen erhalten" haben. Die Parteien, die in der ausgehenden Knesset in der Opposition waren (alle der Linken zugerechneten Parteien), bekamen jetzt 1,285 Mio. Stimmen; auf die Parteien der bisherigen Koalition und die, die mit ihr identifiziert wurden, entfielen 1,290 Mio. Stimmen. Aufgrund der erhöhten Sperrklausel hat die Linke lediglich 26.000 Stimmen verloren, die Rechte, die zersplitterter auftrat als die Linke, aber 65.000. Silberbach: "Die Differenz der ‚verlorenen Stimmen` - 39.000

zuungunsten der Rechten - hätten dieser zu einem oder gar zwei Mandaten mehr auf Kosten der Linken verhelfen können." Von einer Stärkung linker bzw. Schwächung rechter Politik durch das Wahlvolk kann also nicht die Rede sein.

In der realistischen Auffassung, sie habe nur dann Chancen, an die Regierungsmacht zurückkehren, wenn sie Schamir einen entsprechenden Kandidaten ihrer Partei gegenüberstelle, hatte die Arbeitspartei ihren Rechtsaußen Jitzchak Rabin zum Spitzenkandidaten gekürt. Bei prinzipiell geringen Unterschieden in der langfristigen politischen Zielsetzung zwischen Arbeitspartei und Likud (2) bzw. zwischen Rabin und Schamir besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied in deren jeweiliger Politikauffassung.

Schamir betonte erst jüngst noch seine Bewunderung für die Zähigkeit und Hartnäckigkeit Lenins und Maos und erläuterte: "Taktiker ohne Ideologie werden nichts erreichen. Wer eine Ideologie hat, hat die Möglichkeit, die Hilfe von Taktikern zu erlangen - aber die erste Priorität hat die Ideologie." Mit der ihm eigenen Bockbeinigkeit gab Schamir nach der Wahlniederlage - vermutlich auch noch stolz - bekannt, er habe die Hinauszögerung der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern für zehn Jahre geplant, um in der Zwischenzeit eine halbe Million Juden in den besetzten Gebieten anzusiedeln und Gebietsverzichte für alle Zeiten auszuschließen. Rabin hingegen bezeichnete als seine "ganze Doktrin in der Nußschale": "Ich bin nicht willens, einen einzigen Zentimeter Sicherheit aufzugeben, aber ich bin willens, viele Zentimeter Sentiments und Gebiet (...) um des Friedens willen aufzugeben." (Wobei "Frieden" aus Rabins Munde hier heißt: wirtschaftliche Gesundung des Landes, Erlangung der Kreditbürgschaft von den USA und anderer Hilfen aus dem Ausland.)

Ein nicht völlig zu vernachlässigender Unterschied besteht auch in der Person Schamirs bzw. Rabins, die mit ihren Lebenserfahrungen für je unterschiedliche große Wählergruppen in Israel stehen. Schamir, der der Vernichtung durch seine Emigration 1935 von Polen nach Palästina entkam, äußerte im April dieses Jahres vor Schülern und Schoa-Überlebenden: "Mein Vater Schlomo Yzernitsky, der bei einem polnischen Nachbarn, den er seit vielen Jahren kannte, Zuflucht suchte, wurde von ihm getötet. Meine Mutter wurde von einem Mann getötet, der in unserem Haus seit vielen Jahren gearbeitet hatte." Schamir ist so die Verkörperung des Lebensgefühls vieler jüdischer Israeli, man könne nur sich selbst trauen und: "Die ganze Welt ist gegen uns". Rabin hingegen ist in Palästina geboren und kann auf eine dreißigjährige hochgeachtete Militärkarriere zurückblicken - im Sechs-Tage-Krieg war er Generalstabschef -, als Verteidigungsminister plante er die Entebbe-Aktion, und mit seiner Knochenbrech-Parole zu Beginn der Intifada sprach er vielen Israeli aus dem Herzen. Durch seine Tätigkeit als israelischer Botschafter in Washington ist er mit der US-amerikanischen wie westlicher Politik überhaupt sehr vertraut.

Abschied von der Ideologie

Hatte die Mehrheit der Israeli mehr als ein Jahrzehnt lang die Parteien gewählt, deren Politik mit Mythologien durchmischt war, forderte nun ein größerer Teil der Israeli, als es aus der Zusammensetzung der Regierungskoalition ersichtlich ist, pragmatische Anworten auf die brennenden Probleme des Landes.

Die Arbeitslosenrate ist auf etwa 12 Prozent angestiegen, bis zum Jahresende wird eine Verdoppelung auf 25 Prozent befürchtet. Von den Neueinwanderern aus der Sowjetunion bzw. der GUS war im 1. Quartal 92 sogar ein Drittel arbeitslos (25 Prozent der Männer, 42 Prozent der Frauen). Hinzu kommt, daß die meisten dieser Einwanderer, die in der SU überwiegend hochqualifizierte technische, wissenschaftliche und künstlerische Berufe ausgeübt hatten, nur sehr geringe Chancen auf eine adäquate Anstellung in Israel haben. Das Scheitern der Likud-Regierung an der Integration dieser Neueinwanderer hat mittlerweile ein krasses Sinken der Einwandererzahlen aus der GUS bewirkt.

Sehr hoch ist ebenfalls die Arbeitslosigkeit unter den jungen Israeli nach Abschluß ihres Wehrdienstes, was einer der Gründe der sehr hohen Auswanderungsrate gerade junger und qualifizierter Israeli ist. (Genaue Zahlen scheinen hier nicht vorhanden zu sein, da die Auswanderung nur selten direkt erklärt wird; Schätzungen gehen von bis zu 500.000 Israeli "mit ständigem Aufenthalt im Ausland" aus.) Rabin warnte in seiner Regierungserklärung: "Wir wollen nicht, daß die Kinder Israels sein Hauptexportgut werden."

Boden- und Wohnungspreise (Mietwohnungen sind in Israel eher unüblich) sind in den letzten Jahren explodiert, wovon insbesondere junge Familien, orientalische Juden und Neueinwanderer aus der SU bzw. GUS betroffen sind. Im Sommer 1990 waren es 1.700 israelische Familien, die auf öffentlichen Plätzen und in

Parks 46 improvisierte Zeltlager aufschlugen, um gegen die ihnen drohende oder bereits bestehende Obdachlosigkeit zu protestieren. (3)

Die starre Haltung der Likud-Regierung, die - anstatt auf die Forderung der US-Regierung einzugehen, zumindest einen zeitweiligen Baustopp in den besetzten Gebieten einzulegen - eine für den Staatshaushalt ruinöse wahre Orgie des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten betrieb, hatte zur Folge, daß die USA die dringend für die Integration der Immigranten und die Belebung der Wirtschaft benötigte Kreditbürgschaft über zehn Milliarden US-Dollar verweigerte, wie überhaupt das Verhältnis zwischen einer israelischen Regierung und den für Israel überaus wichtigen USA selten so schlecht war wie unter der Ägide Schamirs.

Der durch ihre spezifische Rolle im Prozeß der Regierungsbildungen überaus große Einfluß religiös-orthodoxer Parteien auf das Leben der wohl 90 Prozent säkularen Israeli - ein Einfluß auf Ehe, Erziehung und viele Aspekte des Alltagslebens - ist zunehmend auf Widerstand gestoßen. Ein spezielles Ärgernis für säkulare Israeli ist es zudem, daß ein großer Teil der Orthodoxen zu den "Falken" in der Politik gehört, einige zehntausend Studenten der Jeschiwot (Religionsschulen) aber von dem für alle jungen Männer und Frauen obligatorischen drei- bzw. zweijährigen Wehrdienst befreit sind.

Schließlich lehnten die Wähler, wie es Meron Benvinisti (ehemaliger stellvertretender Bürgermeister Jerusalems und Leiter einer Forschungsgruppe, die zahlreiche Studien über die besetzten Gebiete vorgelegt hat) in "Haaretz" formulierte, "den Mystizismus und die Mythologie von Blut und Boden ab und verlangten praktische Antworten auf das Problem, das durch die Besetzung geschaffen ist."

Neueinwanderer aus der SU

Die Stimmen, die den Wechsel der Regierungsgewalt bewirkten, stammen größtenteils von den Neueinwanderern aus der SU, von denen etwa 200.000 Personen im wahlberechtigten Alter sind, von den orientalischen Juden und den 300.000 Jungwählern.

Eine unter den Immigranten aus der Sowjetunion im August 1990 geführte Umfrage der Hebräischen Universität hatte ergeben, daß 73 Prozent rechte Parteien unterstützen, darunter 27 Prozent den Likud und 30 Prozent rechtsextreme Parteien. Allgemein bestand lange Zeit die Auffassung, daß die sowjetischen Neueinwanderer alles meiden würden, was auch nur dem äußeren Anschein nach "links" ist. Tatsächlich hatten diese Neueinwanderer jedoch in ihren ersten ein, zwei Jahren in Eretz Israel erkannt, daß ihnen die Likud-Propaganda von der "Einsammlung der Verstreuten" weder Arbeitsplätze noch Wohnungen verschafft. Sie erwiesen sich, konstatiert ein israelischer Wahlanalytiker, als "ausgemachte Pragmatiker". Keine der drei neugebildeten Parteien für diese Neueinwanderer überwand die Sperrklausel, aber etwa 50 Prozent der sowjetischen Neueinwanderer wählten die Arbeitspartei (eingesessene Israeli: 35 Prozent) und 13 Prozent Meretz (eingessene Israeli: 10 Prozent); sie verschafften damit dem "Linksblock" fünf Sitze. Nur 10 Prozent (und damit bei weitem nicht die 1990 erfragten 27 Prozent) entschieden sich für Likud. Wie wenig sich in dieser mehrheitlichen Entscheidung für die "Linke" eine Unterstützung einer politischen Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ausdrückt, erwies sich in einer Umfrage einige Wochen nach den Wahlen: 69 Prozent der sowjetischen Neueinwanderer sprachen sich für eine "harte Linie" gegenüber den Palästinensern aus. Damit entsprechen sie im wesentlichen dem jüdisch-israelischen Mehrheitskonsens. In der selben Umfrage ergab sich, daß mehr als die Hälfte aller Israeli der Meinung sind, daß die besetzten Gebiete unter israelischer Oberhoheit verbleiben sollten, auch wenn dies den Friedensprozeß behindere; nur 33 Prozent sprachen sich für die - höchst interpretationsfähige - Formel "Land gegen Frieden" aus.

Ebenso wie eine Mehrheit der orientalischen Juden 1977 zum Sturz der Arbeitspartei-Regierung beigetragen hatte, um sie für die Vernachlässigung ihrer Belange zu "strafen", wandte sich jetzt ein beträchtlicher Teil der orientalischen Juden gegen den Likud, der ihre Lage im vergangenen Jahrzehnt nicht nennenswert verbessert hatte.

Eines der bemerkenswertesten Phänomene aus der Vorwahlzeit ist, daß viele der Jungwähler in ihrer Entscheidung zwischen Meretz und Tsomet, also zwischen "Linken" und Rechtsradikalen, schwankten. Diese Unsicherheit resultierte aus dem Verlangen nach radikaler Änderung, wobei Inhalt und Ziel der Änderung unbestimmt blieben. Der rechtsradikalen Tsomet, die von zwei auf acht Sitze aufstieg, kam überdies zugute, daß ihr Parteiführer, der Ex-Generalstabschef Rafael Eitan als nicht korrupter, als "sauberer" und "ehrlicher" Politiker gilt. Ein Aspekt, der im politischen Geschehen Israels, das immer wieder von Korruptionsskandalen

erschüttert wird (wozu in den letzten Jahren die unerbittliche Staatskontrolleurin Miriam Ben-Porat wesentlich beigetragen hat), nicht unterschätzt werden darf. Gegen den alten und neuen Innenmister Arjeh Deri ist beispielsweise eine Untersuchung wegen Korruptions- und Mordverdachts anhängig.

Betrachtet man Motivation und Zusammensetzung des Teils der Wähler, die den Regierungsantritt der Arbeitspartei ermöglicht haben, wird auch auf dieser Ebene deutlich, daß das Wahlergebnis keinen grundlegenden politischen Einstellungswandel ausdrückt. Die jüdischen Israeli, konstatierte der palästinensische Soziologe Saleh Abdul Jawad mit sanftem Zynismus, "wählten zwischen Brot, Arbeitsplätzen, Sozialleistungen und ihren Videos und der Idee eines ‚größeren Israel'." Sie votierten für die "pragmatische Arbeitspartei" und gegen den "ideologischen Likud" (Ruvik Rosenthal in "new outlook").

Die Feststellung, daß das Wahlergebnis keinen grundlegenden politischen Einstellungswandel ausdrückt, bedarf jedoch einer Ergänzung und Relativierung. "Der religiöse Block war zweifellos der große Verlierer", stellt Josef Goell in seiner Wahlanalyse in der "Jerusalem Post" fest. Sie verloren zwar wenige Sitze, zugleich aber ihre Rolle als "Königsmacher", die sie befähigte, weit über das ihnen von den Wählern zugebilligte Maß hinaus in das Leben der säkularen Israeli einzugreifen. "Wenn es irgendeinen großen Wechsel im israelischen Leben im Ergebnis dieser Wahlen geben wird, dann wird er in der Zügelung der Macht der religiösen Parteien bestehen." Ähnlich urteilt Shaul Ben-Haim in der "Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung": "Die religiösen Parteien haben durch das Wahlergebnis einen Teil ihrer Erpressungsmacht eingebüßt." Zwar ist mit der sefardisch-orthodoxen Schass eine religiöse Partei in der Regierungskoalition vertreten, der das für die Religiösen sehr interessante Innenministerium überlassen wurde, die zwei Vizeministerposten erhielt und die Zusage zur Schaffung einer neuen, separaten Erziehungs- und Kulturverwaltung. Aber der Koalitionseintritt der Schass hat einen heftigen Streit ausgelöst, der zu einer weiteren Zersplitterung des religiösen Lagers führen könnte.

Der Machtverlust des religiösen Blocks zeigt sich auch in der Art der Wählerentscheidung für die rechtsradikalen Parteien. Techija, die eine rechtsradikale Politik mit relativ starkem religiösen Einschlag betrieb, verlor alle ihre Sitze; Moledet, die im Ruf steht, mit den Religiösen zumindest zu liebäugeln, verlor einen ihrer zuvor drei Sitze. Tsomet aber, die eine rechtsradikale Politik rein säkularer Ausprägung betreibt, stieg von zwei auf acht Sitze an. Es ist anzunehmen, daß ein sehr großer Teil der früheren Techija- und Moledetwähler diesmal der Tsomet ihre Stimme gegeben hat. Der gleichzeitige Abstieg nationalistisch-religiöser Parteien und Aufstieg der rein nationalistischen Moledet wird in einer israelischen Wahlanalyse als ein neues "rechtes anti-religiöses Sentiment" gewertet.

Palästinensische Israeli

Von den 800.000 arabischen (größtenteils palästinensischen) Bürgern Israels sind 400.000 im wahlfähigen Alter, sie stellen damit gut 12 Prozent aller israelischen Wähler, was annähernd 14 Knesset-Sitzen entspricht.

Die sehr naheliegende Annahme, alle oder zumindest die weitaus meisten der palästinensischen Israeli würden nicht- zionistische Parteien - Arabische Demokratische Partei, Chadasch und Progressive Friedensliste - wählen, trifft jedoch nicht zu. Nur die Hälfte von ihnen entschied sich für die genannten Parteien, die andere Hälfte wählte die Arbeitspartei, Meretz, religiöse Parteien und Likud. (Eine nicht unzulässig verkürzte Erklärung dieses Phänomens erforderte eine eigene Abhandlung.) Das Wahlverhalten zeige, urteilt die in Jerusalem erscheinende anti-zionistische Zeitschrift "News from Within", "die Fortsetzung eines Trends der Entpolitisierung der arabisch-palästinensischen Bevölkerung - im Sinne einer Schwächung und fast eines Verschwindens nationaler Politik als ein unabhängiger Ausdruck ihres Willens. (...) Die ‚arabische Stimme` hat ihre Fähigkeit, ein selbständiges Gewicht in israelischen Wahlen darzustellen, vollständig verloren." Und der palästinensische Publizist Azmy Bishara kommentiert: "Schon lange zeigten sich die palästinensischen Bürgerinnen und Bürger Israels nicht mehr so ‚israelisiert` wie bei diesen Wahlen. Mehr als die Hälfte von ihnen stimmte für zionistische Parteien, ein vergleichbares Ergebnis gab es seit 1977 nicht mehr." Alexander Bligh, der Berater des Ministerpräsidenten für "arabische Angelegenheiten", ist hingegen des Lobes voll und bescheinigt den palästinensischen Staatsbürgern Israels "große Reife": "Sie beschränkten sich nicht auf eine wirkungslose Protestwahl gegen den Staat, indem sie eine arabische Partei wählten, sondern wirkten entscheidend bei der Gestaltung der Kräfteverhältnisse in Israel mit."

Siedlungsstopp?

Wenn auch bei diesen Wahlen nicht der "Friedensprozeß" zur Abstimmung stand, hat - aus pragmatischen, nicht aus prinzipiellen Gründen - die Frage der Siedlungen in den besetzten Gebieten eine gewichtige Rolle gespielt. Zum einen hatte die Likud-Regierung in unverantwortlicher Weise den Staatshaushalt für den Siedlungsbau geplündert; zum anderen hatten die USA die in Aussicht gestellte Kreditgarantie über zehn Milliarden Dollar auf Grund der Weigerung der Likud-Regierung, den Siedlungsbau zugunsten des "Friedensprozesses" auszusetzen, bisher nicht erteilt.

Rabin hatte während des Wahlkampfes betont, er unterscheide zwischen dem zukünftigen Verfahren gegenüber den besetzten Gebieten und den "massiven Investitionen von Milliarden in den dortigen Siedlungen". Diese Investitionen würden gestoppt und für andere weitaus wichtigere Belange wie für die Wirtschaft, die Senkung der Arbeitslosigkeit, die Förderung der Einwanderung und die Integration der Einwanderer verwendet werden. Die Strategie der Arbeitspartei werde darin bestehen, "die Reihenfolge der nationalen Prioritäten zu ändern". Vom einem Stopp des Siedlungsbaus, geschweige denn von einer Aufgabe bestehender Siedlungen könne keine Rede sein. Gestoppt werde allein der Neubau "politischer Siedlungen"; die "sicherheitsrelevanten Siedlungen" entlang der - wie es in den Richtlinien der Arbeitspartei zur Siedlungspolitik heißt - "Konfrontationslinien" im Jordan-Tal und auf den Golan-Höhen würden verstärkt werden. Vom Siedlungsbau um Ost- Jerusalem herum und immer weiter in die besetzte Westbank hinein war erst gar nicht die Rede. Das von Israel teils bereits annektierte, teils beanspruchte Gebiet "Groß-Jerusalems" erstreckt sich mittlerweile bis zu zehn Kilometer gen Osten und reicht im Süden bis Bethlehem und im Norden bis Ramallah.

Nach den Angaben des "Judaea and Samaria Coucil" ("Judäa und Samaria" lautet die biblischer Diktion folgende offizielle Sprachregelung für die besetzte Westbank in Israel) befanden sich Anfang Juli 19.500 Wohneinheiten (womit größten Teils Häuser gemeint sind) in verschiedenen Stadien der Fertigstellung: 3.500 seien geplant, für 3.000 werde der Baugrund vorbereitet, 9.000 seien im Bau, 4.000 seien fertiggestellt, aber noch nicht an Wasser, Strom usw. angeschlossen. Diesen Angaben des Councils ist der Vollständigkeit hinzuzufügen, daß rund 30.000 fertiggestellte Wohneinheiten leerstehen.

Zur Freisetzung von Geldern und um die USA zu schleunigen Freigabe der Kreditgarantie zu bewegen, wurde ein allerdings sehr beschränkter Baustopp umgehend von der neuen Regierung in Angriff genommen. 6.600 Bauvorhaben, die sich zum allergrößten Teil erst im Planungszustand befanden, sind nach Regierungsangaben aufgegeben worden. Fortgesetzt wird, ebenfalls nach Angaben der Regierung, der bereits begonnene Bau von gut 10.000 Wohnungen bzw. Häusern, darunter 1.686 "im Raum Jerusalem", womit hier die Westbank gemeint ist. Laut "Al-Fajr" sind es 8.000 Hauseinheiten, die in den besetzten Gebieten weitergebaut werden, und 3.000 in Ostjerusalem. (Alle diese Zahlenangaben sind vermutlich nur Näherungswerte, da sie, wie der Israelkorrespondent für u.a. die FR feststellte, "je nach Quelle" um mehrere tausend Wohneinheiten schwanken.) Ebenfalls nicht betroffen von dem Siedlungsstopp sind die 1.000 Wohnungen in den besetzten Gebieten, die mit privaten Geldern errichtet werden. Zusätzlich wurde der Neu- bzw. Ausbau einiger Straßen in den besetzten Gebieten, sofern sie nur "politischen Siedlungen" von Nutzen sein würden, aufgegeben.

Diese vergleichsweise geringe Einschränkung der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten entspricht zwar keinesfalls der Forderung der USA nach einem - zumindest befristeten - völligen Siedlungsstopp. Aber so ernst war es ja auch nicht gemeint: Rabin, der anders als Schamir unter führenden US-Politikern hohes Ansehen genießt, hatte jedenfalls die Kreditzusage in der Tasche, als er Anfang August von seinem Treffen mit Bush nach Israel zurückkehrte.

Die jetzige Siedlungsplanung - Autonomieversprechen hin oder her - entspricht im wesentlichen dem Siedlungsplan der Arbeitspartei, wie er von ihr (als verschärfte Variante des Ende der 60er Jahre erarbeiteten Allon-Plans) 1976 als Grundlage für einen "territorialen Kompromiß" entwickelt worden war. In diesem Plan ist vorgesehen, daß das Jordantal in einer Breite von ca. 20 Kilometern als "Sicherheitszone" sowie großräumig die auf der Westbank gelegenen Einzugsbereiche von Jerusalem und Tel Aviv von Israel annektiert werden (siehe nebenstehende Karte). (4) Die beiden verbleibenden Landstriche im Norden und Süden der Westbank (auf den Gasastreifen gehe ich hier nicht ein) werden jedoch auch nicht einschränkungslos "palästinensischer Autonomie" zur Verfügung stehen. Einige hundert kleinerer und größerer Landflecken sind zum israelischen Staatsland erklärt worden oder sollen Israel auf diesem Wege zugeschlagen werden. (5)

Zwar waren und sind es die nationalistisch und/oder religiös motivierten Siedler, die am lautstärksten und häufig auch gewaltsam die Westbank als Teil Eretz Israels beanspruchen. Die weitaus größere Gefahr für eine ständige jüdisch-israelische Besiedlung großer Teile der Westbank, gleich ob weiterhin unter dem Status quo oder von Israel annektiert, geht langfristig von jenen Israeli aus, die, weder religiös noch nationalistisch motiviert, sondern von den hohen Boden- und Wohnungspreisen getrieben, in eine der meist hoch subventionierten Wohnungen im - auf der Westbank gelegenen - Einzugsbereich von Jerusalem und Tel Aviv gezogen sind. Der Rücktritt vom Bau einiger tausend "politischer Siedlungen" bekräftigt das "Wohnrecht" in den verbleibenden Gebieten der Westbank nur noch. Das Mandat, das die Wähler der Arbeitspartei und Meretz gaben, schreibt Meron Benvinisti in "Haaretz", "gründet nicht auf einer ideologischen Unterstützung für territoriale Kompromisse (...). Im Gegenteil: Es kennzeichnet die Ent-Ideologisierung der territorialen Frage." Mit anderen Worten: die Normalisierung jüdisch-israelischer Präsenz auf der Westbank, wird diese Präsenz jetzt doch nur noch mit entweder allgemein anerkannten "Sicherheitsinteressen" oder der Wohnungsnot in Israel begründet.

Eine relevante Opposition innerhalb oder außerhalb des Parlaments gegen diesen so gearteten Siedlungsstopp ist nicht zu erwarten. Schalom Achschaw (Frieden Jetzt), die Protestbewegung, die nach einem schönen Wort von Amos Oz "keine Partei, eher eine ‚Stimmung'" (6) ist, hat der neuen Regierung einige recht sinnvolle Vorschläge u.a. zu einem relativ weitgehenden Siedlungsstopp unterbreitet, verfügt aber nicht über die Kraft und den Anhang, auch nur einen relevanten Teil ihrer Vorschläge durchzusetzen. Die Parteien Ratz und Mapam, die gemessen an den sonstigen Parteien noch am weitestgehenden für die Rechte der Palästinenser eingetreten waren, haben schon zugunsten des Zusammenschlusses mit Schinui zur Meretz etliche Abstriche machen müssen. Nunmehr eingebunden in eine Koalition mit der Arbeitspartei, deren Premier Rabin von Anbeginn klargestellt hat, daß er es sein wird, der die Politik bestimmt, wird Ratz ihre bisherige Funktion als Mahner und als Ankläger israelischer Regierungspolitik kaum noch ausüben können. Meretz bewies bereits ihre überschäumende Kompromißbereitschaft nicht nur durch das faktisch skandalöse Einverständnis, Koalitionspartner der rechtsradikalen Tsomet zu sein, sondern auch mit ihren Äußerungen nach der Wahl. Ebenso wie die meisten anderen Parteien werde Meretz "nie" auf Ost-Jerusalem verzichten. Und auch ihre ursprüngliche Forderung nach völligem Siedlungsstopp und der Streichung der Unterscheidung "politischer" und "sicherheitsrelevanter" Siedlungen erwies sich als verhandelbar. Ein Meretz-Sprecher: "Es geht ja zunächst nicht um einen palästinensischen Staat, sondern nur um die Autonomie der Palästinenser in den besetzten Gebieten."

Klaus Mellenthin

Quellen:

1) Vgl. John Bunzl: Juden im Orient. Jüdische Gemeinschaften in der islamischen Welt und orientalische Juden in Israel. Wien (Junius) 1989, S. 87-121; Schlomo Svirsky, Devorah Bernstein, Karlheinz Schneider: Sefarden in Israel - zur sozialen und politischen Situation der jüdisch-orientalischen Bevölkerung. Bearb. u. hg. von Reiner Bernstein. Berlin (Deutsch-Israelischer Arbeitskreis, Schriften Band 6) 1982; Amos Oz: Im Lande Israel. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1984, S. 27- 46; Johannes Glasneck, Angelika Timm: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung. Bonn (Bouvier) 1992, S. 86, S. 183 f.

2) Zur Ähnlichkeit der politischen Auffassungen des sozialistischen Zionisten Ben- Gurion und des revisionistischen Zionisten Begin siehe u.a. Simcha Flapan: Die Geburt Israels. Mythos und Wirklichkeit. München (Knesebeck & Schuler) 1988, S. 10 ff.

3) new outlook, August 1990. Schwerpunktthema: "Tent People. Homeless in Israel 1990"

4) The West Bank and Gaza Atlas. Hg. von Meron Benvinisti und Shlomo Khayat. Jerusalem (West Bank Data Project - Jerusalem Post) 1988, S. 63 f., S. 100 (Karte)

5) The West Bank Data Project. A survey of Israel's policies. Hg. Meron Benvinisti. Washington und London (American Enterprise Institute for Public Policy Research) 1984, S. 85 (Karte). - Deutschsprachige Teilübers. dieser Studie mit zusätzl. Beiträgen: Jan Metzger (Hg.): Auf dem Weg zur Annexion. Die Zukunft von Westbank und Gaza-Streifen nach zwei Jahrzehnten israelischer Besatzung. Berlin (Deutsch- Israelischer Arbeitskreis, Schriften Bd. 13) 1986

6) Amos Oz: Bericht zur Lage des Staates Israel. Frankfurt (Suhrkamp) 1992, S. 10

Sowie div. Ausg. vorwiegend der Monate Juni- August 1992 von: Al Fajr (Ost-Jerusalem), Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, Basler Zeitung (Schweiz), blätter des iz3w, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Freitag, israel & palästina, Jerusalem Post - International Edition (Israel), Neue Zürcher Zeitung (Schweiz), New Outlook (Israel), News from Within (Israel), Palästina Bulletin, Spiegel, Süddeutsche Zeitung, Tages-Anzeiger (Schweiz), taz, The Other Front (Israel), Die Welt, Weltwoche (Schweiz), Wochenzeitung (Schweiz)

25. Kambodscha aktuell: Die Abwesenheit von Krieg ist noch lange kein Frieden

Autor: Andreas Skrypietz · Rubrik: Kambodscha · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:35

In knapp einem Jahr sollen in Kambodscha freie und demokratische Wahlen abgehalten werden. Dies jedenfalls sieht das Pariser Abkommen über Kambodscha vor. Bis dahin sollen rund 70% der diversen Truppenverbände entwaffnet, die innenpolitische Stabilität wiederhergestellt und das Land wieder einigermaßen bewohnbar sein.

Wie dies bis zum April oder Mai nächsten Jahres bewerkstelligt werden soll, ist unklar. Zu groß sind die Widerstände der ehemaligen Bürgerkriegsfraktionen, zu immens die Aufgabe, das Land wieder besiedlungsfähig zu machen.

Im folgenden wird versucht, einen Überblick über die derzeitige Situation in Kambodscha zu geben. In einem der nächsten aks soll das Verhältnis der kommunistischen Parteien von Kambodscha und Vietnam untersucht werden.

Die aktuelle Lage in Kambodscha wird bestimmt durch die Maßnahmen der UNO-Truppen zur Umsetzung des Abkommens von Paris. Zu diesem Zweck sind rund 16.000 Soldaten der UNO nebst zivilem Personal in Kambodscha. Diese Truppe mit dem Titel United Transitional Authority in Cambodia - UNTAC - soll sowohl die Guerilla entwaffnen und die ehemaligen Kämpfer in UNO-geschützten Zonen ansiedeln als auch mit Hilfe der ehemaligen Regierung das Land regieren. Dies ist die Regierung Hun Sen, die noch von den Vietnamesen vor ihrem Abzug 1989 installiert worden ist.

Die UNO-Einheiten haben bislang 12.700 KämpferInnen entwaffnet und neu ansiedeln können. Angesichts von rund 200.000 Bewaffneten im Land nicht gerade eine ermutigende Zahl. Diese Menschen werden ebenso wie zurückkehrende Flüchtlinge in Zonen untergebracht, in denen die UNTAC die Sicherheit des Gebietes gewährleisten soll, d.h. vor allem den Schutz vor Guerillaangriffen. Ob das gelingt, ist das Risiko der dort Lebenden. Größtes Risiko sind die "Hinterlassenschaften" der Kriege in Cochinchina: Minen, Bomben, Blindgänger aus den Kriegen von rund 100 Jahren. Dieses "Erbe" gefährdet täglich Menschenleben in Kambodscha, vergrößert die Zahl der Kriegskrüppel - derzeit über 30.000, die medizinisch nicht versorgt werden können, und verhindert einen systematischen Aufbau des Landes.

Weiterhin hat laut dem Pariser Abkommen die UNO die Regierungsverantwortung für Kambodscha übernommen. Die UNTAC unter Yasushi Akushi, dem japanischen Vorsitzenden, arbeitet hierbei eng mit der ehemaligen Regierung Hun Sen und ihrer Administration zusammen. Vordringlichste Aufgabe der zivilen Abteilung ist es, die Verwaltung des Landes zu reorganisieren und eine politische Normalisierung zu ermöglichen. Ob dies überhaupt gelingen kann, ist zweifelhaft, denn die Unwägbarkeiten sind zahlreich.

Die Kosten der UNTAC

16.000 Soldaten, 3.600 Polizisten und 2.400 ZivilistInnen gehören zu diesem Kommando, seine Kosten werden sich bis zu den geplanten Wahlen auf rund 2 Billionen Dollar belaufen. Wie dieses Geld von der UNO aufgebracht werden soll, ist angesichts der permanenten Finanzknappheit und der Säumigkeit einiger Staaten fraglich. So sind allein die USA mit rund einer Milliarde Dollar Mitgliedsbeiträgen im Rückstand, und die Bush-Administration hält derzeit aus wahlkampfpolitischen Erwägungen rund 600 Millionen Dollar für die Finanzierung der UNTAC zurück.

Die Finanzierung

des Wiederaufbaus

Als ein erstes positives Zeichen beschlossen am 20.-22. Juni in Tokio 33 Staaten, die EG und zwölf internationale Organisationen, Kambodscha eine Wiederaufbauhilfe in Höhe von 880 Millionen Dollar zukommen zu lassen. Dieses Geld ist zunächst für den Bau und die Reparatur von Straßen, Versorgungssystemen und den Wiederaufbau des Gesundheitswesens vorgesehen. Es wird zudem nur ein Teil des Geldes sofort bereitgestellt, den größten Teil der Summe soll Kambodscha erst nach den Wahlen im

nächsten Jahr erhalten - vorausgesetzt, daß es sich als würdig erwiesen hat, Geld vom zivilisierten Rest der Welt zu erhalten! Im Moment wird das meiste Geld für den Bau von Flüchtlingsunterkünften verwandt werden müssen, denn rund 750.000 zurückkommende Flüchtlinge und demobilisierte Soldaten müssen untergebracht werden. Allerdings können an diesem Topf nur diejenigen partizipieren, die sich vollständig dem Procedere des Pariser Abkommens unterziehen. Diese Bedingung zielt hauptsächlich gegen die Khmer Rouge. Da es sich bei diesem Geld um eine humanitäre Wiederaufbauhilfe mit langfristigem Charakter handeln soll, ist nicht klar, ob darin auch Mittel enthalten sind, um das Land von den Minen und Bomben zu räumen, die nach wie vor zu Abertausenden im Boden liegen.

Ein unregelmäßiges

Viereck zu einem Kreis zirkeln

Unter der Leitung der UNTAC sollen im Obersten Nationalen Rat (ONR) alle vier Fraktionen des Bürgerkrieges über die Einhaltung des Pariser Abkommens wachen und beraten. Zugleich sollen sie der UNO bei der Umsetzung des Abkommens behilflich sein. Innerhalb dieses Gremiums soll eine Art nationale Verständigung erfolgen. Doch die Sache hat mehrere Haken, denn das Verhältnis der ehemaligen Kriegsgegner ist nach wie vor extrem schwierig: Die ehemaligen Partner in der Exilregierung Sihanouk sind sich einig in der Ablehnung der ehemaligen Regierung Hun Sen als vietnamesischer Marionette. In der Gegnerschaft zu den Khmer Rouge sind sich die demokratischen und monarchistischen Kräfte einig mit den Hun-Sen-Leuten. Gleichzeitig stehen die Khmer Rouge und die Hun-Sen-Gruppe den Kräften um Prinz Sihanouk skeptisch gegenüber, würden sich aber gegenseitig am liebsten massakrieren. Allein die Allianz der demokratischen Kräfte der ehemaligen Khmer Issarak und der Monarchisten um Sihanouk scheint beständig.

Prinz Sihanouk gilt als zentrale Integrations- und Ausgleichsfigur. Er hat es in der Vergangenheit - besonders nach dem Einmarsch der Vietnamesen 1978/79 - verstanden, mit allen drei kambodschanischen Fraktionen ins Gespräch zu kommen. Seien es seine monarchistischen Anhänger nebst Guerilla, die demokratische Front resp. Khmer Issarak mit ihren KämpferInnen oder die Khmer Rouge, mit allen hat er über die Zukunft des Landes verhandelt, und als Ergebnis hat es damals die nationale Widerstandsregierung der drei Kräfte in Beijing gegeben.

Doch jenseits davon existiert seitens der verschiedenen Gruppen ein tiefes Mißtrauen gegen ihn. Von außen betrachtet erscheint er als die Integrationsfigur, aber selbst seine eigenen AnhängerInnen bezweifeln, daß er auf die Ehre eines königlichen Herrschers oder dergleichen zugunsten einer demokratischeren Verfassung verzichtet, wie er es bereits nach der Unabhängigkeit von Frankreich getan hat.

Die Khmer Issarak bzw. die demokratischen Kräfte befürchten gerade eine Wiederauferstehung der Monarchie, allerdings sind diese Befürchtungen nicht substantiell in ihren Reihen verankert. Eigentlich ist Sihanouk mit seiner Politik des nationalen Ausgleichs ihre Figur. Die Khmer Issarak wollen ein demokratisches Kambodscha aufbauen und haben als Vorbild die Zeit der kambodschanischen Unabhängigkeit nach 1955, als Sihanouk Staatspräsident war und eine strikte Neutralitätspolitik versuchte.

Die Hun-Sen- oder auch Phnom-Penh-Gruppe sieht sich als rechtmäßige Regierung des Landes und versucht, eine Politik in enger Anlehnung an Vietnam zu betreiben. Vorbild ist das Verhältnis zwischen Laos und Vietnam, das vergleichbar ist mit dem der DDR zur UdSSR. Diese Ausrichtung bringt ihnen regelmäßig den Vorwurf ein, die Marionette Hanois zu sein. Dies im übrigen nicht ganz zu Unrecht, denn bis vor kurzem war es gang und gäbe, daß sich Vertreter der Hun-Sen-Gruppe mit hohen Kadern in Hanoi trafen, um die neueste Richtung in den Verhandlungen im ONR abzustimmen. Diese Treffen waren meist an den Reaktionen der Hun-Sen-Vertreter im ONR abzulesen: War beim vorangegangenen Treffen noch in einer Frage eine Zustimmung seitens der Hun-Sen-Gruppe signalisiert worden, so wurde diese nach einem derartigen Treffen revidiert. Besonders kraß fällt dies in punkto Khmer Rouge aus, denn sollte die Hun-Sen-Gruppe einmal vorsichtige Zustimmung, ja Entgegenkommen zu Positionen dieser Gruppe gezeigt haben, wurde sie bislang von Hanoi zurückgepfiffen.

Ob die Hun-Sen-Gruppe in der Zukunft weiter so agieren wird, darf bezweifelt werden. Denn in der letzten Zeit ist es zu spürbaren Entspannungen zwischen China und Vietnam gekommen. So bot China an, die ausbleibende Wirtschaftshilfe aus Moskau zu übernehmen und Vietnam beim Wiederaufbau zu helfen. Zwar gibt es darauf noch keine offiziellen Reaktionen aus Hanoi, aber es darf als ein positives Signal in Richtung

Beijing verstanden werden, daß der letztjährige Außenminister entlassen wurde. Dieser stand in Beijing unter Kritik, da er den Ideen und Gedanken eines Michail Gorbatschow zu nahe stand. Weiterhin ist davon auszugehen, daß Hanoi aufgrund der eigenen Probleme im Land die Unterstützung für Hun Sen und seine Leute reduzieren wird.

Auf der anderen Seite erfährt die Hun-Sen-Gruppe seitens der UNO eine nicht zu verachtende Aufwertung. Es sind schließlich die Minister und Beamten ihrer ehemaligen Regierung, mit denen die UNTAC täglich zusammenarbeitet und auf die sie angewiesen ist. Dies ist auch die Anerkennung dafür, daß die ehemalige Regierung ihren Machtanspruch auf Kambodscha zumindest formal aufgegeben hat und sich zur Machtteilung mit der UNO bereiterklärt hat. So gesehen ist es fraglich, wie groß der Einfluß Hanois auf diese Gruppe noch ist.

Stärkster und gefürchteter Gegner in diesem Viereck sind die Khmer Rouge. Gefürchtet wegen ihres Versuchs, kommunistische Ideen kombiniert mit alten Methoden des Wirtschaftens aus der Zeit von Angkor Wat mit der Macht der Gewehrläufe umzusetzen. Über die Zeit des Pol-Pot-Regimes ist an dieser Stelle ausführlich geschrieben worden. Nach wie vor kursieren in Kambodscha Berichte und Gerüchte über die Zustände in den sog. "langisolierten Zonen", das sind die Gebiete, in denen die Khmer Rouge nach wie vor die Herrschaft ausüben. Ob es sich dabei um Greuelmärchen oder Tatsachen handelt, läßt sich nicht feststellen; kaum jemand ist bisher aus diesen Gebieten zurückgekehrt. Es ist allerdings kaum verwunderlich, daß Khieu Samphan bei seinem ersten Versuch, an den Sitzungen des ONR teilzunehmen, von einer aufgebrachten Menge in Phnom Penh fast gelyncht worden wäre. Mittlerweile haben sich die Gemüter beruhigt, und der ehemalige Chefideologe der Khmer Rouge kann ungehindert an den Sitzungen teilnehmen.

Stark - sowohl politisch als auch militärisch - sind sie aus mehreren Gründen. Seit Jahren wurden sie von China mit militärischer Ausrüstung versorgt. Die Zahl ihrer bewaffneten Kräfte wird auf 40.000 geschätzt, ausgerüstet mit Waffen und Munition, die für mindestes zwei Jahre Krieg reichen. Finanziell sind sie weitgehend unabhängig. In den von ihnen beherrschten Gebieten - hauptsächlich an der Grenze zu Thailand - lassen sie profitabel Edelhölzer und Edelsteine abbauen, die über die thailändische Grenze dem Weltmarkt zugeführt werden. In diese Position sind sie auch mit Hilfe der USA gelangt. Zwar gelten die Khmer Rouge als Menschenschlächter und Gefolgsleute Beijings, was aber die USA keineswegs davon abhielt, im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet Straßen und Krankenhäuser zu bauen zur Unterstützung der Feinde der damaligen vietnamesischen Invasoren, die wiederum Bündnispartner Moskaus waren. (Es wurde also Pol Pot unterstützt, um Moskau zu treffen, oder so ähnlich.) Weiterhin wurde es seitens der UNO in den siebziger Jahren abgelehnt, die Flüchtlingslager in diesem Grenzgebiet unter UNO-Aufsicht zu stellen; eine ideale Rekrutierungsbasis für die Pol-Pot-Gesellen.

Auf politischer Ebene setzen die Khmer Rouge alles daran, die Hun-Sen-Gruppe aus der Regierung zu drängen. Aus ihrer Sicht ist sie Handlager Vietnams und für den derzeitigen Zustand im Land verantwortlich. Zwar haben Pol Pot und seine Leute das Abkommen von Paris unterzeichnet, was sie aber keineswegs davon abhält, es nach ihrem Gusto zu interpretieren. Mal wird gegenüber der UNTAC behauptet, die Vietnamesen hätten noch nicht vollständig das Land verlassen; die Khmer Rouge könnten somit nicht demobilisieren, da ihre Sicherheit gefährdet sei. Die UNO-Einheiten waren bereit, diese Behauptungen zu überprüfen, doch wurden seitens der Khmer Rouge keine weitergehenden Hinweise gegeben, wo sich noch vietnamesische Verbände aufhalten würden. Dann wird gefordert, daß sukzessive alle Mitglieder der ehemaligen Regierung Hun Sen von ihren Ämtern zurücktreten müßten. Im gleichen Atemzug würden die Khmer Rouge ihre Guerillaeinheiten abbauen und unter UNO-Aufsicht stellen. Bislang ist diese Forderung nicht erfüllt, dennoch haben Anfang Juli 2.700 KämpferInnen der "Nationalen Volksbefreiungsarmee Kambodschas" unter Son Sann - einem ehemaligen Premierminister unter Pol Pot - ihre Waffen niedergelegt. Da es sich nicht um eine "echte" Einheit der Khmer Rouge handelt, wird dies allgemein als Zeichen des guten Willens gesehen, daß die Khmer Rouge weiterhin bereit sind, am Procedere des Abkommens von Paris festzuhalten.

Gleichzeitig wird von dieser Seite gefordert, daß der ONR bis zu den Wahlen im nächsten Jahr zusammen mit der UNTAC die Regierungsgewalt übernimmt. Auch dies soll der Entmachtung der Hun-Sen-Gruppe dienen. Bislang weigert sich die UNTAC, dieser Forderung auch nur ansatzweise nachzugeben, was seitens der Khmer Rouge mit schweren Angriffen auf UNO-Gebiete quittiert wird. Ob sie allerdings mit dieser Politik Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Denn die Khmer Rouge stehen unter doppeltem politischen Druck: auf der einen Seite von China, das sich gerne als lokale Ordnungs- und Friedensmacht etabliert sehen möchte und

versucht, als alter "Schutzpatron" die Khmer Rouge auf die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens zu drängen; auf der anderen Seite von Thailand, das bislang scheinbar vorbehaltlos die Politik der Khmer Rouge unterstützt hat. Sei es durch die Duldung bewaffneter Einheiten der Khmer Rouge auf seinem Gebiet oder die Erlaubnis, über thailändisches Gebiet den Handel der Khmer Rouge abzuwickeln, wobei für die Generäle in Bangkok sicherlich etwas abfällt. Diese konnten erst durch Druck der USA - Infragestellung weiterer Militärhilfe - dazu bewogen werden, mäßigenden Einfluß auf die Khmer Rouge bei der Aufstellung neuer Forderungen und Bedingungen auszuüben.

Insgesamt zielt die Politik der Khmer Rouge darauf ab, Zeit zu gewinnen. Zeit, die benötigt wird, um in den lange isolierten Zonen die Position der Khmer Rouge politisch und ideologisch weiter zu festigen und um die Hun-Sen-Leute auf diplomatischem oder auch militärischem Wege aus der Verantwortung in Phnom Penh zu kicken. Und das wertvollste Pfand, das die Khmer Rouge neben ihrer militärischen Stärke haben, sind die von ihnen beherrschten Gebiete. Sollten die Truppen tatsächlich um 70% reduziert werden, ist eine vollständige Isolierung dieser Gebiete nicht mehr zu gewährleisten. Von daher ist es logisch, daß die Khmer Rouge den politischen Preis für die Aufgabe dieser Gebiete möglichst hoch setzen wollen. Konkret heißt dies: Je größer das politische Vakuum in Phnom Penh, desto höher die Wahrscheinlichkeit, daß sich die Khmer Rouge an das Pariser Abkommen halten. Denn dann sind für sie die besten politischen Bedingungen gegeben. Zwar hat es Pol Pot in einer Rede vor seinen Leuten als Optimum eingeschätzt, bei den kommenden Wahlen ungefähr 10% der Stimmen zu erhalten, doch sollte die Hun-Sen-Gruppe - aus welchen Gründen auch immer - aus Phnom Penh verschwinden, wären die Khmer Rouge diejenige der vier Fraktionen, die aufgrund ihrer inneren Verfaßtheit und Logistik noch am ehesten administrative, ja sogar Regierungsaufgaben übernehmen könnten. Nur dies ist im Moment der Punkt, der sowohl die UNTAC, Sihanouk mit seinen Leuten, die Khmer Issarak und die Hun-Sen-Clique unter einen Hut bringt.

Japan als Meister des Zirkels?

Betrachtet mensch diese Konstellationen, so können einem schon gewisse Zweifel kommen, ob der angestrebte Frieden in Kambodscha überhaupt zu erreichen ist. Aber damit noch nicht genug: Die ökonomischen Probleme stellen einen ebenso großen Problemberg dar.

Noch in den siebziger Jahren unter Sihanouk gehörte Kambodscha zu den wohlhabenderen Ländern der Region, das Land galt als Reisschüssel Cochinchinas und exportierte ihn in großen Mengen. Heute zählt Kambodscha zu den ärmsten Ländern der Erde.

Weder Frankreich, das dieses Land rund 100 Jahre lang ausbeutete, noch die USA sind derzeit bereit, in nennenswertem Umfang Hilfe für Kambodscha bereitzustellen. Wenn die UNO ihren Auftrag, Frieden in Kambodscha zu stiften, ernst nimmt, dann müßten vor allem die USA für die Beseitigung der Schäden ihrer Invasion in Kambodscha und ihres Krieges dort belangt werden. Aber dies hieße zu meinen, "Frieden in Kambodscha" bedeute das gleiche wie "Frieden für Kambodscha". Letzteres ist Sache des Volkes der Khmer. Wie dies aber angesichts der anhaltenden Verwüstung des Landes, der Verseuchung ganzer Regionen durch chemische Kampfstoffe und Entlaubungsmittel der US-Armee ohne Hilfe von außen geschehen soll, weiß niemand. Aber um die Sache auf die Spitze zu treiben, hat die UNO eine Nation zur "Leitung" dieser Friedensmission erkoren, die sich in dieser Region in der jüngeren Geschichte mit mindestens ebensoviel Blut beschmiert hat wie die Henkersknechte Pol Pots: Japan. Aber nicht allein, daß ein Japaner die UNO-Mission anführt, nein, im Laufe dieses Jahres, aller Wahrscheinlichkeit nach im Herbst, werden japanische Soldaten kambodschanischen Boden betreten, um Frieden zu stiften. Die Khmer haben bislang kein großes Vertrauen in die Operation der UNO. Insbesondere die Nähe der UNTAC zu der ehemaligen Hun-Sen-Regierung, die als verlogen und korrupt gilt, wird den UNO-Leuten vorgeworfen. Das Auftreten japanischer Soldaten wird wohl kaum zu einem Vertrauensschub in der Bevölkerung führen.

Aber im Grunde genommen ist das Vertrauen der Khmer auch nicht gefragt oder gar von Nöten, wenn sich die zivilisierte Welt dazu entschließt, einem kleinen asiatischen Land den Frieden zu bringen. Dann hat das entsprechende Volk eben dankbar zu sein und die ihm aufgetragene historische Mission zu erfüllen. In diesem Tenor sind nicht nur die aktuellen Berichte und Kommentare über Kambodscha gehalten, sondern auch die Abkommen von Paris und Tokio und die UNO-Beschlüsse.

Opfer der Interessen der zivilisierten Welt ist Kambodscha seit der Invasion der Franzosen im letzten Jahrhundert, mit der das Land Teil des französischen Kolonialreichs wurde. Die Politik der Franzosen war gekennzeichnet durch eine perfide Form nationalen Hochmuts. Sie ließen keine Gelegenheit aus, den Khmer zu zeigen, daß die Khmer früher, zu Zeiten des Königreiches von Angkor Wat, eine große Nation, ein großes Volk waren, aber heute Dezennien von dieser ehemaligen Hochblüte entfernt seien. Folglich besetzten die Franzosen sowohl vor als auch nach dem II. Weltkrieg alle wichtigen Positionen in Wirtschaft und Verwaltung größtenteils mit Vietnamesen; ein Umstand, der noch heute seine Nachwirkungen in dem tiefen Mißtrauen der Khmer gegenüber den Vietnamesen hat.

Nur eine relativ kurze Zeit in diesem Jahrhundert war es den Khmer vergönnt, sich als HerrIn im eigenen Land zu fühlen: Die Jahre von 1955 bis zum Sturze Sihanouks durch den CIA mittels General Lon Nol 1970. Dieser Sturz war der Endpunkt jahrelanger Versuche der USA, Sihanouk von seinem Neutralitätskurs abzubringen. Auch seitens Hanoi stand Kambodscha in den sechziger und siebziger Jahren unter Druck, sein Grenzgebiet für militärische Aktionen gegen Südvietnam zur Verfügung zu stellen. Sihanouk willigte nach zähen Verhandlungen ein, allein aus dem gemeinsamen Wunsch, jegliche fremde Einmischung in diesem Teil der Welt zu beenden. Diesen Versuch mußte und muß das Volk der Khmer bis ins nächste Jahrtausend teuer bezahlen. Dies ist keine nachträgliche Verurteilung der Politik Sihanouks, vielmehr ein Beleg dafür, was einem kleinen Land passieren kann, wenn es sich dem Willen der obersten zivilisierten Nationen nicht sofort fügt.

Zwar haben die USA ihren Wirtschaftsboykott gegen Vietnam aufgehoben, aber weder Vietnam noch Kambodscha haben bisher irgendeine Form der Unterstützung seitens der USA erhalten. Im Gegenteil: Die für die UNTAC-Operation notwendigen Gelder in Höhe von 600 Millionen Dollar sind derzeit von der Bush-Administration auf Eis gelegt worden. Im laufenden US-Wahlkampf ist es halt taktisch unklug, Gelder für die Opfer US-amerikanischer Großmachtpolitik auszugeben, wenn mensch schon für die Opfer dieser Politik im eigenen Land kaum einen Cent übrig hat.

Kambodscha benötigt Geld und Hilfe auf allen Ebenen, aber was das Volk der Khmer vor allem braucht, ist ein Frieden, der nicht allein durch die Abwesenheit von Krieg definiert ist. Nicht nur, daß die Waffen schweigen müssen, es hat auch jeder Versuch zu unterbleiben, Kambodscha wie so oft in den letzten hundert Jahren als Spielball von Großmachtinteressen zu mißbrauchen.

Andreas Skrypietz, Bristol

Anmerkungen:

An erster Stelle sei auf ak 336 verwiesen. In dem Artikel: "Friede in Kambodscha - oder neuer Weg in die ‚killing fields`" wird ausführlich auf das Pariser Abkommen eingegangen. Auf detaillierte Quellenangaben habe ich verzichtet, da es sich größtenteils um fremdsprachiges Material handelt, von dem ich nicht weiß, ob es in der BRD zugänglich ist. Es sei lediglich auf die Ausgaben von "The economist" und "Guardian" der letzten Monaten verwiesen, da diese auch in der BRD erhältlich sind.

26. Noch einmal: Entebbe

Rubrik: Südafrikanische Republik · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:26

Die Entführung eines Passagierflugzeugs nach Entebbe (Uganda) im Sommer 1976 war im letzten halben Jahr Anknüpfungspunkt für Polemiken, in denen nicht nur der Antisemitismus der Linken gegeißelt wurde, sondern auch das linke Verständnis von Antiimperialismus gründlich unter die Räder kam.

Zur Erinnerung und zum Nachschlagen: Im ak 338 (13. Januar) dokumentierten wir eine Stellungnahme anonymer Autoren, die sich als "Revolutionäre Zellen" bezeichneten. In der gleichen Ausgabe gab es Kommentare von Mehrheit und Minderheit unserer Redaktion. - Im ak 339 (10. Februar) vertieften jw. und Be. das Thema auf ihre Weise mit einem Rundschlag gegen den "linken Antizionismus" im Allgemeinen und frühere Sünden des ak im Besonderen. Dazu gehörte die Reaktion auf Entebbe im ak 84 (13. Juli 1976). - Im ak 341 (8. April) polemisierte Ulrich, der sich ansonsten der Minderheit zurechnet, gegen den "modischen Anti-Antizionismus in der radikalen Linken", speziell gegen den Artikel von jw. und Be. - Hierauf antwortete wieder Be. im ak 342 (6. Mai). - Im ak 344 (1. Juli) dokumentierten wir auf Wunsch der Minderheit eine weitere "Erklärung der Revolutionären Zellen", die ausgehend von Entebbe zum "linken Antizionismus" und von dort zu schillernden Sprechblasen wie der "grundlegenden Debatte über die Neubestimmung linksradikaler Politik" reichte.

Zu den genannten Texten sollten, sofern Interesse an dieser Debatte besteht, noch einige weitere hinzugenommen werden: Im ak 329 (8. April 1991) beschäftigte sich max. von der Minderheit recht ausführlich mit früheren Äußerungen des ak und des KB zu Israel, vor allem aus dem Zeitraum 1972-1976. - Aufschlußreich ist außerdem das meiste, was an einschlägigen Debattenbeiträgen während des Golfkriegs im ak publiziert wurde, also etwa im Zeitraum Januar bis April 1991. - An ak-Artikeln, in denen der Antiimperialismus mit dem Bade ausgeschüttet wurde, sind zu nennen: U.K. (Minderheit) in ak 327 (11. Februar 1991) und cl. in ak 344 (1. Juli 1992). Kritisch setzte sich mit dieser Tendenz he. in ak 328 (11. März 1991) auseinander.

Über die Reaktion in ak 84 auf Entebbe schrieben jw. und Be. (ak 339, S. 35): "Die Geiselaffaire wurde zum Anlaß genommen, so richtig grundsätzlich mit Israel abzurechnen. Mit keinem Wort dagegen ging der Text auf die Problematik der immerhin von deutschen Linken mitgestalteten Entführung und Selektion ein. (...) Dies ist um so verwunderlicher, als der KB ansonsten durchaus auch schon damals der kritischen Diskussion verschiedenster linksradikaler Politikansätze und Aktivitäten, auch des bewaffneten Kampfs, sehr aufgeschlossen gegenüberstand."

Der erste Satz geht, wie noch dargelegt werden soll, an Inhalt und Sinn des Artikels vorbei. Nur ganz am Rande nämlich beschäftigte sich dieser mit Israel, primär jedoch mit den westdeutschen Reaktionen auf den israelischen "Befreiungsschlag" und deren Implikationen.

Zutreffend ist hingegen die Feststellung, auf die Problematik der Aktion sei nicht eingegangen worden. Der Artikel begnügte sich damit, der "bürgerlichen Presse" und den "imperialistischen Politikern" der BRD das moralische Recht zur Verurteilung der Flugzeug-Entführung abzusprechen. Das wurde mit Beispielen wie dem Schweigen zu Massakern in Südafrika und im Libanon begründet.

Daran wird deutlich, daß wir sehr wohl Probleme mit der konkreten Aktion hatten, denn andernfalls hätten wir sie explizit gerechtfertigt. Was wir "richtig" fanden, mußte im ak "gegen die Bourgeoisie" verteidigt werden, da gab es für uns keine Schonung. Im Fall Entebbe kam das für uns nicht in Frage. Wir wollten aber - entsprechend unserem damaligen radikalistischen Politikverständnis - dennoch unbedingt vermeiden, mit den Wölfen zu heulen. Dies um so mehr, da die deutsche Hetze in diesem Fall extrem war, rassistisch durchgefärbt war und offen die eigenen aggressiven Absichten erkennen ließ. (Der Artikel in ak 84 zitierte zahlreiche Beispiele.)

Die Schärfe bei jw. und Be. liegt zweifellos in der Behauptung, unser Schweigen zu den politischen und moralischen Problemen der Entebbe-Aktion habe nicht unserer sonstigen damaligen Verhaltensweise entsprochen. Gemeint ist offensichtlich: nur weil die Opfer Juden waren, schwieg der ak. Quod erat demonstrandum. Das wäre Antisemitismus pur, und jedes weitere Wort wäre überflüssig.

Die Dinge lagen jedoch anders. Es ist erstaunlich und bedauerlich, daß jw. und Be. bei ihrer Arbeit im ak-Archiv nicht bis zum Herbst 1972 durchgedrungen sind. Dort hätten sie in ak 22 (Oktober) und 23 (November) Äußerungen und Auseinandersetzungen gefunden, die beim Artikel in ak 84 gewissermaßen mitgedacht werden müssen.

Ein palästinensisches "Kommando" hatte während der Olympiade in München israelische Sportler als Geiseln genommen, um die Freilassung von Gefangenen in Israel zu erzwingen. Beim Sturm der Polizei auf die Hubschrauber in Fürstenfeldbruck kamen alle Geiseln ums Leben. Von den Terroristen erschossen, behaupteten die deutschen Stellen. Dagegen die israelische Version, die erst kürzlich wieder publik gemacht wurde: zumindest einige der Sportler seien von deutschen Polizisten getötet worden.

Wie war die Sache "einzuschätzen", oder praktisch gefragt: wie sollte die Reaktion von KB und ak aussehen? Die Stimmungsmache gegen die Palästinenser war enorm, in der BRD wurden ihre Organisationen GUPS und GUPA unter Verbot gestellt. Teile der Linken, vor allem die DKP, aber auch die Vorläufergruppen des KBW und der Münchner Arbeiterbund, sprachen sich scharf gegen die Aktion aus. Uns erschien es unter diesen Umständen vor allem wichtig, "gegen den Strom zu schwimmen".

Heraus kam folgender Eiertanz: "Wir halten es für schwierig und auch für unrichtig, aus der Sicht der westdeutschen Kommunisten zu beurteilen, ob eine bestimmte Handlung von Palästinensern nützlich für deren Kampf oder ob sie schädlich ist. Wir können ohne weiteres einschätzen, daß die Revolutionäre des ‚Schwarzen Septembers` durch ihre Münchner Aktion der westdeutschen Kapitalistenklasse geholfen haben, die Massen zu verwirren, nationalistische Stimmungen zu schüren und eine Schein-Rechtfertigung für den weiteren Ausbau des Staatsapparats zu finden. Wir verstehen aber auch, daß die palästinensische Revolution auf diesen Gesichtspunkt kaum Rücksicht nehmen kann.

Wir können ohne weiteres sagen, daß wir für unseren Kampf ein Vorgehen wie das des ‚Schwarzen September` in München nicht für vertretbar halten; normale Bürger eines imperialistischen Staates als Geiseln festzuhalten, scheint uns weder moralisch vertretbar noch politisch sinnvoll.

Wir verstehen aber, daß die Palästinenser die Dinge anders sehen könnten. Wo es um den Kampf gegen die zionistische Eroberungspolitik geht, um die Befreiung hunderter von politischen Gefangenen, um das Schicksal hunderttausender Flüchtlinge in den Lagern, mögen moralische Bedenken um das Schicksal von einem Dutzend israelischer Sportler in den Hintergrund treten. Zumal die Revolutionäre des ‚Schwarzen Septembers` mit Recht betonen, daß sie am Tod der israelischen Sportler natürlich nicht interessiert waren, sondern daß diese als Geiseln nur lebend nützlich sein konnten ...".

Nach noch einigen weiteren Einerseits und Andererseits hieß es abschließend: "Ob damit die Aktionen solcher Gruppen unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte - besonders der internationalen Auswirkungen - politisch sinnvoll und gerechtfertigt sind, vermögen wir allerdings nicht zu beurteilen."

Im ak 23 veröffentlichten wir drei Kritiken an dieser Stellungnahme - zwei von Genossen, eine von Göttinger KBW-Sympathisanten -, zusammen mit einer redaktionellen Antwort. Grundsätzlich beharrten wir darauf, daß es ein Gebot der "Ehrlichkeit und Verantwortung der Kommunisten vorm Proletariat" (ja, so geschwollen drückten wir uns damals gern aus) sei, in noch nicht hinreichend untersuchten und diskutierten Fragen "unser gegenwärtiges Unvermögen zu einer gründlichen Antwort einzugestehen und die uns zugänglichen Ansätze zur Lösung des Problems darzustellen. Wir meinen, daß die Einschätzung von bestimmten Kampfhandlungen ausländischer Revolutionäre in der Regel zu diesen von uns nicht zu beantwortenden Fragen gehört."

Vergegenwärtigt man sich, daß der KB damals erst etwa ein Jahr existierte, so möchte ich unsere damalige Zurückhaltung auch im Rückblick nicht als unbegründet beurteilen. Es ging uns ja zu keinem Zeitpunkt darum, irgendeine ausländische Partei auf den Sockel der Unfehlbarkeit zu stellen. Wir wollten aber auch nicht unsere sehr begrenzten politischen Erfahrungen und unsere spezifische, deutsch und mitteleuropäisch geprägte Sichtweise zum Maß aller Dinge machen. Wir haben daher erst im Laufe mehrerer Jahre und zumeist sehr zaghaft damit begonnen, Kritik an Bewegungen und Organisationen außerhalb der BRD zu entwickeln. Besondere Zurückhaltung herrschte im Verhältnis zu Organisationen, mit denen wir "freundschaftliche Beziehungen unterhielten".

In vorsichtigen Formulierungen war unseren Ausführungen in ak 22 und 23 immerhin zu entnehmen, daß wir den Fedayin-Mythos des Volkskriegs und des bewaffneten Kampfs nicht teilten: Es liege auf der Hand, daß von einem Volkskrieg gegen Israel überhaupt nicht die Rede sein könne, da die Palästinenser dort nur eine Minderheit seien. Anders sei es in den besetzten Gebieten, aber das eigentliche Ziel, nämlich "die Schaffung eines demokratischen Staates von Arabern und Juden", könne nicht in den besetzten Gebieten erkämpft werden. Überhaupt sei der Gedanke unrealistisch und perspektivlos, Israel durch Kommando-Aktionen militärisch schlagen oder auch nur schwächen zu können. (ak 23)

Exkurs:

Die "Zerschlagung Israels"

In der Debatte um linken Antisemitismus wurde mehrfach mit besonderer Empörung zitiert, daß im AK sogar die "Zerschlagung des Staates Israel" gefordert worden sei, was doch fast einem zweiten Holocaust gleichkommen würde. Selbst gestandene Alt-KBler taten plötzlich so, als wüßten sie überhaupt nicht mehr, was für uns damals - in Anlehnung an Lenin - der Begriff "Zerschlagung des (bürgerlichen) Staates" politisch bedeutete, und daß dies per se rein gar nichts mit militärischen Kategorien zu tun hatte, schon gar nicht mit Massenvernichtung.

In der Erklärung der KB-Leitung zum arabisch-israelischen Oktoberkrieg 1973 hieß es: "Eine Lösung des Konflikts ist nur möglich, wenn der zionistische Staat Israel zerschlagen wird, wobei jedoch die Existenz des hebräischen Volkes in dieser Region respektiert werden muß. Der KB unterstützt wie in der Vergangenheit alle Vorschläge und Pläne, in Palästina einen sozialistischen Staat zu schaffen, in dem Palästinenser und Hebräer gleichberechtigt zusammenleben werden. Eine solche Lösung setzt u.E. voraus, daß sich soziale Umwälzungen in der gesamten Region vollziehen und die hebräische Bevölkerung Israels am antizionistischen Kampf teilnimmt. Insbesondere sind Erfolge gegen den Zionismus davon abhängig, daß die gegenwärtigen bürgerlich-nationalistischen Regime der arabischen Staaten, deren Innenpolitik z.T. faschistoid ist wie in Libyen - durch volksdemokratische Regierungen ersetzt werden...".

Hinzugenommen werden muß folgende Erläuterung aus ak 34 (Oktober 1973): Zerschlagung des zionistisches Staates "bedeutet nicht, ‚die Juden ins Meer werfen`, wie nationalistische arabische Fanatiker vor 1967 formulierten. Es bedeutet nicht die Vertreibung der annähernd drei Millionen Hebräer aus der Region. (...) Zerschlagung des Staates Israel bedeutet Beseitigung des pro-imperialistischen, nationalistischen und expansiven zionistischen Staates, und bedeutet Schaffung eines demokratischen Staates, in dem Araber und Hebräer gleichberechtigt zusammen leben werden. Die Schaffung eines solchen Staates ist selbstverständlich unmöglich ohne die aktive Beteiligung der hebräischen Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterklasse, an diesem Kampf."

Befremdlich wirkt in diesen Ausführungen der Begriff "Hebräer" statt etwa "jüdische Israelis". Wir hatten damit auszudrücken versucht, daß es sich um eine eigene Nationalität handelt, und nicht nur um eine religiöse Gruppe, was mit dem Begriff "Juden" zumindest offengehalten, nach damaligem Verständnis der PLO sogar vorausgesetzt wurde. Im übrigen wird man, falls man will und sich die Mühe macht, feststellen, daß unsere damalige "Positionsbestimmung" - für einen bi-nationalen, sozialistischen Staat - sich nicht wesentlich von der gleichzeitigen Programmatik israelischer Neuer Linker wie Matzpen und vieler anderer jüdischer Sozialisten unterschied.

Ob das alles wirklich völlig falsch war, wäre noch zu diskutieren. In der ersten RZ-Erklärung (ak 338) steht der bemerkenswerte Satz: "Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen." - Die Gegenthese könnte lauten, daß es in einer solchen Situation eigentlich nur eine revolutionäre Lösung geben sollte, nämlich das gleichberechtigte Zusammenleben beider Gemeinschaften in diesem umstrittenen "Stück Land", was aber bereits eine andere Art von Gesellschaft voraussetzt, die von beiden Teilen gemeinsam erkämpft und geschaffen werde müßte. Zumindest ist das der alte sozialistische Traum. Wo läge die Alternative? Selbst eine Teilung des Landes Palästina/Israel zwischen den beiden Gemeinschaften würde zwei bi-nationale Staaten schaffen, das Problem also in gewisser Weise nur verdoppeln. (Schon heute sind annähernd 20 % der Bewohner Israels, ohne die besetzten Gebiete, Palästinenser!)

Es ist im übrigen eigentlich nicht zu übersehen, daß unsere damalige "Positionsbestimmung", wie oben zitiert, in allen wesentlichen Punkten total konträr zur Programmatik der PLO-Charta stand. Sinngemäß besagt diese nämlich: Palästina (einschließlich des Territoriums von Israel) ist Teil der arabischen Nation. Die Juden haben dort, soweit überhaupt, nur Minderheitenrecht als religiöse Gruppe zu erwarten. Die Charta läßt sogar offen, Juden, deren Vorfahren nicht schon zu einem bestimmten Datum im Land ansässig waren, das Heimatrecht dort abzusprechen. Das "befreite Palästina" soll eindeutig ein arabischer Staat sein, kein arabisch-jüdischer, bi-nationaler Staat. Dementsprechend wird als Subjekt der "Befreiung" nur die palästinensisch-arabische Gemeinschaft begriffen, nicht aber in gleicher und gleichberechtigter Weise auch die jüdischen Israelis. (Realpolitisch stellt die PLO-Charta längst einen Anachronismus dar, d.h. sie bildet keineswegs die Grundlage der PLO-Politik, und das schon seit Mitte der siebziger Jahre. Dennoch fehlte bis heute die Entschlußkraft zu einer programmatischen Revision.)

Aufgrund der genannten Programmatik der PLO, und weil offensichtlich die sozialrevolutionäre Komponente des Kampfes nicht vorgesehen war, hatten wir bis weit in die siebziger Jahre hinein Schwierigkeiten, uns überhaupt positiv auf die PLO zu beziehen. Statt dessen versuchten wir engere politische Beziehungen zur PFLP zu unterhalten, was rückblickend betrachtet allerdings auf großer Unkenntnis und Naivität beruhte, damals aber aufgrund einiger "klassenkämpferischer" Aussagen (die auch die jüdische Arbeiterklasse Israels einbezogen) plausibel erschien. Das Image der PFLP (und der DPFLP, Demokratische Volksfront) als linksradikaler Flügel des palästinensischen Spektrums ging vor allem auf ihre Rolle bei den Kämpfen in Jordanien im September 1970 zurück. Die Meinung war, daß diese beiden Organisationen, im Gegensatz vor allem zur Fatah, die Aufgabe des sozialrevolutionären Kampfs gegen die reaktionären arabischen Regimes konsequent und auf sozialistische Weise angingen. (z.B. Bildung von Sowjets)

"Krieg gegen die ‚Dritte Welt`"

Der BRD-spezifische Kontext der Entebbe-Affaire bleibt in den beiden RZ-Erklärungen ebenso wie in den Artikeln von jw. und Be. völlig ausgeblendet. Dieser Kontext bestand unserer Ansicht nach in der Aufnahme des israelischen Vorgehens als beispielhaft für die "freie Welt" im Allgemeinen und die BRD im Besonderen. Deutlich wird das an den Zitaten, mit denen der Artikel in ak 84 eingeleitet wurde. So etwa Helmut Kohl: "Israel hat der Welt ein Beispiel gegeben, wie man mit entschlossenem und verantwortungsvollem Handeln den internationalen Terror eindämmen kann." Oder Axel Springer: "Die Israelis haben einen Sieg für die ganze freie Welt errungen."

Wir schlußfolgerten damals daraus: "Um die Rettung ‚unschuldiger Menschen` geht es den imperialistischen Massenmördern und Menschenverächtern dabei ganz bestimmt nicht! Es geht ihnen auch nur beschränkt um den Kampf gegen den ‚Terrorismus`, d.h. gegen antiimperialistische Befreiungsbewegungen. Sondern es geht ihnen generell um ihr ‚Recht` auf Aggression - zum Beispiel, wenn Staaten der ‚Dritten Welt` auf den Gedanken kommen sollten, sich gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe zu wehren. (...) Das Teuflische ist, daß diese Kampagne sich diesmal besonders gut hinter dem ‚menschlichen` Interesse an der Befreiung der Geiseln und der in der faschistischen Vergangenheit begründeten Sympathie für Israel verstecken konnte." Das sei, die BRD betreffend, "um so perverser und widerlicher in einem Staat, wo ohne größere Proteste zur selben Zeit die Verantwortlichen für massenhafte grausamste Verbrechen des Nazismus an den Juden und anderen Völkern der während des Zweiten Weltkriegs besetzten Gebiete freigesprochen und freigelassen werden, und wo sich ganz offiziell die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für die Freilassung noch inhaftierter deutscher Kriegsverbrecher einsetzt."

In diesem Zusammenhang ist auch die Bezeichnung Israels als ",Avantgarde` des Imperialismus" zu begreifen, wie eine Zwischenüberschrift in ak 84 lautete: Israel fungiere kraft des aus dem Holocaust resultierenden moralischen Bonus als Wegbereiter für Politikformen, die dann auch von anderen Staaten nachgeahmt werden können. Wörtlich bezogen wir uns mit dieser Bezeichnung auf den "Welt"-Chefredakteur Kremp, der (bedauernd) geschrieben hatte, zu Aktionen wie in Entebbe sei derzeit wahrscheinlich nur Israel in der Lage. Daher müsse dieser Staat "bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus die Avantgarde stellen". (jw. und Be. zitieren isoliert unsere Formulierung mit der "Avantgarde" so, als habe es sich einfach um eine unbegreifliche, völlig maßlose Beschimpfung Israels gehandelt, und verschweigen den konkreten Zusammenhang.)

Im ak 84 wurden zahlreiche Beispiele für die von BRD-Politikern befürwortete Nutzanwendung aus Entebbe zitiert. Angefangen von der Forderung, gemeinsame Spezialeinheiten der EG und der NATO aufzustellen, um "überall auf der Welt jederzeit zur Aktion bereit zu sein". (FDP-Fraktionschef Mischnick) Endend bei der Forderung von Kremp, einen "Antiterrorismus-Pakt der zivilisierten Nationen" zu erreichen, um Staaten wie (namentlich genannt) Südjemen, Uganda, Somalia, Libyen und Algerien "mit Sanktionen, militärische nicht ausgeschlossen, zu überziehen."

Entebbe heute, 16 Jahre später, gänzlich außerhalb dieses zeitgenössischen Kontextes zu diskutieren, ist - zurückhaltend ausgedrückt - eine verblüffende Vorgehensweise, zumal ausgerechnet in einer Situation, wo über internationale Interventionen mit BRD-Beteiligung schon sehr viel praktischer diskutiert wird als damals. Im übrigen ist daran zu erinnern, daß kaum ein Jahr nach Entebbe die deutsche "Befreiungsaktion" in Mogadischu stattfand, die in ihrer Funktion für die "Normalisierung" der BRD wahrscheinlich bis heute unterschätzt wird.

Jw. und Be. haben selbstverständlich recht, wenn sie wortstarke Verdammungen Israels wie etwa "Gangster-Staat" kritisieren, wie überhaupt die ganze damalige Sprach- und Denkweise heute sehr fremd, oft überzogen und auch grotesk wirkt. Falsch ist aber, wenn die Autoren - ohne dies im mindesten durch Vergleiche zu belegen - unterstellen, unsere damalige Kritik an Israel sei durch besondere Schärfe gekennzeichnet gewesen und Ausdruck einer speziellen Feindseligkeit ausgerechnet gegen den jüdischen Staat, also genau gesagt eine Form von antisemitischem Ressentiment. Außerdem waren unsere Ausführungen, wenn man sie im Zusammenhang und in vollständigen Sätzen liest, doch etwas differenzierter als eine Blütenlese zusammengesuchter Kraftausdrücke heute vermuten läßt.

Rückkehr vom Antiimperialismus

Die Entebbe-Aktion wird in den RZ-Erklärungen als bequemes Instrument benutzt, um einen Bruch nicht nur mit dem "Antizionismus", sondern mit dem "Antiimperialismus" generell argumentativ zu begründen. Die Logik ist, daß erstens der "Antizionismus" zu antisemitischen Verhaltensweisen zwangsläufig führen müsse, und daß zweitens überhaupt der "Antiimperialismus" nur in Massakern und Despotie enden könne.

"Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt, als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebärdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich - kurz gesprochen - die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach, all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet." (erste RZ-Erklärung, ak 338)

Cl. hat dies in ak 344 noch ein bißchen prinzipieller zugespitzt ("Der Anti-Imperialismus als höchstes Stadium des falschen Anti-Kapitalismus"). "Statt den Bruch mit allen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen zu vollziehen, werden in dieser ‚nationalen Befreiung` nur die ‚fremden` gegen die einheimischen Ausbeutungsverhältnisse eingetauscht, die in gar nicht so wenigen Fällen ‚befreiter Nationen` noch bestialischer ausfielen als die vorherige ‚Fremdbestimmung` (...)". Und noch grundsätzlicher: "(...) daß jeder Versuch sozialer oder gar sozialistischer Befreiung, sei er von noch so lauteren Absichten getragen, Ausbeutung und Herrschaft produzieren muß, wenn er sich in Kategorien von Nation, Volk und Staat artikuliert."

Wahrscheinlich wird cl. andererseits gar nicht bestreiten, daß sich Versuche sozialer Befreiung unter den in der Welt herrschenden Bedingungen zwangsläufig in staatlicher und nationaler Form "artikulieren" müssen, da klar ist, daß sich solche Versuche nicht gleichzeitig auf dem gesamten Globus vollziehen, also stets isolierte Unternehmen sind, die sich selbst schützen müssen. Ebenso selbstverständlich dürfte sein, daß der "Bruch mit allen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen" gar nicht schlagartig und total erfolgen kann, sondern daß

es zwangsläufig Zwischenstufen geben wird, die unvollkommen sein müssen. Was folgt dann aber aus alledem, außer daß Befreiungsversuche generell unmöglich, also sinnlos sind?

Die RZ-Erklärungen und cl. sind ungefähr wieder da angekommen, wo die Metropolen-Linke in den sechziger Jahren aus dem herrschenden Konsens auszubrechen begann: Nationale Unabhängigkeit für die "Dritte Welt" führe nur dazu, daß sich Negerhäuptlinge goldene Betten hinstellen und daß sich Stammesfanatiker gegenseitig massakrieren. Nichts werde dadurch besser, und vieles werde noch weit schlimmer, als es unter weißer Herrschaft jemals war.

In den praktischen Schlußfolgerungen könnte sich cl. mit den ex-linken Spießern, über die er sich zu Beginn seines Artikels lustig macht, die Hände reichen. Auf dem Umweg über den äußersten Radikalismus kommt er dort an, wo sich jene auf weniger ästhetische Art schon plaziert haben: Befreiung führt zu Diktatur und Elend. Internationale Solidarität ist zwecklos, denn man unterstützt sowieso bloß immer die Falschen. Im übrigen habe ich bei cl. auch keinen einzigen Satz mehr gefunden, der noch begründet, was aus seiner Sicht gegen die Herrschaft des Kapitalismus, gegen eine kapitalistische Zurichtung der Welt einzuwenden wäre. Es bleibt sogar offen, ob es überhaupt Kapitalisten gibt; jedenfalls setzt cl. dieses Wort beharrlich in Anführungszeichen und verwahrt sich entschieden dagegen, sie für das Elend in der Dritten Welt verantwortlich zu machen.

Die Einwände gegen die Befreiungsbewegungen, wie sie in den RZ-Erklärungen formuliert wurden, sind weder neu noch gänzlich ungerechtfertigt. Als Argument gegen antiimperialistische Solidarität sind sie jedoch fragwürdig. Die Gefahr liegt darin, daß auf diese Weise einfach ein schlaues Alibi besorgt wird, um indifferentes Verhalten und ein Arrangement mit den herrschenden Zuständen zu rechtfertigen. Es ist davon auszugehen, daß nach dem Zusammenbruch des "sozialistischen Lagers" und der nahezu weltweiten Diskreditierung marxistischer Politik der antikapitalistische und antiimperialistische Widerstand in der Dritten Welt noch weniger denn je unseren Wunschvorstellungen entsprechen wird. Das wird wahrscheinlich die Versuchung, sich auf abstrakte Klugscheißerei zurückzuziehen und sich in der Praxis unsolidarisch zu verhalten, ins Unwiderstehliche steigern.

Am Rande erwähnt

Wer eine gute Sache vertritt, braucht es mit Fakten und Zitaten nicht so genau zu nehmen. Macht es also irgendeinen Sinn, noch einmal den RZ-Autoren zu widersprechen, wenn sie im ak 344 erneut darauf bestehen, bei der Flugzeugentführung nach Entebbe 1976 seien die jüdischen - und nicht "nur" die israelischen - Passagiere "selektiert" worden? Zumal wir ja schon im ak 338 zum ersten Papier der Autoren geschrieben hatten: "Daß die Trennung der israelischen Passagiere von den Übrigen von vielen Beteiligten und von der israelischen Öffentlichkeit als ‚Selektion` wahrgenommen wurde, ist nachvollziehbar. Der Vorgang als solcher ist schlimm genug...".

Vielleicht wäre es vernünftiger gewesen, hier einfach einen Punkt zu machen? Statt dessen schrieben wir in ak 338 weiter: "Es gab, sämtlichen Berichten zufolge, für die Trennung der Passagiere kein anderes Kriterium als die eingesammelten Personalpapiere. Es gibt keinen Anhaltspunkt, daß irgendjemand, der keinen israelischen Paß hatte, abgesondert wurde ‚nur weil er Jude war`. Die ersten Meldungen über die ‚Selektion` gelangten nach Israel durch jüdische Passagiere, die in der ersten Gruppe von 47 Menschen freigelassen worden waren."

Für diese Darstellung hatten wir unsere Quelle genannt: das 1976 in London erschienene Buch "90 minutes at Entebbe" von William Stevenson. Grundlage dieses Reports sind, neben Aussagen der Geiseln, die exakten Notizen, die sich einer der israelischen Passagiere machen konnte. Die Eintragung dort lautete in der englischen Übersetzung: "Monday, June 28...19.10 - The terrorists separate us from the others: a most dramatic scene. Every person who possesses an Israeli passport is called upon to leave the central hall and move to an adjoining room. The women begin to cry. The feeling is like an execution...". - Entsetzlich genug, und jede Beschönigung wäre fehl am Platz.

In ihrer zweiten Stellungnahme (ak 344) schrieben die Autoren, offenbar als Reaktion auf unsere Darstellung: "Wir bleiben aber bei unserer Feststellung, daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist, daß z.B. die in Entebbe ermordete Dora Bloch Jüdin und belgische Staatsbürgerin war." - Das wäre allerdings überhaupt noch kein Widerspruch zu unserer Darstellung, da wir bereits geschrieben hatten, daß unter den "Ausgesonderten" mehrere waren, die eine doppelte Staatsbürgerschaft hatten, nämlich die Israels und die

eines weiteren Landes. Ein Widerspruch würde daraus erst, wenn behauptet würde, Frau Bloch habe keinen israelischen Paß gehabt. Das sagen die Autoren jedoch nicht.

Im Gegensatz zu uns geben die Autoren ihre Quellen leider nicht an. Beispielsweise wäre interessant, woher die falsche Behauptung stammt, Frau Bloch sei belgische Bürgerin gewesen. Tatsächlich hatte sie jedoch einen britischen Paß. Falsch ist auch die Angabe im ersten Text der Autoren (AK 338), Frau Bloch sei "die einzige Geisel (gewesen), die die Flugzeugentführung nicht überlebte." Wie der israelische Vertreter Chajm Herzog vor der UNO mitteilte, kamen drei Geiseln beim Sturm der israelischen Spezialeinheit auf das Flughafengebäude von Entebbe ums Leben. Nach offizieller israelischer Version wurden sie von Entführern erschossen. Augenzeugenberichte lassen jedoch die Möglichkeit offen, daß sie von israelischen Schützen getroffen wurden, weil sie sich nicht schnell genug zu Boden warfen.

Zum Schicksal von Frau Bloch ist ergänzend hinzuzufügen: Da sie erkrankte - anscheinend durch Lebensmittel -, wurde sie aus dem Flughafengebäude in das Krankenhaus von Kampala gebracht. Dort konnte sie von einem britischen Diplomaten besucht werden. Der Rest wird widersprüchlich dargestellt. Die ugandische Regierung behauptete, Frau Bloch sei, wieder genesen, nach Entebbe zurückgebracht worden. Nach israelischer Darstellung befand sie sich jedoch nicht unter den Geiseln. Daher ging man dort davon aus, Dora Bloch sei im Auftrag Idi Amins ermordet worden.

Kt.

27. "Bring Back a Bit of Socialism!" Namibia zwei Jahre nach der Unabhängigkeit. von Jonny Lenaerts

Namibia zwei Jahre nach der Unabhängigkeit Von Johny Lenaerts (Windhoek)

Rubrik: Namibia · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:12

Von Johny Lenaerts (Windhoek)

Am 21. März 1992 war Namibia zwei Jahre unabhängig. Zwei Jahre, in denen die knapp anderthalb Millionen Bewohner dieser riesigen Wüstenei im südlichen Afrika herausfinden konnten, in welche Richtung sich das neue Regime bewegt.

Seitdem die südafrikanische Flagge endgültig gestrichen worden und die ehemalige Widerstandsbewegung SWAPO die dominierende Regierungspartei geworden ist, ist "Versöhnung" die große Losung. Diese politische Orientierung wird jedoch mehr und mehr als Einbahnstraße erfahren: Die schwarze Bevölkerung muß eine Konzession nach der anderen machen und die Privilegien der weißen Minderheit werden nicht angetastet - eine Situation, die einmal explosive Folgen haben kann.

Unter UN-Aufsicht

Die Unabhängigkeit Namibias ist in erster Linie das Resultat jahrelanger internationaler Beratung unter UN-Aufsicht.

Nachdem Deutschland im Ersten Weltkrieg auch seine Kolonien eingebüßt hatte, erhielt Südafrika vom Völkerbund das Mandat über Südwestafrika. Inhalt des Mandats war, daß Südafrika das Land im Namen der Völkerbundes regiert, es zugleich aber auf die Unabhängigkeit in der (ferneren) Zukunft vorbereiten muß. In den folgenden Jahrzehnten wurde der Griff, in dem Südafrika die Gesellschaft und Wirtschaft von "Suidwes" (Südwestafrika in Afrikaans, der Sprache der Buren) hielt, jedoch immer stärker.

Nach dem Zweiten Weltkrieg strebten die UN eine direkte UN- Kontrolle all der Länder an, die bisher im Namen des Völkerbundes als Mandatsgebiete regiert worden waren. Diese Entwicklung wurde von Südafrika nicht akzeptiert, was die UN zu immer schärferen Äußerungen gegen dessen Politik veranlaßte. Erst unter starkem internationalen Druck und nach intensiven Verhandlungen akzeptierte Südafrika 1978 den Unabhängigkeitsplan, der von fünf westlichen Mitgliedsländern der UN ausgearbeitet worden war. In diesem Plan waren freie Wahlen unter der gemeinsamen Aufsicht Südafrikas und der UN vorgesehen (Resolution 435).

Die internationalen Verhandlungen über die Namibia-Frage wurden jedoch durch die 1981 angetretene Reagan-Regierung erschwert, die die Durchführung der Resolution 435 mit dem Rückzug cubanischer Truppen aus Angola verbinden wollte. Es kam erst zu einem Durchbruch, als nach andauernden Gefechten in Südangola die südafrikanische Seite zu begreifen begann, daß eine Lösung nicht mehr in erster Linie auf dem Schlachtfeld zu erzielen ist, und als nach der Regierungsübernahme durch Gorbatschow sich die Beziehungen zwischen USA und UdSSR verbesserten. Die beiden Supermächte machten deutlich, daß ihnen an einer schnellen Lösung des Konflikts gelegen ist.

Am 1. April 1989 wurde die Resolution 435 schließlich ausgeführt. Damit war der Weg frei für allgemeine Wahlen im November 1989 und die Unabhängigkeit. Die Durchführung der Vereinbarungen wurde von UN-Friedenstruppen von 4.650 Soldaten und 1.000 Polizisten überwacht.

Modell für Afrika?

Die freien Wahlen, die die SWAPO an die Macht brachten, wurden von der UN als Beispiel für den Demokratisierungsprozeß der anderen Länder des afrikanischen Kontinents bezeichnet.

Die SWAPO, die zum ersten Mal als legale politische Partei an Wahlen teilnahm, erreichte 57% der Stimmen; die Democratic Turnhalle Alliance (DTA), die von Südafrika unterstützt wurde, 29%. Da die SWAPO nicht die erforderliche Zweidrittel- Mehrheit erreicht hatte, war sie verpflichtet, mit der DTA bei der Entwicklung einer Verfassung für Namibia zusammenzuarbeiten. Das Resultat, das in bemerkenswert kurzer Zeit erzielt wurde,

war eine liberale Verfassung, die die Grundsätze der Freiheit der Vereinigung, der freien Meinungsäußerung und des Pluralismus enthält. SWAPO-Führer Sam Nujoma wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Auch die Verfassung wurde anderen afrikanischen Ländern von den UN als beispielhaft empfohlen. Namibia ist so in fast jeder Hinsicht nach Auffassung der UN ein Modell für den Rest von Afrika.

Ob die unzweifelhaft demokratische Verfassung auch den notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Lebensstandard garantieren kann, ist jedoch eine andere Frage.

"Versöhnung"

Die SWAPO kam zu einer Zeit an die Macht, als die Karten im Weltmaßstab neu gemischt wurden. In Osteuropa und der Sowjetunion wurde alles, was irgendwie mit Sozialismus zu tun haben könnte, vom Tisch gefegt. Und spätestens seit der blutigen Niederschlagung der Demokratisierungsbewegung auf dem Tien-An-Men-Platz konnte auch China der Orientierung nicht mehr dienen. Cuba schließlich ist viel zu isoliert und seine Probleme sind viel zu spezifisch, um noch einigen Einfluß ausüben zu können.

Es ist auffallend, wie einfach die SWAPO ihr früheres sozialistisches Glaubensbekenntnis für die freie Marktwirtschaft eingetauscht hat. Ihr folgten hierin die MPLA in Angola, die FRELIMO in Mosambik und viele andere afrikanische Regierungsparteien, die sich am Sozialismus orientiert hatten. Der Umstand, daß die SWAPO- Spitze in ihrer großen Mehrheit im Ausland, insbesondere im Ostblock und in Angola und Sambia - Ländern aus der Einflußsphäre der ehemaligen Sowjetunion - geformt worden ist, wirft die Frage auf, ob die früheren sozialistischen Proklamationen der SWAPO nicht eher pragmatischer Art waren. Wollte man bei der Sowjetunion gute Karten haben, um nach Erringung der Unabhängigkeit in den Genuß der wirtschaftlichen Unterstützung durch diese Supermacht zu kommen? Wie es auch sei, mit dem Fall des Sowjetblocks hat auch die "revolutionäre SWAPO" den "wissenschaftlichen Sozialismus" beiseite geschoben.

Die SWAPO pflegt nun eine Politik der nationalen Versöhnung, die Frieden und Harmonie zwischen dem Volk und den (früheren) Feinden herbeiführen soll. Der Sozialismus, vertritt die SWAPO, sei nicht mehr realistisch. Es geht ihr vor allem darum, das Vertrauen der Wirtschaft zu gewinnen, damit neue Investitionen vorgenommen werden. Sie ruft Arbeiter und Arbeitgeber auf, als soziale Partner beim Aufbau einer starken Wirtschaft zusammenzuarbeiten.

Im Februar 1991 betonte der SWAPO-Minister für Handel und Industrie die neue Partnerschaft zwischen der Regierung und den Investoren: "Wir fordern die Wirtschaftswelt auf mit uns Partner beim Gewinn zu sein, in einer Gewinn-Beziehung, bei der der private Sektor der Schlüssel für das wirtschaftliche Wiederaufleben und das Wachstum Namibias ist." Dirk Mudge von der durch Südafrika unterstützten DTA pflichtete ihm bei: "Was die Wirtschaft angeht, kann die neue Regierung auf die vollständige Unterstützung der offiziellen Opposition rechnen." (1)

Ungleiche Einkommensverteilung

Der Minister für Handel und Industrie unterstrich jüngst nochmals seinen Wunsch, ausländische Investoren anzuziehen, damit Namibia als Investitionsgebiet wettbewerbsfähig wird. Er bekräftigte, daß die Regierung den Privatsektor als "die treibende Kraft für Entwicklung" ansehe und daß der Gedanke einer "Export Processing Zone" für Namibia untersucht werde. Weil das Land nur einen kleinen Binnenmarkt hat, müsse Namibia seine Produktion künftig auf den Weltmarkt abstimmen und die exportorientierten Industrien sollten zu diesem Zwecke gefördert werden. (2)

Die Hauptpunkte der SWAPO-Wirtschaftspolik können in drei Begriffe zusammengefaßt werden: Privatsektor, Investitionen aus dem Ausland, Export. Während die gewinnbringenden Sektoren den ausländischen Investoren angeboten werden, wird der gesamte soziale Sektor (Unterricht, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbau) dem guten Willen von Spender-Ländern und Entwicklungsorganisationen überlassen.

Gleichwohl ist Namibia ein reiches Land. Das Bruttonationalprodukt (BNP) ist eines der höchsten in Schwarzafrika. Nach den jüngsten Statistiken hat sich das BNP im Jahr 1991 sogar von 2,7% auf 5,1% fast verdoppelt. Dieses Wachstum resultiert vornehmlich aus einer Steigerung der Diamantenproduktion um 56% und des Fischfangs um mehr als 80%. (3) Das BNP gibt jedoch ein sehr verzerrtes Bild vom Einkommen der Bevölkerung. Nach einer aktuellen Studie eines Weltbank-Ökonomen verdienen 90% der Namibier durchschnittlich 244 Rand (umgerechnet ca. 127 DM) pro Jahr, 5% der Bevölkerung (vor allem Schwarze in

den Städten) 1.440 Rand (ca. 750 DM) und die restlichen 5% (vornehmlich Weiße) 46.080 Rand (24.000 DM). (4) Wenn auch die Einkommen nach der jüngsten Volkszählung tatsächlich etwas höher sind, zeigen diese Zahlen doch die große Kluft zwischen Armen und Reichen. Was ein Weißer an einem Arbeitstag kassiert, verdient ein Schwarzer in der Stadt in zwei Wochen, und ein Schwarzer auf dem Land muß ein ganzes Jahr dafür arbeiten.

Keine Nationalisierung

Für die namibische Wirtschaft bringt der Bergbausektor den reichsten Ertrag. Ungefähr vierzig Minen sind in Betrieb. Diamanten, Kupfer und Blei sind die wichtigsten Mineralien. Drei große Unternehmen, die im südafrikanischen oder multinationalen (Südafrika, Großbritannien, USA) Besitz sind, haben eine Monopolposition. Damit ist Namibia noch immer mit Händen und Füßen an das Ausland, vor allem an Südafrika, gekettet.

Vor der Unabhängigkeit war die Ausbeutung der namibischen Mineralien zum Vorteil ausländischer Interessen der Befreiungsbewegung ein Ärgernis. Anfänglich beabsichtigte die SWAPO auch, die Bergbauindustrie unter staatliche Verwaltung zu stellen, um so den Ertrag aus den namibischen Bodenschätzen gleichmäßiger unter der Bevölkerung zu verteilen.

Inzwischen ist viel von der Rhetorik der Zeit vor den Wahlen und der Unabhängigkeit abgeschwächt worden. Mit der Hinwendung zur freien Marktwirtschaft steht Nationalisierung für die SWAPO nicht mehr auf dem Programm. Die Regierung will mit den Unternehmen zusammenarbeiten und deren Rechte und Besitz respektieren. Von Nationalisierung ist auch in der Presse keine Rede mehr, sie ist ein Tabu geworden. Trotzdem ist der enorme Gewinn, den die Minenbesitzer ins Ausland schleppen, der schwarzen Mehrheit immer noch ein Dorn im Auge. Und die Versprechen über die gleichmäßige Verteilung des Ertrags der Bodenschätze scheinen ebenfalls noch nicht vom Volk vergessen worden zu sein.

Keine Landreform

Die ungleiche Verteilung des Landes zwischen reichen weißen Bauern und armen schwarzen Gemeinschaften war eine der wesentlichsten Ursachen des Befreiungskampfes. In fast jeder Diskussion über sozialökonomische Gleichheit kommt die Landfrage zur Sprache. Aktuelle Untersuchungen haben erwiesen, daß von insgesamt 6.292 Farmen 6.123 einzelnen weißen Farmern gehören, die damit 95% der landwirtschaftlich genutzten Fläche besitzen. (5)

Im Juni 1991 wurde eine großangelegte "Land Conference" durchgeführt, in die große Erwartungen gesetzt wurden. Unter dem Vorsitz von Premierminister Hage Geingob (SWAPO) versammelten sich mehr als 500 Delegierte aus allen Sektoren der namibischen Gesellschaft. Die Berichterstattung der Oppositionspresse (DTA) über diese Konferenz ist aufschlußreich. "Ungeachtet der Forderungen ethnischer Gruppen, daß ihnen das von früheren Kolonialregimes enteignete Land ihrer Vorfahren zurückgegeben werden solle, endete die National Land Conference (...) mit der Übereinkunft, daß die Erfüllung solcher Ansprüche unmöglich sei." (6) "Die Land Conference erreichte eine Art Konsens darüber, daß es Ausländern nicht erlaubt werden solle, Land in Namibia zu besitzen. Und dies trotz zahlreicher Warnungen von Konferenzteilnehmern und von Premierminister Hage Geingob, daß solche Ansichten möglichen ausländischen Investitionen in Namibia schaden könnten. Nur wenige ausländische Unternehmen würden ihr Geld in Bauten und Infrastruktur investieren wollen, wenn es ihnen nicht gestattet würde, das Land, auf dem diese Einrichtungen stünden, zu besitzen. Aber in den Debatten über diese heikle Angelegenheit regierte eindeutig das Herz über den Kopf, und ein Sprecher nach dem anderen erhob sich, um die Rückgabe des von Ausländern besetzt gehaltenen Landes zu fordern." (7) "Mit großer Erleichterung hörten wir, daß die Idee (...), alles Land solle Staatseigentum werden, schließlich vollständig fallengelassen wurde. Das war zweifellos eine so drastische Forderung, die die großartige Arbeit der vergangenen Wochen zunichte gemacht hätte. Während der Debatten über diesen Punkt kochten die Gefühle der Delegierten zeitweilig hoch, und es sah aus, als ob ein ernstzunehmender Bruch entstehen könnte. Aber die Intervention von Premierminister Geingob brachte die Vernunft zurück und führte zu der begrüßenswerten Entscheidung, den Punkt fallenzulassen." (8)

Dies ist eine klare Sprache. Ein Beschluß, das Land gleichmäßiger auf die Bevölkerung zu verteilen, wurde nicht gefaßt. Die Meinung des Premierministers schien ausschlaggebend zu sein. Für diesen SWAPO-Führer sind die Interessen der ausländischen Investoren wichtiger als das Wohlergehen der eigenen (schwarzen)

Bevölkerung. Auch in der Landfrage kann die Regierung somit auf die vollständige Unterstützung der Opposition rechnen.

Weder mit einer Nationalisierung des Bergbaus noch mit einer gerechteren Landverteilung will die SWAPO an die Privilegien der weißen Minderheit rühren. Muß man sich wundern, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die "Versöhnungs"politik der Regierung wächst?

Keine "Einbahnstraßen-Versöhnung"

Die "Verhandlungslösung", die Namibia die Unabhängigkeit brachte, und die liberale Verfassung, die daraus entstand, haben dem Land eine Anzahl diskriminierender Regelungen eingetragen, die erst sehr langfristig beseitigt werden können.

Eine dieser Regelungen ist das Pensionssystem. 1989 erhielten Weiße aus der Staatskasse eine Pension von 382 Rand (umgerechnet ca. 208 DM), Farbige 192 Rand (ca. 100 DM) und Owambos, Kavangos und Caprivier 75 Rand (ca. 39 DM). Die Hereros waren offensichtlich am wenigsten wert, sie bekamen 65 Rand (ca. 33 DM). Die Regierung hat die Pensionen der Weißen jetzt eingefroren und die Beträge für die anderen Bevölkerungsgruppen sollen allmählich auf dieselbe Höhe angezogen werden. Daß zwei Jahre nach der Unabhängigkeit an dem diskriminierenden Pensionssystem noch nichts verändert ist, ruft viel Protest hervor und wird als Äußerung dessen angesehen, was derzeit in Namibia die "Einbahnstraßen-Versöhnung" genannt wird.

In dem Kompromiß mit Südafrika, zu dem die SWAPO von den UN angehalten wurde, mußte die neue Regierung garantieren, keine Beamten aus dem alten, von Südafrika aufgebauten Beamtenapparat zu entlassen. Hierdurch werden noch zwei Jahre nach dem Eintritt in die Unabhängigkeit viele Schlüsselpositionen von weißen Beamten gehalten, die von dem früheren pro-südafrikanischen Regime eingesetzt worden waren. Dies behindert die Aufstiegsmöglichkeiten der schwarzen Mehrheit, was im vergangenen Jahr wiederholt zu Protesten geführt hat.

Neben diesen diskriminierenden Regelungen, die ein Erbe des vormaligen südafrikanischen Besatzerregimes sind, besteht in Namibia nach wie vor ein tiefverwurzelter Rassismus der Weißen gegenüber den Schwarzen, der von der schwarzen Bevölkerung jedoch nicht länger geduldet wird. Gwen Lister, die Chefredakteurin der progressiven Zeitung "The Namibian", skizziert die Situation so: "Es gibt noch (...) viele Fälle von krassem Rassismus Weiß gegen Schwarz, die in Angriffen und sogar Mord kulminieren, verwerflichen Vorkommnissen, die in unserer Gesellschaft keinen Platz haben sollten. Die Diskriminierung schwarzer Namibier, eine andere Form des Rassismus, ist in gewissen Gebieten immer noch sehr verbreitet. (...) Aber die Situation kann sich wenden, wenn nicht ziemlich schnell etwas getan wird, um die Hoffnungen der benachteiligten schwarzen Mehrheit zu befriedigen. Es ist kein Geheimnis, daß viele von ihnen ihre Illusionen verlieren. Die Unabhängigkeit, für die sie gekämpft und gelitten haben, hat bis jetzt noch nicht einmal viele der elementarsten Bedürfnisse wie Wohnung, Bildung, medizinische Versorgung und Arbeitsplätze befriedigt. Rational weiß man, daß diese Dinge nicht über Nacht geschehen können, aber emotional verschlimmern die Verzögerungen die Lage nur, in der viele Menschen unseres Landes sich befinden. Je länger ihnen diese elementaren Dinge verweigert werden, um so mehr wird die Versöhnung als eine Politik betrachtet werden, deren primäres Ziel der Schutz weißer Privilegien ist. Ob es uns gefällt oder nicht: Die im Prinzip wünschenswerte Versöhnung hat tatsächlich den meisten Weißen den Status quo erhalten, auch wenn sie gleichzeitig eine starke schwarze Mittelklasse geschaffen hat." (9)

Eine potentiell explosive Lage

Gwen Lister, die die SWAPO vor den möglichen Folgen ihrer "Versöhnungs"politik warnen will, fährt fort: "Anstatt den Rassismus zu entwurzeln (...), wird die Situation sich wenden, und die Habenichtse werden immer mehr anti-weiß werden, nicht weil sie die Weißen hassen, sondern weil diese für den fortgesetzten Zustand der Benachteiligung, in der so viele unserer schwarzen Landsleute leben, verantwortlich zu sein scheinen. Die für viele Schwarze in unserem Lande ungünstige soziale Lage könnte zu etwas führen, was eine Gegenreaktion mit rassistischen Untertönen werden könnte, wenn es nicht aufgehalten wird. An der Basis wird darüber schon nachgedacht. Diese Zeitung wird mit Briefen überschwemmt, die ihre tiefe und bittere Entrüstung über das ausdrücken, was die Menschen als Fortsetzung weißer Privilegien und härtere Zeiten für die Schwarzen als jemals zuvor wahrnehmen. Ein Leser, der die Versöhnungspolitik mit Neokolonialismus und Betrug gleichsetzt,

fragt, wie viele Weiße erwerbslos sind und wie viele von ihnen keine Wohnung haben. Er fährt fort, daß so viele in einem bitteren Krieg Opfer brachten, litten, vernachlässigt, ausgebeutet und erniedrigt wurden, nur um nach der Unabhängigkeit wieder unzählige Leiden zu ertragen. ‚Was ist Unabhängigkeit, und wer sind die Nutznießer?' fragt er und verspricht den Weißen dieses Landes schließlich eine ‚heiße Hölle', falls die Dinge sich nicht ändern. Ähnliche Gefühle werden zunehmend artikuliert und könnten zu einer potentiell explosiven Lage führen, wenn die Klagen und tiefsitzenden Frustrationen übergangen werden." (10)

Im vergangenen Jahr ist es mehrfach zu manchmal gewaltsamen Protestdemonstrationen gekommen:

- Proteste und Gewalt kennzeichneten die Auszahlungen der Regierung an frühere Plan-Kämpfer (ehemalige Guerilleros der SWAPO), als sich etwa 200 Ex-Plan-Soldaten, wütend darüber, daß ihnen Zahlungen verweigert wurden, die ihnen ihrer Meinung nach zustanden, um eine Bank in Grootfontein sammelten. In Oshakati gab es neben Klagen über Inkompetenz und Korruption Demonstrationen gegen die Art der Durchführung der Auszahlungen in Owambo.

- Drei von zehn Angeklagten (gegen einen wurde das Verfahren eingestellt, der Rest wurde gegen Kaution entlassen und floh außer Landes) wurden am 20.8.91 des Hochverrats für schuldig befunden, der erste Fall dieser Art im unabhängigen Namibia. Die Verurteilung beruhte auf einer polizeilichen Ermittlung, nachdem Waffen aus einem Polizeiarsenal in Windhoek gestohlen und in den Häusern einiger junger Rechter gefunden worden waren. Auch ein geplanter Staatsstreich wurde aufgedeckt. Die milden Urteile lösten heftige Kontroversen, Kritik und Demonstrationen aus und ließen viele das Rechtssystem in Frage stellen.

- Am 9.7.91 verwehrte der (weiße) Besitzer eines Outjo-Hotels dem stellvertretenden Minister für Wildschutz, Naturschutz und Tourismus, Ben Ulenga, und seinem Fahrer den Zutritt zu seinem Hotel. Der Fall führte zu dem härtesten Eingreifen der Regierung gegen zur Anzeige gebrachten Rassismus nach der Unabhängigkeit. Nachdem dem Besitzer die Hotel-Lizenz entzogen worden war, wurde er inhaftiert. Das Verfahren wurde schließlich eingestellt, nachdem ein Mitangeklagter nicht ausfindig gemacht werden konnte.

- Bei einem Protest im November '91 für die Freilassung eines unter ungeklärten Umständen verhafteten Schwarzen wurden mindestens 27 Menschen in gewaltsamen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Bevölkerung von Otjiwarongo verletzt; 45 Gummigeschosse waren eingesetzt worden. Präsident Nujoma mußte intervenieren und forderte die Freilassung des Schwarzen, um ein Blutbad zu verhindern. Nach seiner Freilassung erzählte der Mann der Menge, daß sein Freund von einem Polizeifahrzeug erfaßt und getötet worden war. Er war offensichtlich verhaftet worden, um seine Zeugenaussage zu verhindern. Die Demonstranten verlangten die Entfernung bestimmter weißer Polizisten aus der Gegend.

- Hunderte von Schulkindern versammelten sich am 23.1.92 vor dem Tor einer Eliteschule in Windhoek, nachdem eine fünfzehnjährige Schülerin von sechs weißen Schülern zusammengeschlagen worden war, die zu ihr gesagt hatten: "Unsere Schulen sind nicht für schwarze Ärsche." Einige Beobachter verglichen die Situation mit der in Little Rock, einer Stadt in den US-amerikanischen Südstaaten. (Dort waren 1956 Regierungstruppen in die Central High School geschickt worden, um den ersten neun schwarzen Schülern eine gefahrlose Anmeldung zu garantieren.)

- Ungefähr 400 Demonstranten gingen am 25.3.92 in Gobabis auf die Straße, um gegen die nachlässige Behandlung von Verbrechen Weißer gegen Schwarze durch die Polizei zu protestieren. Anlaß der Demonstration war ein Vorfall, bei dem die Polizei beschuldigt wurde, wenig gegen einen weißen Schüler unternommen zu haben, der zwei schwarze Schüler niedergeschlagen und dabei einen von ihnen getötet hatte.

Eine starke schwarze Mittelklasse

In einer Sphäre des gegen sie gerichteten Rassismus sieht die schwarze Mehrheit mit großem Erstaunen, daß führende Weiße, die in der Vergangenheit offene Gegner der SWAPO waren, jetzt als Ehrengäste auf offiziellen Banketten geehrt werden. Daneben besteht großer Unmut über die Privilegien, die die schwarzen Regierungsbeamten erhalten. Man sieht viele schwarze Staatsbeamte in reizende Villen umziehen, die sie mit einem sehr vorteilhaften Mietkauf-Kredit anschaffen können. Weil sie sich zudem einen stilvollen BMW erlauben können, spricht man auch von einer "BMW- Kultur". Es handelt sich hier oft um SWAPO-Kader, die jahrelang im Exil gewesen sind. In einem Leserbrief an "The Namibian" äußert ein enttäuschter Namibier: "Wir

befinden uns zwei Jahre nach unserem Ausgangspunkt als Nation. Aber die glänzenden und bequemen Reichtümer der Unabhängigkeit - gute Häuser, Luxusautos, fette Bankkonten, Farmen, importierte Kleidung etc. für die wenigen Glücklichen - lenken schon Kader von der Linie des Kampfes ab. (...) Zur Zeit haben wir ein Namibia mit wenigen Millionären und einer Million Bettler." (11)

Austritte aus der SWAPO

Die Unzufriedenheit mit der "BMW-Kultur" und der "Einbahnstraßen-Versöhnungs"-Politik der SWAPO-Spitze kam beim außerordentlichen Kongreß der "Namibian National Students' Organization" (Nanso) im Juli '91 offen zum Ausdruck. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, daß sich die Studentenorganisation von der SWAPO löst. Dies wurde als einzige Möglichkeit gesehen, um die Demokratie, die Autonomie und die Diskussionskultur in der Nanso zu erhalten.

In den heftigen Diskussionen, die dieser Beschluß der Nanso nach sich zog, richtete der Nanso-Vorsitzende Vincent Likoro scharfe Kritik an die Adresse bestimmter "Elemente" in der SWAPO, die ihre revolutionären sozialistischen Ideen aufgegeben hätten. Er warf der SWAPO vor, daß sie sich zu sehr mit der Regierung identifiziere, und er forderte das Recht, bestimmte Maßnahmen des Parlaments und der Regierung zu kritisieren. Insbesondere warf er der SWAPO vor, eine grundlegende Landreform zu behindern und die Schaffung einer neuen Arbeitsgesetzgebung auf die lange Bank zu schieben. (12)

Der Nanso-Beschluß, der eine wahre Lawine der Kritik und Diskussion hervorgerufen hat, ist so brisant, weil er auch für andere Organisationen, die der SWAPO angeschlossen sind, Folgen haben kann. Namentlich in der "National Union of Namibian Workers" (NUNW) votiert eine starke Strömung dafür, die Mitgliedschaft in der SWAPO aufzukündigen. Wo nun der Kampf für die Befreiung vom kolonialen Joch abgeschlossen ist, müsse der Gewerkschaftsverband seine Beziehung mit der SWAPO, die viel eher eine führende Regierungspartei sei als eine Befreiungsbewegung, überprüfen.

Kämpferisch oder gemäßigt?

Das Mißvergnügen über die "Versöhnungs"-Politik der SWAPO war schon auf einer Kundgebung am 1. Mai '91 offen zum Ausdruck gekommen, als der Vorsitzende des Gewerkschaftsverbandes NUNW mahnte: "Wenn Versöhnung eine Einladung an die Arbeitgeber ist, uns zur Sicherung ihrer Profite weiter auszubeuten, während die Schwarzen zunehmend erwerbslos werden und auf der Straße stehen, dann wird die Versöhnung von den Arbeitern nicht länger akzeptiert werden." (13)

Dies ist eine Sprache, die von den SWAPO-Führern nicht gern gehört wird. Es sei an der Zeit, meinte der SWAPO-Minister für Handel und Industrie, die opponierenden Arbeitnehmer zu ihrem eigenen Besten zu stoppen. Zwar seien die Arbeitgeber in der Vergangenheit nicht sehr geneigt gewesen, die Nöte der Arbeiter zu beachten, und die Polizei sei oft eingesetzt worden, um Arbeiterproteste zu unterdrücken. Mit der Unabhängigkeit aber habe eine neue Phase begonnen: Namibia habe nun eine Regierung, die den Arbeitern das Recht zuerkenne, für ihre Rechte einzustehen. Ohne ausländische Hilfe sei die Regierung jedoch nicht in der Lage, alle Nöte des Landes zu beseitigen. Um ausländische Investoren anzuziehen, brauche Namibia also Gewerkschaften mit Verantwortungsbewußtsein und zuverlässige Arbeiter. Die Gewerkschaften sollten ihre Forderungen mäßigen und in konstruktiver Weise am Aufbau des Landes teilnehmen. (14)

Die Gewerkschaften sehen das sehr viel anders. Sie sind "aufs Äußerste unzufrieden" mit dem Ausbleiben einer Arbeitsgesetzgebung, die eine absolute Notwendigkeit ist, um im unabhängigen Namibia das Herr-Sklave-Verhältnis zu beseitigen, das in vielen Farmen und Betrieben noch immer andauert, und die den Arbeitern (in der Stadt wie auf dem Land) ein legales Instrument an die Hand geben würde, um sich gegen die Willkür der Arbeitgeber zu schützen.

Die Arbeiter unterlägen noch immer dem kolonialen Reglement, sagte der NUNW-Vorsitzende. "Nichts hindert die Arbeitgeber, um in derselben Weise aufzutreten wie vor der Unabhängigkeit. Wir werden noch immer in Massen entlassen, wir werden noch immer mit einschneidenden Maßnahmen konfrontiert, ohne daß wir zu Rate gezogen werden." (15)

Das Ausbleiben der Arbeitsgesetze und die Massenentlassungen (vor allem im Bergbau) hat das Verhältnis zwischen der NUNW und der Regierung sehr belastet. Die Gewerkschaft, in dem Empfinden, von der Regierung ignoriert zu werden, bemängelt, daß die Regierung ausländischen Investitionen Vorrang einräumt.

"Die Unabhängigkeit hat den Arbeitern nicht viel Freiheit gebracht, deshalb muß der Kampf fortgeführt werden." Die NUNW nennt sich selbst das "einzige und authentische" Sprachrohr der ausgebeuteten namibischen Arbeiter. Stellt sie damit in Frage, daß die SWAPO noch als Sprachrohr der Arbeiter angesehen werden kann?

SWAPO-Kongreß

Vom 7. bis 10.12.91 hielt die SWAPO ihren groß angekündigten "ersten Kongreß seit der Unabhängigkeit". Als rund drei Monate später des Beginns der Unabhängigkeit gedacht wurde, waren die Kongreßresolutionen immer noch nicht veröffentlicht worden. Es hat den Anschein, daß die SWAPO eine offene und öffentliche Debatte über ihre sehr geänderte und pragmatische Politik verhindern wolle. (16)

Mit der Aufnahme des Gewerkschaftsführers Bernard Esau in das Politbüro hofft die SWAPO, eine etwaige Explosion des Arbeiterwiderstands zu verhindern. Diese Ernennung, die von der Basis sehr begrüßt wurde, bringt das Thema der Bindung an die SWAPO erneut auf die Tagesordnung. Während die Gewerkschaft einerseits betont, daß die Bindung an die SWAPO es ermögliche, daß ihre Stimme auch im politischen Forum gehört werde, will sie andererseits nicht den Politikern das alleinige Beschlußrecht über allgemeine soziale Fragen zugestehen. (17)

Unerfüllte Erwartungen

Die Gewerkschaft wird beweisen müssen, daß sie die Forderungen der Arbeiter ernst nimmt, und daß sie tatsächlich den Kampf fortsetzen will, eventuell auch gegen eine von der SWAPO dominierte Regierung.

"Die Gewerkschaften waren in den vergangenen zwei Jahren sehr zurückhaltend", merkte Gwen Lister an, "aber wenn die Dinge sich nicht bessern, werden auch sie ungeduldig werden oder sie riskieren, die Unterstützung ihrer enttäuschten Mitgliedschaft zu verlieren." (18) Die SWAPO-Regierung sieht sich mit den Bergleuten, den Farmarbeitern und den Arbeitslosen konfrontiert, die im dritten Jahr der Unabhängigkeit reale Resultate sehen wollen. Die Massenarbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Ungleichheit und die noch immer wachsende Kluft zwischen arm und reich sind eine Zeitbombe für die Regierung. Die Enttäuschung über die nicht erfüllten Versprechungen ist groß. "Für die Mehrheit der Schwarzen besteht die wichtigste unerfüllte Hoffnung in ihrem Verlangen nach einer gerechten Regelung in der Landfrage", konstatiert Vekuui Rukoro, Vorsitzender der "Namibia National Front" und Mitglied der Regierung. "Dies war der Ausgangspunkt des Kampfes, und es wird weiter eine Quelle der Bitterkeit sein, die eher früher als später zu einer anderen Form des Kampfes führen wird, wenn sie nicht im Rahmen der Nationalen Versöhnung thematisiert wird." (19) Auch die SWAPO hält eine solche Entwicklung für möglich. Wenn es jemals in Namibia zu einer zweiten Revolution kommen sollte, äußerte der SWAPO-Führer Moses Garoeb in einem Interview mit der deutschsprachigen "Allgemeine(n) Zeitung", dann würde sie durch die Situation der Farmarbeiter ausgelöst werden. Diese "werden in vielen Fällen ungerecht behandelt und inzwischen wissen sie, was ihre Rechte sind." (20)

Da die SWAPO mit der "Versöhnungs"politik zu versöhnen trachtet, was nicht zu versöhnen ist - die Interessen des Kapitals und die Interessen der Arbeiter, Arbeitslosen und armen Bauern - wird sich der unabwendbare Kampf in erster Linie gegen diese "Versöhnungs"politik richten. Wobei an die SWAPO die Forderung gerichtet wird: "Bringt ein bißchen Sozialismus zurück!" (21)

Quellen:

1) zit. in Workers' World, Sept. 91; 2) The Windhoek Advertiser, 12.3.92; 3) ebd.; 4) The Namibian, 31.3.92; 5) The Times of Namibia, 2.7.91; 6) ebd.; 7) ebd., 1.7.91; 8) ebd. 3.7.91; 9) The Namibian, 8.11.91; 10) ebd.; 11) The Namibian, 6.1.92; 12) The Namibian, 27.9.91; Namibia Today, 4.-10.10. u. 11.-17.10.91; 13) zit. in Workers' World, Sept. 91; 14) The Namibian, 19.8.91; 15) ebd., 6.9.91; 16) The Namibian, 12.12.91: Congress votes for moderation; Allgemeine Zeitung, 31.1.92: Moses gab sich gemäßigt; 17) The Namibian Worker, April 92; 18) The Namibian, 20.12.91; 19) ebd. 20.3.92; 20) Gwen Lister in ebd., 20.12.91: "If the Government has a New Year's Resolution it should be to bring back a bit of socialism!"

Der Artikel wurde Ende März 92 abgeschlossen.

(Aus dem Niederländischen von Klaus Mellenthin)

28. "Sozialdemokrat" Kurz und der Abwurf der Atombombe (oder: Wie eine Diskussion nicht anfangen sollte)

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:20

Im AK 344 äußern sich Kuhnen/Schlüter zum "Kollaps der Modernisierung" und weiteren Texten von Robert Kurz (S. 37-39). Ich befürchte, die Art des Rundumschlags und der wortreichen Aburteilung von Kurz ("Fetenschreck", "sozialdemokratischer trotteliger Spießer") durch Kuhnen/Schlüter könnte geeignet sein, viele LeserInnen nun von der Kurz-Lektüre abzuschrecken. Das hielte ich für schlecht. Deshalb möchte ich an einem Beispiel belegen, daß Kuhnen/Schlüter sich nicht korrekt mit Robert Kurz befassen, Zitate in verkürzender Weise ausgewählt haben, den Kernpunkt von Kurz' theoretischen Ansichten gar nicht berühren und deshalb die notwendige und kritische Debatte mit Kurz und der "Krisis"-Gruppe verhindern.

Drei Phasen des Nationalismus

In der "Frankfurter Rundschau" vom 4.1.1992 erschien tatsächlich ein Artikel unter der Überschrift "One World und jüngster Nationalismus" von Kurz - Untertitel: "Warum der totale Weltmarkt die ethnische Barbarei nicht verhindern kann". Den Hauptteil des Artikels macht die Beweisführung der These aus, daß der heutige ethnisch motivierte Befreiungskampf in den GUS-Ländern, im ehemaligen Jugoslawien, in Kurdistan oder sonstwo keine soziale Perspektive mehr habe: "Die ethnischen Verzweiflungsloyalitäten sind allesamt haltlos. Sie können den zerbrechenden alten Nationalstaat weder ersetzen noch neue reproduktionsfähige Gesellschaftsgebilde schaffen. Sie konstituieren sich nur im und durch den offenen oder latenten Bürgerkrieg, bis auch dieser sich erschöpft hat." Der Versuch, reproduktionsfähige Nationalstaaten zu bilden, knüpfe an einer im 19. Jahrhundert formulierten und verwirklichten politischen Struktur an, die nur in der Zeit des nicht voll entfalteten erdumspannenden warenproduzierenden Systems ihre historische Berechtigung gehabt habe. Heute, angesichts der stofflichen Vernetzung der gesamten Menschheit, sei jeder Versuch der Absonderung und neuer Staatenbildung anachronistisch: "Jeder Staat ist seinem Wesen nach eine partikulare Form, die sich nach außen abgrenzen muß."

Exkursorisch möchte ich den kurdischen Befreiungskampf besprechen. Es ist verständlich, daß Menschen, die in vielfältiger Hinsicht sozial, politisch, kulturell und militärisch unterdrückt werden, gegen diese Lage kämpfen. Ich finde es auch richtig, solche Befreiungskämpfe politisch-moralisch und materiell zu unterstützen. Für unangemessen und anachronistisch halte ich jedoch das Gerede von einem irgendwie sozialistischen oder proto-sozialistischen Charakter dieses Kampfes. Die Kurden können froh sein, wenn sie nicht mehr schon wegen des Gebrauchs ihrer Sprache verhaftet und gefoltert werden. Aber dann national befreit unter dem Druck der Weltmarktkonkurrenz zu krepieren, ist ja ernsthaft nicht mehr mit "besser" und "schlechter" zu bewerten. Der Schwung, mit der die letzten Überreste des alten Linksradikalismus sich auf alle Details des kurdischen Widerstands stürzen, erinnert leider teilweise an Ersatzhandlungen. Um der theoretischen und praktischen Anstrengung zu entgehen, sich mit den Verhältnissen in Deutschland und im Gefüge der erdumspannenden Vergesellschaftung zu beschäftigen, weicht mensch auf den kurdisch-türkischen Konflikt aus, der leicht nach dem bewährten Raster Unterdrücker und Opfer gedacht werden kann.

Kurz bezeichnet die "Welle ethnischer (oder kleinethnischer) Agitation" (Eric J. Hobsbawm) als "tertiären Nationalismus". Der primäre Nationalismus sei der die bürgerliche Staatenbildung im 19. Jahrhundert beschleunigende Nationalismus gewesen. Diese Staatenbildung sei aber im Kern ökonomistisch gewesen, ihre völkischen und rassistischen Legitimationsideologien verhüllten nur, daß die Bildung der Nationalstaaten nicht auf "ethnischen Loyalitäten" beruhte. Den sekundären Nationalismus macht Kurz zwischen dem Beginn und der Mitte des 20. Jahrhunderts im Osten und im Süden aus: "Östlicher Sowjetpatriotismus und südlicher Befreiungsnationalismus überlagerten die Binnenkonkurrenz des Westens und schufen neue globale Konfliktlinien (...) So häßlich und diktatorisch aber die Regimes der Zweiten und Dritten Welt sich dabei auch zeigen mochten, gegen den westlichen Öffnungsdruck behielten sie doch so etwas wie die Würde der Selbstbehauptung, und keineswegs bloß im Interesse der autoritären und versteinerten Eliten. Denn es war absehbar, daß sie auf dem Schlachtfeld der offenen Systemkonkurrenz ökonomisch niedergemetzelt werden mußten (...). " (Hervorh. fo.). Kurz' Artikel ist nicht so moralinsauer wie der Beitrag von Kuhnen/Schlüter, aber

ohne jede Häme und eher mit dem Verständnis für das ebenso Unabänderliche wie gleichwohl Falsche stellt Kurz fest: "Tertiärer Nationalismus ist also (...) ein Produkt der Verzweiflung, von der die Menschen in den Zusammenbruchsökonomien des totalen Weltmarktes heimgesucht werden", und: "Überall ist das Problem abgeschwächter oder versiegender staatlicher Umverteilungskompetenz die treibende Kraft."

Westlichen Spott "über diese wüsten Irrationalismen" attackiert Kurz, "weil seine (des Westens - fo.) Entfesselung des globalen Marktsystems diese erst erzeugt hat" und "auch deswegen, weil er selbst keineswegs davon verschont bleibt". Kurz erwähnt die Beispiele "Lega Lombarda", den deutschen Ost/West-Konflikt, die Rassenkonflikte in den USA. Soweit der eher analytische Teil von Kurz' FR-Artikel, dessen Inhalt Kuhnen/Schlüter vollständig unterschlagen, der jedoch die Grundlage für Kurz' Entwurf der Veränderung abgibt. Dabei könnte es lohnen, Kurz' Beschreibung nationalstaatlicher Formierung zu diskutieren. Ebenfalls ungeklärt ist die Frage, ob trotz der mangelnden inhaltlichen Perspektive, die die Bildung von Nationalstaaten heute hat, sie eine unübergehbare Etappe bei der Herausbildung von Subjekten bildet, die zu bewußter Vergesellschaftung fähig sind. Oder macht die weltweite stoffliche Vernetzung die Entwicklung des Undenkbaren denkbar: die Aufhebung der Warenproduktion in den Metropolen und die anschließende Schaffung von Voraussetzungen, um die gesamte Menschheit in zwei Generationen das Niveau bewußt vergesellschafteter Subjekte erreichen zu lassen?

UNO als weltgesellschaftliche Instanz

Kurz äußert dann Gedanken zu der Frage, wie den Schlächtereien und dem Sterben unter der Peitsche des Weltmarktes ein Ende bereitet werden könne. Einen "Weltstaat", die UN als Weltregierung, "kann es (...) nicht geben", weil der Staatsform wesenhaft die Absonderung zueigen ist. Kurz meint, "die UN als reale weltgesellschaftliche Instanz", die "grundlegende Änderung in den gesellschaftlichen Loyalitätsbeziehungen" vorausgesetzt, könne vielleicht die Aufgabe bewußter Weltvergesellschaftung übernehmen. Als Akteure dieser gesellschaftlichen Umwälzung sieht Kurz die Menschen, die auf "regionaler Ebene zahlreiche Initiativen (bilden), Widerstand und zivilen Ungehorsam gegen die desolaten Regulationsversuche und Pyramidenprojekte des Weltmarktstaates" ausüben. Wenn diese "regionalen Initiativen" zu weltgesellschaftlich ausgerichteten Entwürfen fänden - womit sie sich tiefgreifend von allen Formen des wertförmigen und konkurrenzgeprägten Partikularismus unterscheiden würden - bestünde die Aussicht, "die herkömmliche demokratische Transformation warenförmiger Interessen in den beschränkten Formen der okzidentalen parlamentarischen Staatenwelt" nach vorne hin zu überschreiten.

Die von Kurz erwähnten "Polizeiaktionen der Blauhelme (...) gegen die obskuren Großgrundbesitzer-Clans" im Süden sind in seinem Gedankengang nicht vor, sondern nach der skizzierten Aufhebung der wertförmigen Vergesellschaftung angesiedelt. Vom "Werfen von Atombomben", wie Kuhnen/Schlüter unterstellen, oder einer pro-imperialistischen Motivierung ist nirgendwo die Rede. Dennoch überzeugt das von Kurz gewählte Bild nicht, weil der Begriff der "Polizeiaktion" selbst aus dem Arsenal staatsförmiger Handlungen stammt und die Trennung von Staat und Gesellschaft voraussetzt. Der Kern von Kurz' FR-Artikel bleibt von diesem Fehlgriff jedoch unberührt: Die aktuelle Katastrophe, die viele Menschen stündlich erleiden, ist der in der Logik erdumspannend entfalteter Wertform liegende Horror, der nicht mit den Mitteln des 19. Jahrhunderts (Bildung von Nationalstaaten) bekämpft werden kann, sondern mit einer kommunistischen Aufhebungsbewegung überwunden werden muß.

Bezogen auf den Streit der KB-Nachfolgegruppen über die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien erlaubt der von Kurz vorgeschlagene Ansatz die Überwindung der Fragestellung "jugoslawische Zwangsgemeinschaft oder nationales Selbstbestimmungsrecht", weil Kurz die politische Hülle durchstößt und zum Inhalt der Beziehungen vordringt. Was für den unterdrückten Kroaten, Kosovo-Albaner oder Serben als die Lösung erscheinen mag und kurzfristig auch real sein kann, ist als Denkschablone für KommunistInnen in den Metropolen gänzlich ungeeignet. Von hier aus muß sich der nach-bürgerliche, kommunistische Vergesellschaftungsentwurf Bahn brechen.

Das Vorstoßen bis zu diesem Gedanken löst viele Fragen in keiner Weise, eröffnet aber den Zugriff auf die Streitpunkte. Muß das revolutionäre Subjekt bei den "Verdammten dieser Erde", bei den Ausgestoßenen in den Metropolen, in Teilen der Facharbeiterschaft gesucht werden, oder werden die wissenschaftlichen Potenzen, das "überschüssige Bewußtsein" (Bahro: Die Alternative) der Metropolen-Subjekte die DenkerInnen kommunistischer, nicht- waren- und nicht-staatsförmiger Vergesellschaftung sein? Welches Verhältnis können

Kommunen, Regionen und Weltgesellschaft entwickeln? Oder ist eine Identität auf höherer Stufenleiter denkbar? Keine dieser Fragen wird alleine im Kopf gelöst werden, aber sie zu stellen und nach den Antworten zu suchen, würde zugleich eine neue Praxis schaffen.

fo.

29. Das Problem der Wertkritik (zur Diskussion um Robert Kurz" "Kollaps der Modernisierung")

Von Johann Philipp Becker

Autor: Johann Philipp Becker · Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:29

Mit dem Artikel von Kuhnen/Schlüter in ak 344 hat das Buch "Kollaps der Modernisierung" von Robert Kurz nun auch im ak Resonanz gefunden. Die Kritik von Kuhnen/Schlüter an Kurz geht jedoch am eigentlichen Kern der Kurzschen Argumentation vorbei. In diesem Artikel möchte ich auf der Grundlage einer wertkritischen Herangehensweise die theoretischen Bemühungen von Robert Kurz einerseits gegen Positionen, wie sie von Kuhnen/Schlüter vorgebracht worden sind, verteidigen. Andererseits möchte ich auf Unzulänglichkeiten in der Kurzschen Argumentation hinweisen.

1. Einige wesentliche Positionen der "Krisis"-Gruppe

1.1. Vorbemerkung

Es ist charakteristisch für den bürgerlichen Wissenschaftsapparat, kollektiv entwickelte Gedanken als Ergebnis einer rein individuellen Anstrengung erscheinen zu lassen. Damit einher geht eine Eliminierung des Prozeßhaften. Gedanken, die in Büchern und anderen Medien geäußert werden, gelten als Highlights, wobei der Entstehungszusammenhang aus dem Blickfeld verschwindet. In den Rezensionen zum "Kollaps", die in einschlägigen Gazetten (Die Zeit; FR; FAZ; Sozialismus; Konkret, usw.) veröffentlicht wurden, lassen sich beide Verfahren nachweisen.

Um einer derart theoriefeindlichen Praxis entgegenzuwirken, möchte ich zunächst ein paar Worte über den inhaltlichen und strukturellen Background schreiben, aus dem heraus Kurz sein neuestes Buch verfaßt hat.

Kurz gehört einem Theoriezirkel an, der seit 1986 eine Zeitschrift herausgibt, die bis 1989 den Namen "Marxistische Kritik" trug und seit 1990 unter dem Titel "Krisis" erscheint. (1) Sie wird von der Initiative Marxistische Kritik bzw. dem Förderverein Krisis herausgegeben. Folgende Positionen, die ich thesenartig darstellen möchte, wurden in den letzten Jahren in dieser Zeitschrift herausgearbeitet und bilden den theoretischen Hintergrund des "Kollaps der Modernisierung". Selbstverständlich kann es sich hier nur um eine Auswahl handeln.

1.2. Positionen des MK/Krisis-Kreises

a) Das Fundament der Argumentation liegt in dem Anknüpfen und der Weiterentwicklung der Waren- und Wertkritik, die von Marx begründet wurde. Im Unterschied zum traditionellen Marxismus, sowie der Mehrheit der Linken, setzt die Kritik des Kapitalismus nicht an der Marktwirtschaft an. Die Kritik setzt an der abstrakten Arbeit als Substanz des Wertes an. Der Wert wird nicht nur als Wertgesetz mit der Funktion der Allokation der Ressourcen interpretiert, sondern als Vergesellschaftungsmodus von Individuen, die sich ihres eignen gesellschaftlichen Zusammenhanges nicht bewußt sind.

b) Mit dem kritischen Bezug auf das Wertverhältnis ist die Analyse im Unterschied zur marxistischen und sozialdemokratischen Linken auf das Produktionsverhältnis gelenkt. Der traditionelle Marxismus versteht die Ökonomie nur von der Distributionsweise her. Die Ökonomie, zurechtgestutzt als Allokation der Ressourcen, erscheint so von einer außerökonomischen, politischen Sphäre aus lenkbar zu sein. Sozialismus bedeutet im traditionellen Marxismus eine Art und Weise der Lenkung und Organisation der Distribution bei Beibehaltung der wertvermittelten Art und Weise der Produktion (vgl. Kurz 1986 a, 8 und Kurz 1986 b, 16).

c) Die alte Arbeiterbewegung wird durch die Verkürzung auf die Zirkulationssphäre selbst zum Moment der kapitalistischen Entwicklungslogik. Im Westen im Kampf um die Etablierung der Staatsbürgerlichkeit und des Rechtsstaates, im Osten als Agent der nachholenden ursprünglichen Akkumulation (vgl. Kurz 1986 b, 15 f. und bezogen auf die Sowjetunion Klein 1992).

d) Die Klassen werden nicht als vorausgesetzte, handelnde Großsubjekte begriffen, sondern letztlich als abgeleitete Kategorien der Widersprüche, die durch Ware-Geld-Kapital zum Ausdruck kommen (2) (vgl. Kurz/Lohoff 1989, 10 ff.). Lohnarbeiter und Kapitalisten sind so gesehen Pole des gleichen Verhältnisses.

Innerhalb dieses Verhältnisses gibt es keinen unversöhnlichen Interessensgegensatz. Revolutionäres Bewußtsein ist deshalb nicht als proletarisches Klassenbewußtsein möglich, sondern nur als den eignen Lohnarbeiterstatus negierendes Bewußtsein, als negatives Klassenbewußtsein. "Die revolutionären Subjekte organisieren sich nicht als Arbeiter, sondern als Kommunisten" (ebd., 26 f.).

e) Die Schranke des Kapitalismus liegt nicht im Umsturzwillen des Proletariats, sondern entwickelt sich mit dem Kapitalverhältnis selber, indem die unmittelbare Produktionsarbeit, die allein Wert und Kapital (= der sich verwertende Wert) produziert, immer mehr von einer direkt-vergesellschafteten Arbeit über und neben dem unmittelbaren Produktionsprozeß verdrängt wird (vgl. Kurz 1986 a, l0 ff.). Die daraus resultierende Abnahme der Wertsubstanz, der abstrakten Arbeit, stellt auch das Proletariat als Lieferanten der abstrakten Arbeit in Frage (vgl. Kurz/Lohoff 1989, 33 ff.). Gleichwohl muß das kapitalistische Produktionsverhältnis empirisch gebrochen werden.

f) Die Endkrise des Kapitalverhältnisses beginnt erst, wenn das Verhältnis von Eliminierung und Reabsorption lebendiger unmittelbarer Produktionsarbeit umzukippen beginnt. Dies ist seit den 70er Jahren der Fall. Bis zu diesem Zeitpunkt haben wir es mit Durchsetzungskrisen des Kapitalverhältnisses zu tun (vgl. Kurz 1986 a, 35).

g) Eine kommunistische Revolution kann nur zu einer Überwindung des Wertverhältnisses zugunsten einer direkten Organisation der Arbeit führen. Bleibt das Wertverhältnis bestehen, wird also nicht das Produktionsverhältnis, sondern nur die Distribution verändert, handelt es sich nicht um eine kommunistische, das Kapitalverhältnis überwindende Revolution, sondern um eine Revolution innerhalb dieses Verhältnisses (vgl. Kurz 1986 b, 23 f.).

Das Buch "Kollaps der Modernisierung" stellt bis zu einem bestimmten Grade eine Popularisierung der Arbeiten aus der MK/Krisis dar. Auf eine inhaltliche Verschiebung in puncto Arbeitsbegriff komme ich später.

2. Die falsche Kritik von Kuhnen/Schlüter an Kurz

Die Diffamierung einer Theorie, die den Kapitalismus als prozessierenden Widerspruch begreift, als "ehernes Dogma aller Objektivisten innerhalb der frühen Sozialdemokratie" (ak 344, 37, Sp. 1-2), kann nur der völligen Begriffslosigkeit der Autoren geschuldet sein. Ebenso wie der Vorwurf, Kurz abstrahiere "von den wirklichen, handelnden Menschen" (ebd., 37, Sp. 5) ein Unmittelbarkeitsdenken der krudesten Art zum Ausdruck bringt.

Wenig fruchtbar ist es ebenfalls, mit Marx zwar die formelle Möglichkeit der Krise in dem in der Ware beinhalteten Widerspruch von Gebrauchswert und Tauschwert zu sehen, dann aber das Wirklichwerden der Möglichkeit abzustreiten. Überhaupt scheint hier die Unterscheidung zwischen einem krisenhaften Verlauf der Wertrealisierung (die individuell produzierte Ware muß sich ja in das allgemeine Äquivalent - Geld - verwandeln) und dem Begriff einer progressiven Eliminierung der Wertsubstanz - der abstrakten Arbeit - zu fehlen (vgl. ebd., 37, Sp. 3-4 und ebd., 38, Sp. 2). Die These, Wissenschaft sei kapitalproduktive Arbeit, da sie in den Dienst des Kapitals genommen sei (vgl. ebd., 39, Sp. 2), ist ebenso Nonsens. Natürlich sind einige Wissenschaftler (nicht alle) Teil des wertproduktiven Gesamtarbeiters. Dies ändert aber nichts daran, daß die anwachsenden Aggregate und Institutionen, die über und neben der unmittelbaren Produktion stehen, zwar stofflich notwendig und produktiv sind, doch keinen Wert produzieren, da sich die dort geleisteten Arbeiten nicht mehr als vergegenständlichte Zeiteinheiten in den Waren darstellen können. Verwissenschaftlichung und Terziarisierung sind ja nur Ausdruck für die zunehmende unmittelbare Vernetzung der Arbeiten, die nicht erst indirekt über den Austausch im Marktgeschehen aufeinander bezogen werden können. Die Beibehaltung der indirekten Reproduktionsform durch den indirekten marktvermittelten Bezug der Arbeiten aufeinander konstituiert ja gerade den Widerspruch zur inhaltlich-stofflichen Vernetzung der Arbeiten.

3. Robert Kurz und Moishe Postone

3.1. Vorbemerkung

Im folgenden möchte ich nur kurz auf zwei Punkte eingehen (interessierte LeserInnen beachten bitte das Literaturverzeichnis):

a) die von Kuhnen/Schlüter kritisierte Unterscheidung zwischen den Produktivkräften als gesellschaftlicher Potenz und den Produktionsmitteln in unmittelbarer-technischer Form;

b) Robert Kurz' Bemerkungen zur Arbeitsgesellschaft und Moishe Postones Theorie des Arbeitsbegriffs.

Bei einem Vergleich von Postones Artikeln (siehe Literaturverzeichnis) und den Artikeln, die in der MK/Krisis erschienen sind, fällt generell eine große Übereinstimmung auf. Dies ist auch in der Frage des Produktivkraftbegriffs der Fall (vgl. Kurz 1986 b, 57 f.; Lohoff 1987 - korrespondierend Brick/Postone 1982, 199 f.; Postone 1978, 776 ff.).

3.2. Produktivkraftbegriff

und Arbeitsbegriff

Wie schon oben angedeutet, ist der traditionelle Marxismus eher auf die Distributionssphäre als auf die Produktionssphäre bezogen. Sozialismus wird als Verteilungsorganisation verstanden, die der industriellen Produktionsweise im Gegensatz zur "Anarchie des Marktes" eher entsprechen soll. Die Form der Lohnarbeit und die bestehende industrielle Produktionsweise werden nicht mehr hinterfragt. Durch diese zirkulative Verkürzung ist der, mit der Entwicklung des Kapitalverhältnis entstandene, neue Typus der Arbeit ausgeblendet. Um diesen neuen Typ der Arbeit und dann den Produktivkraftbegriff deutlicher zu machen, möchte ich zwei längere Marxzitate aus den "Grundrissen" anführen:

"In dem Maße aber, wie die große Industrie sich entwickelt, wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder - deren powerful effectiveness - selbst wieder in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie, oder der Anwendung dieser Wissenschaft auf die Produktion" (Marx 1983, 600).

Einige Zeilen weiter heißt es dann, auch bezogen auf die Frage der Produktivkräfte:

"Er (der Arbeiter, J.Ph. B.) tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein. In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern die Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper - in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. Der Diebstahl an fremder Arbeitszeit, worauf der jetzige Reichtum beruht, erscheint miserable Grundlage gegen diese neuentwickelte, durch die große Industrie selbst geschaffne. Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muß aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert (das Maß) des Gebrauchswerts" (ebd., 601).

Wenn die Aneignung der Produktivkräfte die unmittelbare Produktionsarbeit als Pfeiler der Produktion ablöst und die Schaffung von "disposable time" der eigentliche Maßstab des Reichtums wird, ist es unsinnig, die Produktivkräfte unmittelbar-dinglich zu nehmen. Der Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen wäre dann nicht abbildbar, da die materiell-dinglichen Produktionsmittel nur produziert und angewendet werden, um den Wert zu verwerten, also immer schon von den Produktionsverhältnissen geprägt sind. Der Widerspruch zwischen Form und Inhalt, in dem sich das Kapitalverhältnis beständig bewegt, ist nur begreifbar, wenn wir die Produktivkräfte als eine "gesellschaftliche Potenz, ein gesellschaftliches Vermögen (...) das sich auf allgemeine Naturerkenntnis gründet" (Kurz 1986 b, 57) definieren. Der traditionelle Marxismus interpretiert die Produktivkräfte als industrielle Produktionsweise, die es vom Privateigentum und vom Markt zu befreien gelte.

Schon Moishe Postone erkennt den Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen innerhalb der industriellen Produktionsweise selbst. Es wird eine Potenz geschaffen, die Produktivkräfte (nicht die konkreten Maschinen), die über die bestehenden Produktionsverhältnisse hinausweist. Die Identifizierung von Produktivkräften und technischen Produktionsmitteln ist selber Ausdruck eines verdinglichten Bewußtseins.

Da Postone m.W. der erste Publizist ist, der diesen Sachverhalt ausgesprochen hat, möchte ich die entsprechenden Passagen zitieren:

",Produktivkräfte` bezieht sich dann nicht mehr auf die konkrete Form der Produktionsmittel, wo ‚Produktionsverhältnisse` dann als nicht-materiell und nicht-vergegenständlicht verstanden werden. Wie oben gezeigt, ist der konkret-materielle Aspekt der Gebrauchswertdimension nicht einfach trennbar von seiner abstrakten gesellschaftlichen Form (der Wertdimension), sondern ist vielmehr materiell durch sie geformt. Es

ist schließlich nach Marx die Besonderheit der kapitalistischen Gesellschaftsformation, daß gesellschaftliche Beziehungen in materieller Form ausgedrückt werden." (Postone 1978, 777 - Übersetzung: J. Ph. B.)

Einige Zeilen weiter resümiert Postone, auch schon bezogen auf den Arbeitsbegriff:

"Der Marxsche Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sollte deswegen verstanden werden als einer zwischen der konkreten Form der Produktionsweise als der Vergegenständlichung von unmittelbarer Arbeitszeit (Wert als die Basiskategorie der kapitalistischen Produktionsverhältnisse) und des immanenten Potentials vergangener Arbeitszeit, die zwar erhalten, aber in dieser Form nicht ausgedrückt ist. Dieser Ansatz erlaubt eine Unterscheidung zwischen der manifesten Form und dem immanenten Potential der im Kapitalismus entwickelten Technologie." (Ebd. - Übersetzung: J. Ph. B.)

Ich breche die Darstellung der Ausführungen Postones zunächst ab um den Artikel nicht zu sprengen.

Bevor ich noch einmal abschließend auf Postone zu sprechen komme, zunächst einige Bemerkungen zu Robert Kurz' Verständnis des Arbeitsbegriffs. Im "Kollaps" definiert Kurz die gemeinsame Basislogik zwischen Realsozialismus und westlichem Kapitalismus als Arbeitsgesellschaft (vgl. Kurz 1991 b, 10). Dies kann er, da er Arbeit als "abstrakte betriebswirtschaftliche Vernutzung von menschlicher Arbeitskraft und Naturstoffen" (ebd., 11) begreift und so den Arbeitsbegriff von vorneherein mit dem tautologischen Selbstzweckcharakter des Wertes in Übereinstimmung bringt. Diese frontale Kritik der Arbeit ist auch bei Kurz eine relativ neue Erscheinung (ab ca. 1989, dies kann hier nicht referiert werden).

Nur ein paar Sätze zu diesem Thema: Auch wenn ein Autor ein populäres Buch, adressiert an eine größere Leserschaft, schreiben will, ist es unstatthaft, einen wichtigen Punkt nur mit abgeschmackten Definitionen im Modus von Arbeit ist ..., Arbeit ist nicht ... abzuhandeln. Wenn man dem Arbeitsbegriff den onotogischen Status absprechen will, um ihn einer bestimmten fetischistischen Form zuzuschlagen, muß man auch sagen, welche Begriffe dann an die Stelle im logisch- aufbauenden Kategorienapparat treten sollen. (3)

Die Darstellung des prozessierenden Widerspruchs des kapitalistischen Systems läßt sich m.E. immer noch mit Marxens Unterscheidung von abstrakter und konkreter Arbeit leisten. Wir brauchen einen Begriff, der die spezifisch menschliche Tätigkeit im Stoffwechselprozeß mit der Natur kennzeichnet. Arbeit ist dabei durchaus nicht überhistorisch, sondern als Tätigkeitsform des Menschen selbst historisch entstanden, jedoch für alle menschlichen Gesellschaften konstitutiv. Die Eingrenzung des Arbeitsbegriffs auf repetetive Teilarbeit ist selbst eine fetischistische Abstraktion. Die Form der Arbeit - abstrakte wertproduktive Arbeit - wird mit dem Inhalt - Tätigkeit zur Produktion des menschlichen Lebens - verwechselt.

Ein wissenschaftliches Kategoriensystem läßt sich so nicht gewinnen. Grotesk wird die Sache, wenn Kurz in einem anderen Artikel schreibt: "Aber der wahre Inhalt dieser Subjektivität im ‚Stoffwechselprozeß mit der Natur` ist nicht ‚Arbeit`, sondern reflexives Denken" (Kurz 1991 a, 13). In ähnlicher Manier dann: "Der Mensch ist die erste Produktivkraft, aber eben nicht als ‚Arbeiter`, sondern als Wissenschaftler, d.h. als Denker" (ebd., 14).

Kurz vergißt allerdings die Kleinigkeit, daß die reflexiven Denker, die Wissenschaftler selbst erst Differenzierungsprodukt der Arbeit sind. Sie gehören entweder zum Gesamtarbeiter oder hängen von den Funktionen des Gesamtarbeiters im Stoffwechselprozeß mit der Natur ab. Es ist völlig unsinnig, das Arbeitspathos der Arbeiterbewegung zu kritisieren und es mit Max Weber als kapitalimmanent zu dechiffrieren, dann aber quasi die andere Partei zu ergreifen, die Partei der Intellektuellen, Wissenschaftler.

Fruchtbringender ist es, mit Marx und Postone die Abkopplung von Arbeitszeit und Reichtum via Einsatz der Macht der Agentien als sich selbst negierendes Prinzip zu begreifen: Die unmittelbare Arbeitszeit, die sich allein im Wert darstellen kann, schafft eine Vergegenständlichung, Akkumulation historischer Zeit - ein Aggregat von Produktivkräften, Infrastrukturen, das nun zum Hauptpfeiler der Produktion wird. Die unmittelbare Arbeitszeit schafft also ihre eigene Negation - die historische Arbeitszeit (vgl. Postone 1978).

Mit Postone läßt sich nun auch die Bedeutung des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus begrifflich fassen:

"Diese Interpretation wirft Licht auf Marx' bekannten Ausspruch, daß die kapitalistische Gesellschaftsformation das Ende der Vorgeschichte menschlicher Gesellschaft markiere. Vorgeschichte würde sich dann auf solche

Gesellschaftsformationen beziehen - asiatische, antike, feudale und kapitalistische - in denen ein Überschuß existiert, der primär durch direkte menschliche Arbeit geschaffen wird." (Postone 1978, 750 - Übersetzung: J. Ph. B.)

Die menschliche Arbeit als unmittelbare Kraftausgabe wird so während der Entwicklung des modernen Kapitalismus auf ein Minimum reduziert. Dies ist eine Bedingung der Emanzipation (vgl. Marx 1983, 598). Die Arbeit, die im Stoffwechselprozeß mit der Natur geleistet werden muß, ändert ihren Charakter und wird minimiert, sie verschwindet allerdings nicht vollständig. Sie bleibt die Grundlage für "die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann" (Marx 1989, 828).

4. Zusammenfassende Bemerkung

Es ist das Verdienst von Kurz (und das des Krisis-Kreises), die Marxsche Wertkritik in der BRD wieder in die Diskussion gebracht zu haben. Postone hat dies in einigen Artikeln schon ein paar Jahre früher getan. Entweder ist dies Kurz entgangen oder er betreibt stillschweigend ein Plagiat an Postone. Kurz schießt in einigen Punkten (Arbeitsbegriff, Denker vs. Arbeiter) weit über das Ziel hinaus und verwischt ein stringentes Kategoriensystem.

Die Frage einer wertkritischen revolutionären Bewegung zum Sturz des kapitalistischen Systems ist noch völlig ungeklärt. Ein Appell an den bloß empirischen Willen der Verdammten dieser Erde, die den Geburtshelfer Gewalt benutzen sollen (vgl. Kuhnen/Schlüter in ak 344, 39), hilft aber auch nicht weiter. Vielleicht muß eine revolutionäre Bewegung durch einen Weltbürgerkrieg von einigen Jahren oder gar Jahrzehnten hindurchgehen. Die Gewaltfrage ist aber immer nur taktisch-strategisch zu stellen, also weder pfäffisch-verdammend, noch pseudorevolutionär-enthusiastisch. Im Moment sieht es allerdings eher danach aus, daß den Menschen auf allen Kontinenten ein Weltbürgerkrieg aufgezwungen wird. Um diesen bestehen zu können, sind die Erfahrungen von 1848 f., 1871, 1917 f. usw. sicherlich nicht unbrauchbar, was Strategie und Taktik der Revolution anbelangt.

Anmerkungen:

1) Die Zeitschrift "Krisis" kann unter folgender Verlagsadresse bezogen werden: Krisis-Verlag; Postfach 2111; 8520 Erlangen.

2) Zur Erinnerung: Marx beginnt die Analyse des Kapitals mit der "Elementarform" Ware. Aus der Bewegung der Widersprüche, die in der Ware zu finden sind (Gebrauchswert - Wert), werden dann die Kategorien abstrakte Arbeit, konkrete Arbeit, Geld, Kapital usw. entwickelt. Erst am Ende des 3. Bandes des Kapitals beabsichtigte Marx die Klassen zu behandeln (vgl. Marx 1989, 892 f.). Leider ist er dazu nicht mehr gekommen. Beispielhaft für Marxens Herangehensweise sei eine kurze Passage aus dem 3. Bd. zitiert: "Die Hauptagenten dieser Produktionsweise selbst, der Kapitalist und der Lohnarbeiter, sind als solche nur Verkörperungen, Personifizierungen von Kapital und Lohnarbeit; bestimmte gesellschaftliche Charaktere, die der gesellschaftliche Produktionsprozeß den Individuen aufprägt; Produkte dieser bestimmten gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse" (Marx 1989, 887). - (Zum methodischen Vorgehen vgl. etwa Marx 1983, 34 ff. und Marx 1988, 12)

3) In einem anderen Artikel hat Kurz einen Vorschlag zur begrifflichen Neufassung geliefert. Das, was bei Marx als neuer Typ der Arbeit bezeichnet wird, bezeichnet Kurz mit dem Begriff "Produktiver Müßiggang" (vgl. Kurz 1991 a, 40). Kurz kritisiert die Arbeit also abstrakt, indem er sich positiv auf den Pol bezieht, der der Arbeit spiegelbildlich gegenübersteht, den Müßiggang. Dies kommt auch in dem folgenden Satz von Kurz zum Ausdruck: "Die Wissenschaft wurde in der Antike geboren, und nicht aus der ‚Arbeit`, sondern aus dem ‚Müßiggang` aus der Distanz von der kruden Einheit des Lebensprozesses" (ebd., 18). Im "Kollaps" findet sich diese grandiose Terminologie nicht mehr, wohl aber die Versicherung, daß Arbeit keine Naturnotwendigkeit menschlicher Existenz sei. (Zur Kritik an einer Praxis der abstrakten Negation lohnt es sich bei G.W.F. Hegel nachzulesen - vgl. z.B. Hegel 1973, Einleitung, Abs. 7).

Literaturverzeichnis

Brick, B./ Postone, M. 1982: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus. In: Boriß, W./ Hamett, A.: Sozialforschung als Kritik: Zum sozialwissenschaftlichen Potential der kritischen Theorie. Frankfurt a.M. 1982.

Hegel, G.W.F. 1973: Phänomenologie des Geistes (erstmals 1807). Frankfurt a.M.

Klein, P. 1992 : Die Illusion von 1917. Bad Honnef: Horlemann.

Kuhnen, G./Schlüter, H.: Über den sozialdemokratischen Objektivismus des Herrn Kurz. In: ak 344 (1. Juli 1992), S. 37-39.

Kurz, R. 1986 a: Die Krise des Tauschwerts. In: Marxistische Kritik (MK) 1/1986, S. 7-48.

Kurz, R. 1986 b: Die Herrschaft der toten Dinge. Teil 1. In: MK 2/1986, S. 7-68.

Kurz, R. 1991 a: Die verlorene Ehre der Arbeit. In: Krisis 10/1991, S. 11-51.

Kurz, R. 1991 b : Der Kollaps der Modernisierung. Frankfurt a. M.: Eichborn 1991.

Kurz,R./ Lohoff,E. 1989: Der Klassenkampffetisch. In: MK 7/1989, S. 10-41.

Lohoff, E. 1987: Technik als Fetisch- Begriff. In: MK 3/1987, S. 30-52.

Marx, K. 1983: "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" (geschrieben 1857/58) In: MEW Bd. 42. Berlin: Dietz.

Marx, K. 1988: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. In: MEW Bd. 23. Berlin: Dietz.

Marx, K.1989: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band. In: MEW Bd. 25. Berlin: Dietz.

Postone, M. 1978: "Necessity, Labor and Time". In: Social Research, Band 45, Nr. 4, S. 739- 788.

Postone, M./Reinicke, H. 1976: Dialektik und Proletariat. In: Claudio Pozzoli (Hg.): Faschismus und Kapitalismus. Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 4, Frankfurt a.M., S. 259-284.

30. Ideologietheorie und linker Diskurs. Für die Verabschiedung der "Ideologiekritik". von Henning Böke

Rubrik: Theorie · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:15

Zunächst eine Nachlese zu einer Schlammschlacht aus den letzten Nummern des Dach-ak. Im ak 337 hatte mir. einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Rassismusdebatte (Balibar, Miles, Taguieff u.a.) gegeben. cl. entgegnete ihr im ak 340 mit einem Verriß, in dem die Autorin in übelster Weise niedergemacht und unter Berufung auf Moishe Postone und Joachim Bruhn die einzig wahre Theorie präsentiert wurde, die darin bestehen soll, Rassismus und Antisemitismus im Rahmen einer Ideologiekritik als durchs Kapitalverhältnis produziertes falsches Bewußtsein zu behandeln. Ich habe es mir daraufhin erlaubt, im ak 341 in einigen knappen Bemerkungen cl. zu kritisieren. Ich war gespannt, ob cl. darauf antworten würde. Er ließ nichts von sich hören. Um so größer war meine Überraschung, als im ak 343 auf Seite 37 der von cl. zitierte und von mir mitkritisierte Joachim Bruhn, Cheftheoretiker der Freiburger ISF - der sonst nicht im ak schrieb und sein eigenes Hausorgan (kritik und krise) hat - mir zu zeigen versuchte, was eine Harke ist. Offensichtlich hat mein Artikel ins Schwarze getroffen. Getretene Hunde beißen eben.

I. Kritik und Denunziation

Joachim Bruhn gibt zu, daß Diskussion ihm zu akademisch, konformistisch und affirmativ ist und daß er statt dessen "Ideologiekritik" als Verfahren der Denunziation bevorzugt. Er meint damit die "Denunziation der praktizierten Lüge", für die in diesem Falle ich als Exempel stehe. Bei der Formulierung seiner Einwände gegen meinen Beitrag mag er nicht auf persönliche Diffamierung seines Kontrahenten verzichten, wobei schon erstaunlich ist, was er aus meinen knappen Thesen alles herausliest, indem er mich als kleingeistigen Mitläufer und antikritischen Akademiker mit "anti-ökonomiekritischem Furor" und dem "Bedürfnis..., um jeden Preis den Konsens - und sei es den linken - zu repräsentieren", porträtiert und bei mir einen "Konformismus" diagnostiziert, "der den Individuen den letzten Rest Individualität, der sich in ihren Obsessionen verbirgt, auch noch austreiben will". Der letzte Rest an Individualität des Joachim Bruhn besteht offensichtlich darin, daß er keine Auseinandersetzung ohne willkürliche Verdrehungen führen kann und allerhand schweres Geschütz auffahren muß - "Positivismus" und "Strukturalismus" dürfen als Anklagepunkte gegen den "halbierten Rationalismus" ebensowenig fehlen wie der Hinweis auf den obligatorischen Buhmann Habermas. Jetzt also wissen wir, wie "Ideologiekritik" geht. Naive Menschen könnten allerdings immer noch fragen: Was soll das?

Die psychologische Diskussionsebene ist nicht von mir eingeführt worden, sondern von Bruhn. Wohl habe ich mich zu cl. polemisch geäußert - das war eine Reaktion auf seine Vorgehensweise gegen mir. und alle diejenigen, die er als dumme Moralisten verächtlich machte. Auch ist Polemik manchmal in der Tat notwendig und produktiv. Wenn ich indes von "Arroganz" und "Überheblichkeit" sprach, meinte ich, wie sich durch Lektüre der Überschrift meines letzten Artikels in Erfahrung bringen läßt, theoretische Überheblichkeit und nicht irgendwelche psychischen Obsessionen, wie Bruhn unterstellt. Bruhn will mich nicht richtig verstehen, weil das sein Konzept durcheinanderbringen würde. Er läßt durchblicken, daß er sich mit cl.s Attitüde nicht ganz identifizieren möchte; aber er muß das, was auch ihm vielleicht an cl. fragwürdig erscheinen mag, als einen psychologischen Faktor ansehen, der vom Inhalt seiner Aussagen zu trennen wäre - damit sich der Inhalt verteidigen läßt. Mir ging es um etwas ganz anderes: Was ich kritisiere, ist die Ausgrenzungen produzierende Struktur eines Diskurses, durch den aus (aktuellen oder potentiellen) politischen Verbündeten Gegner oder Trottel gemacht werden.

Nichts erstrebe ich weniger als Konsens um jeden Preis, wie Bruhn mir willkürlich andichtet. Die entscheidende Frage ist vielmehr die nach der Plattform, auf der Konsens und Dissens artikuliert werden. Meine These, die den Leitfaden der folgenden Erörterung darstellt, ist die, daß die in der linken Tradition vorherrschende dichotomische Artikulation von Dissens als Ideologiekritik, d.h. als Entgegensetzung von "Wahrheit" (oder "Kritik") und "falschem Bewußtsein" in der heutigen Situation sowohl deren Erkenntnis als auch politische Handlungsfähigkeit eher behindert als fördert.

Theorie und Politik

Die orthodoxe Tradition des Marxismus ging davon aus, aus einer wissenschaftlich richtigen Erkenntnis der Wirklichkeit die richtige Politik ableiten zu können. Es liegt auf der Hand, daß die heutige Krisensituation ein solches Vertrauen nicht gestattet. Die schlechthin wahre große Theorie ist nicht mehr denkbar; simulieren läßt sie sich nur um den Preis dogmatischer Tabus und Denkverbote. Gleichwohl rationalisieren wir unsere politischen Optionen und Perspektiven stets in argumentativen Darstellungen. Theorie ist die relativ autonome Artikulation der Beschreibungsweisen, in denen wir Wirklichkeit konzeptualisieren. Die theoretische Reflexion, derer wir bedürfen, ist nicht mehr und nicht weniger als die Verständigung über die grundlegenden Konzepte, in denen wir unsere politischen Handlungsspielräume denken.

Die theoretische Artikulation schafft nicht zuletzt ein Stück politischer Wirklichkeit, indem sie "Demarkationslinien" zieht (Lenin) und sagt, wer der Feind ist. Solidarität und Abgrenzung hängen stets von der Beschreibungsweise ab, in der wir gesellschaftliche Wirklichkeit auffassen - diese ist uns als politisch Handelnden nie unmittelbar, durch bloßes Hinschauen gegeben, sondern immer nur in und mittels einer Beschreibungsweise. Wir alle wissen, daß mitunter der Kampf um Worte von entscheidender Bedeutung sein kann. Ob von "Kapitalismus" oder "Marktwirtschaft", von "Rassismus" oder "Ausländerfeindlichkeit" die Rede ist, ist ein politischer Unterschied ums Ganze.

Der Konflikt, den cl. mit seiner Polemik gegen mir.s Darstellung vom Zaun brach, war nichts anderes als ein Konflikt um eine Beschreibungsweise. Ich gehe davon aus, daß mir., cl., Joachim Bruhn und ich in der Abneigung gegen Rassismus und Antisemitismus übereinstimmen. mir. hat in ihrem Artikel einen Anlauf unternommen, den Sachverhalt Rassismus zu konzeptualisieren; dabei wurden zentrale Probleme zur Sprache gebracht. Was veranlaßte cl. dazu, ihren Versuch vehement für mißlungen und falsch zu erklären? Offensichtlich glaubte er, eine bessere Beschreibungsweise anbieten zu können. Dagegen wäre nichts zu sagen. Bloß impliziert, worauf ich an anderer Stelle bereits hinwies, seine "ideologiekritische" Beschreibungsweise eine starke Behauptung mit fundamentalen Konsequenzen für das politische Selbstverständnis: cl. beschrieb einen mittels bestimmter Theorien konstruierten grundlegenden Unterschied zwischen einer dem "Fetischismus" der verkehrten Verhältnisse unterworfenen, im "falschen Bewußtsein" befangenen Denkform - der bürgerlichen, die als Grundstruktur rassistischen und antisemitischen Ressentiments dargestellt wurde - und der "Kritik" als der sozusagen für die Linke konstitutiven. Die eigentliche Spitze dieser Argumentation war die Behauptung, daß jedoch der größte Teil der Linken - nämlich alle, die nicht die Theorien von Bruhn und Postone vertreten - selbst in der falschen, fetischistischen Denkform befangen ist und sie reproduziert, also nicht die für wirkliche Kritik konstitutiven Voraussetzungen erfüllt. Die meisten Linken, so die Quintessenz von cl.s Argument, unterscheiden sich von den Bürgerlichen bloß durch den subjektiven moralischen Willen, der aber ohnmächtig und folgenlos bleibt, während sie in der objektiven Qualität ihrer Gedanken der bürgerlichen Ideologie konform sind und damit zur Reproduktion der verkehrten Verhältnisse beitragen. So wird mit Hilfe von Theorie eine Demarkationslinie zwischen Freund und Feind gezogen: hier die wahren Kritiker (die man freilich an wenigen Händen abzählen kann), dort die Masse der objektiv konformen linken Moralisten, die entweder bekehrt oder bekämpft werden müssen. Durch eine "ideologiekritische" Beschreibungsweise wird also ein Gegensatz produziert. Fragt sich nur, wozu. Und: Wenn die meisten Linken so dumm sind, wie cl. sie hinstellt, wieso arbeitet er dann mit solchen inferioren Kräften überhaupt noch zusammen? Wenn sie alle im falschen Bewußtsein befangen sind und ihr Moralismus als ihre einzige kritische Qualität verkehrt ist, wie will cl. die von ihm Verspotteten dann noch überzeugen? Das aber ist der Pferdefuß - und zugleich der Grund, warum ich dieser Angelegenheit so große Aufmerksamkeit widme: cl. ist ein - gewiß extremer, aber dadurch um so klarer kenntlicher - Vertreter einer Linken, die die Adressaten ihrer Politik nur als zu Belehrende kennt. Vor diesem Hintergrund ist Joachim Bruhns Abneigung gegen Diskussion natürlich nicht verwunderlich. Eine solche Strategie ist mit gutem Grund diskreditiert. Bedauerlich ist, daß sie überdies die Gefahr in sich birgt, selbst an sich richtigen Anliegen Bärendienste zu erweisen. (1) Das allgemeine Problem, das dahinter steckt, ist eines der Ideologietheorie. Es hängt damit zusammen, daß die Marxisten von einer ideologiekritischen Konzeption ausgingen, derzufolge sie selbst die Wirklichkeit richtig erkennen, während die anderen in einem strukturell bedingten "(notwendig) falschen Bewußtsein" befangen sind und der "Aufklärung" bedürfen, also belehrt werden müssen.

II. Marxismus und Ideologiekritik

Eine Grundthese des Marxismus besagt, daß das (gesellschaftliche) Sein der Menschen ihr Bewußtsein bestimmt; eine andere, daß eine herrschende Klasse ihr partikulares Interesse zum allgemeinen der

Gesellschaft machen muß, indem sie ihre Gedanken zu den herrschenden macht - sie kann dies in rationeller Weise tun, solange ihre Herrschaft der Entwicklung der Produktivkräfte dient. Der traditionelle Marxismus ging davon aus, daß der "historische Beruf" der Arbeiterklasse darin besteht, mit ihrer Emanzipation zugleich die der gesamten Menschheit zu erkämpfen. Gegen den Idealismus machte Marx darauf aufmerksam, daß die Berufung auf irgendwelche Ideen der Vernunft leer und nichtig ist und nicht an die Triebkräfte des Geschichtsprozesses rührt; wahr und vernünftig indes ist das Denken, das der materiellen Emanzipation der Arbeiterklasse dient, insofern diese Emanzipation, indem sie auf die Abschaffung der Klassenteilung der Gesellschaft zielt und mit der Überwindung des bornierten Konkurrenzprinzips die vollständige Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht, die universellste Perspektive eröffnet. Das Denken hingegen, das dem Interesse der Bourgeoisie an Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft dient, ist in dem Maße irrational und falsch, wie die Herrschaft der Bourgeoisie zum Hemmnis der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion wird. Diese ideologietheoretische Konzeption, von Marx in der Deutschen Ideologie entwickelt, war für die marxistische und leninistische Orthodoxie weithin maßgeblich. Ihre immanente Schwierigkeit besteht in der interessentheoretischen Fassung des Ideologiebegriffs: Es wird ein durch die klassenmäßige Stellung der Akteure in den Produktionsverhältnissen unmittelbar definiertes "Interesse" angenommen, das sich dann gewissermaßen in Gedanken "übersetzt", die das Interesse rationalisieren. Es ist aber schwer nachzuvollziehen, wie sich die "Übersetzung" eines ökonomischen Interesses in einen für wahr gehaltenen, mit Überzeugung vertretenen Gedanken vollzieht. Wird zum Beispiel angenommen, daß Rassismus eine den Profitinteressen des Kapitals entsprechende Ideologie zur Verdummung und Täuschung der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen sei, so ist damit gleichwohl nicht recht zu verstehen, wieso jene Massen, die ja im Endeffekt gar nicht die Profiteure sind, tatsächlich daran glauben.

Georg Lukács hat in seiner 1923 erschienenen Aufsatzsammlung Geschichte und Klassenbewußtsein, die ein Meilenstein des unabhängigen marxistischen Denkens war, im Rahmen des Projekts einer Theorie des Klassenbewußtseins eine den äußerlich-instrumentellen Ökonomismus überwindende Grundlegung der Ideologietheorie zu geben versucht, die richtungweisend für die ideologiekritische Argumentation des westlichen Marxismus und der Kritischen Theorie wurde. "Die Schranke..., die das Klassenbewußtsein der Bourgeoisie zum ‚falschen` Bewußtsein macht", heißt es darin, "ist objektiv; sie ist die Klassenlage selbst. Sie ist eine objektive Folge der ökonomischen Struktur der Gesellschaft, nichts Willkürliches, Subjektives oder Psychologisches." (2) Die Positionen, die die Marxisten an ihren Gegnern kritisieren, sind also nicht Resultate zufälligen Irrtums oder mangelnden Denkvermögens im Sinne subjektiver Dummheit noch irgendeiner Interessenpsychologie, sondern durch die objektiven strukturellen Verhältnisse bedingt. Lukács erblickt die Ursache in dem, was Marx den "Fetischcharakter der Ware" nannte: Das "bestimmte gesellschaftliche Verhältnis der Menschen selbst" nimmt die "phantasmagorische Form eines Verhältnisses von Dingen" an (3). Die kapitalistische Produktionsweise ist die erste, in der reale Vergesellschaftung vollzogen ist. Durch die industrielle Produktion und den universellen Austausch von Äquivalenten sind die Menschen von naturwüchsigen Bedingungen emanzipiert: sie erzeugen ihre Lebensbedingungen selbst. Aber sie wissen es nicht: ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse erscheinen ihnen als eine ihnen fremde Macht, der sie unterworfen sind. Diesen Sachverhalt nennt Lukács "Verdinglichung". Wie Theoretiker wie Moishe Postone auf Grundlage dieser Konzeption das Phänomen des Rassismus und des Antisemitismus als aus dem Fetischismus hervorgehendes "falsches Bewußtsein" beschrieben haben, hat cl. dargestellt: Wie in der verkehrten Welt des Kapitalismus das gesellschaftliche Verhältnis des Werts als vermeintlich gegenständliche Eigenschaft von Dingen erscheint, erscheinen die Rollen, die die Verhältnisse bestimmten Menschengruppen zuweisen, als ihre vermeintlich natürlichen Eigenschaften.

Es geht also hier darum, daß das Wesen des gesellschaftlichen Zusammenhangs in einer objektiv verkehrten Form zur Erscheinung gelangt. Verkehrt wie sie sind, erzeugen die Verhältnisse selbst ihre oberflächliche, ideologische Wahrnehmung als "falsches Bewußtsein". Nun wird dieses falsche Bewußtsein als ein passiver Reflex interpretiert, der sich aus der unmittelbaren Erscheinungsweise der verkehrten Verhältnisse ergibt. Wie aber gelangt die richtige (marxistische) Erkenntnis über diesen Reflex der Zustände in ihrer Verkehrtheit hinaus?

Lukács rekurriert hier auf das Proletariat, dessen Klassenlage seiner Theorie zufolge objektiv so beschaffen ist, daß die Selbsterkenntnis des Proletariats mit der Erkenntnis des Wesens der Gesellschaft übereinstimmt. Das Proletariat ist einerseits vollständig Objekt, Produkt der Entfremdung und Verdinglichung der kapitalistischen Verhältnisse - andererseits aber zugleich als arbeitende Klasse Subjekt des gesellschaftlichen

Prozesses. In der Lohnarbeit tritt in entfremdeter Form das Wesen der Gesellschaft, nämlich die vom Naturzusammenhang emanzipierte Erzeugung der Lebensbedingungen durch die gesellschaftliche menschliche Arbeit, rein hervor. Indem das Proletariat sich mit seiner eigenen Klassenlage, seinen entfremdeten Bedingungen auseinandersetzt, kann und muß es die gesellschaftliche Wirklichkeit richtig erkennen, die dem bürgerlichen Warenbesitzer durch den Fetischcharakter der Ware verborgen bleibt. Das Proletariat gelangt durch seine Praxis über die kontemplative Abspiegelung des Vorhandenen hinaus zur Erkenntnis des Prozesses, der die "Fakten" erzeugt, die damit als aufhebbare kenntlich werden; das "verdinglichte" bürgerliche Bewußtsein aber bleibt in den Schranken seiner Teilrationalität befangen und hinter dem objektiven Fortgang des Vergesellschaftungsprozesses zurück.

Objektive Verblendung: Das Paradox der Kritischen Theorie

Die "Kritische Theorie" Max Horkheimers und Theodor W. Adornos knüpft in ihren Grundlagen an diese Marx-Interpretation von Lukács an - ohne freilich noch geschichtsphilosophisch aufs Proletariat setzen zu können. Sie stellt sich einer Situation, in der in Rußland das Erbe der Revolution vom Stalinismus usurpiert wurde, in Deutschland das Grauen des Faschismus triumphierte und in den USA eine Form von Kapitalismus sich herausbildete, in dem keine Spur von Widerstand mehr anzutreffen war. Die Kritische Theorie kennt keinen gesellschaftlichen Träger "richtigen" Bewußtseins mehr. Horkheimer und Adorno spitzen die These vom "falschen Bewußtsein" zu der vom universellen "Verblendungszusammenhang" zu. Indem aber das falsche Bewußtsein total wird, wird es zugleich mehr als bloß Bewußtsein: Ideologie und Wirklichkeit gleichen sich einander an. In der Heiligen Familie hatte Marx gesagt, daß Bourgeoisie und Proletariat gleichermaßen von der Entfremdung betroffen seien, bloß mit dem Unterschied, daß der Bourgeois sich in seiner Entfremdung wohlfühlt, der Arbeiter nicht. Horkheimer und Adorno steht eine Situation vor Augen, in der auch die Beherrschten sich im Stande der Entfremdung wohlfühlen. Welchen Sinn macht es da noch, davon zu reden, daß ein objektiver Zustand, charakterisiert als Ausbeutung, Entfremdung usw., von den davon betroffenen Massen subjektiv "falsch" wahrgenommen würde, wenn tatsächlich die überwiegende Mehrheit sich mit diesem Zustand identifiziert? Offensichtlich langt es dann nicht mehr, Ideologie als ein Bewußtsein zu interpretieren, das ein davon verschiedenes Sein verschleiert, weil so die Bejahung der Verhältnisse durch diejenigen, die sie der Theorie zufolge ändern sollten, selbst zu einer Qualität des gesellschaftlichen Seins wird. Dabei fällt insbesondere der Umstand ins Gewicht, daß im Spätkapitalismus die "Kulturindustrie", die den Konformismus der Massen systematisch und planmäßig erzeugt und sich dabei auch noch "demokratisch" damit legitimiert, daß die Massen ja tatsächlich Nachfrage nach ihren "Unterhaltungs"-Produkten artikulieren, selbst integraler Teil der Produktionsverhältnisse ist, deren Reproduktion sie besorgt. Die Massen identifizieren sich mit den Anpassungsmustern, die ihnen in Filmen, Zeitschriften, Unterhaltungsmusik usw. vorgesetzt werden. Die Welt ist so verkehrt geworden, daß niemand mehr an der Macht des Geldes und dem Zwang zur Lohnarbeit etwas verkehrt findet. Schein und Realität sind nicht mehr zu unterscheiden.

Hinzu kommt ein weiterer Aspekt: Die Ideologie der alten bürgerlichen Gesellschaft des neunzehnten Jahrhunderts zielte laut Adorno darauf ab, die in den Produktionsverhältnissen steckende Ausbeutung durch die Proklamation der Freiheit und Gleichheit des Äquivalententauschs zu verdecken. In dieser Ideologie steckte damit immerhin der Anspruch rationaler Rechtfertigung, der sich kritisch überprüfen läßt. Der Spätkapitalismus hat sich solche Ansprüche längst abgeschminkt. Das Grundwertegefasel von Politikern nimmt im Grunde kein Mensch ernst; alle wissen, daß jeder Versuch, die Güte der bestehenden Gesellschaft ernsthaft durch Argumente zu begründen, irrelevant und lächerlich ist. Das Bestehende verschafft sich Anerkennung nicht durch Argumente, sondern einfach durch die erdrückende Übermacht seiner Existenz, mit der die Ohnmacht der Subjekte korrespondiert. "Die Ideologie ist keine Hülle mehr, sondern nur noch das drohende Antlitz der Welt"; die Realität wird "mangels jeder anderen überzeugenden Ideologie zu der ihrer selbst" (4). Ideologiekritik als Kritik falschen Bewußtseins setzt Adorno zufolge voraus, daß das kritisierte Bewußtsein so etwas wie einen ernsthaften Anspruch auf Wahrheit und Verhandlungsfähigkeit erhebt, an dem es zu messen wäre. Das Fatale aber ist, daß die heute vorherrschenden Ideologien diese Voraussetzung längst nicht mehr erfüllen. Daher kommt es, daß der Versuch rationaler Kritik, die Wahrheit und Schein zu unterscheiden sucht, im Grunde lächerlich wird: "Die Verdinglichung, kraft deren die einzig durch die Passivität der Massen ermöglichte Machtstruktur diesen selbst als eiserne Wirklichkeit entgegentritt, ist so dicht geworden, daß ... die bloße Vorstellung vom wahren Sachverhalt notwendig zur verstiegenen Utopie, zum abwegigen Sektierertum geworden ist. Der Schein hat sich so konzentriert, daß ihn zu durchschauen objektiv

den Charakter der Halluzination gewinnt." (5) Mit dieser radikalen Zuspitzung gestehen Horkheimer und Adorno die Randständigkeit ihrer eigenen Erkenntnis ein.

Perspektivenwechsel der Kritik

Damit stellt sich die Frage, an der Joachim Bruhn Anstoß nimmt: Wenn der Schein, die Verblendung universal geworden, mit der Wirklichkeit selbst identisch ist, wie läßt sich in diesem Zustand dann überhaupt noch richtig denken? Auf welcher Grundlage ist Kritik noch möglich, wenn die bestehende Gesellschaft gerade so funktioniert, daß sie ihren Angehörigen mit Erfolg jeden Gedanken daran, daß es anders sein könnte als es ist, austreibt und jede Perspektive auf Veränderung verbaut? Horkheimer und Adorno haben diese Frage sehr ernst genommen, auch wenn sie sich dazu direkt nicht in zentralen Werken, sondern eher am Rande geäußert haben. Die übereinstimmende Einschätzung, die sich in Adornos Vorrede zu Minima Moralia oder in verschiedenen Notizen Horkheimers findet, lautet: Das, was Horkheimer und Adorno zur Opposition veranlaßt, sind Erfahrungen, die sie den Privilegien ihrer großbürgerlichen Herkunft zu verdanken haben: der Vertrautheit mit einer Anfang des Jahrhunderts gerade noch intakten, aber unwiderruflich zum Verschwinden verurteilten Kultursphäre, in der noch differenzierte Erfahrung und geistige Autonomie möglich war, eine Art von Denken, das sich nicht ökonomischen Verwertungszusammenhängen fügt und sich daher der Tendenz zur totalen Integration widersetzt. Oft hat eine noch ungebrochen selbstsichere Linke deshalb leichtfertig Horkheimer und Adorno eine elitär-konservative Einstellung vorgeworfen. Sicher stimmt es, daß oppositionelle Erfahrung aus verschiedenen Zusammenhängen und ganz anderen als dem einer antiquierten bildungsbürgerlichen Sphäre hervorgehen kann. Gemeinsam aber ist heute wohl allen radikal linken Positionen, daß die Werte, auf die sie sich stützen, tatsächlich aus eher randständigen, rückläufigen Bereichen stammen - ganz im Gegensatz zur traditionellen Auffassung des Arbeiterbewegungs-Marxismus, die Solidarität aus der an der Spitze des Fortschritts stehenden industriellen Arbeitswelt ableitete. Eben über diesen Perspektivenwechsel kritischen Bewußtseins haben Horkheimer und Adorno sich keine Illusionen gemacht.

Welchen Sinn aber hat es, der konformen, die herrschenden Tendenzen repräsentierenden Mehrheit "falsches Bewußtsein" zu unterstellen? Was ist im strengen Sinne "falsch" am Bewußtsein von egoistisch-liberalen Karriere-Yuppies oder von völkisch-rechtspopulistischen Stammtisch-Spießern, wenn es doch offensichtlich einer Realität angemessen ist, die, wie Adorno zu sagen pflegte, fatalerweise so geworden ist, wie die Bürger sie sich vorstellen? Welche "Wirklichkeit" wird denn durch solche Bewußtseinsformen "falsch" wiedergegeben? Die "Verkehrung" der Warenform? Das mag glauben, wer ein Bedürfnis nach intakter linker Weltanschauung hat - die Marxsche Wertformanalyse unterstellt Idealbedingungen freier Konkurrenz, die längst verschwunden sind in einem Zustand, in dem an die Stelle der sachlichen Abhängigkeitsverhältnisse der durch den freien und gleichen Tausch vermittelten Vergesellschaftungsform längst monopolistische und aufs neue unmittelbare Herrschaftsverhältnisse getreten sind. Nichts spricht dafür, daß aus den formellen Bestimmungen des Warenaustauschs direkt auf gesellschaftliches Bewußtsein geschlossen werden könnte, dessen konkrete Wandlungen durch eine solche Betrachtungsweise unterbelichtet bleiben müssen. Andererseits ist die Auffassung, daß z.B. Rassisten ein falsches Bewußtsein von ihrer wirklichen Lage und ihren wahren Interessen hätten, selbst zur Ideologie sozialdemokratischer und grüner Realpolitiker verkommen, denen zu Wahlerfolgen von Faschisten nichts Besseres einfällt als der Kommentar, die rechtsradikalen Wähler seien in Wirklichkeit gar nicht rechtsradikal, sondern sozial verunsichert und irregeführt und man müsse sich um sie kümmern, um sie zurückzugewinnen. Ungefähr dasselbe meinte auch die KPD, als sie die Schläger und Judenhetzer von der SA für irregeleitete, durch falsches Bewußtsein getäuschte Klassenbrüder hielt, die über ihre wahren Interessen aufgeklärt werden müßten.

"Kritik" als Theorie-Ersatz

Joachim Bruhn wird mir zweifellos vorwerfen, daß ich mir schon wieder einen "Watschenmann" aufgebaut und einen ganz falschen Begriff von Ideologiekritik statt des wahren (= Bruhnschen) dargestellt und kritisiert hätte. Seine Interpretation der Kritischen Theorie ist zwar originell; bezweifelt werden muß aber, daß das Verfahren, Probleme zu lösen, indem man sie ignoriert, zum Erkenntnisgewinn führt. Bruhn blendet, übrigens entgegen den Intentionen der Kritischen Theorie, jede historische Dimension aus. Die Schwierigkeiten der Problematik von Wesen und Erscheinung "löst" er durch Umbenennung des Wesens in "Unwesen": Angesichts der Unmöglichkeit, die Grundlagen dessen, worauf er hinauswill, rational ausweisen zu können, tritt er die Flucht nach vorn an und behauptet, der Kapitalismus sei eben einfach irrational und real-metaphysisch. Das "Unwesen" des Kapitalismus könne man nur "durchschauen", aber nicht rational erkennen. Vernünftig sein

kann keine Theorie der kapitalistischen Verhältnisse, sondern allein ihre Abschaffung, bzw. wo diese nicht in Aussicht ist, deren geistige Antizipation: "Kritik", "Polemik", "Denunziation". Damit stellt Bruhn sich freilich einen vortrefflichen Freibrief für beliebige Willkür aus. Ideologiekritik richtet sich in seiner Interpretation gegen die Rationalisierung irrationaler Verhältnisse. Das aber geht soweit, daß schon rationale Erörterung dem Verdacht, Rationalisierung zu sein, anheimfällt - damit rationalisiert Bruhn seine Abneigung gegen Diskussion. Erstaunlich aber ist immerhin, wie es möglich ist, daß, wenn das gesellschaftliche Bewegungsgesetz des Kapitals "an sich selbst und objektiv unverständlich ist", dann doch positive Aussagen darüber erfolgen können, mit denen die ISF sich wichtig macht: daß das Kapital sich selbst idealisiere, strukturell antisemitisch sei usw. Sobald die Freiburger Meisterkritiker zu einer Begründung ihrer Thesen aufgefordert werden und dabei in die Klemme geraten, muß dann das feine Argument herhalten, daß man nichts Vernünftiges dazu sagen könne, weil die unvernünftige Wirklichkeit das nicht gestatte.

Damit ist klar, warum Bruhn bei der Frage, wie denn seine kritische Vernunft möglich ist unter Bedingungen, die jede vernünftige Erörterung ausschließen, in Panik gerät und sich genötigt sieht, das Problem zu vernebeln, indem er mich auf der Grundlage frei erfundener Assoziationen mit Ernst Nolte vergleicht - meinen Hinweis auf die Schwierigkeit, die richtige Erkenntnis eines Zustands zu behaupten, von dem man zugleich sagt, daß er als einer der totalen Verblendung keine Erkenntnis ermögliche, stellt Bruhn unverfroren in die Nachbarschaft zu Noltes Behauptung, Deutsche könnten nicht legitimerweise Deutschland und die Deutschen kritisieren. Muß ich erläutern, wieso es sich um zwei völlig verschiedene Sachverhalte handelt? Es mag ja sein, daß Nationalisten wie Nolte glauben, daß die nationale Herkunft den Individuen moralisch bindende Loyalitätspflichten auferlegt. Da ich kein Nationalist bin, halte ich diese Auffassung für Blödsinn. Daraus, daß jemand Deutsch als Muttersprache spricht, mit D-Mark bezahlt und von deutscher Obrigkeit regiert wird, folgt nicht im mindesten, daß man dadurch geistig auf die Nation eingeschworen würde und Deutschland und seine Bevölkerung nicht kritisieren könne. (Wobei ich allerdings anmerken möchte, daß manche anti-deutsche Linke, so sympathisch mir ihre Position auch ist, es sich ein bißchen zu leicht machen, wenn sie behaupten, ihre einzige Verbindung mit der schrecklichen Nation sei der deutsche Paß. mir. hat darauf bereits mit Recht hingewiesen.) Bei dem ideologiekritischen Problem des "Verblendungszusammenhangs" geht es um etwas ganz anderes, nämlich darum, daß die Möglichkeit von Erkenntnis in Frage gestellt und andererseits doch Erkenntnis darüber in Anspruch genommen wird. Im übrigen habe ich im Zusammenhang mit diesem Erkenntnisproblem in meinem Artikel nicht, wie Bruhn denunziatorisch fälschend suggeriert, von Arroganz usw. gesprochen, sondern nur im Zusammenhang mit der Gestalt, die es bei cl. annimmt, weil dieser das Problem mittels großsprecherischer Polemik übertüncht. Niemals würde es mir einfallen, die Einnahme von oppositionellen Minderheitenpositionen - in einer solchen befindet sich die Linke nun einmal - in Frage zu stellen; was ich allerdings für schädlichen Unsinn halte, ist die theoretische Rationalisierung der Minderheitenposition zum Elitebewußtsein.

Ideologietheorie jenseits der Ideologiekritik

Offensichtlich ist das Paradigma der Ideologiekritik, beruhend auf den Unterscheidungen Wesen/Schein, objektive Verhältnisse/falsche Wahrnehmung derselben, erschöpft. Die m.E. fruchtbarste Alternative bieten die Ansätze einer diskurstheoretisch orientierten Ideologietheorie, die innerhalb des Marxismus Louis Althusser und außerhalb desselben Michel Foucault vorgelegt haben.

Während die Ideologiekritik von der Entgegensetzung von objektiver gesellschaftlicher Wirklichkeit, definiert durch die Struktur der ökonomischen Verhältnisse, und einer falschen Wahrnehmung derselben durch die Subjekte ausgeht, die durch Ideologie als eine Art "Schleier" an der richtigen Einsicht in die Verhältnisse und damit zugleich in ihre "wirkliche" Lage, ihre "objektiven Interessen" gehindert werden, rückt die diskursanalytische Ideologietheorie eben jene Sphäre in den Mittelpunkt der Betrachtung, die der Ideologiekritik als "Schleier" erscheint. Das ist die Sphäre des Diskurses, der in diverse Praxiszusammenhänge eingebundenen sprachlich-symbolischen Artikulation, in der das Verständnis von "Wirklichkeit" erzeugt wird, das Grundlage menschlicher Handlungen und damit eben Teil der Wirklichkeit selbst ist. Der traditionelle Marxismus nahm an, daß die wesentliche Wirklichkeit in den ökonomischen bzw. Produktionsverhältnissen besteht, die die Identität der Subjekte, ihre (objektiven) Interessen bestimmen und ihnen zugleich bestimmte aus ihrer Stellung im ökonomischen Zusammenhang resultierende Wahrnehmungsweisen aufprägen, in denen sie sich der Wirklichkeit der Verhältnisse entweder falsch oder richtig bewußt werden. Demgegenüber geht die Diskurstheorie davon aus, daß das Selbstverständnis von

Subjekten und ihre Handlungsperspektiven nicht einfach aus der Wahrnehmung einer vorgegebenen Realität im Bewußtsein hervorgehen, sondern im Medium symbolisch vermittelten, diskursiven Handelns entstehen, durch die das, was jeweils als "Wirklichkeit" gilt, erst erzeugt wird. Das bedeutet nicht, daß objektive Wirklichkeit geleugnet würde; es heißt aber, daß die Selbstverständnisse und Handlungsperspektiven der Subjekte niemals im Rekurs auf eine außerdiskursive, rein gegenständliche Wirklichkeit gewonnen werden, sondern eben durch die Art und Weise, in der "Wirklichkeit" diskursiv thematisiert wird. Die gegenständliche Wirklichkeit - auch die der zur Gegenständlichkeit geronnenen "Ökonomie" - schreibt den Subjekten nicht unmittelbar vor, was sie - etwa als "Klassensubjekte" oder "Geldsubjekte" - denken und tun. Die Art, wie Individuen und Kollektive sich selbst verstehen und ihre Interessen definieren, ergibt sich vielmehr aus dem Prozeß diskursiver Konstitution. In diesen Prozeß kann man eingreifen - insofern man an ihm beteiligt ist.

Michel Foucault hat auf dieser Grundlage mittels detaillierter historischer Analysen untersucht, wie die Mechanismen der Macht und Unterwerfung durch die diskursive Produktion von Kategorien wie "normal", "vernünftig", "gesund", "pathologisch", "wahnsinnig" usw. funktionieren. (6) Wesentlich ist dabei der Gedanke, daß gerade die neuzeitliche Macht nicht einfach durch Repression und Verbote wirkt, sondern vor allem produktiv: durch "Dispositive", die den Menschen Selbstverständnisse verschaffen, durch die sie verfügbar werden.

Louis Althusser hat eine Reinterpretation des Marxismus und des marxistischen Ideologiebegriffs vorgenommen, die eine parallele Zielsetzung verfolgt. Grundsätzlich bricht Althusser mit der Problematik "Wesen/Erscheinung". Die Realität, wie sie uns vor Augen steht, ist zunächst einmal ein komplexes, uns in diversen diskursiven Beschreibungen gegebenes Gebilde. Althusser betont, daß die Marxsche theoretische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, entgegen der traditionellen Lesart, nicht darin besteht, daß Marx ein "Wesen" aus den "Erscheinungen" herausläse, sondern Marx produziert in Auseinandersetzung mit vorhandenen Konzeptionen der bürgerlichen Ökonomie eine neue, indem er die Theorien der bürgerlichen Ökonomen als Rationalisierungen der Praxis der bürgerlichen Ökonomie kritisiert. Die revolutionäre Neuartigkeit und Tragweite der Marxschen Theorie besteht darin, daß er in Auseinandersetzung mit dem von den Ökonomen nicht bewältigten Problem des Mehrwerts auf den Zusammenhang der "Ökonomie" genannten Veranstaltung mit den politischen und sozialen Reproduktionsbedingungen stößt. Marx erschließt ein neues Feld, indem er eine Beschreibungsweise liefert, durch die die Dimension der Herrschaft, der sozialen und politischen Kämpfe erschlossen wird, die in dem stecken, was man im bürgerlichen Diskurs "Ökonomie" nennt und für eine rein sachliche, gesetzmäßig funktionierende Sphäre hält.

Die Ökonomie ist nach Althusser also kein "Wesen"; folglich sind die politischen, juristischen, ideologischen Sphären, die Marx "Überbau" nennt, auch keine "Erscheinungen", keine bloßen Reflexe der Ökonomie. Sie sind relativ autonome Elemente des Prozesses der Reproduktion der Produktionsverhältnisse. Dazu gehört die Reproduktion der Arbeitskraft. Diese beinhaltet laut Althusser als einen integralen Bestandteil die ideologische Reproduktion - denn das System der freien Lohnarbeit funktioniert nur dann, wenn die freien Lohnarbeiter auch tatsächlich freiwillig ans Werk gehen. Es bringt nun aber nicht viel, die subjektive Disposition des freien Lohnarbeiters einfach als Sublimierung ökonomischen Zwangs zu interpretieren. Tatsächlich ist es eine überaus komplexe Gesamtheit von Bedingungen, die dazu führt, daß die arbeitende Bevölkerung das System akzeptiert und ihr eigenes Mitmachen sinnvoll findet. Althusser hat den Begriff "Ideologische Staatsapparate" für die Gesamtheit der nicht oder nur sekundär gewaltsam-repressiv funktionierenden Organe eingeführt, die den Subjekten ihre Selbstverständnisse und Sinnperspektiven vermitteln. "Die Ideologie", sagt Althusser, "ruft die Individuen als Subjekte an" (7). In der Familie, in der Schule und in der Kirche, in den Massenmedien, in diversen Kulturapparaten bis hin zu Sportveranstaltungen werden den Menschen Sinnperspektiven und Verhaltensmuster vermittelt, durch die sie als Arbeitskräfte und Staatsbürger funktionstüchtig gemacht werden und in denen sie sich wiedererkennen, ihre Identität finden. Von entscheidender Wichtigkeit ist dabei, daß Althusser diesen Prozeß permanenter ideologischer Anrufungen nicht als Produktion falschen Bewußtseins, von Manipulation oder Täuschung über die Wirklichkeit faßt - Manipulation und Täuschung mögen zwar auch vorkommen, aber wichtiger ist der Umstand, daß die in den ideologischen Staatsapparaten vermittelte und praktizierte Ideologie eine materielle Existenz hat - sie ist eine Praxis, ist selbst Teil der Realität. Damit ist sie aber zugleich der reale Ort, an dem Konflikte artikuliert werden und der Einsatz politischer Auseinandersetzungen stattfindet.

Die bürgerliche Ideologie faßt beispielsweise den ideologischen Staatsapparat Familie als einen privaten Raum auf, der nichts mit Politik zu tun hat; von daher wird sich ein Subjekt, das die bürgerliche Ideologie praktiziert, entschieden verbitten, die Familie als "ideologischen Staatsapparat" zu bezeichnen. Althusser dagegen sagt: Die Familie ist ein ideologischer Staatsapparat (ohne zu behaupten, daß sie nur dies sei), und die ideologischen Staatsapparate sind politisch - sie sind die Sphäre der Politik jenseits der offiziellen bürgerlichen Politik. Damit ist aber nun nicht gesagt, daß das bürgerliche Subjekt die "falsche" Ansicht über die Familie hätte und der Marxist Althusser die "Wahrheit" über die Familie sagt. Es geht in unserem Beispiel nicht um ein richtiges oder falsches Bewußtsein über die Familie, sondern darum, daß durch die Art der Beschreibungsweise, in der die Familie aufgefaßt wird, politische Perspektiven als Felder der Auseinandersetzung oder Nicht-Auseinandersetzung eröffnet bzw. verdeckt werden. Zu sagen: "Die Familie ist ein ideologischer Staatsapparat", heißt eine theoretische These aufstellen, die ein Feld der politischen Auseinandersetzung - um Patriarchat, Autorität, den bürgerlichen Wertekanon - eröffnet. Es handelt sich hier um Auseinandersetzungen, die die herrschenden Subjekt-Anrufungen und die daraus resultierenden Selbstverständnisse und Rollenbilder in Frage stellen.

Dies muß heute die Aufgabe und der Zusammenhang von linker Theorie und Praxis sein: jenseits der Dichotomie von "Wahrheit" und "falschem Bewußtsein" zu untersuchen, wie die nationalistischen, rassistischen und sexistischen Subjekt-Anrufungen funktionieren und wie sie diskursiv zu unterminieren sind. In der feministischen Theorie und Praxis wird dieses Projekt in oftmals vorbildlicher Weise verfolgt. Um so ärgerlicher scheint es, daß manche verbitterte Alt-Marxisten immer noch meinen, ihre enorm linke Gesinnung nur in Form ideologiekritischer Publikumsbeschimpfungen vortragen zu können.

III. Das letzte Gefecht einer diskursiven Machtstrategie

Einige können es allerdings nicht lassen. Kehren wir nun vor dem Hintergrund des soeben erläuterten diskursanalytischen Paradigmenwechsels zum Ausgangspunkt der Betrachtung zurück, also zum Abgesang des Dach-ak: cl. steuerte im ak 344 unverdrossen ein neues Pamphlet der von ihm gewohnten Sorte bei, dieses Mal gegen den "Anti-Imperialismus als höchstes Stadium des falschen Anti-Kapitalismus", und jw., ebenso wie cl. Mitglied der Gruppe K Westberlin, zeigt uns, sekundiert von kw. von der Radikalen Linken daselbst, wie eine richtige Kritik der Stasi im Unterschied zur falschen, staatstragenden auszusehen hat. Ich möchte noch einmal versuchen herauszuarbeiten, was eigentlich auf dem Spiel steht. Wohlgemerkt: daß ich hier die Positionen bestimmter Vertreter der Gruppe K aufs Korn nehme, ist nicht so zu verstehen, daß mir die Gruppe K ganz besonders am Herzen läge (obwohl ich mich den meisten ihrer Positionen, abzüglich der cl.-Fraktion, durchaus verbunden fühle); und wenn die ISF ein paar Schreihälse aus der Gruppe K in ihre Reihen aufnähme, wäre mir das auch egal. (8) Es geht vielmehr um ein Problem linksradikalen Politik- und Selbstverständnisses, das ich anhand einiger Vertreter diskutiere, die aus diesem Problem, bzw. aus seiner Verdrängung, extreme Konsequenzen ziehen.

cl. nimmt seine bekannte Argumentation wieder auf: Abgesehen von wenigen Ausnahmen wie cl. "zeichnet linke Theoriebildung sich dadurch aus, daß sie über keinen Begriff der kapitalistisch produzierenden, staatlich verfaßten bürgerlichen Gesellschaft als eines gesamtgesellschaftlichen Verhältnisses verfügt" (ak 344, S. 35). Nun ja - was die Rede von einer Gesellschaft als gesamtgesellschaftlichem Verhältnis für einen Erkenntnisgewinn bedeuten soll, mögen cl. und die Seinen unter sich ausmachen. Lesen wir statt dessen weiter: "Statt gegen den Kapitalismus als solchen kämpfen Linke im Grunde immerzu nur gegen dessen Erscheinungsformen - Repression, Militarismus, Rassismus -, was seinen praktischen Niederschlag darin findet, daß das Agieren der Linken sich in diverseste Bereichsarbeiten zersplittert", deren Themen "theoretisch-systematisch unvermittelt bleiben und nicht selten auch bleiben müssen". Wie kämpft man gegen den Kapitalismus als solchen, ohne Rückkopplung an die Bereiche, in denen man die gesellschaftlichen Verhältnisse zu spüren bekommt? Wo existiert der "Kapitalismus als solcher" denn anders denn als "Erkenntnisobjekt" (Althusser) eines theoretischen Diskurses über ihn? cl. unterscheidet nun offensichtlich zwischen bestimmten Erfahrungs- und Aktionsfeldern ("Bereichen"), in denen man sich unter der Bedingung der richtigen theoretisch-systematischen Vermittlung artikulieren darf, und solchen, wo eine richtige Vermittlung überhaupt nicht möglich ist und man deshalb den Mund halten muß.

Anders gesagt: Mit seiner Theorie des wahren Antikapitalismus im Unterschied zum falschen, dummen Empirismus und Moralismus schafft cl. nichts anderes als einen diskursiven Machtapparat, ein Kontrollsystem, das vorschreibt, wie die Erfahrungen, die die Subjekte mit den gesellschaftlichen Verhältnissen machen, richtig

zu artikulieren sind. Vorbedingung für den richtigen Kampf gegen den "Kapitalismus als solchen" ist die Befolgung bestimmter Sprachregelungen, genannt "theoretisch-systematische Vermittlung"; nur wer seine schlechten Erfahrungen mit den bestehenden Zuständen auf den ominösen Begriff von "Gesellschaft als gesamtgesellschaftlichem Verhältnis" bezieht und sie diesem unterordnet, steht auf der richtigen Seite.

Wovon zu reden sei

Ein typisches Negativ-Beispiel dafür sind die Stasi-Artikel von jw. und kw. (ak 344, S. 19f.). jw. läßt im Vorspann die Katze aus dem Sack: Wir reden "nicht über Sascha Anderson, sondern über Staat und Demokratie..." usw. Geredet werden soll nach dem Willen der Westberliner Besserwisser-Fraktion nicht darüber, welche Realität ein bestimmter Staat für seine Bevölkerung hatte, sondern diese Realität darf nur als Spezialfall, als Fußnote zur allgemeinen "Staatskritik" revolutionärer Durchblicker thematisiert werden. Laut jw. war die Stasi ihrer Essenz nach eine Dysfunktion des verkehrten ökonomischen Systems des geplanten Marktes; alles andere ist unwesentlich. Die Lehre daraus muß heißen, daß man bei der Abschaffung des Kapitalismus nicht auf den Fehler verfallen darf, den Markt durch den Staat simulieren zu wollen, statt ihn abzuschaffen, sonst gibt's Stasi, und die Ossis sind für kw. interessant als potentielle Objekte der Belehrung über diesen Sachverhalt. Na logisch - wenn das nächste Mal statt Ulbricht und Pieck jw. und cl. ans Ruder kommen, werden solche dummen Fehler sicher nicht mehr vorkommen. Ironie beiseite: Die Forderung nach einer Kritik der politischen Ökonomie des realen Sozialismus ist voll zu unterstützen - bloß ist dabei die reduktionistische Annahme, die gesellschaftlichen Herrschaftsformen seien vollständig durch die Anatomie der Produktionsweise - in diesem Falle die Antinomien einer "Planung" mit Ware-Geld-"Hebeln" - determiniert, genauso falsch wie bei der Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Bei jw. liest sich die Sache indes so, als hätte die SED, weil sie die Marxsche Analyse des Kapitalismus nicht richtig verstand, ein verkorkstes System geplanter Warenwirtschaft installiert, das am Ende dummerweise darauf angewiesen war, sich "die nötige Zustimmung der Staatsbürger geheimdienstlich zu organisieren". Statt die gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren, die sich in einer Produktionsweise repräsentieren und durch die diese überhaupt erst zustandekommt, verfahren cl. und jw. nach dem Schema: Falsche Ökonomie (sei es Kapitalismus oder Realsozialismus) produziert Dummheiten und schlechte Erfahrungen, und nur Kritik der Ökonomie als Ursache der Erfahrungen vermag diese zu verarbeiten, weshalb man nur ökonomiekritisch über die Realität zu reden hat und auf gar keinen Fall empirisch, moralisch usw.. Diese Rechnung geht aber nicht auf.

cl. hat völlig recht, wenn er in seiner Kritik des Empirismus darauf hinweist, daß Beschreibungen - sei es von Fakten, sei es von Erfahrungen, die man in einer Gesellschaft macht - immer so etwas wie gesellschaftstheoretische Kategorien enthalten. Aber statt diese Kategorien zum Gegenstand einer Auseinandersetzung zu machen, in der sich die Angemessenheit bestimmter Kategorien erst zu erweisen hätte, dekretiert cl. einfach, was die richtigen Kategorien sind. Durch diesen theoretischen Essentialismus - die Annahme, daß es die richtige Theorie, den wahren Begriff vom Wesen der Gesellschaft als Kapitalverhältnis einfach und bündig gibt - werden notwendigerweise die Prozesse, in denen Kategorien gebildet und reflektiert werden, immer schon als vorentschieden betrachtet. Es scheint cl. nicht zu bekümmern, daß es genau das ist, was vielen emanzipatorisch orientierten Menschen eine solche Art marxistischen Denkens suspekt macht. Es ist absolut korrekt, sich gegen eine solche Bevormundung durch neunmalkluge Marxisten wie cl. zur Wehr zu setzen, die immer schon, ohne sich auf die jeweils zur Diskussion anstehenden Erfahrungszusammenhänge und die Art, wie diese von den Beteiligten gesehen werden, einzulassen, im voraus wissen, was wahre Kritik und was falsches Bewußtsein ist. Der von cl. propagierte Diskurs ist strukturell durch und durch autoritär und anti-emanzipatorisch - auch wenn einiges von dem zutrifft, was er über die Fragwürdigkeiten eines bornierten Begriffs von "Selbstbestimmung" sagt, der die zugrundeliegenden individuellen und kollektiven Befindlichkeiten ("Identitäten") nicht hinterfragt. Daß darin nicht selten ein "Ressentiment gegen das Fremde, Unvertraute und Vermittelte" (cl.) steckt, ist durchaus richtig; auch ist cl.s Kritik am Weltbild diverser Antiimperialisten, christlichen Dritte-Welt-Initiativen usw., die die Idealisierung der guten Völker und Kulturen gegen die finsteren Machenschaften der niederträchtigen Kapitalisten ausspielen, ebenso berechtigt wie die Feststellung, daß solche Formen des romantischen Antikapitalismus im Handumdrehen nach rechts umkippen können. Bloß treibt cl. den Teufel mit dem Beelzebub aus, wenn er von vornherein jede Position, die nicht seinem theoretischen Strickmuster entspricht, als "pseudokritisches Gewäsch" verdammt, ohne zu fragen, ob nicht in dem von ihm mit bitterem Spott und Verachtung überzogenen Lamentieren über "Kälte" und "Entfremdung" im Kapitalismus auch ein rationeller Kern stecken könnte. So rationalisiert cl. sein Ressentiment gegen jede Artikulation von Erfahrung, die noch nicht durch seinen Begriff wahrer Kritik zensiert und auf die Kritik des

"Kapitalismus als solchen" hin gleichgeschaltet und funktionalisiert ist. Niemandem, auch dem cl. nicht und noch nicht einmal dem Karl Marx, wurden jedoch die "richtigen" Kategorien an der Wiege gesungen. Ich bin (anknüpfend an Althusser) ebenso wie cl. der Ansicht, daß die "Entfremdung" und "Entmenschlichung", die der junge Marx in den Manuskripten von 1844 verhandelt, nicht das Thema der Theorie des reifen Marx ist. Aber gerade Marx ist ein Beispiel dafür, daß jemand ausgehend von der Position eines im Grunde anthropologischen und ethischen Antikapitalismus zu einer fundierten Kritik der politischen Ökonomie übergehen kann. Wenn ich - die Gruppe K möge mir verzeihen - die RedakteurInnen der Ex-Mehrheit zitieren darf: "... niemand ändert sich niemals" (ak 344, S. 41).

Eben diese Prozesse diskursiver Artikulation, in denen linke Positionen sich konstituieren, sollten zur Stunde der tiefen Krise der Linken im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Dabei ist, wie Ernesto Laclau und Chantal Mouffe eindrucksvoll gezeigt haben (9), Abschied zu nehmen von essentialistischen Konzeptionen des Sozialen als geschlossenem Raum, in dem die Subjekt-Positionen vollständig determiniert sind, zugunsten der Analyse der hegemonialen Verknüpfung kontingenter Elemente.

IV. Fazit

Die Wirklichkeit ist uns niemals unmittelbar in "reiner Erfahrung" gegeben, sondern stets durch diskursive Beschreibungen, in denen jeweils ein bestimmtes Vokabular artikuliert wird. In der Politik wird das ganz besonders deutlich: Verschiedene politische Bewegungen und Strömungen haben jeweils ihr spezifisches Vokabular, in dem sie die Wirklichkeit beschreiben, und bezeichnen oftmals das Vokabular der anderen als Ideologie.

Die Ideologiekritik des traditionellen sowie des neo-dogmatischen Marxismus geht davon aus, daß bestimmte Beschreibungsweisen - nämlich alle nicht-marxistischen - "ideologisch" im Sinne von "falsch" sind: falsch sind aus dieser Sicht Beschreibungsweisen, in deren Zentrum Vokabeln wie "Gott", "Nation", "soziale Marktwirtschaft" oder vielleicht auch "Patriarchat" stehen, weil diese Begriffe nicht die Essenz der Gesellschaft ausdrücken, welche durch den um die Vokabel "Kapital" zentrierten Begriffszusammenhang repräsentiert wird, sondern Fiktionen oder "Nebensächliches" für den Kern der Wirklichkeit halten. Die Ideologiekritik will also die "falschen" Beschreibungen mit der wahren Wirklichkeit konfrontieren.

Diese wahre Wirklichkeit aber ist gerade nach marxistischer Auffassung nicht durch empirische Anschauung zugänglich, sondern allein durch theoretische Begriffe - nämlich die marxistischen. Diese Begriffe sind selbst Resultat eines theoretischen Konstruktionsprozesses, der, wie ich oben gezeigt habe, historische Krisen durchmacht. Werden diese Krisen nicht mitreflektiert und in den Gebrauch der Begriffe einbezogen, so wird das Ergebnis (siehe Bruhn) ein dogmatischer Irrationalismus.

Der entscheidende Einwand gegen die Ideologiekritik läßt sich dahingehend formulieren, daß wir jeder Beschreibungsweise immer nur eine andere Beschreibungsweise entgegenhalten können - nicht aber "die Wirklichkeit" als solche, bzw. eine in privilegierter Weise der Wirklichkeit essentiell zugehörige Beschreibung. Um es mit einem Beispiel aus der Physik (die auch Marx im Vorwort zur ersten Auflage des Kapitals zur Erläuterung von Prinzipien der Theoriebildung heranzieht) zu verdeutlichen: Aristoteles und Newton haben physikalische Objekte mit völlig verschiedenen Vokabularen beschrieben. Sicher sind wir heute alle der Ansicht, daß die Theorien von Newton mehr taugen als die des Aristoteles. Der Grund dafür liegt aber nicht darin, daß die Natur das Newtonsche Vokabular bevorzugen würde, sondern darin, daß wir in unserer Zivilisation durch die Perspektive der modernen Naturwissenschaften, die ein nicht wegzudenkender Bestandteil der Praxis sind, geprägt sind und diese unseren Urteilen über andere Beschreibungsweisen zugrundelegen. Die Natur selbst stellt aber kein Kriterium bereit, aus dem hervorginge, wieso die Beschreibungsweise Newtons "besser" im Sinne von "der Natur angemessener" sein sollte als die des Aristoteles.

Nicht anders verhält es sich mit gesellschaftlichen Sachverhalten: Weder "die gesellschaftliche Totalität" noch "das Kapitalverhältnis", weder das "Klasseninteresse" noch der "Warenfetischismus" schreibt uns vor, was wir zu denken haben und welcher Gedanke richtig oder falsch ist - die genannten Begriffe sind selbst Elemente einer bestimmten (marxistischen) Beschreibungsweise, außerhalb derer sie keinen Sinn haben. Nichts spricht dafür, daß eine marxistische Beschreibungsweise mit ihrem Vokabular a priori besser, richtiger, "wahrer" ist als etwa eine liberale oder eine feministische, in dem Sinne, daß "die Wirklichkeit" so beschaffen wäre, daß sie

nach einer marxistischen und nicht einer liberalen oder einer feministischen Beschreibung verlangen würde. Wenn uns die marxistische Beschreibungsweise als "richtig" und fruchtbar für Denken und Handeln erscheint, dann nicht deshalb, weil sie das Wesen der Wirklichkeit ausspräche, sondern weil sie, um mit Spinoza zu reden, uns "klare und deutliche" Auffassungen von Zusammenhängen gibt, die wir mit anderen Beschreibungsweisen nur "verworren" denken könnten. (10) Allerdings kann es ebensogut sein, daß nicht-marxistische Diskurse Sachverhalte klar thematisieren, die im marxistischen Diskurs höchstens "verworren" auftauchen: Die in feministischen Diskursen artikulierte Problematik etwa ist durch den marxistischen Diskurs, sei es den traditionellen oder den neo-dogmatischen, nicht abgedeckt; und es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß bestimmte Elemente des Liberalismus einer linken Neu-Artikulation bedürfen.

Aus alledem folgt, daß eine Pluralität der Diskurse als fester Bestandteil linker Politik anzuerkennen ist. Die "Wirklichkeit" existiert außerhalb unserer Beschreibungen; aber die "Wahrheit" existiert nur innerhalb von Beschreibungen. Eine Beschreibung von Wirklichkeit kann ihre Triftigkeit, Adäquatheit oder "Wahrheit" nur in der Konfrontation mit anderen Beschreibungen erweisen und nicht an der "Wirklichkeit" selbst. Deshalb ist die "ideologiekritische" Gepflogenheit der marxistischen Tradition, "falschen" Beschreibungen die richtig auf den Begriff gebrachte Wirklichkeit entgegenzuhalten, obsolet. Wir müssen in der Auseinandersetzung um konkurrierende Beschreibungen von Wirklichkeit die Überlegenheit unserer Beschreibungen erweisen. Bezugspunkt dieser Auseinandersetzung sind stets Beschreibungen, nicht das sei's auch in noch so vornehme Begriffe verpackte "Wesen" der Wirklichkeit. Deshalb müssen die konkurrierenden Beschreibungen ernst genommen werden. Man muß sich stets fragen, was sich in ihnen eigentlich artikuliert: welche soziale Praxis, welche Problematik in ihnen repräsentiert wird. Denn es gibt keinen prädiskursiven, der "Wirklichkeit" selbst entspringenden Maßstab, durch den von vornherein entschieden würde, welche Beschreibungsweise, welches Vokabular "Wahrheit" oder "falsches Bewußtsein" ist, und welche Problemstellung "richtig" oder "falsch" ist. Wer vorgibt, über einen solchen doch zu verfügen, produziert unweigerlich autoritär-belehrende Diskurse, die in nicht unbedeutendem Maße die Unbeliebtheit linksradikaler Positionen verursachen. (Daß manche Linke ihre Unbeliebtheit dann auch noch als Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Positionen verbuchen, steht für eine Geisteshaltung, die aus religiösen, insbesondere im deutsch-protestantischen Raum verwurzelten Traditionen entspringt.) Die Auseinandersetzung mit der Ideologiekritiker-Fraktion aus dem alten ak sollte dafür als drastisches Beispiel dienen. Es geht auch anders.

Anmerkungen

1) Daß die ISF z.B. im vorigen Jahr den Antisemitismus in Sendungen von Radio Dreyeckland bloßgestellt hat, war richtig und notwendig. Die Darstellungsweise, deren die Freiburger Adorniten sich bedienten (vgl. den ISF-Artikel Radioten im Dreyeckland in: konkret 8/1991, S. 40-44), war indes völlig mißglückt. Vgl. die treffende Kritik von Klaus Holz, Gibt es ein Drittes im Falschen? in: konkret 10/1991, S. 54f. Entweder man vertritt die ISF-Position der "Vernunft"/"Kritik", oder man gehört zur antisemitischen Volksgemeinschaft; diskutiert wird nicht - wer es doch tut, ist bereits verdächtig: das ist das dichotomische Weltbild der ISF.

2) G. Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt/Neuwied 1970, S. 131

3) Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 86; vgl. Lukács, a.a.O. S. 174f.

4) Th. W. Adorno, Beitrag zur Ideologienlehre, in: Gesammelte Schriften Bd. 8, Frankfurt a.M. 1972, S. 477

5) Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a.M. 1971, S. 183

6) Einen komprimierten Überblick über Foucaults Verfahrensweise gibt seine Pariser Antrittsvorlesung Die Ordnung des Diskurses, München 1974. 7) L. Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, Hamburg/Westberlin 1977, S. 140

8) Die Gruppe K gibt im Bericht über ihr Bundestreffen selbst zu, daß sie in sich keineswegs einheitlich ausgerichtet ist, und deutet an, daß in ihr cl.s Positionen keineswegs ungeteilt hingenommen werden. Da cl. offensichtlich keine Hemmungen hat, die eigenen Leute in Grund und Boden zu verdammen, bleibt abzuwarten, ob diese internen Differenzen, etwa hinsichtlich der Haltung zur ISF, eine Spaltung der Gruppe K herbeiführen werden.

9) E. Laclau / Ch. Mouffe, Hegemonie und radikale Demokratie, Wien 1991

10) Spinoza hat als erster geltend gemacht, daß die "Wahrheit" einer Idee sich intrinsisch ausweist, nämlich an ihrer "Adäquatheit" als "klare und deutliche" Idee, und nicht an ihrer Beziehung zum Gegenstand, weil es keine kausale Verknüpfung zwischen Idee und Gegenstand gibt.

31. Staatsschutzaktion gegen AntifaschistInnen. Zur "Aktion gegen AVÖ-Laden und Münchner Anzeiger"

Rubrik: Staat, Innere Sicherheit · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:04

Am 29.06.92 will die Polizei vor den Verlagsräumen des "Münchner Anzeigers" (ein Anzeigenblatt, wo AsylbewerberInnen-Hetzartikel und Leserbriefe von verschiedenen Faschisten abgedruckt wurden/werden; Verlagsinhaber Alfred Detscher wurde am 23.07.92 wegen Volksverhetzung zu 1 Jahr Freiheitsstrafe auf 3 Jahre Bewährung verknackt) und vor dem "AVÖ-Laden"(Althans-Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit; Ewald Althans organisiert von hier aus die wichtigen Faschistenveranstaltungen und ist zugleich wichtiger Koordinationsmensch für sämtliche Faschistengruppen) insgesamt drei Rohrbomben entdeckt und entschärft haben.

Wir halten diese Aktion für eine Staatsschutzaktion! Dafür sprechen mehrere Gründe:

Die Anschläge galten Wohnhäusern(!) und hätten im Zweifelsfall auch StraßenpassantInnen erwischen können. Damit soll natürlich das Bild von blindwütigen GewalttäterInnen gezeichnet und militante AntifaschistInnen diskreditiert werden. So reagierte z.B. das CSU-Hausblatt "Münchner Merkur" mit dem Einleitungssatz: "Einem möglichen Blutbad sind gestern die Menschen in der Jagdstr. und in der Herzog-Heinrichstr. entkommen." Mittels Fotos sollte die Gefährdung von HausbewohnerInnen und PassantInnen deutlich gemacht werden. Solch eine Aktion widerspricht jeglichem antifaschistischen Selbstverständnis. Militantes Vorgehen gegen Faschisten ist eine Folge gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins. Das schließt aus, daß x-beliebige Leute gefährdet werden können.

Am 30.06 ging bei "dpa" und "Spiegel" ein mit "revolutionären zellen" unterzeichnetes Bekennerschreiben ein. Dieses Papier ist eine ausgesprochen plumpe Montage aus Publikationen der letzten Monate. So ist die Passage über den "Münchner Anzeiger" vollständig aus den "Münchner Lokalberichten" abgeschrieben, eine zweiwöchentliche Zeitung, in der sich auch linksradikale Gruppen artikulieren können. Während sich das LKA mittels der Unterzeichnung die Ermittlungen nach §129a offenhält, kündigte Staatsschützer Kunkel an, gegen wen in erster Linie losgeschlagen werden soll. O-Ton Kunkel laut Süddeutscher Zeitung: "Dieser Brief der Rechtfertigung kann auch von einer regionalen, militanten Gruppe stammen." Und weiter: "Wir werden jetzt alle Zusammenhänge überprüfen." So gab es dann auch noch am selben Tag (29.06.92) die ersten Hausdurchsuchungen. Das LKA ist bei zwei Leuten eingelaufen, die bereits vor vier Monaten in gleicher Weise belästigt wurden. Damals wegen eines Anschlags auf die DVU-Parteizentrale in München. Mit den Durchsuchungen im Februar reagierte der Staatsschutz auf einen konkreten, politischen Ansatz, indem er die damit verbundene Aktion an den gleichen zwei Leuten festzumachen sucht. Daß jetzt diese Staatsschutzaktion Hausdurchsuchungen und erneutes Ermittlungsverfahren bei den gleichen zwei Leuten nach sich zieht, liegt wohl daran, daß sie erstens nichts in der Hand haben und zweitens liegt es ja auf der Hand, daß sie da anfangen, wo sie eh schon am Basteln sind.

Wer den großen Nutzen aus so einer Aktion im Vorfeld des WWG zieht ist ja offensichtlich. So muß doch der Bevölkerung klargemacht werden, wozu es denn so viele Bullen braucht, und es ermöglicht doch dem Staatsschutz, mal bei ein paar Leuten vorbeizuschauen.

Einige AntifaschistInnen aus München

32. "... dafür kämpfen, daß alle rauskommen!" Interview mit Günter Sonnenberg

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:31

Seit Anfang des Jahres gibt es einen neuen Begriff: die Kinkel- Initiative. Groß aufgemacht in der Presse erschienen diverse Berichte, daß jetzt Gefangene aus der RAF vorzeitig entlassen werden sollen. Eine Mischung von Namen stiftete Verwirrung - was vermutlich auch so gewollt war. Es wurden Gefangene genannt, deren Haftende dieses Jahr eh bevorstand, genauso wie Gefangene, bei denen Zweidrittel-Haftprüfungstermine oder Haftprüfung nach 15 und mehr Jahren anstanden. Der Aufschrei der Presse, daß jetzt die Terroristen aus den Gefängnissen kämen, ist inzwischen verstummt. Die Freilassung von Gefangenen geht nur sehr schleppend voran, insbesondere die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen ist bis jetzt ein zähes Gezerre gewesen. Die Entlassung von zwei haftunfähigen Gefangenen - Isabel Jacob und Ali Jansen - ist abgelehnt worden.

Am 3. September ist für Gabriele Rollnick Haftende. Entlassen wurden Claudia Wannersberger (Reststrafen"erlaß"), Thomas Thöne (Zweidrittel), Christa Eckes (Strafende), Luitgard Hornstein (Zweidrittel) und Günter Sonnenberg (15 Jahre).

Bernd Rößner ist seit 1975, nach dem Angriff auf die Stockholmer Botschaft, inhaftiert. Er ist der in Haft am schwersten erkrankte Gefangene und ist jetzt nach Kassel in die Psychiatrie verlegt worden - mit der festen Zusage, daß er nach drei Monaten begnadigt und dann von dort entlassen wird. Alle Versuche, daß er ohne diese Auflage aus dem Knast entlassen wird, sind nicht durchsetzbar gewesen. Obwohl seit Anfang der 80er Jahre diverse Gutachten vorliegen, daß Bernd haftunfähig ist, wurde er weiter in Haft gehalten, und es wurde versucht, ihn völlig zu zerstören und zu brechen. Bernd, der den größten Teil seiner Haftzeit in Einzelhaft gewesen ist, hat sich den Versuche des Staates, ihn zum Abschwören gegen Entlassung zu bringen, widersetzt. Das hat seine Haftsituation regelmäßig verschlimmert und ist ursächlich für seine schwere Erkrankung.

Günter Sonnenberg, der schwerverletzt festgenommen worden ist und 15 Jahre unter den für die RAF-Gefangenen "typischen" Bedingungen - Isolationshaft, Kontaktsperre, Trennscheibenbesuch - im Knast war, haben wir um ein Interview gebeten. Die Schilderung seiner Situation soll hier stellvertretend für die Bedingungen, unter denen die Gefangenen in Haft gehalten werden, stehen. Außerdem war bei dem Gespräch Gisel Dutzi, auch eine ehemalige Gefangene, dabei. Vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellen Gabi Bauer (ak) und Ivo Bozic (ND).

Vielleicht fängst Du einfach mal an und sagst etwas zu Deiner Festnahme und den Haftbedingungen.

Günter: Die Festnahme war bei mir am 3.Mai 1977 nach einer Schießerei mit Bullen, da bin ich lebensgefährlich verletzt worden. Eine Kugel hat mich am Kopf getroffen, hat sich zerlegt und es ist ein Teil davon immer noch drin. Ich war in akuter Lebensgefahr in der Situation und sofort bewußtlos. Wir sind damals zu zweit festgenommen: Verena Becker und ich. Nach der zweiten Operation, als ich immer noch bewußtlos war, ist das erste Verhör an mir gemacht worden. Ich war noch nicht ansprechbar. Die Bundesanwaltschaft und der Ermittlungsrichter vom BGH sind ins Krankenhaus gekommen und haben mich verhört. Der Arzt hat das damals zugelassen, und es ist verhindert worden, daß ein Anwalt meine Vertrauens dazugekommen ist - Klaus Croissant durfte nicht dazukommen. So sind also Verhöre an mir gemacht worden, als ich noch bewußtlos war. Anwesend war nur ein Anwalt, den die Bundesanwaltschaft hinzubestellt hat, um es formal rechtlich zu halten. Den habe ich nie gesehen, auch später nie. Über das Verhör im Krankenhaus in Tübingen, von dem ich nichts erinnere, steht in den Akten, daß nicht einwandfrei feststellbar sei, warum ich nicht auf die Fragen antworte, die sie mir stellen. Aber ich war ja gar nicht ansprechbar.

Vier Wochen, nach der zweiten Operation bin ich nach Stuttgart-Stammheim gebracht worden, und das ist die erste Erinnerung, die ich wieder habe, der Anflug nach Stuttgart-Stammheim. Dort bin ich total isoliert worden. Kein Kontakt zu anderen Gefangenen. Bin ständig überwacht, Tag und Nacht überwacht worden und es war ein bißchen vergleichbar mit dem, was mit Siegfried Hausner damals war. Siegfried Hausner ist 1975 nach dem Angriff auf die Deutsche Botschaft in Stockholm lebensgefährlich verletzt nach Stuttgart-Stammheim

gebracht worden und ist dort gestorben. Als ich 77 nach Stuttgart-Stammheim gebracht worden bin, gab es da keine Möglichkeit für eine medizinische Versorgung. Ich war ständig in der Zelle, nur einmal hatte ich Hofgang - ich bin auch nicht in den siebten Stock gebracht worden, obwohl die anderen Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Raspe das extra verlangt haben, daß ich zu ihnen verlegt werde. Nach vier Wochen bin ich in die Psychiatrie nach Hohenasberg verlegt worden.

Als im Herbst 1977 Kontaktsperre war ab 5. September, war ich in Hohenasberg im Vollzugskrankenhaus in Isolation und hatte dort am Fenster außer dem Gitter noch Panzerglasscheiben davor, weil ich eben nichts sehen sollte: ob es draußen hell oder dunkel ist, Tag oder Nacht, keinen Gefangenen draußen im Hof.

Am Tag, an dem Schleyer entführt worden ist, da wurde dieses Kontaktsperregesetz im Schnellverfahren im Bundestag durchgezogen. Kontaktsperre hieß dann, daß sie am 5. September nachts in meine Zelle gekommen sind und alles rausgenommen haben, was in meiner Zelle überhaupt drin war: Alles Schriftliche, alle Notizen, auch die Verteidigerakten, mein Radio, meine Zeitungen. Kontaktsperre hieß, völliges Ausschließen von allen Informationen von der Außenwelt. In der Zelle eingeschlossen sein und nichts mitbekommen. Ein völliges Vakuum. Zwei Tage später sind welche vom BKA gekommen und ich wurde gefragt, ob ich ausgeflogen werden will und ob ich sagen kann, wohin ich ausgeflogen werden will. Ich habe gefordert, daß ich mit Andreas, Gudrun, Jan und Verena darüber reden will, ich war völlig ausgeschlossen von Informationen.

Kontaktsperre hieß ja auch, daß keine Anwälte reindurften?

Günter: Ja, Anwälte sind auch nicht mehr reingekommen. Bei mir hieß es auch noch, daß mein Anwalt in dieser Zeit auch noch ausgeschlossen worden ist. Mit der Begründung, daß er auch der Anwalt von Jan Raspe ist und das wegen des Mehrfachverteidigungsverbots nicht mehr ginge. Am 14. oder 15. Oktober sind wieder welche vom BKA gekommen und haben mir die gleichen Fragen noch einmal gestellt.

Am 18. Oktober ist morgens bei mir aufgeschlossen worden, es sind Bullen in die Zelle reingekommen und bei mir geblieben. Ohne Begründung. Haben sich reingesetzt und sind dann den ganzen Tag und die ganze Nacht und am nächsten Tag nochmal dringeblieben. Die haben mich ständig beobachtet - 24 Stunden. Am nächsten Tag kam abends Mechler, der Chefarzt von Hohenasberg und hat gesagt: Gudrun, Andreas und Jan haben sich umgebracht, Irmgard ist schwer verletzt und am nächsten Tag könnten mich meine Eltern wieder besuchen. Das war alles. Sonst wußte ich ja nicht, was war.

Von der Entführung selber hast du da gewußt ...

Günter: ... von der Entführung wußte ich.

Auch, daß es sich um Schleyer gehandelt hat ...

Günter: ... ja, daß es Schleyer war, hatte ich mitbekommen im Radio. Die Bullen sind ja erst nachts gekommen und haben das Radio weggenommen.

Die Kontaktsperre war dann zwei Tage später weg, aber sie war nicht wirklich weg. Die ständige Beobachtung war weiterhin rund um die Uhr, sie waren nicht mehr in der Zelle, aber sie haben ständig durch den Spion reingeguckt.

Auch die ganze Zeit dann später in Hohenasberg habe ich keinen Gefangenen gesehen, Einzelhofgang, Einzeldusche, getrenntes Essen, also ich war in Isolation. Und das war deshalb ein besonderes Problem, weil ich durch die Verletzung ganz fundamentale Sachen wieder lernen mußte. Ich mußte wieder reden lernen, ich mußte wieder lesen lernen, ich konnte auch nicht mehr richtig sehen. Ich war in dem Zustand eines kleinen Kindes. Ich konnte auch keinen Satz mehr schreiben oder sagen. Ich konnte nichts mehr. Ich mußte ganz von vorn wieder anfangen und das eben in Isolation. Und die ist auch bis zum Prozeß, der 1978 war, beibehalten worden.

Vor Verfahrensbeginn stellte sich die Frage, ob ich verhandlungsfähig bin wegen der Verletzung und der Isolation. Es wurden drei Gutachter befragt, mit denen ich geredet habe. Die glaubten, daß ich nicht verhandlungsfähig bin. Drei andere, mit denen ich nie geredet habe, die mich nie gesehen haben, waren der Ansicht, daß ich verhandlungsfähig bin - per Ferndiagnose. Und die siebte Stimme war dann das Gericht, das hat mich dann für verhandlungsfähig erklärt. So konnten sie den Prozeß dann 1978 machen. In der Presse

stand, daß der Prozeß ein "Drahtseilakt" ist, also selbst für sie. Es war einfach evident, daß ich nichts formulieren konnte, sie können keinen Prozeß machen, wenn da ein Mensch steht, der nicht normal einen Satz sagen kann.

Zu Prozeßbeginn wurden zwei Gefangene - Roland Meyer und Siegfried Haag - nach Stuttgart-Stammheim gebracht, damit ich mit ihnen zusammen eine Stunde Hofgang habe. Nur damit sie den Prozeß durchziehen können, damit sie sagen konnten, ich hab Fremdanregung. Das hatten nämlich alle Ärzte gesagt, das ich Fremdanregung brauche, daß ich mit Menschen reden muß. Sie haben den Prozeß durchgezogen und ich bin zu lebenslänglich verurteilt worden. Für die Schießerei bei der Festnahme.

Das war 1978. 1979 war das Urteil dann rechtskräftig und ich bin von Stuttgart-Stammheim nach Bruchsal verlegt worden in Strafhaft. Dort war ich wieder einzelisoliert, getrennt von allen anderen. Ich sollte Hofgang mit ausgesuchten Gefangenen machen, was ich abgelehnt habe.

Nach dem kollektiven Hungerstreik der Gefangenen 1981, den ich auch mitgemacht habe, ist Roland Meyer nach Bruchsal verlegt worden, der vorher in Stammheim war, und wir hatten dann eine Stunde Hofgang und sonst eben 23 Stunden am Tag eingeschlossen. Weil das so war, haben Roland und ich von 1982 bis 1984, also bis zum Hungerstreik 1984/85 keinen Hofgang mehr gemacht. Die Stunde Hofgang war das Alibi dafür, daß der Staat sagen konnte, wir wären im Normalvollzug. Und tatsächlich waren es 23 Stunden Terror von morgens bis abends, also Briefe angehalten, Besucher ausgeschlossen und nichts war möglich, einfach Terror.

Nach dem Hungerstreik 1984/85 haben wir den Hofgang wieder zusammen gemacht, Roland und ich. Wir dachten, daß es jetzt wichtiger ist, daß wir wenigstens die Stunde noch zusammen haben und reden können. Das war 1985.

Ich mußte wegen der Verletzung, die ich hatte, die ganzen Jahre über Medikamente gegen epileptische Anfälle nehmen. Bei einer Verletzung am Kopf oder wenn Fremdkörper im Gehirn sind, also bei mir sind noch vom Geschoß vier Teile drin, weil es ein Geschoß war, daß sich zerlegt hat, ist es meist das Problem, daß epileptische Anfälle auftreten. Deshalb sind mir Medikamente in sehr hoher Dosis verordnet worden, die sehr starke Nebenwirkungen haben, z.B. totale Dämpfung, die Verlangsamung des Gehirns. Die Dosierung, die ich bekam war betäubend. Ich war von Anfang an praktisch im Tran, in einem Nirwana-Zustand Tag und Nacht. Und das war eigentlich ein Interesse, das die Justiz und der Staatsschutz hatten. Ich habe immer wieder versucht, die Medikamente wegzulassen. Das erste Mal 1978. Jedesmal, wenn ich sie abgesetzt habe, habe ich wieder einen Anfall gekriegt. Dann ist mir gesagt worden, daß ich das Zeug weiter nehmen muß. Das Problem war, daß kein Arzt von draußen dazukommen durfte, zu dem ich Vertrauen haben konnte, sondern nur Knastärzte. 1988 hatte ich dann wieder vor, es abzusetzen und da war es das erste Mal, daß mich ein Arzt von draußen untersuchen konnte, ein Neurologe. Das war das erste Mal, daß ein Arzt gesagt hat, daß ich das Zeug nicht brauche. Daraufhin habe ich es im Oktober 1988 noch mal versucht. Ich habe zwei Monate, bevor Roland entlassen wurde - im Dezember 1988, nach 12 Jahren und zwei Wochen - das Medikament abgesetzt, weil ich dachte, bis dahin bin ich weg davon. Zwei Wochen nachdem er draußen war, habe ich wieder einen Anfall gekriegt und bin wieder auf die Nase gefallen, bin auf den Kopf gefallen und war wieder bewußtlos. Daraufhin durfte noch einmal der Neurologe aus Karlsruhe rein. Ich konnte das durchsetzen, weil ich mich geweigert habe, mich vom Knastarzt untersuchen zu lassen. Er hat mir wieder gesagt, daß ich das Zeug nicht brauche, daß es sein kann, daß ich noch einmal einen Anfall kriegen würde, weil das Zeug mich abhängig gemacht hat die ganzen Jahre über und immer, praktisch aus Entzug, noch ein Anfall kommt, wenn man absetzt. Für mich war das eine große Erleichterung, daß ich das Zeug nun weg hatte. Ich hatte auch seit 1988 keinen Anfall mehr. Und der Unterschied für mich ist eben, daß ich viel wacher bin und auch spüre, daß ich viel mehr machen kann. Einfach nicht mehr unter dieser Betäubungsglocke bin, unter der ich doch vorher war im Nebel, Tag und Nacht wie im Nebel. Das war eine neue Erfahrung nach 12 Jahren. 12 Jahre unter Betäubung.

Nach dem Anfall Anfang Dezember, haben sie im Januar Carlos Grosser nach Bruchsal verlegt, weil ich dort ja wieder allein war. Nach dem Hungerstreik 1989, also ein halbes Jahr später, ist dann Christian Klar auch nach Bruchsal verlegt worden. Es war praktisch das halbe Jahr, was der Justizminister in Baden-Württemberg haben wollte, damit er nicht zugibt, daß er nachgibt auf so einen Hungerstreik. Und dann waren wir da zu dritt. Aber zu dritt hieß eben nur, daß wir eine Stunde Hofgang zusammen hatten. Wir wollten zusammengelegt

werden, um mehr Zeit zusammen zu haben, aber das ist abgelehnt worden. Wir durften nur an bestimmten überwachten Freizeiten teilnehmen. Das war 1989.

Durftet Ihr an diesen Freizeiten auch zusammen teilnehmen?

Günter: Zusammen nur einmal in der Woche. Das nannten sie eine Paarung, wenn wir zusammen in der Gruppe sind, und eine Paarung darf nur einmal die Woche sein.

Kannst Du erzählen, wie der tägliche Terror für Dich im Knast aussah?

Günter: Ganz konkret fing das gleich 77 an. Ich hatte mir immer so ein Heft genommen, wo ich mir alles aufgeschrieben habe, weil ich mir nichts merken konnte. Das haben sie mir einfach weggenommen - immer mal wieder. Das war für mich schlimm, weil ich dann nicht mehr wußte, was war. Und sie wußten auch genau, daß sie mich damit sehr verletzen, wenn sie mir das wegnehmen, weißt du es ist, als wenn sie dir ein Teil von deiner Geschichte wieder wegnehmen, du weißt nicht mehr, was davor war.

Immer, wenn mich jemand mehr als zweimal besucht hatte, ist er ausgeschlossen worden. Und das war auch ein Grund, daß ich dann von 1979 bis 1981, also drei Jahre keinen Besuch mehr hatte, außer den meiner Eltern. Bis zum Schluß, also bis jetzt 92, hatte ich Trennscheibenbesuche. Zwei Wochen, bevor ich rausgekommen bin, noch Besuche mit Trennscheibe. Ich konnte die ganzen Jahre niemanden, keinen Menschen berühren. Es war wie im Zoo: Besichtigung. Die Trennscheiben sind auch eine Form von Folter, wenn du Menschen nicht mehr berühren kannst, wenn du 15 Jahre lang, Menschen nicht berühren kannst.

Die ganzen Jahre im Knast bei Besuchen hatte ich das Problem, ob ich noch logisch rede, das ist mit den Jahren immer schlimmer geworden. In den 15 Jahren Knast gab es nur die Stunde Hofgang, oder in den letzten zwei Jahren bestimmte Freizeiten, wo ich mit Menschen reden konnte. Oder, daß ich nicht mehr richtig einschätzen konnte, ob ich jetzt laut genug rede, so daß die anderen mich verstehen. Ich habe immer zu leise geredet, so daß der Besuch immer sagen mußte, du mußt lauter reden, wir verstehen dich gar nicht mehr. Das ist einfach die Folge von der Trennscheibe. Du verstehst deine eigene Stimme, also du verstehst dich ja selber, was du sagst, aber die, die hinter der Scheibe sitzen, die verstehen das halt nicht mehr.

Die letzten zwei Jahre konntest Du an Freizeiten teilnehmen, hast Du da auch im Knast gearbeitet?

Günter: Nein. Ich habe keine Knastarbeit mitgemacht. Außer 81, mal kurz für zwei Monate. Nach dem Hungerstreik 81, als ich wieder nach Bruchsal kam, waren unsere Zellen plötzlich offen. Roland und ich waren völlig überrascht von der Situation, daß wir mit anderen Menschen reden konnten, mit anderen Gefangenen. Dann haben sie aber auch gleich gesagt, das bleibt nur so, wenn wir Knastarbeit machen. Zwei Monate haben wir das gemacht, dann ging nichts mehr. Knastarbeit, das sind sieben Stunden eingesperrt sein in einem Apparat, in was, was dich völlig auslaugt, und dann bist du abends nicht mehr in der Lage, noch die einfachsten Sachen zu machen. Du bist einfach erschöpft, und das, was dir wichtig ist, und was du einfach machen willst, dazu kommst du nicht mehr. Deshalb haben wir damit auch aufgehört.

Die letzten zwei Jahre hast Du nicht gearbeitet, aber trotzdem Freizeiten gehabt.

Günter: Ja, das war nach dem Hungerstreik 89. Ein halbes Jahr später.

Wie hast Du das empfunden, wie hat sich das gestaltet, Euer Zusammenkommen mit anderen Gefangenen?

Günter: Wir hatten nie Probleme, mit anderen Gefangenen reden zu können. Das Problem war, daß es nur eine bestimmte Menge von Gefangenen war, mit denen ich tatsächlich reden wollte. Ich will nicht über die Fußball-Bundesliga oder über Pornos reden. Und das sind im Männerknast die Hauptthemen. Aber es gab immer eine bestimmte Anzahl von Gefangenen, die einfach ein echtes Interesse hatten, mit uns zu reden und mit uns zusammen zu sein. Es ist immer beobachtet worden, mit wem wir zusammen sind. Nach ein paar Wochen oder Monaten ist denen gedroht worden, daß sie wegen des Kontaktes zu uns verlegt werden. Es waren vier oder fünf Gefangene, die zwangsweise von Bruchsal verlegt worden sind, eben mit dieser Begründung. Es war nur die Stunde Hofgang. Sonst nichts. Aber selbst das hat sie gestört, daß sie gesehen haben, daß wir zusammen Spaß gehabt haben und daß wir zusammen Sport gemacht haben. Daß es nicht so war, daß wir völlig distanziert von anderen sind oder mit ihnen nicht reden wollten, was ja die Presse gesagt hat. Christian hat in Bruchsal weiterhin Kontakt zu einer bestimmten Anzahl von Gefangenen. Es gibt ja immer ein paar Gefangene in jedem Knast, die gegen die Knastbedingungen kämpfen, die Widerstand leisten gegen

das Einschließen und die sich ein bißchen organisieren wollen. Zu denen hatten wir immer Kontakt. Und die wollten auch immer einen Kontakt zu uns haben.

Vielleicht kannst Du jetzt noch etwas zu deiner Anhörung und Entlassung sagen?

Günter: Im Herbst 91 bin ich vom Knastleiter gefragt worden, ob ich einverstanden bin mit einer vorzeitigen Entlassung. Das nennen sie vorzeitige Entlassung nach 15 Jahren. Ob ich zum Gespräch mit ihm bereit bin. Und da habe ich ihm geschrieben, daß ich einverstanden bin, wenn ich rauskomme. Selbstverständlich. Aber daß ich mit ihm darüber nicht reden werde und will. Man muß einverstanden sein, sonst läuft das nicht. Dann hat das zuständige Gericht, das war das Oberlandesgericht Stuttgart beschlossen, daß zwei Gutachten zu mir gemacht werden müssen, ob ich eben noch gefährlich bin für die allgemeine Gesellschaft hier draußen. Sie haben als Gutachter zwei Ärzte genannt, die berüchtigt sind. Mein Anwalt und ich haben auch einen Arzt benannt, der sich bereiterklärt hat, ein Gutachten zu mir zu machen. Der ist leider gestorben in der Zeit. Das Oberlandesgericht hat auf ihre Gutachter bestanden. Die habe ich abgelehnt.

Dann war die Anhörung. Kurz vorher war die Erklärung rausgekommen, die Erklärung vom April, wo sie sagen, daß sie im Moment keine Aktionen mehr machen. Und das war dann auch die erste oder zweite Frage gleich bei bei der Anhörung, was ich dazu meine. Da habe ich gesagt, die finde ich gut. Das war denen aber nicht genug. Dann wollten sie mehr von mir wissen. Also weil da eben gesagt wird, daß eben jetzt nichts gemacht wird und daß es eben sein kann, daß irgendwann in Zukunft wieder Aktionen laufen können. Und da wollten sie dann wissen, ja, was heißt denn für mich in Zukunft. Da habe ich eben gesagt, weiß ich nicht. Ich rede von jetzt. Ich finde die Erklärung gut. Mehr kann ich darauf nicht sagen. Und es war dann eine Haarspalterei. Es ging anderthalb Stunden um völlig unsinnige Sachen. Der Anwalt hat danach eine Presseerklärung herausgegeben, weil nach der Anhörung in der Presse erst einmal gekommen ist, daß ich abgeschworen hätte. Daß ich Gewalt zur Durchsetzung von politischen Zielen ablehnen würde. Das war nicht der Satz, den ich gesagt habe. Sondern ich habe gesagt, daß es jetzt nicht meine Sache ist, so etwas zu machen. Gut, aufgrund der Anhörung bin ich halt rausgekommen, nach zwei Wochen hat das Gericht den Beschluß gefaßt.

Hast du damit gerechnet, daß es ihnen reicht, wenn du dich auf diese Formulierung einläßt.

Günter: Ich habe nicht darüber nachgedacht. Ich war mir nicht sicher, ob es reichen würde. Daß ich entlassen würde, ist mir erst an dem entsprechenden Tag mittags gesagt worden. Im Radio kam schon mittags, daß ich schon draußen bin, aber ich bin erst um 17 Uhr rausgekommen. Die waren schon alle da und warteten seit drei Stunden vorm Knast, um mich abzuholen. Kurz nach 17 Uhr war ich dann draußen. Im Knast hatte ich noch gefroren, wie man immer im Knast gefroren hat, wegen der dicken Mauern und hatte noch meine lange Unterhose an. Und dann war es an dem Tag so unheimlich warm, richtig heiß - und ich habe so geschwitzt. Das erstemal wieder richtig in der Sonne.

Es war sehr schön dann, daß da eben gleich liebe Menschen da waren, die mich empfangen haben und mich umarmt haben.

Ich konnte mich vorher noch von den anderen, von Christian, von Carlos, von Thomas und von Bernd verabschieden. Das wollten sie auch nicht mehr verhindern, ich konnte es praktisch immer so durchsetzen, daß ich dann gesagt habe: "Wenn das nicht läuft, dann bleib ich hier". Und das wollten sie dann nicht. Die Presse war draußen und die Leute waren draußen. Ich konnte praktisch an dem Tag alles durchsetzen, das was ich die ganzen Jahre nie durfte, in einen anderen Flügel zu gehen - dafür habe ich im Arrest gesessen - aber an dem Tag durfte ich in jeden Flügel und durfte in jede Zelle rein. Sie wollten nur noch, daß ich rausgehe jetzt.

Aber es ist auch bitter. Es ist schön, wenn du aus dem Knast rausgehst, aber es ist bitter, wenn du rausgehst und wenn du dich von welchen verabschiedest, und du weißt, die bleiben drin. Menschen, die für dich wichtig sind, die du lieb hast und mit denen du eine sehr lange Geschichte hast. Mit Christian habe ich eine sehr lange gemeinsame Geschichte - wir haben auch früher zusammen gelebt. Und deshalb: sie müssen rauskommen, alle.

Was hast du denn so als erstes gemacht, als du nach 15 Jahren aus dem Knast gekommen bist?

Günter: Das erste war ein Fest hier, ein Abendessen, als ich ankam. Es sind viele Leute gekommen, ich habe das alles gar nicht so richtig mitbekommen. Wenn du 15 Jahre so reduziert warst, auf so wenige Eindrücke und

auf eine Mauer und auch sehr wenige Menschen. Und dann kommen plötzlich viele Menschen auf dich zu ... auch schon als ich mit dem Auto hierher gefahren worden bin, die vielen Autos auf den Straßen, es ist fürchterlich schlimm, also hektisch, das streßt dich unheimlich. So viele neue Reize und du hattest vorher nur so reduzierte Reize im Knast. Du hattest die Mauer und konntest nicht über die Mauer gucken. Und dann die vielen Eindrücke, die auf dich zukommen.

Was hattest du für ein Bild von draußen? Du hast ja nur mit wenigen Menschen diskutieren können. Hat sich Deine Vorstellung von der politischen Situation draußen von der Realität unterschieden?

Günter: Ich hatte mir da gar nicht so viel dazu vorgestellt. Ich wollte das erstmal alles angucken. Das hatte ich mir auch so überlegt gehabt, daß ich offen bin für alles und ich gucke mir erstmal alles an. Es war nicht so, daß ich mir irgendwelche Vorstellungen gemacht hatte, wie es jetzt sein mußte oder womit die Leute sich beschäftigen. Ich denke, das ist auch zu gefährlich. Ich mußte und wollte erstmal alles wieder angucken und sehen, die Menschen sehen, womit sie sich beschäftigen. Ich habe jetzt auch die ersten Eindrücke bekommen hier draußen, die nicht alle gut waren. Zum Beispiel habe ich festgestellt, daß nur sehr wenige Menschen miteinander leben und sich auch gemeinsam organisieren. Ich habe gesehen, wie viele Menschen in so einer Stadt wie Frankfurt so einzeln vor sich hinleben. Vereinzelt in ihren Wohnungen in ihren Zweierbeziehungen. Sich nur für eine Veranstaltung oder einen Termin treffen und sich sonst wieder zurückziehen. Anstatt daß man versucht, sich gemeinsam zu organisieren, auch das Leben. Das hat mich schon ziemlich gedrückt. So wollte ich es nicht und will es auch jetzt nicht. Alles sehr oberflächliche Beziehungen, das waren die Eindrücke, die ich hatte. Es läuft dem entgegen, was das Bedürfnis von mir und auch den anderen, die jetzt im Knast sind, war, gemeinsam zu leben und zu kämpfen. Das war die Voraussetzung dafür, daß sich damals welche der Guerilla angeschlossen haben.

Es gibt unterschiedliche Einschätzungen zur politischen Situation und was getan werden sollte bei Euch. Ich fand das immer ein Problem, daß so etwas nicht offen diskutiert worden ist, sondern von Euch als Gruppe nur eine "offizielle Version" in die Debatte gegeben worden ist.

Günter: Wichtig war für uns immer, daß wir erstmal unter uns im Kollektiv die Kommunikation machen können, und das ist ja nur unter größten Schwierigkeiten möglich. Wir sind in viele Knäste vereinzelt gedrängt und die Möglichkeiten warten äußerst begrenzt, miteinander zu kommunizieren. Aber das war uns wichtig.

Es sind sehr viele Briefe von Gefangenen geschrieben worden, über die es auch Auseinandersetzung geben sollte. Schon die ganzen Jahre, immer wieder, zu allen möglichen Themen. Zu Boock zum Beispiel. Ich denke nicht, daß es daran gemangelt haben kann, daß Gefangene nichts gesagt haben.

Gisel: Ich denke schon, daß aber auch ein Stück Unverständnis für die Situation daraus spricht, wenn Du das so sagst. Ich verstehe das Bedürfnis, aber Günter hat ja vorhin geschildert, wie sich seine Situation im Knast überhaupt dargestellt hat. Ich fand es oft unlegitim, wie stark das verlangt wurde, daß man von drinnen zu allem Position bezieht. Da liegt ja eine Gefahr drin. Du kannst nicht immer alles ticken, was hier draußen abläuft. Wir waren eine politische Gruppe, und wir sind eine politische Gruppe und das ist uns auch etwas total wichtiges, daß das bewahrt wird. Und an erster Stelle ging es uns darum, daß wir zusammen reden. Sich das von hier draußen vorzustellen, was das ist, in der Isolation zu sitzen und du bekommst dann zwar Briefe, vieles wurde früher ja auch angehalten. So ab 87 wird jetzt mehr durchgelassen, und seitdem kommen auch mehr Äußerungen. Und die Zeit nach 77, nach der Kontaktsperre, das war eine absolut finstere Zeit für die Leute da drinnen, was da jeder durchgemacht hatte. Es war für uns wichtig, an einzelnen Punkten einzugreifen, wie zum Beispiel mit dem Brief zu Boock. Sich alleine darüber zu verständigen, hat einen enormen Raum eingenommen. Wie lange alleine ein Brief von einem zum anderen gedauert hat.

Hier draußen sitzt du zusammen und was da an Kommunikation in einer Stunde läuft, das braucht im Knast Monate. Natürlich geht es auch um eine Verständigung mit draußen über die Sachen, die gemacht worden sind, was war daran richtig, was war daran falsch. Das ist aber auch ein Prozeß, bist du da hinkommst, was zu sagen, ein Prozeß, den draußen ja keiner sieht. In einem Stadium, wo wir kaum was unter einander reden konnten, geht es nicht, daß jeder irgendwelche Anfangsgedanken nach draußen schreibt. Draußen werden wir ja auch als ein Zusammenhang angesehen und das ist ja auch richtig. Deshalb haben wir oft gesagt, wir äußern uns jetzt erstmal nicht dazu, bevor wir uns nicht darüber verständigen konnten.

Wesentlich ist, daß wir uns eben nicht als Individuen begreifen. Im Knast ist die Situation, daß sie das verstärken wollen durch die Isolation der Einzelnen. Wenn ich mir das rückblickend angucke, dann war der hauptsächliche Kampf, immer wieder zusammenzukommen. Das hat natürlich eine Wirkung, wenn du dich Jahre nicht siehst und Jahre nicht reden kannst. Das soll die Wirkung haben, daß du dich von einander entfernst. Wenn ich jetzt an Mogadischu denke, 77, was ja schon ziemlich früh eine umstrittene Aktion war, okay, da hätten sich zu einem früheren Zeitpunkt vielleicht auch schon Gefangene drinnen äußern können, was sie dazu denken. Da ist dann die Überlegung, es soll auch stimmen und sich nicht gegen die, die draußen weitermachen, schlagen.

Draußen gab es die Parole: Drinnen und draußen eine Bewegung. Gab es für Euch drinnen eigentlich das Gefühl, daß man dazu gehört? Oder gab es das Gefühl, daß die Gefangenen vergessen worden sind?

Günter: Das Gefühl hatte ich nie. Es waren immer zahlreiche Menschen, die sich immer wieder bemüht haben zu den Gefangenen. Was mich immer besonders gefreut hat, war, wenn es junge Menschen waren, die sehr viel jünger waren als ich, die plötzlich Interesse bekommen haben und gefragt haben.

Die jetzt laufende eine Kampagne zur Freilassung aller politischer Gefangener wirft die Frage auf: Was sind politische Gefangene?

Günter: Ich bestimme es aus ihrer Geschichte. Jemand, der wegen Vergewaltigung im Knast ist, der kann kein politischer Gefangener sein. Einfach aus seiner Geschichte raus, weswegen er in den Knast gekommen ist. Das andere ist für mich, wie man im Knast weiterkämpft, daß man im Knast nicht mitspielt, sondern Widerstand leistet. Von daher sind für mich auch Gefangene, die eine Bank enteignet haben, aber sich im Knast wehren und Widerstand leisten, politische Gefangene.

Jahrelang ist die Zusammenlegung gefordert worden und nun heißt es "Freiheit für die Gefangenen" - ohne daß die Zusammenlegung je erreicht worden ist. Ist das überhaupt eine realistische Forderung?

Günter: Ich denke, es ist völlig berechtigt. Man kann es an Gabi (Irmgard Möller, Anm. ak) sehen, die ist jetzt 20 Jahre im Knast. Und Du kannst es politisch auch so sehen, es gab keine Berechtigung, daß sie in Knast gekommen ist. Das, was die Guerilla gemacht hat, waren berechtigte Aktionen aus meiner Sicht, und es war zu der Zeit, als es gemacht worden ist, die richtige Sache. Aus meiner Sicht hat der Staat keine Berechtigung, die, die hier Widerstand gegen ein menschenverachtendes System leisten, in den Knast zu stecken und in Isolationshaft zu stecken. Die Freiheit muß erkämpft werden. Es ist die Verantwortung von den Menschen, die sich hier als Linke bezeichnen, die Verantwortung, daß hier ein Teil von ihnen - von der radikalen Linken - im Knast hockt. Und das eigentlich keiner von ihnen damit zufrieden sein dürfte, daß hier welche im Knast sind, weil sie militante Aktionen gemacht haben.

Gisel: Vielleicht sollten wir noch sagen, wie wir das drinnen bestimmt haben, wie wir dazu gekommen sind. Das war ja vor dem Hungerstreik 89. Es war für alle klar, daß die Zusammenlegung als Forderung - klar, wir kämpfen da weiter drum - nicht ausreicht, weil man inzwischen von Langzeitisolation sprechen muß, nach so vielen Jahren Knast, daß die nicht ausreicht, um die Auswirkungen der Isolation aufzuheben. Daß die Gefangenen rausmüssen, die Überlegung gab es ja auch schon in den Jahren vorher, aber in der Form von Befreiungsversuchen der Guerilla. Jetzt war klar, es müssen auch politische Kämpfe dafür laufen. Nach so langer Zeit Isolation ist das einfach notwendig. Es haben auch andere Dinge eine Rolle gespielt. Daß auch rüberkam, daß die Staatsseite irgendwas ändern will. Nicht, weil sie uns gerne draußen hätten, sondern weil es immer sehr viel Kämpfe um die Gefangenen rum gab, und sie wollten einfach das Problem auch los werden. Die Überlegung war, das können wir auch für uns umdrehen. Wenn dann auch hier draußen dafür noch einiges getan wird, daß wir es dann unter unseren Bedingungen durchsetzten können. Also, daß es ohne Abschwörung geht. Günter ist ein Beispiel dafür, der wäre nicht rausgekommen, wenn die ganzen Jahre nicht soviel Kämpfe darum gelaufen wären.

Diese Freilassungskampagne setzt doch eigentlich eine kraftvolle Linke voraus, aber die gibt es im Moment nicht. Auf wen stützen sich da die Hoffnungen?

Günter: Ich denke eigentlich alle Menschen, die politisch nachdenken, sind angesprochen.

Gisel: Na, wir in erster Linie. Es kommt jetzt darauf an, die richtigen politischen Schritte zur richtigen Zeit zu machen. Ich denke nicht, daß es davon abhängt, wieviele Massen gehen jetzt auf die Straße. Sondern was für

Schritte werden unternommen, von den Leuten hier draußen und was kann das dann beim Staat bewirken. Aber es ist klar, es muß auch eine stärkere Mobilisierung geben. Die Demo in Bonn war ja erstmal ein Anfang. Wir haben auch keine Illusionen. Die neuen Prozesse zum Beispiel, die jetzt anfangen, die laufen dem entgegen.

Günter: Mit den neuen Prozessen wollen sie Gefangene für unendliche Zeit im Knast einmauern. Gegen Christian Klar, Rolf-Clemens Wagner, Siglinde Hoffmann und Ingrid Jakobsmeier, die würde eigentlich nächstes Jahr rauskommen, wollen sie neue Prozesse führen. Christian Klar ist schon fünfmal zu lebenslänglich verurteilt worden, aber auch da müßten sie ja nach 15 Jahren die Anhörung machen, das wäre 97, aber wenn sie ihn jetzt nochmal zu lebenslänglich verurteilen, dann schieben sich die 15 Jahre entsprechend nach hinten. Damit können sie eben durchsetzen, daß sie ihn unendlich im Knast halten können.

Das ist auch das, was ich mir vorgenommen habe, jetzt wo ich rausgekommen bin. Das habe ich auch in der Anhörung gesagt, als ich gefragt worden bin, was ich jetzt machen werde, wenn ich jetzt rauskomme. Ich werde darum kämpfen, daß die anderen rauskommen.

33. "wer nicht kämpft, stirbt auf raten" (raf). Beitrag von Rolf Heißler am 20.6.1992 in Bonn

(Rede)beitrag von Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, auf der Demo am 20.6.92 in Bonn

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:08

der scheinbare "siegeszug" des kapitalismus rund um den erdball läßt viele das schreiben der raf vom 10.4. so verstehen, als sei damit das ende revolutionärer politik erklärt. doch unsere genossinnen und genossen haben lediglich gesagt, so wie bisher kann es nicht mehr weitergehen, wir benötigen jetzt den politischen raum für eine alles umfassende und von allen geführte Diskussion, was uns gefangene einschließt, zur neubestimmung revolutionärer politik in den metropolen, und deswegen nehmen wir die eskalation zurück. eine offene diskussion hat es an sich, daß deren ergebnisse am ende stehen und nicht vorweg festgelegt werden können.

wer daher jetzt vom ende revolutionärer politik spricht, verdrängt, solange es ausbeutung und unterdrückung auf der welt gibt, wird es menschen geben, die die menschenvernichtenden verhältnisse nicht hinnehmen, sondern mit allen ihnen möglichen mitteln bekämpfen. wir haben nicht nur die geschichte neu zu interpretieren, sondern aus den gemachten erfahrungen für morgen zu lernen, um reden und handeln wieder in übereinstimmung zu bringen: radikal, offen und ehrlich. unsere ziele heute sind keine anderen als vor 10, 20 oder 30 jahren.

wer von kapitulation redet oder denkt, stellt die geschichte auf den kopf. der staat war es, der aufgrund unserer politik im streik 89 wie der letzten operationen der guerilla zur einsicht zu kommen gezwungen war, daß perspektivisch eine militärische lösung weder gegen die gefangenen noch gegen die guerilla erreichbar ist. nach dem scheitern ihrer hetzkampagne gegen uns im letzten jahr traf die koordinierungsgruppe "terrorismus", nicht zuletzt auf druck des kapitals, die entscheidung, so geht es nicht mehr weiter, wir müssen nach anderen wegen der entsolidarisierung, spaltung und vernichtung suchen. als "kinkel-initiative" erblickte das zu jahresbeginn das licht der öffentlichkeit. der staatliche vernichtungswille gegen fundamentalopposition gleich ob legale oder illegale, ob draußen oder drinnen, ist um nichts geringer, nur die methoden zur erreichung dieses staatszieles sind andere geworden.

auf dem weg zur weltmacht benötigt die brd aufgrund des zusammenbruchs des realsozialismus und der damit einhergehenden zuspitzung des nord-süd-antagonismus für die globale, ökonomische und vor allem militärische handlungsfähigkeit die befriedung nach innen. das imperialistische staatensystem, die brd als partner in der führung mit den usa überall dabei, bereitet sich darauf vor, die interessen des kapitals weltweit militärisch durchzusetzen. wie die "friedenserhaltenden maßnahmen" des imperialismus aussehen, auf die die ausbildung der soldaten in der bundeswehr frisch ausgerichtet wurde, läßt sich am beispiel des iraks studieren. nur müssen die völker in den metropolen das zumindest tolerieren, und daran hakt es in der brd noch. auch stehen die völker europas dem wiedererstarken der brd voller mißtrauen gegenüber.

in dieser situation schienen dem staat aus einer scheinbaren position der stärke freilassungsüberlegungen opportun, verschweigen mußten sie, andernfalls wären tote gefangene die folge, und die wären dem image derzeit nicht nützlich, aber trotzdem sagte es kinkel offen genug, der bestehende geiselstatus sollte für die freigelassenen - von ihrem politischen verhalten sollten weitere freilassungen abhängig gemacht werden - wie für die drinbleibenden beibehalten und darüber hinaus auf die guerilla ausgedehnt werden, eine operation bedeute das ende von freilassungen. diese linie ist unverändert der stand, deswegen die aufstückelung, die einzelfallüberprüfungen, die menschenunwürdigen "anhörungen", die trotz leugnens auf nötigung und erpressung hinauslaufen. der staat versucht, weiter die fiktion der nie existenten "normalbehandlung" aufrechtzuerhalten und wehrt sich - die staatlichen praktiken würden thema werden - gegen eine politische lösung, gegen unsere bedingungslose freilassung insgesamt.

kinkel versteigt sich zum gerede von "versöhnung" und scheut sich nicht, zur desorientierung und verdummung des volkes die parallele zu den juden zu ziehen. er setzt uns gefangene und die raf mit den faschistischen massenmördern gleich und erklärt sich und die herrschenden eliten in der brd zu den judenverfolgten im dritten reich. mit so viel verlogenheit im speziellen und dem menschenvernichtenden kapitalistischen weltwirtschaftssystem im allgemeinen wird es ebensowenig "versöhnung" geben, wie wir je unsere politische identität zerstören lassen werden.

die herren wollen von ihrer jahrzehntelangen menschenrechtswidrigen aufstandsbekämpfung ablenken. doch sie sind und bleiben täter. ein stahl bezeichnet haftunfähige gefangene als "durchsichtige demagogie" und will kein "sonderrecht für terroristen". er will die realität nicht. sie müssen unsere sonderbehandlung, folter und mord seit über zwei jahrzehnten leugnen, weil sie heute zu ihren praktiken und d.h. zu ihren verbrechen nicht mehr stehen können, sie nicht länger zu rechtfertigen wagen. vor nichts mehr haben sie angst als vor der wahrheit.

der staat braucht eine lösung, allerdings sieht seine vorstellung davon anders aus als die unsere. wir wollen unsere freiheit in überschaubarer zeit. kämpfen wir zusammen darum, daß sie realität werden wird, zäh und unablässig, bis wir sie erreicht haben, und bar jeder illusion über diesen staat. es wird ein harter kampf werden.

"wer nicht kämpft, stirbt auf raten ! freiheit ist nur möglich im kampf um befreiung." (raf)

34. "... wir sind an eine Grenze gestoßen ..." Grußadresse der RAF an die TeilnehmerInnen des WWG

Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:05

wir grüßen alle teilnehmerinnen und teilnehmer der demonstration und des internationalen kongresses gegen den weltwirtschaftsgipfel in münchen.

wir freuen uns, daß ihr zu dieser demonstration und dem kongreß zusammenkommt, trotz der massiven versuche von stoibers bullentruppen und der medienhetze, eure organisierung und vorbereitung niederzuknüppeln und zu zerschlagen.

wir leben heute in einer zeit, in der wir alle mit den katastrophalen folgen der globalisierung der herrschaft des kapitalistischen marktes konfrontiert sind. deshalb finden wir es wichtig daß alle, die weltweit auf der suche nach wegen sind, wie menschenwürdiges leben durchgesetzt werden kann, die diskussion international führen und über die grenzen und kontinente hinweg organisieren.

trotz der unterschiedlichen entwicklungen der kämpfe und der bedingungen ist es eine gemeinsame suche danach, wie wir gegen die weltbeherrschungspolitik der g7-staaten, die die macht des kapitalsystems über die menschen und die natur als endgültig zementieren will, für das leben der menschen dringende lösungen durchsetzen können.

wir finden wichtig, daß ihr den 500-jahrfeiern der imperialistischen herrschaft mit diesem kongreß, der demonstration und den aktionstagen die andere seite entgegensetzt. nämlich die tatsache, daß auf unserer seite - auf der seite der unterdrückten - die geschichte und das bewußtsein der kämpfe leben. den kampf für ein leben ohne herrschaft wird es so lange geben, solange dieses imperialistische system existiert, das den wert von menschenleben und natur nach ihrer verwertbarkeit fürs kapital bemißt - den kampf für die befreiung von dem verinnerlichten wert des systems, gegen rassismus und sexistische unterdrückung wird es geben bis überall werte und strukturen existieren, die von der würde aller menschen ausgeben.

mit diesem kongreß habt ihr eine möglichkeit geschaffen, erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen, zu gemeinsamen einschätzungen zu kommen und daraus die erarbeitung gemeinsamer strategien anfangen zu können.

in der heutigen situation sehen wir es als unbedingt wichtig an, sowohl was den kampf hier bei uns betrifft wie auch im internationalen, daß es eine verständigung über gemeinsame konkrete ziele und forderungen geben muß. wir müssen vorstellungen herausfinden, mit welchen schritten wir den herrschenden die bestimmung über mensch und natur entreißen können und - ob in münchen, rio, los angeles oder maputo, ob in palästina oder kurdistan - die global-katastrophale entwicklung umzudrehen.

ein aneignungsprozeß von unten wird in konkreten kämpfen und konkreten forderungen laufen, in denen wir den herrschenden abringen, was menschen zum leben brauchen. das wird zum beispiel vom kampf um lebens und wohnraum, gegen zerstörerische und sinnentleerte arbeit, gegen unweltvernichtung, den gefangenenkämpfen, der organisierung von schutz für flüchtlinge und antifaschistische mobilisierung bis zu der forderung nach schuldenstreichung oder reparationszahlungen der imperialistischen staaten an die kolonisierten völker reichen.

wir hier in der brd haben eine große verantwortung für diesen prozeß, denn wir haben es mit einem staat zu tun, dessen zerstörungspotential enorm ist. im inneren haben sie ein reaktionäres klima geschaffen, das hier z.b. zur rassistischen mobilisierung - dem alltäglichen krieg gegen flüchtlinge - geführt hat.

sie brauchen die reaktionäre stimmung, das erstarken des deutschen herrenmenschenbewußtseins als ventil für die sich verschärfende, elende lebenssituation von millionen menschen hier, denn sie wollen freie hand für ihre großmachtpolitik: heute walzt die deutsche mark über den osten und, wenn wir das nicht verhindern, die bundeswehr morgen in die ganze welt. die brd hat heute schon neben japan die stärkste ökonomie der erde. die machtgier des deutschen kapitals ist ungebrochen.

wir wollen mit diesem brief die möglichkeit nutzen, besonders den genosslnnen, die aus anderen ländern hierher gekommen sind, unseren schritt vom april 92 - von unserer seite aus die eskalation zurückzunehmen - transparent zu machen.

es ist ein schritt aus unserer speziellen situation in der brd. wir stellen damit nicht den bewaffneten befreiungskampf in anderen ländern in frage; unsere tiefe solidarität gehört all denen, die auf der ganzen welt um befreiung kämpfen. es ist überall die sache der kämpfenden, aus ihren speziellen bedingungen und prozessen zu entscheiden, welche mittel und formen des kampfs zu welchem zeitpunkt gebraucht und eingesetzt werden.

für euch sagen wir kurz was zu unserer geschichte. wir, die raf, sind anfang der 70er jahre in der phase der weltweiten aufbrüche für befreiung und der vietnam-mobilisierung entstanden.

unser aufbruch war aus einer zeit möglich, in der mit der 68er revolte auch hier viele menschen aufgebrochen waren; in diesem land, in dem es nach auschwitz keine gesellschaftliche auseinandersetzung mit der faschistischen vergangenheit gab und nazis in allen bereichen von staat und wirtschaft wieder eingesetzt wurden, wurden statt dessen kommunisten und antifaschisten verfolgt und die wiederaufrüstung gegen den widerstand vieler, die den tatsächlichen bruch mit der faschistischen vergangenheit wollten, durchgesetzt. gegen diese dumpfe und erstickende imperialistische realität im nachkriegsdeutschland versuchte eine ganze generation neue emanzipatorische und antikapitalistische werte in allen lebensbereichen zu entwickeln, z.b. basisdemokratische strukturen an schulen und universitäten, zusammenleben in kommunen gegen den zwang der kleinfamilie, organisierung der frauen gegen ihre traditionelle rolle und gegen ihre unterdrückung in der gesellschaft und auch innerhalb der linken.

während des vietnamkriegs war unser land wichtigste drehscheibe für den us-völkermord am vietnamesischen volk. wir haben uns dem weltweiten aufstand gegen den us-imperialismus angeschlossen. damals war die handlungsfreiheit des imperialismus gegenüber den bewegungen der nationalen befreiung im süden durch die existenz der sowjetunion begrenzt. in diesem globalen kräfteverhältnis haben wir unseren kampf für umwälzung hier als teil der internationalen antiimperialistischen befreiungsfront bestimmt. es war für uns unmittelbare perspektive im gleichzeitigen internationalen kampf den durchbruch für befreiung zu schaffen.

auch wenn das durchkommen der befreiungskämpfe seit ende der 70er jahre durch den imperialismus gestoppt werden konnte, war unsere politik bis über die mitte der 80er jahre hinaus zentral innerhalb dieser koordinaten bestimmt. wir haben in den 80ern unsere kraft dafür eingesetzt, das imperialistische roll-back aufzuhalten, mit dem das rad der geschichte hinter die oktoberrevolution zurückgedreht werden sollte. wir wollten das kräfteverhältnis für unsere seite wieder aufbauen.

in den verschiedenen phasen unseres 22-jährigen kampfs haben wir als metropolenguerilla gegen die imperialistischen weltbeherrschungspläne interveniert, gegen die us-politik, gegen die natur, gegen die formierung des westeuropäischen blocks und gegen die entwicklung großdeutschlands zur weltmacht und gegen die " neue weltordnung".

spätestens 89 lag mit der annexion der ddr durch die brd auf dem tisch, daß eine historische phase, die mit der oktoberrevolution ihren anfang nahm, mit großen schritten auf ihr ende zuging. doch wir haben es nicht geschafft, eine diskussion in gang zu setzen, die sich damit konfrontiert und gleichzeitig aus der geschichte der kämpfe - den stärken und schwächen - neue bestimmungen entwickelt.

mit unseren aktionen wollten wir in dieser situation, in der sich hier in der gesellschaft die widersprüche immer mehr verschärft haben und es an verschiedenen fragen kämpfe gab, auf die wir uns bezogen haben, zu einem prozeß von diskussion um neue orientierungen und den aufbau einer gegenmacht von unten beitragen.

wir sind mit unseren aktionen auf eine grenze gestoßen. wir konnten damit nicht die prozesse, die wir für notwendig halten, in bewegung setzen, noch konnten wir damit die ohnmacht vieler und die resignation vor der weltmacht des kapitals durchbrechen.

gerade unsere letzte aktion, die gegen den treuhandchef rohwedder, hat das für uns deutlich gemacht. wir haben mit dieser aktion in einer völlig neuen gesellschaftlichen situation in diesem land nach der annexion der ddr - interveniert. ihre unmittelbare bestimmung war es, der kapitalistischen walze, die gegen die menschen in der ex-ddr von hier aus losrollte, auch unsere kraft entgegenzusetzen und eine verbindung zu den kämpfen

dort herzustellen. heute wissen wir, daß dieser prozeß, aus zwei völlig unterschiedlichen realitäten und erfahrungen heraus zu einem gemeinsamen kampf zu kommen, intensive auseinandersetzungen und verstehen, von einander lernen aus diesen unterschiedlichen geschichten, erfordet, das ist die voraussetzung für den aufbau einer gemeinsamen gegenmacht.

natürlich gab es viele menschen, die sich über unsere aktivitäten gefreut haben - aber unsere angriffe haben kaum diskussionen und organisationsprozesse ausgelöst und allein aus sich heraus können sie den verbrechen der herrschenden keine wirksamen grenzen setzen. aus all dem brauchen wir jetzt die zäsur für einen neuen aufbruch.

wir brauchen eine offene diskussion über neue grundlagen und orientierungen, in der es möglich wird, neue gedanken und vorstellungen für den umwälzungsprozeß zu entwickeln. zäsur bedeutet auch die aneignung der geschichte der kämpfe, die anstrengung, die fehler zu begreifen, um sie nicht zu wiederholen und die positiven erfahrungen mitzunehmen.

wir wissen, daß es genosslnnen gibt, die unsere entscheidung vom april widersprüchlich finden, angesichts der zugespitzten situation insgesamt und des zu diesem zeitpunkt eskalierenden krieges gegen das kurdische volk, den der türkische staat mit deutschen waffen und deutschem geld führt.

es ist keine frage, daß wir widerstand gegen die machtpolitik großdeutschlands nach innen und außen für wichtig halten und der jetzt notwendige prozeß kann sicher nicht nur ein diskussionsprozeß sein. aber für uns steht fest, daß wir diesen prozeß heute mit bewaffneten aktionen nicht voranbringen.

für einen neuen aufbruch brauchen wir eine gemeinsame, tiefgreifende und grundlegende diskussion. angesichts der globalen umbrüche, die weltweit zur folge haben, daß die zahl der menschen ständig steigt, die das kapital nicht mehr braucht, und die in dessen logik keine existenzberechtigung mehr haben oder die die erdrückende lebensrealität nicht mehr aushalten, ist doch klar, daß wir dementsprechend ganz neue überlegungen für den umwälzungsprozeß anstellen müssen.

für uns hier stellt sich die frage, wie eine gegenmacht von unten entstehen kann, die eine anziehungskraft für immer mehr menschen hat, die hier in großdeutschland an den rand gedrängt werden und für alle, die die werte des kapitalismus und seine ideologie ablehnen und nach einer neuen gesellschaftlichen realität mit menschlichen kriterien suchen.

die geschichte von jahrzehntelanger zurichtung der menschen fürs kapital hat sie vom sozialen sinn ihres lebens und handelns entfremdet. daraus und aus dem fehlen von real spürbaren alternativen erklären wir uns, warum in den letzten jahren die gewalt gegeneinander, die abstumpfung gegenüber der brutalen realität hier, rassistische und sexistische gewalt stark zugenommen haben. ohne den aufbau von zusammenhängen unter den verschiedensten menschen, die gemeinsam die probleme, mit denen sie tagtäglich konfrontiert sind, in die hand nehmen und für konkrete lösungen kämpfen, ist die voraussetzung in dieser gesellschaft viel näher daran, daß zerstörerische bzw. selbstzerstörerische entwicklungen immer stärker werden und die faschistische mobilisierung sich ausweitet.

das neue zu entwickeln, das soziale unter den menschen herauszukämpfen, ist eine frage an alle, die sich nicht der macht des geldes unterwerfen wollen. wir sehen darin die voraussetzung, daß wir hier den aufbau einer relevanten gesellschaftlichen gegenmacht schaffen können.

das zu schaffen ist aber auch unsere spezielle verantwortung gegenüber allen, die auf der ganzen welt für veränderungen kämpfen und gegenüber allen unterdrückten völkern, denn es ist eine entscheidende frage, ob großdeutschland für seine weltmachtpolitik hier im innern den rücken frei hat, oder ob in dieser gesellschaft ein bewußtsein wächst, das von der solidarität der Völker zueinander ausgeht und der herrschaftspolitik grenzen setzt. wir müssen es schaffen, eine andere gesellschaftliche entwicklung in bewegung zu setzen, in der sich menschen finden, die es wieder als reale perspektive sehen können, daß das kapitalistische system und seine menschenverachtenden werte überwunden werden können. also eine bewegung, die auch heute schon neue inhalte, werte und konkrete veränderungen schafft - denn das sind keine ziele, die bis auf eine zeit "nach der revolution" verschoben werden können.

wir haben mit dem brief vom 10.4. eine ganze lange phase unserer geschichte abgeschlossen. das ist unsere entscheidung, daß wir jetzt diesen prozeß von reflexion und neubestimmung für die entwicklung auf unserer seite wollen - das hat nichts mit dem staat zu tun.

dieser staat hat es 22 jahre versucht, die raf und die gefangenen aus der raf und aus den widerstandskämpfen mit allen mitteln auszulöschen. damit sind sie gescheitert. und das ist unsere ausgangsposition, mit der wir in die neue phase gehen. wenn der staat diesen prozeß niedermachen will, ist es eine frage an alle, wie wir unsere vorstellungen dagegen durchkämpfen - und wir werden uns da nicht aus der verantwortung ziehen.

wir haben gesagt, daß es für uns ein wesentlicher bestandteil in dem jetzt notwendigen aufbau-prozeß ist, die freiheit unserer gefangenen genossInnen zu erkämpfen. wenn wir jetzt davon reden, daß eine politische lösung in der auseinandersetzung für ihre freiheit durchgesetzt werden kann, ist dies ein ergebnis von jahrelangen kämpfen.

die freiheit aller politischer gefangenen in einem absehbaren zeitraum kann nur in einem kampfprozeß durchgesetzt werden.

es muß die sache von allen sein, die ein ende der folter, die die freiheit der gefangenen wollen, in diesem kampf verantwortung und initiative zu übernehmen.

wir wollen eine reale lebensperspektive für unsere gefangenen genossInnen und für die gefangenen aus allen befreiungskämpfen; wir wollen sie für alle und mit allen, die eine menschliche lebensbestimmung für sich und alle unterdrückten und entrechteten überall auf dieser welt erkämpfen wollen.

29.6.92

rote armee fraktion

35. "Mittelweg 36" (Vorstellung der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung)

Rubrik: Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:14

"In Gefahr und größter Not bringt der Mittelweg den Tod", sagt das linke Sprichwort, gleichzeitig Titel eines Films von Alexander Kluge und Edgar Reitz aus dem Jahre 1974. Die HerausgeberInnen der seit April erscheinenden Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, Mittelweg 36, verfolgen erkennbar nicht den angeblich "goldenen Mittelweg" der Anpasser und Opportunisten. Mittelweg 36 ist schlicht eine Hamburger Adresse, eine "gute" sogar, an der Hauptstraße des Nobelviertels Harvestehude-Pöseldorf. Wo bis vor wenigen Jahren die Verwaltung eines Milch von garantiert glücklichen Kühen produzierenden Unternehmens residierte, hat heute das Hamburger Institut für Sozialforschung seinen Sitz. Deren MitarbeiterInnen sind offenbar der Überzeugung, der Standort ihrer Firma sei eine erste Adresse linker Forschungstätigkeit und damit als Aushängeschild und Name ihres Zentralorgans geeignet. Über Geschmack läßt sich streiten - was die einen als peinlich empfinden mögen, ist anderen Ausdruck gesunden Selbstbewußtseins. (Die derzeit amtierenden RedakteurInnen des ak erklären jedenfalls ausdrücklich, daß sie einer Umbenennung dieser Zeitung in "Schulterblatt 58" auf keinen Fall zustimmen werden.)

Nationale Sozialisten, deutsche Opfer

Die zweite Ausgabe des Heftes, die Juni/Juli-Nummer, enthält in der Rubrik "Thema", dem Schwerpunkt, drei Artikel: "Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung" von Wolfgang Kraushaar, "Rudi Dutschke - ‚ein deutscher Sozialist`" von Gretchen Klotz-Dutschke (beide AutorInnen sind MitarbeiterInnen des Instituts) und Moishe Postones Thesen über "Deutsche Opfer-Mythologie".

Der immerhin 32 Seiten umfassende Aufsatz von Kraushaar bietet eine Fülle von nicht nur für Historiker interessanten Fakten über Dutschkes Position zur "deutschen Frage" und zur Wiedervereinigung. Die von Kraushaar gewählte Unterzeile "Zur heimlichen Dialektik von Internationalismus und Nationalismus" verrät bereits einige Sympathie des Chronisten zu Dutschkes Position, auch wenn er sich von dessen bodenlosen Extravaganzen ausdrücklich abgrenzt. Dutschkes Forderung, "das Problem der deutschen Wiedervereinigung als revolutionäres Kettenglied des Angriffs gegen Spätkapitalismus und Revisionismus" zu reflektieren (Tagebuchnotiz vom 10.5.1972), erklärt er für illusionär.

Mit einer Vielzahl von (mehrheitlich haarsträubenden) Zitaten weist Kraushaar nach, "daß die Forderung nach Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands eine durchgängige Grundposition Rudi Dutschkes war". Daß Dutschke für seine Thesen den offenen Beifall des "Nationalrevolutionärs" Henning Eichberg erhielt, ist nicht überraschend. Mit seiner Ablehnung nicht nur der sozialliberalen "Entspannungspolitik", sondern auch der auf Anerkennung der DDR gerichteten Politik der SED begab sich Dutschke in gefährliche Nähe zu schwarz-braunen Gruppierungen wie der revanchistischen "Aktion Widerstand" - trotz seiner verzweifelten Abgrenzungsversuche etwa gegen die national-chauvinistische Agitation der "Carstens-Sau" (gemeint ist der Altnazi und spätere CDU-Bundespräsident Carl Carstens).

Kraushaar, der sowohl Eichbergs Vereinnahmungsversuche als auch die scharfe Dutschke-Kritik von Arno Klönne (Sozialistisches Büro) aus dem Jahre 1978 erwähnt, kommt gleichwohl in seinen Schlußfolgerungen zu einem milden Urteil. Für richtig hält er "Dutschkes unablässiges Insistieren auf der deutschlandpolitischen Dimension jeglicher linker Politik"; ebenso seine "unnachgiebige Kritik an der zu kurz greifenden und letztlich, aufgrund ihrer in dieser Form nicht zu stoppenden Negativdynamik, in ihr Gegenteil umzuschlagen drohenden Entspannungspolitik". Gefährlich findet Kraushaar allerdings "Dutschkes Versuch einer Reaktualisierung der nationalen Frage": "Dutschke hat sich im Zusammenhang seiner Initiativen nicht mit Problemen belastet, deren ungebrochene Aktualität wir heute mit der Affinität des Nationalen mit Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Fremdenhaß und dergleichen mehr erleben."

Der Aufsatz von Gretchen Klotz-Dutschke "Rudi Dutschke - ‚ein deutscher Sozialist`" läßt Dutschkes deutschlandpolitische Thesen noch krasser erscheinen. "Den Identitätsverlust der Deutschen aus der nachfaschistischen Zeit hielt Rudi Dutschke für ein Hemmnis in der internationalen sozialistischen Revolution", schreibt die Autorin und korrigiert Kraushaar in einem nicht unwesentlichen Punkt: "Er wandte - im Gegensatz zu Kraushaars Meinung - sich nur sehr differenziert gegen die NATO. Er hielt sie für gerechtfertigt, solange der

Warschauer Pakt existierte, aber als Ausdruck der Amerikanisierung im Westen und der Russifizierung im Osten, der Teilung der Machtbereiche zwischen USA und SU, waren beide zu bekämpfen." Das geteilte Deutschland unter der Knute fremder Besatzer - der US-Amerikanerin Klotz-Dutschke können für diese eigenwillige Sicht der Dinge vielleicht noch mildernde Umstände zugebilligt werden. Nicht aber für ihre primitive "Analyse" weltweiter Widersprüche: Noch anno 1992 referiert sie zustimmend Dutschkes These vom Kampf der "Supermächte", die seit dem Kalten Krieg "nichts anderes im Sinne hatten, als ihre Machtbereiche aufrechtzuerhalten und keinen Gefallen an irgendwelchen Befreiungen fanden, die den Status quo ins Schwanken bringen konnten. Im Gegenteil unterstützten sie sich gegenseitig, um Befreiungsbewegungen zu unterdrücken." Der ehemalige "KPD-AO"-Vorsitzende und jetzige "taz"-Redakteur Christian Semler, der auf dem Höhepunkt vaterländischer Exzesse seiner Partei Mitte der siebziger Jahre noch sehr viel weiter gegangen war ("Breschnew ist der Hitler von heute"), enthält sich vergleichbarer Tiraden schon seit Jahren.

Wer das Heft von vorn bis hinten durchliest und sich nach den beiden Beiträgen über Dutschke und die "deutsche Frage" Moishe Postones Thesen zur "Deutschen Opfer-Mythologie" vornimmt, findet sich mit Anstößigkeiten ganz anderer Art konfrontiert. (Mir persönlich haben nach dem Gejammer über die verlorene Identität der Deutschen, über "Amerikanisierung" und "Russifizierung" die ersten drei Seiten Postones geradezu körperlich wohlgetan.) "Deutschland ist wieder als Machtfaktor auf der Bühne der Weltpolitik erschienen", schreibt Postone in seiner These 2. "Das Verhältnis Deutschlands zu seiner Vergangenheit" muß seiner Ansicht nach unter dem Blickwinkel betrachtet werden, "inwieweit die Vergangenheit immer noch die Gegenwart mitgestaltet - oft ‚hinter dem Rücken` der Akteure" (These 5). Wichtig für das Verständnis "wesentlicher Aspekte deutscher Nachkriegspolitik" findet Postone die psychoanalytischen Kategorien "Verdrängung" und "Ausagieren". Prozesse des Verdrängens und Ausagierens seien auch für die deutsche Linke charakteristisch. Mit seinem zur Veranschaulichung gewählten Beispiel, der Haltung der deutschen Linken und der Friedensbewegung zum zweiten Golfkrieg, verallgemeinert Postone allerdings in unzulässiger Weise: "Das Ausmaß, in dem man gegen den Krieg opponierte - als politische Haltung gewiß respektabel -, dabei die Bombardierung Bagdads emotional mit der Bombardierung von Hamburg und Dresden gleichsetzte und so ganz persönliche unmittelbare Furcht vor den Bomben zum Ausdruck brachte, weist darauf hin, daß die Identifikation der Linken mit den Opfern sich schließlich und endlich mit der neukonservativen Tendenz deckte, die Deutschen als Opfer zu sehen". (These 26) Zwar hat die Erinnerung an Dresden und Hamburg in der Bewegung gegen den Golfkrieg eine Rolle gespielt, aber eben nur bei Teilen dieser Bewegung. Gegen die von Postone der Friedensbewegung unterstellte Tendenz, Westdeutschland als "schwaches, kolonisiertes Land" zu sehen, hat nicht nur der ak konsequent angeschrieben. Ob der zweifellos existierende platte, auf falscher Analyse der weltweiten Kräfteverhältnisse beruhende "Antiamerikanismus" aber als Sehnsucht nach der "Volksgemeinschaft" denunziert werden muß, wäre erst noch zu untersuchen. Für Postone ist der Fall klar: "Die Friedensbewegung ist im Begriff, Herold eines neuen Nationalgefühls zu werden". (These 28)

Seine eigene Position zum Golfkrieg deutet Postone dagegen nur vage an. Zwar nennt er die Opposition gegen den Krieg "respektabel", beklagt aber gleichzeitig, "daß während des Krieges zwei früher zusammenhängende Losungen voneinander getrennt und verabsolutiert worden sind: ‚Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus`" (These 26). Mit der Interpretation dieses Satzes läßt Postone seine LeserInnen allein: Hat die Friedensbewegung die Losung "Nie wieder Faschismus" fallengelassen, um die "Wiederversöhnung mit der eigenen Nation" zu ermöglichen; oder hätte "Nie wieder Faschismus", angewandt auf den Golfkrieg, bedeuten müssen, den internationalen Feldzug gegen Saddam Hussein, "Hitlers Wiedergänger" (Enzensberger), zu unterstützen?

Meinungspluralismus oder Beliebigkeit?

Wer seinem Publikum so provozierende Beiträge zumutet wie die von Kraushaar, Klotz-Dutschke und Postone, müßte zumindest den Abdruck von Kritiken und Gegenpositionen ermöglichen. Ein linkes Debattenorgan will Mittelweg 36 aber offensichtlich nicht sein. Denjenigen, die sich über Klotz-Dutschke geärgert und an Postone erfreut haben (oder umgekehrt), wird bislang nicht einmal die Veröffentlichung von LeserInnenbriefen zugestanden. Bei allzu sprunghaftem Themen- und Positionswechsel - "Hauptsache provozierend" - dürften die neugewonnenen LeserInnen schnell die Lust verlieren.

Lohnend könnte die Lektüre des "Bulletin 1995" werden. "Der Rückblick auf das Zwanzigste Jahrhundert soll dazu beitragen aufzuklären, mit welchem Erbe beladen wir in das Einundzwanzigste gehen", schreiben Bernd Greiner, Wolfgang Kraushaar und Jan Philipp Reemtsma zur Begründung dieses Projekts. Drei Komplexe

sollen zunächst im Mittelpunkt stehen: "die deutschen Kriege und zivilen Massenmorde, vor allem die Shoa/ 1917 und was folgte/ Hiroshima und Nagasaki".

Die jeweils ans Ende des Heftes gesetzte Rubrik "Aus der Protestchronik der Bundesrepublik" erinnert an Ereignisse lange vor 1968. Den Anfang macht im ersten Heft ein Bericht über den Protest Hamburger Studenten gegen den Fortfall verbilligter Hochbahnmonatskarten im Mai 1951, der zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei führte. Im Juni/Juli-Heft wird auf eine Straßenschlacht vor dem Westberliner Theater am Kurfürstendamm im Dezember 1950 zurückgeblickt. Der Protest der Jüdischen Gemeinde gegen ein Gastspiel des Wiener Schauspielers Werner Krauss, einem der Hauptdarsteller in dem Nazi-Hetzfilm "Jud Süß", war von StudentInnen aufgegriffen worden. Nach Wasserwerfer- und Knüppeleinsatz, bei dem fünf DemonstrantInnen krankenhausreif geprügelt worden waren, endete der Protest mit einem Erfolg: das Gastspiel von Werner Krauss wurde abgebrochen.

Js.

Mittelweg 36 - Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Erscheint zweimonatlich zum Preis von 18 DM.

36. Zur Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945 (Rezension)

Buchbesprechung:

Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:21

Kaum zu glauben, aber wahr: Noch Anfang Juli 92 vertrat der Nordrhein-westfälische Minister der Staatskanzlei, Wolfgang Clement (SPD), die Ansicht, daß für die betroffenen 1.400 Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien in NRW nur noch die Wahl bestünde zwischen der Abschiebung ins ehemalige Jugoslawien und der "freiwilligen" Rückkehr in das vor zwei Jahren als "Musterprojekt" eingerichtete Roma-Ghetto nach Skopje (in Makedonien).

Noch eine Woche zuvor hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Reuschenbach und Vernhard Erkelenz vom Rom-Verein über das völlige Scheitern dieses "Musterprojekts" berichtet.

Die bisher "freiwillig" dorthin gegangenen 240 Roma aus Nordrhein-Westfalen seien von anderen Familien dort völlig isoliert, die angebotenen Umschulungskurse greifen nicht, 80% der Roma sei arbeitslos.

Die Äußerung des Ministers der Staatskanzlei, Clement, stehen in merkwürdigem Gegensatz zu der Zusicherung des NRW-Ministerpräsidenten Rau, der sich im September 1991 nicht vorstellen konnte, daß irgendein Opfer des NS-Regimes aus NRW abgeschoben werden könne. Nun - derartige Zusagen kosten nichts, wenn den Betroffenen ihr Opferstatus nicht zuerkannt wird.

Anläßlich der Äußerung Raus beschloß der Verein Rom e.V. in Köln die Herausgabe einer Studie, die die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien dokumentieren sollte. Sie ist nun unter dem Titel: "... einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst." - Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941 - 1945 erschienen.

Tatsächlich ist dieses Buch die wohl erste Veröffentlichung, die systematisch versucht, die Verfolgung der Roma im 2. Weltkrieg durch die Faschisten und ihre Helfer zu dokumentieren. Andere Veröffentlichungen nennen zumeist nur summarisch die Anzahl der vermuteten Opfer (zwischen 40.000 und 120.000 Roma im faschistischen Kroatien, bis zu 120.000 allein im Militärbezirk Serbien). Die Gesamtzahl der Opfer wird von niemand angegeben; selbst die Zahl der in Jugoslawien damals oder heute lebenden Roma ist alles andere als klar. Für die Zeit von 1930 werden zwischen 190.000 Roma in Jugoslawien und allein 300.000 in Serbien angegeben. Bei der Volkszählung von 1981 bekannten sich etwa 170.000 Staatsbürger in Jugoslawien als Roma, geschätzt sollen es etwa 1 Million sein (die sich als Jugoslawen oder Moslem registrieren ließen).

Das Buch gliedert sich in 3 Hauptteile, denen ein umfangreicher Dokumententeil folgt. Im ersten Teil wird die Verfolgung der Roma in den verschiedenen Teilen des besetzten Jugoslawiens nachgezeichnet (insbesondere im Ustascha-Kroatien und in Serbien), wobei in Kroatien vor allem die unbeschreiblichen Greuel im KZ und Vernichtungslager Jasenovac im Vordergrund stehen. Tatsächlich galten in Kroatien wie in dem von der deutschen Wehrmacht besetzten Serbien in etwa dieselben "Rassegesetze" wie im nationalsozialistischen Reich - Juden und Zigeuner galten als minderwertig, wobei in der Propaganda der Ustascha-Faschisten immer noch die Serben in einem Atemzug mitgenannt wurden. In großen und kleinen "Aktionen" wurden Juden und Roma verschleppt, oft in barbarischen Massakern ermordet, in Lager eingeliefert, durch Arbeit "vernichtet", nach Auschwitz oder Mauthausen deportiert.

Etwas besser als in Kroatien oder Serbien erging es den Roma in Bosnien, im Kosovo oder in Makedonien, wo sie durch Übertritt zum Islam oftmals der Verfolgung entgehen konnten. Obwohl auch hier etliche Familien ermordet und deportiert wurden, konnten die ab Ende 1943 beabsichtigten großen Aktionen der Nazis infolge des Vordringens der Alliierten und der Erfolge der Partisanen nicht mehr durchgeführt werden. Auch an der Partisanenbewegung hatten Roma ihren Anteil - das Buch nennt Namen, die auch in Titos Jugoslawien für ihren Einsatz ausgezeichnet wurden, und nennt Aktionen von Roma-Partisanen.

Das Buch beansprucht nicht, einen vollständigen Überblick über das Ausmaß der Verfolgung der Roma zu geben - dazu wäre eine intensive Aufarbeitung verschiedener Archive und anderer Quellen nötig. Doch allein

das hier vorgelegte Material macht glaubhaft, daß wohl keine Roma-Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien nicht von faschistischen Verbrechen betroffen war.

Dies wird vor allem im zweiten Teil des Buches, den Berichten von Augenzeugen, deutlich. "Oral history" - erzählte Geschichtsschreibung ist vielleicht für dieses Kapitel faschistischer Verbrechen die einzig mögliche Form der Dokumentation, und die hier vorgelegten Interviews von vorwiegend in NRW lebenden Roma entlarven die Scheinheiligkeit deutscher Behörden in ihrem Verhalten gegenüber den Roma, denen - anders als bei anderen Opfergruppen - ihr Status als Opfer nationalsozialistischer Gewalttaten nicht zuerkannt wird.

Der dritte Teil des Buches faßt die Geschichte Jugoslawiens im 2. Weltkrieg kurz zusammen - eine durchaus nützliche Hilfe für den Leser, der ja nicht in jedem Fall ein kompetentes Geschichtsbuch zur Hand hat.

Für alle, die sich für das Schicksal der Roma in der BRD interessieren, die sich mit der Forderung nach dem Bleiberecht auseinandersetzen etc. ein nützliches Buch. Mit seinem Thema - Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien - versucht es, eine Lücke zu schließen, wobei viele weitere Lücken immer deutlicher zutage treten: Die Geschichte der Verfolgung der Roma und Sinti in den übrigen Ländern unter faschistischer Herrschaft ist mit Ausnahme des Standardwerks von Kenrich, Donald/Grattan Puxon (1972) weitgehend unerforscht.

ES./Hamburg

Das Buch ist zu beziehen bei:

Rom e.V. Köln

Bobstraße 6-8

5000 Köln 1

Es kostet 10 DM plus Porto und hat einen Umfang von 140 Seiten.

37. Verfassungschutz ist und bleibt unteilbar. Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder

Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

Rubrik: Geheimdienste · CD-Datei: daten/aksuche/ak345/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:43

Die Message kam an: Ein Wunderheiler hat sich mit dem rechten Auge des Verfassungsschutzes beschäftigt und - hat es sehend gemacht.

Bis auf wenige Zeitungen berichteten alle Medien brav über die neue Wertung, die der Rechtsextremismus und Neofaschismus in Seiters neuem Verfassungsschutzbericht erfahren haben soll. Perfekt memoriert wurden die von Seiters präsentierten Schlüsselzahlen: Mehr als verfünffacht habe sich die Zahl der Anschläge, Sachbeschädigungen und Körperverletzungen durch Rechtsextremisten 1991 im Vergleich zum Vorjahr. Erstmals, stellt die FAZ fest, begingen im vergangenen Jahr Rechtsextremisten mehr politisch motivierte Gewalttaten als Linksextremisten (14.8.). Und auch die FR, die mit dem Bericht ansonsten kritisch umgeht, notiert, daß die Verfassungsschützer erstmals mehr Rechtsextremisten als Linksextremisten erfaßt habe.

Die FAZ karikiert das ganze Zahlenspiel damit, daß sie für den Fall der Einbeziehung der PDS in die Beobachtung feststellt, daß dann die Zahlen der Linksextremisten so weit hoch schnellten, daß sie ein Mehrfaches derer von rechts ausmachten, "was wiederum ein verkehrtes Bild ergäbe" (14.8.). Der Tenor ist also eindeutig: Gefahr endlich und "erstmals" erkannt und schon fast gebannt.

Der Bericht täuscht eine neue Analyse durch Zahlenjongliererei und Begriffsgeklimper jedoch nur vor und wird z.B. in Bezug auf die Gesamtzahl der Gewalttaten (1438) schon vom BKA überboten, das 2368 Straftaten gegen AsylbewerberInnen oder andere ausländische BürgerInnen ermittelt hat. Jede aktive antifaschistische Initiative dürfte nach einiger Recherchenarbeit noch einiges drauflegen können... Die Situation und die alltägliche Gefährdung von Leib und Leben der AusländerInnen und der AntifaschistInnen hierzulande ist also erheblich dramatischer als Seiters sie darstellen läßt. Schon im Vorfeld aussortiert werden Fälle von "konkurrierenden Jugendbanden", von Schlägereien bei denen Polizei und Staatsanwaltschaften keinen politischen Hintergrund erkennen wollen und die häufigen Fälle, bei denen eine rassistische Motivation kategorisch bestritten wird.

Zu dem ganzen Zahlenmaterial und seiner Verarbeitung in den Medien sollte mensch die Haltung einnehmen: wenn schon der Verfassungsschutzbericht von alarmierender Zunahme rechtsextremer Gewalt und wachsender Brutalität redet - wie schlimm muß dann erst die Realität sein.

Präsentiert werden nicht nur geschönte Zahlen. Auch die Pose des Mahners, der vom Ausmaß der Gewalt erschüttert ist, steht Seiters so wenig zu, daß es auch den Journalisten hätte auffallen müssen. Nur mühsam sind vom Innenministerium beispielsweise Fragen nach aktuellen Gewalt- und Straftaten zu erhalten. Anstatt in der laufenden politischen Information zu "dramatisieren", d.h. die Entwicklung einigermaßen realistisch darzustellen, wird auch dort gemauert und beschönigt. Und die stolze Behauptung im neuen VS-Bericht, daß Ende des Jahres '91 die Gewalttaten etwas zurückgegangen sind und "dies u.a. zurückzuführen sein dürfte auf die polizeilichen Schutzmaßnahmen, das entschlossene Durchgreifen der Sicherheitsorgane und eine konsequente und zeitnahe Ahndung der Taten", ist eine reine Nullaussage. Für das erste Halbjahr '92 muß selbst Seiters ungebrochene gewalttätige Aktivitäten feststellen. Seine geschönten Zahlen lassen aber den dahinter steckenden alltäglichen Terror und die Kriminalisierung des Widerstandes dagegen auch nicht ansatzweise erahnen.

Dies vorausgesetzt, bieten Bericht und offizielle Kommentare einige interessante Einblicke in die aktuelle "Schwerpunktverlagerung"(Seiters) der Arbeit des Verfassungsschutzes.

Es sei "Ziel und Aufgabe" des Berichtes, schreibt Seiters zu der Vorlage, "für 1991 einen Einblick und Überblick über wesentliche Entwicklungen, Zusammenhänge und Organisationen in den Bereichen Extremismus, Terrorismus und Spionage zu geben. Er ist Orientierungshilfe auch für die politische Auseinandersetzung mit dem Extremismus (...) Er ist weder statistisches Jahrbuch noch Tätigkeits- oder

Rechenschaftsbericht. Nur eine Auswahl der knapp 300 extremistischen Organisationen und einige exemplarische Spionagefälle können beispielhaft beschrieben oder erwähnt werden".

Die "Orientierungshilfe" des VS-Berichts

Ein kleiner Fortschritt ist vielleicht darin zu sehen, daß der VS-Bericht erstmals den Begriff der "vermuteten rechtsextremistischen Motivation" verwendet; "damit werden auch die Gewalttaten, deren rechtsextremistische Motivation aufgrund von Anhaltspunkten oder Erfahrungen mindestens naheliegt, in der Übersicht erfaßt" ("Rechtsextremistische Bestrebungen", S. 82). Neofaschistische Täter müssen also nicht mehr unbedingt das FAP-Programm oder die letzte Ausgabe des NSDAP-AO-Kampfrufs in der Tasche haben, um sich "rechtsextremistischer Motivation" verdächtig zu machen. In gewisser Weise wird damit dem spontanen Neofaschismus Rechnung getragen, wie er sich in den Umfeldern der Skins, in lokalen und regionalen Szenen entwickelt hat. Es ist ein Zugeständnis an die Tatsache, daß es längst nicht mehr genügt, die Mitgliederzahlen der Organisationen zu addieren, um auch nur annähernd das Niveau der laufenden Medienberichterstattung zu erreichen. Damit hat dieser Verfassungsschutzbericht "erstmals" die Kriterien auf die Neofaschisten angewendet, die für Aktionen der Linken unausgesprochen schon immer gelten. Die Kunst besteht allerdings darin, diese Kriterien dann praktisch ganz unterschiedlich zu handhaben.

Wesentlicher Kern der "Orientierungshilfe" des VS-Berichts ist in diesem Zusammenhang folgendes:

"Eine Steuerung der fremdenfeindlichen Anschläge der örtlichen bzw. stadtteilbezogenen Skinheadzusammenschlüsse sowie sonstiger neonationalsozialistischer Gewaltkader durch überregionale Zirkel ist bei keinem der Vorfälle des Jahres 1991 bisher erkennbar" (Rechtsextremistische Bestrebungen, S. 5). In der Pressemitteilung zur Veröffentlichung des Berichtes heißt es noch weitergehend: "Die Anschläge sind keine zentral gesteuerten Aktionen, sondern gefährliche Nachahmertaten, spontan oder nur ganz kurzfristig geplant."

Hier wird das Zerrbild eines neofaschistischen Zentralkomitees oder eine Art operative Gesamtleitung unterstellt und "widerlegt", um die Tatsache von durchaus vorhandenen regionalen und überregionalen Strukturen, die auch solche Aktionen steuern, deren Kader darin verwickelt sind oder die dort einzugreifen versuchen. (Für die Jahre 1989 - 1991 ist dies detailliert belegt, z.B. in dem Buch "Drahtzieher im braunen Netz").

Auch der VS-Bericht '91 - wie alle seine Vorgänger - zerreißt den Zusammenhang zwischen neofaschistischen Organisationen und dem Anwachsen spontaner Aktionen und einer Verbreiterung neofaschistischer Ideologie. Die Aufdeckung des Zusammenhangs zwischen rechtsextremistischen/neofaschistischen Zeitungen, Organisationen und der Verbreitung der spontanen Massenbasis rassistischer Ideen beispielsweise und die Bereitschaft, letztere auch in Aktionen umzusetzen - das könnte Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung sein. Der Bericht und Seiters Mitteilungen verfolgen jedoch ganz andere Ziele:

"Die Ausländerproblematik, insbesondere die zunehmende Zahl von Asylbewerbern, war 1991 das beherrschende Agitationsfeld der Rechtsextremisten. Die Verschärfung der Asylfrage führte zu einer Welle von über 300 Brand- und Sprengstoffanschlägen gegen Asylbewerber und von rund 900 Gewalttaten gegen Ausländer." (REB, S.4).

Die Wahlerfolge der DVU und der REPS werden in der Pressemitteilung so kommentiert: "Bei den Wahlen wirkte sich aus, daß insbesondere die Ausländerproblematik in bestimmten Bevölkerungskreisen Stimmungslagen geschaffen hat, die von Agitatoren bedenkenlos ausgenutzt werden."

Die "Süddeutsche Zeitung" meint in einem Kommentar dazu, "noch (sei) Schönhuber nicht bayerischer Staatssekretär - nicht wenige der CSU-Erklärungen klingen aber schon so ähnlich." (14.8.92) Und das zielt genau auf den Zusammenhang vom Anstieg der "spontanen" Gewalttaten, rechtsradikalen Wahlerfolgen und der Politik der etablierten Parteien. Selbst den Zahlenspiegeln des VS-Berichts ist das zeitliche Zusammenfallen von Regierungspropaganda gegen AsylbewerberInnen, Anstieg der Gewalttaten und rechten Wahlerfolgen zu entnehmen. Die "Süddeutsche Zeitung" bescheinigt Seiters bei seinen Äußerungen zur Asylpolitik einen "ruhigen Ton" und erhofft sich davon schon einen Fortschritt.

Seiters VS-Bericht ist jedoch die Fortsetzung der bisherigen Politik - vielleicht in ruhigem Ton, aber mit derselben Konsequenz. "Wir (d.h. Regierung und Koalitionsparteien, d.A.) waren aufgefordert, unsere Position

sehr deutlich zu beschreiben und das hieß Änderung des Grundgesetzes und Abstellen des Mißbrauchs des Asylrechts." (SZ 14.8.) Und weil das Thema Nr. 1 für die Bevölkerung gewesen sei, habe man es auch aus den Wahlkämpfen nicht heraushalten können.

Der VS-Bericht mit seiner verbalen Betonung der dramatischen Entwicklung im neofaschistischen Lager dient ausschließlich der "sachlichen" Unterfütterung der schon immer vertretenen Position, daß die Flüchtlinge und AsylbewerberInnen als Verkörperung der "ungelösten Asylproblematik" die eigentliche Ursache des anwachsenden Neofaschismus sind.

Die Kunst des Weglassens

Komplett ausgeblendet ist die ganze sog. Neue Rechte und ihre Organe wie "Junge Freiheit", "Wir Selbst", "Zeitenwende", "Criticon", "Europa Vorn"; die Formen der Zusammenarbeit zwischen Konservativen und Neofaschisten werden überhaupt nicht beleuchtet, die Bündnisse des Konservatismus und Neofaschismus in sog. Denkfabriken und Organisationen wie den Vertriebenenverbänden verschwiegen.

Vielleicht ist es ja wirklich zuviel verlangt vom Innenminister dieser Regierung, alle diese Organisationen und Medien unter dem Stichwort "Rechtsextremistische Bestrebungen" zu behandeln; immerhin fordert Staatssekretär Riedl, den "Münchner Süden zur asylantenfreien Zone" zu machen und Staatssekretär Lintner gab in der "Jungen Freiheit" ein Interview, und sein Kollege Waffenschmidt bekleidet neben Rechtsextremisten führende Positionen im "Verein für das Deutschtum im Ausland" ...

Möglich wäre aber immerhin im Sinne einer Ursachenforschung, wenigstens auf die Gefahr der öffentlichen Behandlung wichtiger politischer Themen hinzuweisen. Gerade das letzte Jahr mit seinem sprunghaften Anstieg neofaschistischer Gewalt böte dazu reichlich Gelegenheit.

Neben Orientierungshilfen im genannten Sinne, hat der Bericht und seine "aktuelle Schwerpunktsetzung noch eine zusätzliche Funktion. Die Überschrift von Seiters Pressemitteilung deutet daraufhin. "Verfassungsschutz ist und bleibt unverzichtbar" und zwar, wie es gleich im ersten Abschnitt heißt, angeblich "aufgrund der Lehren, die wir aus der Weimarer Zeit zu ziehen haben". Der Wahrheit kommt man vermutlich näher, wenn man die teilweise heftige Kritik an Sinn und Zweck des Verfassungsschutzes in den letzten Monaten mit heranzieht. Lauter als je zuvor kamen die Forderungen nach einer drastischen Einschränkung oder gar Abschaffung aus verschiedenen politischen Lagern. Die neue Schwerpunktsetzung "Rechtsextremismus", die von den Medien weitestgehend gehorsamst als Prüfergebnis aufgegriffen worden ist und die völlig hahnebüchene Darstellung der Linken, dienen also auch der Imagepflege und der Arbeitsplatzerhaltung.

Ulla Jelpke, Albrecht Maurer, Helmut Schröder

Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein

Im Unterschied zum Bundesinnenministerium, das sich Jahr für Jahr den Anschein geben muß, die Öffentlichkeit über die Bedrohung der Verfassung zu orientieren und aufzuklären, hat Schleswig-Holstein einen radikalen und originellen Ausweg aus dieser Misere gefunden.

Dort, wo gerade die DVU locker in den Landtag eingezogen ist, ist das "Innenministerium schon seit mehreren Jahren von der Praxis abgewichen (...), im Zwei-Jahres-Rhythmus Verfassungsschutzberichte herauszugeben. Der Innenminister informiert vielmehr in unregelmäßigen Abständen die Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen der Verfassungslage im Rahmen von Pressekonferenzen. Die aus diesem Anlaß herausgegebenen Pressemitteilungen werden dann auch an interessierte Bürgerinnen und Bürger verschickt.

In diesem Jahr hat es noch keine Pressekonferenz dieser Art gegeben." (Brief an die PDS/LL im Bundestag)

38. LeserInnenbriefe

CD-Datei: daten/aksuche/ak345/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:39

Rezensionen einer Scheidung

Betr.: Kommunistischer Selbsthaß

Eigentlicher Anlaß dieses kleinen Briefchens ist das Wort "Zischtigsclub", das dem Buchrezensenten ES von "Schweiz wir kommen" (ak 344) bekennenderweise Kopfzerbrechen bereitete.

Aber wenn ich schon dran bin, dem ak zu schreiben, dann möchte ich es nicht verpassen, euch für das Zeitungsprodukt zu danken, das ich stets mit Aufmerksamkeit lese. Allerdings ist die von alpenluftiger Höhe betrachtete Streiterei um Mehrheit/Gruppe K wirklich das Paradebeispiel von Automutilation. Haßt ihr euch eigentlich so sehr selber, daß es euch knapp vierzig Leuten nicht gelingt, zusammenzubleiben? Habt ihr das Gefühl, eure inhaltlichen Auseinandersetzungen mit Trennung lösen zu können? Die Auseinandersetzungen sind zum Teil so haarsträubend kleinlich, daß einem unweigerlich deutlich wird, was "kleinbürgerlich" empirisch heißen könnte. Sei`s drum. Es geht einem wirklich an die Nieren, diese Selbstzerfleischung, die zwar von allen Seiten bedauert, genauso aber von beiden allem Widersinn trotzend munter weitergeführt wird. Manchmal denke ich, daß die Parole "Primat der Praxis" hier besser nicht zur Anwendung kommen sollte.

Jetzt noch zum Worträtsel: "Zischtigsclub" heißt "Dienstagsclub", eine TV-Gesprächssendung, ähnlich dem "Club" des ORF. Zum Buch von Frischknecht, das in der Grundstimmung sehr positiv rezensiert wurde, möchte ich noch sagen, daß die theoretischen Bemühungen des Autors, sein empirisches Material zu verarbeiten, weit hinter dem Grad seiner journalistischen Akribie zurückbleibt. Das ist sein Mangel.

Mit freundlichen Grüßen eines Genossen

Frank Margulies, Partei der Arbeit, Fribourg (Schweiz)

Betr.: Loyalität

Liebe Genossinnen und Genossen von Redaktion und Vertrieb,

angesichts der real eingetretenen Situation (Herausgeber etc.) der Zeitung fühlen wir uns als bisheriges Vertriebskollektiv nicht mehr loyal zur Zeitung. Deshalb kündigen wir mit sofortiger Wirkung unser Sammel-Abo von 30 ak`s. Den bisherigen Käuferinnen und Käufern werden wir nahelegen, den Nachfolge-ak zu abonnieren, wir werden es auch selbst machen. Wir sind der Meinung, daß der Nachfolge-ak weiterhin eine gute und lesbare Zeitung sein wird. Natürlich schmerzt es, wenn nach 16 Jahren unsere Bezugsadresse verschwindet, als "ewige Zentristen" hätten wir andere Wege bevorzugt.

Wir danken der Redaktion und auch besonders dem Vertrieb für seine aufopferungsvolle Arbeit und wünschen dem Nachfolge-ak viel Pluralität (ohne Ausgrenzung der radikalen Linken) und einen guten Start.

Rot Front!

Gruppe K, Köln

Betr.: Bewährungsfrist für den ak

Genossinnen und Genossen,

seit 1974 bin ich Abonnent der KB-Zeitung Arbeiterkampf. In den frühen 70er Jahren kam ich durch verschiedene politische Zusammenhänge (Betriebsarbeit, Aktionseinheitverhandlungen etc.) in Kontakt zum KB in Frankfurt und damit zum AK. In all den Jahren war mir der AK ein liebgewordener Begleiter, obwohl ich manche Position (vor allem euren früheren Stalinismus) nicht teilen konnte und wollte. Auch habe ich mehrmals für den AK gespendet. - Das soll nun alles vorbei sein?

Trauer und Ärger bleibt in mir zurück, wenn ich eure unsäglichen Auseinandersetzungen vor mir Revue passieren lasse. Dieser offenkundige Haß aufeinander, diese Selbstzerfleischung, diese Lust am Untergang - und das in diesen Zeiten, da der gesamten Linken das Wasser bis zum Halse steht! Wahrscheinlich waren es nicht zuletzt auch persönliche Animositäten, die sich hochgeschaukelt haben. Jedenfalls gibt es für mich kein

Argument, das ein Ende des KB und damit des AK gerechtfertigt hätte. Notfalls halt Linkspluralismus unter einem Dach. Das ist für euch alle beschämend, sonst nichts!

Der neue ak ist für mich eine neue Zeitung, ein Torso, den einen Arm habt ihr ihm abgeschlagen! Mit Bauchschmerzen werde ich es noch einmal mit einem Abo bis Ende 1992 versuchen. Ich werde kritischer lesen denn je. Vielleicht war`s das dann.

H.-P. K., Offenbach

Jugoslawien

Betr.: Jugoslawische Lösung (ak 344, S. 27 f.)

Der neuerliche Jugoslawien-Artikel von Kt. zeichnet sich durch einen überheblichen und z.T. sehr polemischen Stil aus. Die Art und Weise, mit der die Debatten zwischen Gruppe K und Ex-KB- Mehrheit geführt werden, erinnert doch stark an die politischen Grabenkämpfe der verschiedenen K-Splittergrüppchen in den 70er Jahren. Daß dieser Politikstil 1992 immer noch fortgeführt wird, ist lächerlich und traurig zugleich. Ich möchte im Folgenden nochmal in die Jugoslawien-Debatte eingreifen, da ich aus der Reaktion auf meine bisherigen Beiträge (1) entnehme, daß ich offenbar mißverstanden wurde. Es ging mir nicht darum, für die Position der Gruppe K Partei zu ergreifen. Vielmehr wollte ich aufzeigen, wie sich die anscheinend unversöhnlichen Positionen der beiden Ex-KB-Fraktionen auf einer metatheoretischen Ebene gleichen. Deshalb der ausführliche ideologiekritische Artikel von mir, der dieses gemeinsame Politikverständnis bloßstellen sollte. Es ist nicht nötig, dies in aller Ausführlichkeit zu wiederholen. Ich werde mich im Folgenden auf einige Randbemerkungen zu dem genannten Artikel von Kt. beschränken.

1. Ein Fehler, der sich beharrlich in Kt.s Artikeln (und der Jugoslawien-Debatte im ak) hält, ist die Vorgehensweise, auf der Ebene politischer Entscheidungen Erklärungen für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu suchen. Dieser Politizismus erleichtert das Auffinden "eigener" eindeutiger Positionen, da komplexe Entwicklungen auf das Handeln einzelner Personen oder politischer Gruppierungen reduziert werden und so "Verantwortliche" und "Schuldige" ausfindig gemacht werden können. Kt. schreibt: "Ausgelöst wurde die jugoslawische Krise dadurch, daß die Führung in der serbischen KP 1987/88 von der Gruppe um Milosevic übernommen wurde (...)." Einfach und griffig sind solche "Erklärungen", aber genauso willkürlich. Die Gruppe K findet ebenso plausible Begründungen, die Tudjman-Regierung in Kroatien oder den "deutschen Imperialismus" als Verursacher auszumachen. Wesentlich präziser sind da schon die hunderttausend BewohnerInnen Sarajevos, die kurz vor der Eskalation der Kämpfe in der Stadt gegen Nationalismus demonstrierten und dabei sämtliche nationalistischen Abgeordneten kurzerhand aus dem Parlament warfen. (2)

2. Der Politizismus zeigt sich weiterhin in Kt.s Griff in die militär- und politikwissenschaftliche Mottenkiste der 50er Jahre, aus der als Erklärungsmoment für den Krieg eine durch die "Gruppe um Milosevic" zerstörte "Balance der Kräfte" hervorgeholt wird. Anstatt sich solch verschleiernder Begriffe wie "Gruppen" oder "Kräfte" (3) zu bedienen, sollte mensch besser eine konkrete Klassenanalyse betreiben, mit deren Hilfe feststellbar ist, welche spezifischen Interessen der verschiedenen nationalen hegemonialen Blöcke Jugoslawiens aufeinanderprallen. (4) Daran kann mensch dann, zumindest schemenhaft, die hinter der politischen Bühne stattfindenden Entwicklungsprozesse allmählich dechiffrieren. Zu handfesten und griffigen Erklärungen und politischen Positionen wird mensch damit zwar nicht kommen, aber die eigene Analyse wird dadurch etwas genauer. (5)

3. Sehr richtig finde ich die Aufforderung Kt.s "an uns als Linke" das Scheitern des sozialistischen Jugoslawiens und des "real existierenden Sozialismus" insgesamt mit internen Ursachen zu begründen und dazu Analysen zu erstellen. Allerdings sollte dann nicht wie gehabt die politische Bühne abgesucht, sondern etwas tiefer geblickt werden. Dort wird mensch erkennen, wie über die Zirkulationssphäre (Weltmarkt) transportierte "Produktivitäts"- und andere kapitalistische Sachzwänge einen dialektischen Kampf, der nicht von Personen oder Fraktionen, und schon gar nicht mit Waffen oder Intrigen geführt wurde, innerhalb der sozialistischen Staaten bestimmten, der mit der welthistorischen Niederlage des "real existierenden Sozialismus" von 1989 ff. sein für alle sichtbares Ende fand. (6)

Kurt, Westberlin

Anmerkungen

1) S. ak 338, S. 9 f. und ak 340, S. 16 ff.

2) Die Demonstration wurde kurz darauf von Heckenschützen gewaltsam beendet; es gab zahlreiche Tote.

3) Die Verwendung dieser Begriffe führte dazu, daß Kt. häufig nicht zwischen den herrschenden nationalen Klassen und Bevölkerungen unterscheidet. Hinter Formulierungen wie: "die Serben (sind) die größte Einzelnation mit dem größten Einzelterritorium" gehen die konkreten politischen Interessen der hegemonialen Blöcke verloren. Deshalb kann Kt. nicht unterscheiden zwischen der serbischen Staatsklasse, die das Jugoslawien der Jahre 1918-41 dominierte, und der Masse der kleinbäuerlichen Bevölkerung, die wie in den Jahrhunderten vorher ihren "internationalistischen" Alltag auf lokaler Ebene, wo nicht nach ethnischer Zugeörigkeit gefragt wurde, lebte. Sie bildete die Grundlage des jugoslawischen Internationalismus nach 1945.

4) S. dazu meinen Artikel im ak 340.

5) Wenn Kt. kritisiert, ich spräche nur über "das wirtschaftliche Gefälle zwischen den jugoslawischen Landesteilen" und blendete "die Entwicklung der nationalen Widersprüche (...) nahezu völlig aus", so gibt er nur das Mainstream- Verständnis bürgerlicher Wissenschaft weiter, die "Politik" und "Wirtschaft" als unterschiedliche und voneinander getrennte Realitäten ansieht. Das, was Kt. verkürzt als "wirtschaftliches Gefälle" bezeichnet, genau das ist doch der Inhalt und der harte Kern der "nationalen Widersprüche". Eine Trennung zwischen beiden findet nur im notwendig falschen, bürgerlichen Bewußtsein statt.

6) Ich habe versucht, genau dies anhand des jugoslawischen Selbstverwaltungs-Sozialismus aufzuzeigen, s. ak 340.

P.S.: Einen gerade für die Ex-KB-DebattantInnen sehr empfehlenswerten Artikel gibt es in der Berliner Stadtzeitung "zitty" 16/1992, S. 34 f.: "Explosion der Unterschiede" von Bojana Pejic.

Offener Brief an die ehemalige KB-Mehrheit und die Gruppe K

Etwas entnervt verfolgen wir im ak das Ende desselben. Als ewige "Zentristen" wollen wir uns dazu in der Tradition der Kölner Linie noch einmal äußern:

1. An die Mehrheitsfraktion: Liebe GenossInnen! Es ist schlichtweg ein Witz zu behaupten, "daß das alte KB-Vermögen zu gleichen Teilen aufgeteilt wurde". Ohne die Finanzinterna in Hamburg genau zu kennen, liegt es doch auf der Hand, daß die Fraktion, die Eigentumstitel an den Sachwerten (Verlag) in einer Auseinandersetzung um eine Zeitung hält, machtpolitisch besser dasteht. Um das nachvollziehen zu können, muß frau nicht mal Marx gelesen zu haben, dazu reicht Gutenberg (Betriebswirt). Mögen also bei der "Gütertrennung" alle Buchhalternasen noch so korrekt gezogen worden sein, politisch ist dieser Satz so popelig, um es nicht wie gewohnt "demagogisch" zu nennen.

2. An unsere Fraktion, die Gruppe K: Liebe, liebe GenossInnen! Und wenn es zehn Mal in der Vereinbarung zum Dach-ak gestanden hätte, was macht es jetzt für einen politischen Sinn, der Mehrheit die Weiterführung des Titels "ak" untersagen zu wollen? Ihr argumentiert, das sei Etikettenschwindel, weil ihr zu Recht vermutet, daß die Zeitung in Zukunft ihr politisches Antlitz verändern wird, wenn die Gruppe K nicht mehr mitarbeitet. Aber was soll`s, dieser "Etikettenschwindel" hat doch Tradition bei uns. Oder gab es nicht auch inhaltliche Brüche zwischen dem wunderschönen Schraubenschlüssel-schwielige Faust-rote Sonne-Arbeiterkampf (Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes) und dem ak (Zeitung des Kommunistischen Bundes) oder gar dem ak (Dach-ak)? Trotzdem hieß das Produkt immer ak. Und wenn jetzt in einer Situation, in der die Gruppe K keinesfalls eine Publikation auf gleicher Ebene (Umfang, Auflage usw.) herausbringen wird, die Mehrheit die Zeitung weiterhin unter dem Namen ak mit Untertitel ("Zeitung für Analyse und Kritik" oder so ähnlich) herausgeben will, was spricht dann dagegen außer der Piefigkeit, der Alterskrankheit des Linksradikalismus. Also, um Lenins willen, laßt sie machen!

Rot Front - B., J., P., R., Ex-KB-Gruppe Köln

39. Eigene Inhalte einbringen

Stellungnahme aus der Vereinigten Linken Berlin

CD-Datei: daten/aksuche/ak345/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:40

Das wachsende Ausmaß der Ernüchterung in den fünf östlichen Bundesländern spiegelt inzwischen immer unmittelbarer den andauernden Prozeß der sozialen Destabilisierung, politischen Entmündigung und privatwirtschaftlichen Ausschlachtung des Anschlußgebietes wider. Dem voraus ging allerdings ein galoppierender Verfall des Potentials politisch wirksamen Widerstands und eine massive Entsolidarisierung jener Kräfte, die durch gemeinsame Anstrengungen den Einheitsgewinnern hätten entgegentreten können. Die Auseinanderdifferenzierung der Bürgerbewegungen und ihre Rechtswende parallel zur der bei den Grünen, die gescheiterte Erneuerung der PDS, die Halbherzigkeit und Konzeptlosigkeit der Gewerkschaften sowie der SPD und die Krise der Linken bis hin zu ihrer praktischen Bedeutungslosigkeit begünstigten den politischen Hegemoniewandel hin zum Konservatismus. So ging die Absorption der bürgerlichen Parteien des Ostens und ihre Einbindung in das konservative Anschlußprojekt einher mit einer Renaissance primitiven Antikommunismus, Rechtsradikalismus und zunehmender Ausländerfeindlichkeit. Die zweifelhafte Genugtuung der Linken, die Verlaufsform des Anschlusses seit 1990 präzise vorausgesagt zu haben, kontrastiert bezeichnenderweise mit der Tatsache, daß sie am schwächsten waren, als ihre Prognosen sich exakt erfüllten. (...)

Die Bereitschaft der Gewerkschaften, angesichts der Regierungsangriffe auf im Westen erkämpfte Arbeitnehmerstandards sich gegen die Abwälzung der Vereinigungskosten auf die Lohnabhängigen stark zu machen, kontrastiert mit ihrer Angst, sich ebenso konsequent und solidarisch für den Schutz der elementaren Interessen von Ostbeschäftigten oder vor der Entlassung stehenden Lohnabhängigen der neuen Bundesländern einzusetzen. Die Befürchtung, im Westen bei ihrer sich auf schwierige Verteidigungskämpfe vorbereitenden Mitgliederschaft Resentiments gegenüber Arbeitnehmeransprüchen aus dem Osten wachsen zu sehen und sich dabei vor allem ersteren verpflichtet zu fühlen, verweist auch auf die ähnlich gelagerten Gründe, weshalb es die Gewerkschaften über all die Jahre im Westen nicht vermochten, die Interessen der Arbeitslosen ebenso konsequent aufzugreifen, wie die ihrer Mitglieder. Daß diese Entsolidarisierung trotz eines im Osten existierenden Arbeitslosenverbands anhält und sich in der Distanz der Gewerkschaften zu Betriebsräteinitiativen fortsetzt, ist um so bedauerlicher, als es entgegen den vordergründigen Erwartungen der Gewerkschaftsführungen die Kampfkraft aller Beteiligten schwächt. So ist auch die Weigerung des DGB zu bewerten, zu Massendemonstrationen am Tag der deutschen "Einheit" aufzurufen, obwohl sogar Teile der Ost-SPD dies befürworten. Seine Bewährung als stabilisierender Faktor im politischen und wirtschaftlichen Gefüge der BRD verbietet es, im Osten "einheitsgefährdende" Unruhe zu stiften, die womöglich sogar gewerkschaftlicher Kontrolle entgleitet.

In aller Munde ist zur Zeit die sich vertiefende soziale und wirtschaftliche Spaltung zwischen Ost und West. An dieser Spaltung entlang reorganisieren sich zunehmend nun auch politische Initiativen, die in sich ebenso widersprüchlich wie untereinander verschieden sind. Der bereits erwähnte halbherzige Impuls von brandenburgischen SPDlern, mit dem DGB zum 3. Oktober aufrufen zu wollen, reagierte auf das zur Zeit die Medien beherrschende Projekt, über prominente Initiatoren die Gründung von "Komitees für Gerechtigkeit" anzuregen. In Frankfurt/Oder und Rostock haben sich bereits Politiker an die Schaffung regionaler Ostparteien gemacht. Unter dem Eindruck der augenscheinlichen Diskriminierung vieler sozialer Schichten und ganzer Klassen im Osten gibt es gegenüber der beschriebenen, immer noch anhaltenden und sich teilweise noch vertiefenden Entsolidarisierung besonders der Sozial- und Lohnabhängigen im Gegentrend nun auch einen in vielerlei Hinsicht problematischen Gleichklang sehr unterschiedlicher und zum Teil gegensätzlichen Interessen verhafteter Verlierer der deutschen "Vereinigung". Sie eint die auf der Hand liegende Kritik an der Bundesregierung und die Formel vom "Versagen der großen Parteien". So richtig die Feststellung gravierender "Fehler" dieser Parteien sogar nach ihren eigenen Kriterien ist und neben Machtarroganz auch pure Dummheit der Bonner Koalition zu Buche steht, so verfehlt bleibt die Annahme, diese Parteien seien sich selbst und ihren Zielen untreu geworden. Vielmehr haben wir es mit den Folgen einer konsequenten Interessenpolitik zu tun, deren erzeugtes Widerspruchsgefüge in die gesellschaftliche Krise führen mußte. Diese Parteien haben sich nicht zu korrigieren, sondern müssen gezwungen werden, die Macht abzugeben. Auf dem Wege dahin muß

ihnen von den Opfern ihrer Politik alles abgerungen werden, was bisher und weiterhin fernab gültiger Regierungsmaximen und der sich in ihnen ausdrückenden Kapitalinteressen liegt.

Über der Kluft zwischen West und Ost den auch im Osten existierenden Widerspruch zwischen oben und unten, zwischen Reichen und immer Ärmeren zu ignorieren, wird jede "Ostbewegung" in sich zusammenfallen lassen oder reaktionäre Tendenzen in ihr begünstigen, denn "die Interessen Ostdeutschlands" gibt es nicht. Trotzdem ist die Frage offen, wie und unter welchen Vorzeichen viel breitere, als nur linke oder sozial bzw. arbeitnehmerzentrierte Zweckbündnisse so funktionieren, daß nicht nur klientelegoistische, sondern sozial und politisch fortschrittliche Tendenzen sich langfristig und gemeinsam durchsetzen. Vordergründig ist dies etwa die Frage, ob zu kurz gekommene Unternehmerbünde, die sich als "nationale Ostbourgeoisie" gegen die Konzerngiganten des Westens wehren bzw. Transferanteile auf sich ziehen wollen, die Hegemonie erlangen, oder ob der aktivste Part von kritischen Gewerkschaftlern oder Betriebsräten übernommen werden kann, wenn sie gegen Entlassungen und für Lohngerechtigkeit eintreten. Ob und wie sich hier etwa letztere mit Mittelständlern oder benachteiligten Kleinunternehmern verständigen können, die um ihre Besitzstandswahrung gegen übermächtige Westkonkurrenz kämpfen, oder ob und wie Arbeitnehmerorganisationen und Arbeitslosenverband sich solidarisch mit ausländischen Beschäftigten oder Beschäftigungslosen gegen Ausländerfeindlichkeit verbreitende rechte Organisationen populistischen Zuschnitts durchsetzen, ist entscheidend. Hinzu kommt die Frage, ob politische Initiativen, die auf die Unterstützung bereits bestehender sozialer oder anderer Interessenverbände hoffen bzw. deren Entstehung befördern wollen, ein instrumentelles Verhältnis zu diesen entwickeln, oder ob z.B. die "Komitees für Gerechtigkeit" eine "Ostbewegung" als Initiative zur Selbstorganisation sozialen Widerstands akzeptieren und in diesem Sinne unterstützen. Nur die Hegemonie der von progressiven Bündniskräften vertretenen Inhalte kann gewährleisten, daß weder partei- oder regionalegoistische Politikerkartelle, noch karrieristisches Politprofitum sich auf der Basis ostdeutscher Unzufriedenheit entfaltet und die Interessen der Einheitsverlierer verrät. Um so mehr gilt dies, wenn Aktivisten solcher Ostbewegungen entweder zu DDR-Zeiten oder im Prozeß des Anschlusses solcherart Verrat an den Interessen der Opfer damals bestehender oder entstehender Verhältnisse zu verantworten haben.(...)

Wir glauben, daß Mitglieder der VL an allen Initiativen selbstbestimmter und außerparlamentarischer Interessenvertretung von Lohnabhängigen und Beschäftigungslosen, von Mieterinitiativen und Stadtteilprojekten etc. teilnehmen und dort mit dazu beitragen sollten, damit jeder reaktionären, rassistischen, DDR-nostalgischen oder die heutigen Herrschaftsverhältnisse verklärenden Tendenz etwas entgegengesetzt werden kann. Dies betrifft auch solche Projekte, wie den SPD-Demo-Vorschlag (für den 3. Oktober, mittlerweile als SPD-Vorschlag zurückgezogen, d. Red.), die Komiteeinitiative, die regionalen und hoffentlich bald überregionalen Mieter- und Arbeitslosenkampagnen, die betrieblichen Kämpfe innerhalb und außerhalb gewerkschaftlicher Impulse. Sich hier herauszuhalten, weil man sektiererisch nur linke oder auf die eigene Organisation fixierte Projekte für vertretbar hält, ist ebenso absurd, wie auf das Einbringen eigener Inhalte bei der Teilnahme an diesen Bewegungen zu verzichten.

Berlin, den 22. Juli 1992

Thomas Klein, Werner Jahn, Sebastian Gerhardt, Erhard Weinholz, Gerhard Grosche

40. Kalender

CD-Datei: daten/aksuche/ak345/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:44

Movimiento `92

Fixe HamburgerInnen bekommen noch die zweite Hälfte des "Internationalen Sommertheater" mit. Thema dieses Jahres ist das Theater und Tanztheater Lateinamerikas sowie Spaniens und Portugals, der Spielort, wie üblich, "auf Kampnagel" (Jarrestraße). In den letzten August- und den ersten Septembertagen werden noch Aufführungen aus Brasilien, Peru, Spanien, Argentinien, Kolumbien, Portugal, Chile und Mexiko geboten.

Programme liegen in öffentlichen Einrichtungen und den Vorverkaufstellen aus. Ansonsten steht ein Info-Telefon zur Verfügung: 040/270 56 27 und 27 74 19.

Staatsjustiz

im neuen Deutschland

Der jüngst in Hamburg zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Antifaschist Gerhard Bögelein und Ernst Duschinski, Dolmetscher im Kriegsgefangenenlager Kleipeda, in dem Bögelein den Kriegsrichter Kallmerten umgebracht haben soll, berichten am 31.8.92 über dieses Lager und den Prozeß gegen Bögelein und Kielhorn. - Am 7.9.92 wird eine Ton-Dia-Schau zum antifaschistischen Widerstand von 1918 bis heute gezeigt. - Am 14.9.92 berichten der ehemalige Widerstandskämpfer der Resistance, Peter Gingold, und Emil Carlebach von der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora über den antifaschistischen Widerstand zur Zeit des Nazismus.

Veranstaltungsort: Galerie der "Pumpe", Haßstr. 22, Kiel - Beginn jeweils um 20 Uhr.

Antikriegstag

In rund dreißig Städten finden - größtenteils am 1.9.92 - Demonstrationen, Kundgebungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen zum Antikriegstag statt. Welche soll man jetzt aufführen? Keine! Die antimilitaristische LeserInnenschaft möge sich bitte selbst an ihren Orten umschauen.

Bundeswehreinsätze

"out of area"

Die Bestrebungen, die neue deutsche Großmachtrolle auch militärisch zu untermauern, werden immer stärker. Zunächst unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe sollen Einsätze der Bundeswehr "out of area" allmählich normal werden. Zur Zeit des Zweiten Golfkriegs in der Türkei, dann als Blauhelme in Kambodscha, jetzt Zeit Marineeinsatz in der Adria. Die Wiederbelebung der WEU und die Schaffung eines deutsch-französischen Korps zeigen, daß sich die BRD auch auf innerimperialistische Auseinandersetzungen vorbereitet. - Die Planungen der Herrschenden und der aktuelle Stand der Vorbereitungen auf dem Weg der BRD zur militärischen Großmacht "ohne Grenzen" sollen auf einer Diskussionsveranstaltung der Ex-KB-Mehrheit erörtert werden.

9.9.92, 19.30 Uhr. Haus für Alle, Amandastraße, Hamburg.

Radikale Linke

Zum Thema "Imperialismus und Anti-Imperialismus heute" veranstalten Reste der ehemaligen "Radikalen Linken" ein Arbeitstreffen. Der Vorbereitung der anschließenden Debatte dienen Einstiegsreferate zu den Themen: 1. Einschätzung des Imperialismus nach dem Ende der Systemkonfrontation; 2. Einschätzung des linken Anti-Imperialismus der letzten 20 Jahre; 3. Ansätze eines Anti-Imperialismus heute. - Als Referenten haben bisher zugesagt: Ulf Baumgärtner (El Salvador-Solidarität), Michael Wilk (Anarchistisches Forum, Wiesbaden) und Heiner Möller (Gruppe K). Die Organisation des Treffens hat die Redaktion der Zeitschrift "Spezial" (Hannover) übernommen.

12.9.92 ab 11 Uhr im Stadtteilzentrum Nordstadt, Schauffelderstr. 30, Hannover. - Kontakt: Redaktion "Spezial", Schöneworth 18a, 3000 Hannover 1. Tel.: 0511/70 23 96

Wirtschaftsdemokratie

& Eigentumsordnung

Die AG Gewerkschaftspolitik beim Parteivorstand der PDS veranstaltet einen Kongreß zum Verhältnis von Wirtschaftsdemokratie und Eigentumsordnung. Themen der Referate und Arbeitsgruppen sind u.a.: Ökologisierung und Demokratisierung der Unternehmensverfassung; Neue betriebliche Beteiligungsformen; Steuerungsmöglichkeiten und -grenzen des modernen Kapitalismus. Es referieren u.a. Joachim Bischoff, Gregor Gysi, Jakob Moneta, Ursula Schumm-Garling.

19. u. 20.9.92, Bremen. Anmeldung und Anfragen: PDS/Linke Liste Landesverband Niedersachsen / Bremen, Herderstr. 35, 2800 Bremen 1. Tel.: 0421 - 70 48 10.

41. aufgeblättert

CD-Datei: daten/aksuche/ak345/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:345:45

Fiesta Colonialista

Spanien feiert den 500. Jahrestag seiner Invasion in Amerika: Mißhandlungen der baskischen Gefangenen, Prozesse gegen Teilnehmer von Protestveranstaltungen gegen die EXPO '92, willkürliche Verhaftungen im Umkreis des Geländes der Weltausstellung. Beiträge zum "Unternehmen 500-Jahresfeier" bilden einen Hauptabschnitt der Aufsatzsammlung Fiesta Colonialista, in dem die Gegenwart des spanischen Staates, die EG-Eingliederung und ihre innenpolitischen Folgen, dargestellt wird.

Fiesta Colonialista. Spanien, EG und die 500-Jahresfeiern. Köln (ISP) 1992. 256 S., 20.00 DM

Brasilien

Über die "geraubte Erde" Brasiliens - einen Agro-Industrie-Komplex, dessen Erzeugnisse, von den Ärmsten erzeugt, nur den vergleichsweise Wohlhabenden der USA und Europas zugutekommen - und den Widerstand - die Landlosenbewegung -, über Indianerbewegungen und den bekanntesten Vertreter der Beifreiungstheologie, Leonardo Boff, informiert die aktuelle Ausgabe der ila.

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Heft 157, Juli/August 1992. 60 S., 6.00 DM

Chile

Maria Puschner, seit fast zwei Jahrzehnten dem chilenischen Widerstand verbunden, hat, eingerahmt von knappen "historischen Skizzen", eine Reihe von Gesprächen, die sie mit größtenteils inhaftierten WiderstandskämpferInnen 1990 führte, in einem Band vereinigt, der, auch aus individueller Sicht, die Entwicklung von der Unidad Popular über die Pinochet-Diktatur bis zur heutigen Regierung Aylwin erhellt.

Maria Puschner: Die Nacht wird Sterne haben. Biographien aus dem chilenischen Widerstand. Hamburg (Libertäre Assoziation) 1992. 192 S., 19.80 DM

Lateinamerika

Das gemeinsam von Der Andere Buchladen, Köln und der Informationsstelle Lateinamerika erstellte Gesamtverzeichnis der Bücher zu Lateinamerika, das sich schon in der vergangenen Jahren als wertvolles Hilfsmittel erwiesen hat, liegt nun, aktualisiert auf den Stand 1992, wieder vor. Aufgeteilt in "Sachbücher" und "Literatur" (gemeint: Belletristik), unterteilt nach Regionen und Ländern, fast jeder der präzise angeführten Titel mit einer knappen, und - wie die HerausgeberInnen anmerken - "durchaus wertenden" Kommentierung versehen und zu einem fast albern geringen Preis verkauft, bleibt nur das Bedauern, daß es Vergleichbares nicht auch zu anderen (Brenn-)Punkten dieser Welt gibt.

Helmut Schaaf, Klaus Küpper, Hanna Elskamp: Bücher zu Lateinamerika. Gesamtverzeichnis 1992. Köln (Edition Der Andere Buchladen) 1992. 280 S. 10 DM (inkl. Versand). Bezug über: Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41

Kurdistan

Auch wer an dem Geschehen in Kurdistan recht interessiert ist, wird - Geld und Zeit stecken die Grenzen - nicht ein Dutzend oder mehr Zeitungen ständig lesen können. Abhilfe schafft das Kurdistan-Archiv, in dem, neben Beiträgen in eigener Übersetzung, jeweils eine große Anzahl von Artikeln vorwiegend aus der deutsch-, aber auch aus der englischsprachigen Presse dokumentiert werden.

Kurdistan-Archiv. Materialien. Pressedokumentation. A 4, jew. ca. 100 S. Einzelpreis 12 DM. Jahresabo mit sechs Ausg. 60 DM. Bezug über: Kurdistan-Archiv, Postf. 102402, 4600 Dortmund 1

Menschenrechte

Über "Menschenrechtsskandale in den Vereinigten Staaten" - "Abschiebungen, Hinrichtungen und Polizeifolter" -, über Folter in Griechenland (allein 1991 sind 45 Fälle in diesem EG-Land bekanntgeworden)

und über Massaker an einer ethnischen Minderheit in Bangladesh berichten die AutorInnen der aktuelle Ausgabe des Informationsbulletins von amnesty international.

ai-info. Heft 8, August 1992. 36 S. Jahresabo mit 12 Ausg. 30 DM. Bezug über: ai, Postf. 170229, 5300 Bonn 1

RAF und Widerstand

Gefangene aus der RAF und dem Widerstand äußern sich zur aktuellen Situation, zur Geschichte und den Perspektiven. Bei den Beiträgen handelt es sich zumeist um längere Passagen aus Briefen , kleinerenteils um Diskussionspapiere und Erklärungen, die sämtlich aus den Jahren 1988 bis 1992 stammen. Sonst eine Ausnahme bei Publikationen dieser Art, ist sie vorzüglich mit Fotos illustriert, die jedoch z.T. in ihrer Zusammenstellung von einer recht einfachen Weltsicht zeugen: Untereinander stehen Fotos aus den von Israel besetzten Gebieten, von antirassistischem Protest vorm Hamburger Hafen, eine (vermutlich) Immigrantin mit Kleinkind und ein jugendlicher türkischer Schuhputzer.

"Der Sprung ist vielmehr ein langwieriger und harter Prozeß." (Lukács) Texte von Gefangenen aus RAF und Widerstand aus den Jahren 1988 bis 1972. Hg.: AK Drinnen & Draußen, Celle. Köln (GNN) 1992. A 4, 88 S., 10.00 DM

Ökolinke

Die Auseinandersetzung mit dem "Ökofaschismus" bildet den Schwerpunkt der Sommerausgabe von ÖkoLinX. Politik, Personen und Treiben offen rechter Gruppen wie der ÖDP sowie schillernder, sich links gebärdender Sekten wie des "Bund gegen Anpassung" und der "Marxistisch-Reichistische Initiative" werden vorgestellt. Weitere Artikel der Ausgabe befassen sich mit "Frauen als Opfer und Instrument kolonialer Politik", mit der "Gentechnologie als Instrument für soziale Selektion" und mit apokalyptischen Vorstellungen angesichts von "Bevölkerungsexplosion", Ozonloch und Energiekrise.

ÖkoLinX. Zeitschrift der Ökologischen Linken. Nr. 6, Juli/Aug./Sept. 1992. 56 S., 5.00 DM